Montag, 20. Oktober 1986 - D * * *

xel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11 Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 04-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 244 - 43.W.- Preis 1.20 DM - I H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 TL

DIE WELT IM GESPRÄCH



P. W. Botha: Sanktionen sind eine Art des Krieges

Taumelt das Riesenland am Kap der Guten Hoffnung in einen Bürgerkrieg? Südafrika gilt den Medien weltweit als Synonym für ungelöste Rassenkonflikte. Die Apartheid-Politik isoliert das Land, seine Handelspartner überziehen es mit Sanktionen. Dies sei jedoch „töricht" und stelle eine „Form des Krieges" dar, erklärt Staatspräsident Pieter Willem Botha in einem Interview mit der WELT. Er deutet Gegenmaßnahmen Südafrikas an. Botha: „Der Westen vermag seine eigenen Probleme nicht zu lösen und wird verleitet, sich anderswo einzumischen." Seite 6

Haftbefehl gegen Lappas. Unruhe über DGB-Austritte

IG-Metall-Kongreß: Steinkühler rückt Tarifpolitik in den Vordergrund

DW. **Hamburg**

Die Gewerkschaften wollen offenbar durch eine Offensive in der Tarifpolitik den Imageverlust wettmachen, den sie im Zusammenhang mit dem Verkauf der Neuen Heimat auch in der eigenen Mitgliedschaft erlitten haben. Gleichzeitig versucht die DGB-Spitze, die Verantwortung für das Debakel um den gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzern der Bundesregierung anzulasten. Dahinter steht nach Meinung von Beobachtern die Absicht, bei diesem heiklen Thema vor der Bundestagswahl das Gesetz des Handelns zurückzugewinnen.

Eine Belastung für den DGB ist auch die Weigerung von Alfons Lappas, dem Chef der Gewerkschaftsholding Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft, vor dem Bonner Untersuchungsausschuß auszusagen. Nach Mitteilung des Zweiten Vorsitzenden der IG Metall, Franz Steinkühler, ist gegen Lappas Haftbefehl ergangen. Zwei Kriminalbeamte seien gestern in seinem Privathaus erschienen, um ihn zu verhaften, teilte Steinkühler auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall mit. Sie hätten aber dort nur seine Frau angetroffen, weil Lappas sich zur Zeit in Hamburg aufhalte, sagte Steinkühler.

Der Betriebsrat der Neuen Heimat, Goldschmidt, nannte das Verhalten von Lappas in der „Bild am Sonntag" „das Schlimmste, was der Gewerkschaftsbewegung jetzt noch passieren konnte". Ernst Breit hat die „Totalverweigerung" von Lappas im U-Ausschuß bei einer Vorstandssitzung

SEITEN 2 UND 12:
Weitere Beiträge

scharf kritisiert. Nach dem Eklat vor dem U-Ausschuß hat sich in einigen Gewerkschaften, wie zu erfahren war, die Unruhe über Mitgliederaustritte verstärkt.

Auf dem Gewerkschafts-Kongreß rückte Steinkühler den Kampf für die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in den Vordergrund seiner Eröffnungsrede. Er versuchte dabei dem Eindruck zu begegnen, der DGB sei nach dem NH-Verkauf geschwächt. Mitglieder und Funktionäre der IG Metall seien durch die vergangene Tarifrunde „kampferprobter und streikerprobter geworden". Über die Taktik bei Tarifauseinandersetzungen herrscht allerdings innerhalb des DGB Uneinigkeit. Hermann Rappe, der Vorsitzende der IG Chemie, sprach sich gegen den Beschluß des IG-Druck-Gewerkschaftstages aus, Aussperrungen mit Betriebsbesetzungen zu begegnen (WELT v.18./19. 10).

Steinkühler verteidigte den Verkauf der Neuen Heimat: Die Alternative wäre der Konkurs gewesen, nachdem, so behauptete der IG-Metall-Funktionär, die öffentliche Hand aus politischen Gründen ihre Mithilfe an der Sanierung versagt habe. Steinkühler räumte allerdings ein, der Verkauf werde „Folgen nach innen haben".

Konkreter äußerte sich der scheidende IG-Metall-Vorsitzende Ernst Mayr, der eine breite Diskussion über den Ausstieg der Gewerkschaften aus den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen befürwortete.

DER KOMMENTAR

Nacharbeit

FRITZ WIRTH

Ein Woche nach dem Gipfel-Aufbruch von Reykjavik tut sich die Atlantische Welt zwischen Bonn, London und Washington immer noch schwer mit der Bestandsaufnahme dieses Ereignisses, das Außenminister Shultz den „größten Poker der Geschichte" nannte, während Henry Kissinger meinte, daß das Beste an diesem Gipfel wohl sein Abbruch gewesen sei.

Das Problem: Wir kennen von diesem Gipfel mehr Fakten als von jedem Abrüstungs-Jamboree der letzten Jahrzehnte. Was zur endgültigen und präzisen Beurteilung fehlt, ist ein verläßliches Wissen um die Motive beider Seiten, die am Ende über alle Nullösungen und SDI-Vorbehalte den Ausschlag geben. Wurden hier von den Sowjets Fallen gestellt, wie Kissinger vermutet, oder verhandelten sie in gutem Glauben, wie Shultz meint?

Diese nachträgliche Motivforschung ist nicht dadurch erleichtert worden, daß Reagan Kongreßwahlen bevorstehen, was zu einer euphorischeren Gipfel-Nachbetrachtung geführt hat, als ... von der Sache her gerechtfertigt scheint. Trotz aller dieser Vorbehalte zeichnet sich jedoch eine positive Bilanz von Rekjavik ab, die Anlaß zu vorsichtiger Hoffnung gibt: Seit dem Gipfel ist es sichtbarer als je zuvor, daß Gorbatschow ein Abkommen will.

Es war deshalb trotz des Scheiterns ein nützliches Treffen. Beide Seiten sind in elfstündigen, teils stürmischen Verhandlungen weitergekommen als in bisherigen jahrelangen zähflüssigen Fernschach. Reykjavik hat deshalb alle Chancen, von Historikern als jenes Schlüsselereignis eingeordnet zu werden, bei dem zum ersten Mal die erstarrten Abrüstungsfronten in Bewegung kamen.

Es wird weiterverhandelt. Immer deutlicher zeichnet sich in den Nachbetrachtungen ab, daß es ein Abkommen geben wird. Ebenso sicher dürfte sein: Dieses Abkommen wird nicht so dramatisch sein, wie es in Reykjavik möglich schien. Der Poker von Island mit höchstem Einsatz dürfte ein einmaliges Ereignis bleiben. Jetzt beginnt wieder die Phase des ruhigen Kalküls. Die Gipfelstürmer werden den Gipfel-Strategen Platz machen

exklusiv in der WELT

Preiswertes Wissen durch Spionage

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) ist vordringlich um eines bemüht: am technologischen Fortschritt des Westens preiswert teilzuhaben – durch Spionage, schreibt Werner Stiller im heutigen Teil der WELT-Serie. Sie ist ein Vorabdruck aus dem Stiller-Buch „Im Zentrum der Spionage", das Ende Oktober im v. Hase & Koehler Verlag erscheint. Seite 9

POLITIK

Anschlag: Der Aufmerksamkeit eines Wachmannes ist es zu verdanken, daß ein Sprengstoffanschlag auf das Genbiologische Institut der FU Berlin vereitelt wurde. Er hatte beim Kontrollgang an der Rückseite des Gebäudes eine Tasche mit einem Fünf-Kilogramm-Sprengsatz entdeckt.

Abgeschoben: 101 Staatsbürger aus Mali – größtenteils Rauschgiftschmuggler – sind in einem vom französischen Innenministerium gemieteten Flugzeug in ihre Heimat abgeschoben worden. Das neue Ausländergesetz erlaubt beschleunigte Abschiebung.

Universität: Für Entbürokratisierung der Hochschulen und gegen „zunehmende Verbeamtung des Lehrkörpers" hat sich Bundespräsident von Weizsäcker ausgesprochen. Zum 600jährigen Bestehen der Universität Heidelberg mahnte er, wissenschaftliche Talente nicht zu vergeuden. (S. 12)

Preisträger: Die niederländische Regierung hat es untersagt, eine Rede des Schriftstellers und Bürgerrechtlers Vaclav Havel aus der CSSR verlesen zu lassen, wenn ihm der Erasmus-Preis verliehen wird. Den Haag befürchtet politische Komplikationen.

WIRTSCHAFT

Stahl: Der EG-Ministerrat wird Bonn heute wahrscheinlich Probleme schaffen. Es geht um die weitere Auflockerung des Produktionsquoten-Systems in der Stahlindustrie, der Bonn zwar grundsätzlich zuneigt, aber noch nicht zustimmen will. (S. 15)

Systeme: Im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik herrscht ein Durcheinander der Systeme. Dies führt zu vermeidbaren Kosten in Millionenhöhe. Experten, das zeigt die Messe „Orgatechnik" in Köln, hoffen auf ein „Universalnetz". (S. 3 und 13)

KULTUR

„Bluthochzeit": Ein furioser Start war es gerade nicht, den Kurt Horres als neuer Generalintendant in Düsseldorf mit der Inszenierung von Wolfgang Fortners „Bluthochzeit" hingelegt hat. (S. 21)

Verwirrend: Dorsts Stück „Ich, Feuerbach" im Münchner Residenztheater. Im Spiegelkabinett seiner Gedanken verliert der Zuschauer den Protagonisten und sich selbst aus den Augen. (S. 21)

SPORT



Hockey: Mit einem 3:2-Sieg nach Verlängerung über die UdSSR wurde die deutsche Mannschaft in London Dritte der Weltmeisterschaft. Im Halbfinale war das Team zur Enttäuschung von Trainer Kleiter (Foto) mit 2:3 an England gescheitert. (S. 20)

Tennis: Boris Becker gewann die Hallen-Meisterschaften von Australien mit 3:6, 7:6, 6:2, 6:0 gegen den Weltrang-Ersten Ivan Lendl. Im Doppel siegten Becker/John Fitzgerald gegen McNamara und McNamee (Australien). (S. 19)

AUS ALLER WELT

Betrüger: Die italienische Polizei ist auf der Suche nach vier deutschen Betrügern, die insgesamt 11 000 Italiener um 77 Milliarden Lire (mehr als 100 Millionen Mark) geprellt haben sollen. (S. 22)

Falco: Ein Jahr lang wurde um ihr Schicksal gerätselt, jetzt gab es vor 10 000 Fans in der Münchner Olympiahalle ein „Coming home" von Falcos „Jeanny" und ein weiter ungelöstes Rätsel. (S. 22)

Holland „Ruheraum" für Terroristen

Rebmann fordert intensivere Kooperation der Polizei in Europa / SPD uneins über „Kronzeugen"

DW. **Köln**

Belgien und Holland bilden nach Erkenntnissen von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann den bevorzugten „Ruheraum" für deutsche Terroristen. In der Vergangenheit habe jedenfalls Frankreich diese Rolle gespielt, sagte Rebmann dem Kölner „Express". Mittlerweile seien dort die Kontrollen jedoch verstärkt worden.

Die zunehmende Internationalisierung des Terrorismus erfordere eine intensivere Kooperation der Polizei in den westeuropäischen Staaten. Rebmann schlug die Einrichtung einer europäischen polizeilichen Zentralbehörde zur Terrorbekämpfung vor. Dadurch könnte, so Rebmann, der Fahndungsdruck in Europa auf gleichem Niveau gehalten werden. „Ruheräume" werde es dann in dem bisherigen Ausmaß nicht mehr geben.

Rebmann forderte zusätzlich eine verbesserte grenzüberschreitende Fahndung und Beobachtung von Verdächtigen. Die Auslieferung von Mitgliedern terroristischer Vereinigungen sollte durch ein einheitliches Auslieferungsrecht ermöglicht werden. Der Generalbundesanwalt sollte die Kompetenz zur Verfolgung von Straftaten ausländischer terroristischer Vereinigungen auf deutschem Boden bekommen, so Rebmann.

Gut eine Woche nach dem Mord an dem Diplomaten Gerold von Braunmühl nannten die Ermittlungsbehörden zum ersten Mal Namen von Tat-

LEITARTIKEL SEITE 2:
„Kronzeuge" auch bei uns?

verdächtigen (WELT v. 18./19,10). So bat das Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden die Bevölkerung um Hinweise auf den Aufenthaltsort der mutmaßlichen RAF-Terroristen Barbara und Horst Meyer. Frau Meyer, die an dem versuchten Sprengstoffdiebstahl im baden-württembergischen Ottenhöfen im vergangenen Jahr beteiligt gewesen sei und ihr Ehemann, der verdächtigt wird, sich an dem Mord an Siemens-Manager Beckurts beteiligt zu haben, gehörten zum Kreis der Personen, denen auch der Mord an von Braunmühl zugeschrieben werde, hieß es in einer BKA-Mitteilung.

In der SPD gibt es unterschiedliche Auffassungen zu der von der Bundesregierung in die Diskussion gebrachten Kronzeugen-Regelung, die Terroristen bei Aussagen gegen Komplizen Straffreiheit zusichern würde. Während NRW-Innenminister Schnoor (SPD) in der „Rheinischen Post" erklärte, die Einführung des Kronzeugen im Strafprozeß weise in die richtige Richtung, setzte sich das SPD-Präsidiumsmitglied Herta Däubler-Gmelin von dem Vorschlag der Unionsparteien ab. Bei der Terrorbekämpfung helfe nur gute Fahndungsarbeit, „nicht ein Kronzeuge vor Gericht".

Skeptisch äußerte sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel: „Die Frage der Glaubwürdigkeit von Aussagen, von denen es abhängt, daß man auch als Mörder der Strafe völlig entgeht, ist ein ganz schwieriges Problem", so Vogel im SFB.

Kohl: Wir sind keine Vasallen

Co. **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl will bei seinem heute beginnenden Besuch der Vereinigten Staaten Forderungen nach deutschen Zinssenkungen zur Ankurbelung der Konjunktur ablehnen. „Wir sind Freunde, wir sind Partner und nicht Vasallen. Wir haben also hier nicht Weisungen entgegenzunehmen", sagte Kohl in einem ZDF-Interview. Die Diskussion in den Vereinigten Staaten werde unangenehm sein, aber er mache ja keine „Vergnügungsfahrt", sagte der Bundeskanzler.

Kreml weist fünf US-Diplomaten aus

DW. **Moskau**

Die Sowjetunion hat fünf amerikanische Diplomaten ausgewiesen. In einer Protestnote des sowjetischen Außenministeriums werden den Diplomaten „mit ihrem Status nicht vereinbare Aktivitäten" vorgeworfen. Politische Beobachter sehen die Maßnahme im Zusammenhang mit der kürzlich erfolgten Ausweisung von 25 Mitarbeitern der sowjetischen UNO-Mission in New York. US-Außenminister Shultz sagte dazu gestern in einer ersten Stellungnahme: „Wir werden protestieren und handeln."

Belgien: Neuer Innenminister

DW. **Brüssel**

Kurz nach dem Rücktritt von Charles Nothomb hat der belgische Ministerpräsident Wilfried Martens den 61jährigen Joseph Michel zum neuen Innenminister ernannt. Nothomb hatte wegen des jüngsten Sprachenstreits in der Region Lüttich aufgegeben (WELT v. 18.10.). Sein Nachfolger hatte das Amt schon früher bekleidet und gehört wie sein Vorgänger den Christdemokraten an, die mit drei weiteren Parteien die Regierung bilden.

Moskau löst hohen Funktionär ab

DW. **Moskau**

Wegen Bestechlichkeit ist der stellvertretende sowjetische Hochschulminister Krasnow gestern abgelöst worden. Außerdem wurden zwei hohe Beamte seines Ministeriums ebenfalls wegen Bestechlichkeit zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Die Beschuldigten hatten Bestechungsgelder eines Studenten in Höhe von 20 000 Rubel angenommen. Dieser wollte sich durch die Bestechung ein gutes Prüfungsergebnis erkaufen.

Moskau zu SDI-Konzessionen bereit?

Sowjets und Amerikaner betrachten das Treffen von Reykjavik als Meilenstein

FRITZ WIRTH, **Washington**

In dem Bemühen, die am vergangenen Samstag auf dem Reykjavik-Gipfel abgerissenen Fäden wieder zusammenzuknüpfen, haben beide Seiten mit Nach- und Neuinterpretationen ihrer abgebrochenen Verhandlungen begonnen. In ihrer Strategie lassen diese Interpretationen eine für beide Seiten übereinstimmende Grundhaltung erkennen: Washington und Moskau betrachten den Gipfel von Reykjavik nicht als das vorläufige Ende der Abrüstungsverhandlungen, sondern als einen Meilenstein und eine wichtige Zwischenstation zu einem weitreichenden Abkommen. Der sonst gegenüber Abrüstungsverhandlungen mit den Sowjets eher skeptische Staatssekretär Richard Perle aus dem Pentagon sagte sogar voraus, daß dieses Abkommen noch im nächsten Jahr zustandekommen werde.

Moskau hatte sein Interesse an der Wiederaufnahme des Dialogs von Reykjavik bereits am Dienstag angekündigt. Die Sowjetunion hatte ihren Washingtoner Botschafter Dubinin zu einem Gespräch mit Außenminister Shultz entsandt, in dem positive Nachgipfel-Signale gesetzt wurden.

Im Laufe der Woche haben die Sowjets, wie jetzt die „New York Times" meldete, offensichtlich erste Konzessionen in der SDI-Frage signalisiert. Danach wäre der Kreml auch mit einigen amerikanischen Tests am Strategischen Verteidigungssystem

SEITE 2:
Kurzstreckenraketen

außerhalb der Labors einverstanden. In Reykjavik hatte Gorbatschow noch darauf bestanden, daß die amerikanische SDI-Forschung nur auf das Labor beschränkt bleiben dürfe. An diesem Standpunkt war das Treffen in Island gescheitert.

Unklar und widersprüchlich bleibt dagegen die sowjetische Haltung bei der Koppelung der SDI-Frage mit einem möglichen Mittelstreckenabkommen. Während Gorbatschow bisher auf der Koppelung beharrte, deutete der sowjetische Abrüstungs-Unterhändler Karpow in mehreren europäischen Hauptstädten eine Lockerung dieses Junktims an.

Unklarheiten und Widersprüche wurden indes in den vergangenen Tagen auch auf amerikanischer Seite über den Verlauf der Gespräche von Reykjavik sichtbar. Der angesehene demokratische Senator Sam Nunn behauptete am Freitag in einer Rede im Senat, Präsident Reagan habe ihm am vergangenen Mittwoch in einem Informationsgespräch im Weißen Haus erklärt, daß er Gorbatschow in Reykjavik die Abschaffung aller strategischen Nuklearwaffen einschließlich der Nuklearbomber vorgeschlagen habe. Das veranlaßte Nunn zu der Forderung, diesen amerikanischen Nullösungs-Vorschlag unverzüglich vom Tisch zu nehmen, denn dieser setze die Sicherheit Europas aufs Spiel. US-Außenminister Shultz versicherte, daß Präsident Reagan nur von der Abschaffung aller offensiver ballistischer Nuklearraketen gesprochen habe.

„Wachstum fällt geringer aus"

A.G. **Bonn**

Die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in der Bundesrepublik haben ihre Wachstumsprognose für 1986 leicht nach unten korrigiert. Wie vor der Veröffentlichung des Herbstgutachtens in Bonn bekannt wurde, rechnen die Institute nur noch mit einem realen Wachstum von drei und nicht mehr von 3,5 Prozent, wie noch im April. Die Preise sollen erstmals seit Jahren zurückgehen. Auch die Arbeitslosigkeit nehme weiter ab.

Seite 13: Um drei Prozent

Waffenkisten in USA gestrandet

DW. **Jupiter Island**

Holzkisten mit Gewehren und scharfen Granaten sind am Wochenende an der Küste Floridas angeschwemmt worden. Sie trugen russische und spanische Aufschriften. Vertreter der Polizei und der Marine vermuten, daß die Waffen entweder von einem vor zwei Wochen vor Florida gesunkenen Frachter stammen – oder von dem sowjetischen Atom-U-Boot, das am 6. Oktober dieses Jahres nördlich der Bermudainseln untergegangen war.

Abu Nidal droht Israel

DW. **Sidon/Tel Aviv**

Der Fatah-Revolutionsrat, die Gruppe um Abu Nidal, hat nach dem Terrorakt an der Klagemauer von Mittwoch jetzt weitere Anschläge in Israel angekündigt. Zudem erklärte ein Sprecher, seine Gruppe trage die Verantwortung für den Abschuß des israelischen Kampfflugzeuges nahe dem südlibanesischen Sidon am Freitagabend. Der gefangene Navigator des Flugzeuges soll in das von Syrien kontrollierte Bekaa-Tal im Ostlibanon gebracht worden sein.

Schiiten-Führer Nabih Berri deutete die Möglichkeit an, den Navigator gegen libanesische und palästinensische Gefangene der Israelis auszutauschen. Das Oberkommando der israelischen Armee wiederholte seine Ankündigung von Freitag, Israel werde alle Hebel in Bewegung setzen, den abgeschossenen Navigator heimzuholen. Ein Armeesprecher wollte aber keine Einzelheiten nennen.

Polizei durchsucht jetzt Wohnungen

DW. **Wackersdorf/Kiel**

Auf die fortdauernden Protestaktionen gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf haben Polizei und Bundesgrenzschutz am Wochenende im Raum Schwandorf mit der Durchsuchung von zwei Wohnungen reagiert. In ihnen hatten die Behörden nach eigenen Angaben Kernkraftgegner aus dem terroristischen Umfeld vermutet. Nach der Festnahme von insgesamt 23 Männern und sechs Frauen bestätigte sich diese Annahme jedoch nicht. Seit Freitag abend wurden etwa 300 Kernkraftgegner festgenommen. Die Veranstalter der Schwandorfer Proteste werteten die Polizeimaßnahmen als „völlig überzogen".

Weitgehend friedlich verlief am Wochenende eine Demonstration in Kiel gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Brokdorf. Rund 200 der etwa 5000 Teilnehmer randalierten in der Kieler Innenstadt und warfen dabei einige Scheiben ein.

Verdächtiger im Mordfall Palme

DW. **London**

Ein Schwede, der gemeinsam mit fünf anderen mutmaßlichen Terroristen vor drei Wochen in Großbritannien verhaftet wurde, ist auf Wunsch der schwedischen Polizei nach Stockholm abgeschoben worden. Er wird dort im Zusammenhang mit der Ermordung des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme am 28. Februar dieses Jahres verhört.

Der Mann soll nach einem Bericht des Londoner „Sunday Telegraph" ein führendes Mitglied der Terroristengruppe um Abu Nidal sein. Seine Ankunft in Großbritannien hatte die Sondereinheiten von Scotland Yard alarmiert, die sich auf einen möglichen Anschlag vorbereiteten.

Das britische Blatt stützt sich bei seinen Behauptungen auf Informationen „aus Regierungskreisen". Diese besagen, daß sich die Terroristen in London befunden haben könnten, um den israelischen Botschafter Yehuda Avner zu ermorden.

„Wir müssen die Teilung Europas friedlich überwinden"

Appell von 122 Dissidenten zum Ungarn-Aufstand vor 30 Jahren

DW. **Budapest**

In einem gemeinsamen Aufruf haben gestern 122 Dissidenten aus vier osteuropäischen Ländern an den Ungarn-Aufstand vor 30 Jahren erinnert. Der Kampf habe deutlich gemacht, was das ungarische Volk wirklich gewollt habe: nämlich Unabhängigkeit, Demokratie und Neutralität, heißt es in der in Budapest bekanntgewordenen Erklärung. Zu den Unterzeichnern zählen außer ungarischen Oppositionellen wie Laszlo Rajk und tschechoslowakischen Dissidenten (Jiri Hajek) Regimekritiker aus der „DDR" sowie Polen (Jacek Kuron). Es handelt sich um die erste gemeinsame Erklärung dieser Art.

Der Aufstand in Ungarn, der am 23. Oktober 1956 begonnen hatte, wurde am 4. November durch den Einsatz sowjetischer Truppen niedergeschlagen. Fast 3000 Menschen wurden bei den Kämpfen getötet. Infolge des Aufstandes wurde Janos Kadar Parteichef, ein Amt, das er auch jetzt noch innehat. Die Unterzeichner bekräftigen in dem Papier ihre Entschlossenheit, in ihren Ländern für Demokratie und für einen auf den Prinzipien der Selbstbestimmung gegründeten Pluralismus zu kämpfen. Als weiteres Ziel wird die friedliche Überwindung der Teilung Europas genannt. In ihrem Aufruf ziehen die Verfasser Parallelen mit den Aufständen in der „DDR", der Tschechoslowakei und Polen.

Es heißt da: „Die ungarische Revolution, ebenso wie der Aufstand von Ostberlin, der Prager Frühling und die soziale Bewegung der freien Gewerkschaft Solidarität in Polen wurden entweder durch sowjetische Intervention oder innere militärische Gewalt unterdrückt."

Die Unterzeichner unterstützen die gegenseitigen Bemühungen für ein besseres, würdigeres und freieres Leben. Die Erfahrungen der ungarischen „Revolution" von 1956 seien ein gemeinsames Erbe und eine Quelle der Inspiration. Unter den 122 Unterzeichnern sind insgesamt 16 Dissidenten aus der „DDR", darunter Bärbel Bohley, Gerd Poppe und Ralf Hirsch.

Seiten 2 und 7: Weitere Beiträge

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Flucht aus allen Firmen?

Von Wilhelm Furler

Der scheidende IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr gibt seinen Nachfolgern einen bemerkenswerten Ratschlag mit auf den Weg. Sie sollten sich ernsthaft Gedanken darüber machen, ob sich die Gewerkschaften künftig weiter auf dem Feld gemeinwirtschaftlicher Unternehmen betätigen oder ob sie nicht besser ganz aussteigen sollten. Hier wird der Ansatz einer Kehrtwende sichtbar, die für die deutsche Gewerkschaftsbewegung von erheblicher Tragweite wäre.

Anders als etwa die amerikanischen Gewerkschaften hatten sich die deutschen Arbeitnehmervertreter zum Ziel gesetzt, mehr als nur Eintreiber höherer Lohnforderungen und Verfechter besserer Arbeitsbedingungen zu sein. In ihnen steckte das Selbstbewußtsein, besser wirtschaften zu können als das Kapital. Aus dieser Ideologie heraus wurden die gewerkschaftseigenen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen wie Neue Heimat, Bank für Gemeinwirtschaft oder Volksfürsorge gegründet. „Gemeinwirtschaft" hieß, daß sie nicht dem Gewinn, sondern dem gemeinen Wohl verpflichtet seien.

Nicht erst der Absturz der Neuen Heimat hat die unternehmerischen Schwächen in gewerkschaftseigenen Unternehmen aufgedeckt. Und dies ja vor dem Hintergrund, daß sich das Geschäft schon aufgrund der Nachfrage aus den eigenen Gewerkschaftsreihen eigentlich von selbst tragen sollte (was etwa bei der Bank für Gemeinwirtschaft auch der Fall ist). Die Diskussion um den völligen Ausstieg aus den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen nach dem Verkauf der Neuen Heimat und der Abgabe der 36prozentigen Beteiligung am Handelsriesen co op ist an sich nicht unverständlich.

Mayr freilich rät seinen Kollegen nun, sie sollten sich vor der Auffassung hüten, „mit Sozialpartnerschaft könne den Arbeitnehmern gedient werden". Aber Unternehmer und Arbeitnehmer sind Partner; die Gewerkschaften müßten es in ihren Betrieben gelernt haben. Und wenn sie nicht selbst zeigen wollen, wie man Firmen unternehmerisch leitet, dann können sie doch im Interesse der Beschäftigten nur die vernünftige Zusammenarbeit mit den Unternehmensleitungen anstreben.

Nicht mehr getrennt?

Von Carl Gustaf Ströhm

Der bevorstehende 30. Jahrestag des ungarischen Volksaufstandes 1956 hat 122 Regimekritiker aus vier kommunistischen Ländern zu einer gemeinsamen Resolution veranlaßt. Unter den Unterzeichnern finden sich Aktivisten der Friedensbewegung aus der „DDR", der Sohn des hingerichteten ehemaligen kommunistischen ungarischen Innenministers, Laszlo Rajk jun., bekannte tschechoslowakische Schriftsteller wie Vaclav Havel und Exponenten der „Charta 77" wie Ex-Außenminister Hajek sowie polnische Bürgerrechtler wie Jacek Kuron und Adam Michnik.

Schon der Inhalt des Dokuments ist interessant. Die Unterzeichner sprechen aus, daß die Ziele des Jahres 1956 – nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Neutralität für Ungarn – im gesamten Raum zwischen Ostsee und Karpaten ihre Gültigkeit behalten hätten. Dies Bekenntnis zu den Zielen des ungarischen Aufstandes wiegt umso schwerer, als die amtlichen Medien des Ostens bereits begonnen haben, die alte Leier von der angeblichen „Konterrevolution" zu drehen und den Westen – vor allem Amerika – zu beschuldigen, den Aufstand angezettelt zu haben.

In Wirklichkeit waren die ungarischen Ereignisse, ebenso wie der dramatische Oktober 1956 in Polen oder auch der 17. Juni 1953 in Ost-Berlin, nicht Resultate ausländischer Einmischung. Sie entsprangen der inneren Krisensituation der kommunistischen Staaten und des gesamten Sowjetblocks. Auf die Krisen, die damals bald da, bald dort zur Eruption führten, ist die Antwort bis heute nicht gegeben worden. Schon deshalb haben die Unterzeichner nur zu recht, wenn sie darauf verweisen, daß das Erbe von damals in all diesen Ländern lebendig ist.

Vor allem aber ist wichtig: Während sich bisher soziale Prozesse in den einzelnen kommunistischen Staaten meist isoliert voneinander vollzogen, bildet sich jetzt eine Art mitteleuropäischer Internationale aus Ungarn, Tschechen, Polen und Deutschen. Insbesondere die Forderung nach Neutralität – und zwar nicht des Westens, sondern des kommunistischen Vorfelds der Sowjetunion – birgt interessante Perspektiven.

Caritas und Humanität

Von Dankwart Guratzsch

Der Caritas-Zentralrat hat sich gegen alle Bestrebungen gewandt, die Einreise von Flüchtlingen in die Bundesrepublik Deutschland zu erschweren. Bei Entscheidungen über Abschiebungen seien neben politischen und rechtlichen Gründen auch „humanitäre Erwägungen" zu berücksichtigen.

Gemeint ist, daß sogenannte Elendsflüchtlinge nicht abgeschoben werden sollen, das heißt, solche, die nicht verfolgt werden, aber ein besseres Leben suchen. Das liebenswürdig klingende Argument hat seine Kehrseite: Alle, die anderes vertreten, sind „inhuman".

Zunächst: Wollte man sich den hier gebrauchten vordergründigen Begriff von „Humanität" zu eigen machen, müßte man zweieinhalb bis drei Milliarden Menschen der Erdbevölkerung für aufnahmeberechtigt in der Bundesrepublik halten.

Zweitens aber: Täglich, so sagt die Welthungerhilfe, sterben 40 000 Menschen auf der Erde an Unterernährung. Anders als Schein-Asylanten, die, keineswegs schlecht ernährt, zu uns kommen, um die Vorteile unserer Wohlstandsgesellschaft in Anspruch zu nehmen, sind sie in echter und tödlicher Bedrängnis. Ihnen zu helfen, ist erste Menschen- und Christenpflicht, auch wenn diese „Nächsten" fern von uns leiden und sterben. 40 Mark im Monat reichten aus, so hat die Welthungerhilfe errechnet, einen von ihnen am Leben zu erhalten.

Aber die Logik der Asylantendebatte, die auf einen Propaganda-Humanismus und nicht auf tatsächliche Hilfe zum Leben zielt, erreicht sie nicht. Nach dem jüngsten Bulletin der Bundesregierung bringt die Bundesrepublik für jeden Asylanten jährlich 14 000 Mark einschließlich Verwaltungs- und Richterkosten auf – etwa das Dreißigfache dessen, was ein wirklich Bedürftiger in der Dritten Welt zum Leben brauchte.

Einige der sogenannten Asylanten aber sind vermögend genug, um Tausende von Mark für ihren Transfer in die Bundesrepublik aufzubringen – Beträge, die der Produktivität (und nicht zuletzt der Hungerhilfe) in ihrem Land verlorengehen. Ist es wirklich ein „humanitäres" Anliegen, so viele von ihnen wie möglich in die Bundesrepublik einreisen zu lassen?



„Angefangen hat es damit, daß wir aus der Kernenergie ausstiegen . . ."
JAK / THE LONDON STANDARD

„Kronzeuge" auch bei uns?

Von Manfred Schell

Deprimierend ist es schon, daß erst jetzt, nach dem feigen Mord an dem Diplomaten Gerold von Braunmühl in Bonn und offenkundig auch unter dem Eindruck der Bayern-Wahl, neue Formen der Bekämpfung des Terrorismus politisch durchzusetzen sind. Es ist bekannt, welche Politiker der FDP und der SPD dem Datenschutz Priorität gegeben und damit den Sicherheitsbehörden Handschellen angelegt haben. Diese Politiker sind inzwischen stumm, zumindest aber recht kleinlaut geworden. Ob dies auf Weisung der Parteiführung oder aus Einsicht heraus geschehen ist, sei einmal dahingestellt.

Außerdem haben auch manche Medien suggeriert, es gehe um die Wahrung der Bürgerfreiheit als Alternative zum Polizeistaat, den sich doch die Terroristen wünschten. In dieser irrealen Vorstellungswelt ist die Aufgabe des Rechtsstaates schlicht mißachtet worden.

Aber was helfen hier öffentliche Schuldzuweisungen? Entscheidend ist jetzt, daß dieser Rechtsstaat konsequent und zielgerichtet gegen die RAF handelt. Die Wege, die dabei eingeschlagen werden, bedürfen der rechtlichen, in einzelnen Fällen der weiteren parlamentarischen Legitimation. Auf dieser Basis werden die Bundesregierung und die sie tragende Koalition voraussichtlich am Mittwoch dieser Woche ihre Vorschläge unterbreiten. Soweit es die parlamentarischen Fristen zulassen, sollen die Gesetzesinitiativen noch vor der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 verabschiedet werden.

Es ist daran gedacht, zeitlich befristet den „Kronzeugen" im deutschen Strafrecht zu verankern. Die zuständigen Ministerien des Inneren und der Justiz sind beauftragt, bis Mitte der Woche Wege dafür aufzuzeigen, auch Bedenken vorzubringen. Die Absicht mit der „Kronzeugen"-Regelung läßt sich so formulieren: Wenn ein RAF-Mitglied die Fronten wechselt und auspackt, wenn es wertvolle Tips gibt und damit zu Verhaftungen beiträgt, dann kann es, obwohl selbst schuldig geworden, Straffreiheit erhalten. Im Kampf der italienischen Polizei gegen die Roten Brigaden hat diese Regelung Erfolge gebracht. Daß dies auch bei der besonders isolierten Struktur der RAF gelingen könnte, ist zunächst nur eine Hoffnung.

Natürlich gibt es auch ernstzunehmende Bedenken gegen den „Kronzeugen", vor allem gegen die schwierige Abwägung, wie weit der Staat mit seinem Angebot zur Straffreiheit überhaupt gehen kann. Soll es auch für RAF-Mitglieder gelten, die für einen Mord oder ein anderes schweres Verbrechen verantwortlich sind? Diese Frage stellt sich schon deshalb, weil auf der „Kommandoebene" der RAF jeder jeden kennt, also jeder in die Vorbereitung und Ausführung von Verbrechen eingeschaltet oder eingeweiht und deshalb als Mittäter anzusehen ist.

Andererseits erwartet die Öffentlichkeit zu Recht, daß die Verantwortlichen des Staates unkonventionelle Überlegungen anstellen. Dazu gehört, ob der Rechtsstaat diesen riskanten Weg gehen darf oder vielleicht sogar gehen muß. Wenn die Grundsatzentscheidung für eine weitreichende „Kronzeugen"-Klausel im Strafrecht fallen sollte, dann könnten für die Praxis Sicherungen eingebaut werden. Es wäre zum Beispiel vorstellbar, daß man den Staatsanwalt verpflichtet, in einem solchen Fall den Ermittlungsrichter hinzuzuziehen. Denkbar wäre auch, wenn sich ein „Kronzeuge" über einen Anwalt an die Staatsanwaltschaft wendet, ihn zunächst aus dem Ermittlungsverfahren herauszunehmen und dann, wenn er zu einem entscheidenden Schlag beigetragen hat, das Verfahren gegen ihn einzustellen.



Ein Mord, der manche stumm machte: Braunmühl-Tatort
FOTO: DPA

Neben der Entscheidung, ob es den „Kronzeugen" in welcher Ausgestaltung auch immer geben kann, wird die Koalition aller Voraussicht nach beschließen, Computer-Dateien des Kraftfahrtbundesamtes in Flensburg der Polizei zur Verfügung zu stellen. Was sich in dieser speziellen Frage in der Vergangenheit zugetragen hat, ist ein Skandal. Unter dem Druck der überzogenen Datenschutz-Diskussion war die Zulieferung von Kraftfahrzeugdaten einschließlich der Information, wer der jeweilige Halter ist und wo er wohnt, in den bereits angeschafften Computer in Flensburg gestoppt worden. Lediglich die Daten aus Baden-Württemberg und Bayern waren bis dahin gespeichert.

Jetzt sollen die übrigen Bundesländer nachliefern, und die Polizei soll das Recht erhalten, Daten direkt, also ohne Zeitverzug, abzurufen. Somit wird hier nachgeholt werden, was versäumt worden ist: Der direkte Zugang zum Computer soll die bisherige zeitraubende Zettelwirtschaft ersetzen. Jeder weiß, daß die schnelle Zuordnung von Personen zu Fahrzeugen oder umgekehrt ein wichtiges Hilfsmittel im Kampf gegen die Terroristen ist.

Die Rasterfahndung, die der frühere BKA-Präsident Horst Herold immer wieder als unverzichtbares Hilfsmittel gefordert hat, wird jetzt wieder möglich, einschließlich des Abgleichs mit Daten bei den Kommunen. Eine Lücke besteht dann noch in Bereichen, in denen der Staat keine Zugriffsmöglichkeiten hat und auf die Kooperation angewiesen ist.

Der Fahndungsdruck soll erhöht werden. Diesem Ziel dient auch der Versuch, die öffentliche Fahndung über die Medien zu verstärken. Hierbei werden sicherlich auch neue Wege einzuschlagen sein. Die Erfolge, die mit der Fernsehsendung „Aktenzeichen XY ungelöst" erzielt werden, raten dazu. Insgesamt geht es darum, wie Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann sagte: alle, die Morde ablehnen, im Kampf gegen den Terrorismus zu solidarisieren.

IM GESPRÄCH André Bord

Blick nach Deutschland

Von Peter Ruge

Der Blick aus seinem Eckzimmer im Außenministerium am Quai d'Orsay geht über die Seine nach Osten: nach Straßburg, über den Rhein, in die Bundesrepublik Deutschland. Damit ist etwa die Lebenslinie des Elsässers André Bord abgesteckt, der zum Koordinator der deutsch-französischen Beziehungen berufen wurde. Sein Partner auf der deutschen Seite ist Rainer Barzel.

Paris hatte sich Zeit gelassen, das Amt nach dem Machtwechsel im März zu besetzen. Vielleicht wären so manche Spannungen zwischen Premierminister Chirac und Bundeskanzler Kohl erst gar nicht aufgekommen. Zumindest löste in Bonn Erstaunen aus, daß die frühere sozialistische Europastaatssekretärin Catherine Lalumière zwischenzeitlich ins Spiel gebracht wurde. Es hieß, Jacques Chirac wolle sich die deutsch-französischen Kontakte persönlich vorbehalten. André Bord zögert nicht, die Frage zu bejahen, ob er ein Vertrauter des Regierungschefs ist. „Das Problem einer Dreiecksbeziehung aber stellt sich nicht, da der Wille des Staatspräsidenten und seines ersten Ministers zu den deutschen Beziehungen identisch ist."

André Bord und Jacques Chirac sind beide in der gaullistischen Bewegung groß geworden. Der heute 64jährige wurde nach Chirac 1975 Generalsekretär der Partei. Bord gehörte der ersten Regierung Chirac vor zehn Jahren an, so wie er davor und danach verschiedene Regierungsämter ausübte: Mehrmals als Staatssekretär und Minister für „Veteranen und Kriegsopfer" – eine Aufgabe, die aus seinem Lebenslauf resultierte.

1941 ging André Bord ging in den Widerstand. Die Gestapo verhaftete ihn, er flüchtete und wurde 1943 in Abwesenheit in Limoges zum Tode verurteilt. Bei Kriegsende kämpfte er in der Brigade Elsaß-Lothringen. Aber Bord engagierte sich bereits 1944 für ein neues Verhältnis zu den Deutschen. 1967 wude er stellvertretender Bürgermeister von Straßburg und Präsident im Generalrat Bas-Rhin, später Abgeordneter im Europa-Parlament und dort Wortführer der „Europäischen Demokraten".

Der „elsässische" Minister erlebte 1978 einen solchen Erfolg in seinem Wahlkreis, daß er auf ein weiteres Verbleiben in der Pariser Zentralregierung nach dreizehn Jahren verzichtet, um „sich ganz in den Dienst der Wähler zu stellen". Manche sagen, der Altgaullist habe gegen die reformerische Wende in der Partei Front gemacht. Dagegen spricht, daß Bord der Berater von Chirac für Europa-Fragen bleibt – von Straßburg aus. Das will er auch als Koordinator beibehalten: „Drei Tage Paris in der Woche sind genug. Ich bin am deutschen Geschehen so viel näher dran."



Zeit für die Bundesliga muß sein: Bord
FOTO: DPA

Bord versteht seine Funktion in zwei Richtungen: nachzufassen, daß sich die Beschlüsse der Führungsspitze rasch verwirklichen. Anzustoßen, daß Politiker zu Beschlüssen kommen. „Denn dieser Freundschaftspakt trägt doch nur Früchte, wenn der einzelne im täglichen Umgang Verbesserungen erkennt. Der Vertrag zwischen Adenauer und de Gaulle ist jetzt zwanzig Jahre alt, er muß mit einem neuen Sinn erfüllt werden."

Beim Treffen mit Rainer Barzel morgen in Paris wird André Bord eine Erweiterung des Jugend- und Studentenaustausches um Lehrlinge, Arbeiter und Angestellte vorschlagen. Beide Koordinatoren werden auch beim Kulturgipfel in Frankfurt nächste Woche dabei sein.

„Sie dürfen mich in Paris, aber auch in Straßburg immer stören, nur nicht samstags ab 18 Uhr", sagt André Bord in fließendem Deutsch, „da sehe ich die Bundesliga im Deutschen Fernsehen. Ich bin ein Bewunderer von Franz Beckenbauer."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DONAU KURIER

Die Ingolstädter Zeitung fragt nach den Zielen der SPD:

Die bayerische SPD, die mit ihrem Anti-WAA-Kurs einen strahlenden Wahlsieg erringen wollte, sich aber eine katastrophale Niederlage einhandelte, hat in dieser Woche nicht erkennen lassen, daß sie aus dem Ergebnis von Sonntag die richtigen Lehren ziehen will. Vielmehr klammert sie sich daran, daß ihr Direktkandidat im Stimmkreis Schwandorf dem CSU-Abgeordneten das Mandat abgenommen hat ... (Das) beinhaltet, daß die SPD für ganz Bayern permanent Wackersdorfer Zustände, die in diesem Jahr schon oftmals einem Bürgerkriegsklima gleichkamen, schaffen müßte. Diesen Preis kann die Verhinderung einer Anlage, die überhaupt erst als Folge der SPD-Energie-Politik in den 70er Jahren notwendig wurde, nicht wert sein.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie geht auf die Kritik der NATO-Kommandeure an den USA ein:

Hinter der Kritik der obersten NATO-Befehlshaber an der mangelnden Unterrichtung durch die USA vor und nach dem Gipfeltreffen steckt mehr als der Ärger, nicht genügend von der westlichen Führungsmacht respektiert zu werden. In Wirklichkeit geht es bei dieser höchst ungewöhnlichen Intervention um eine gravierende Sachfrage, um ausreichende Sicherheit für Europa. Die Militärs befürchten, daß bei einer Null-Lösung im Mittelstreckenbereich die Sowjets in doppelter Hinsicht ein Übergewicht haben: bei den Kurzstreckenraketen und bei den konventionellen Waffen. Von beiden Problemen war in Reykjavik offenbar nicht die Rede, obwohl – oder weil? – die unmittelbaren amerikanisch-sowjetischen Interessen davon am wenigsten betroffen werden.

THE SUNDAY TELEGRAPH

Die Londoner Zeitung fragt nach den Terror-Kontakten der syrischen Regierung:

Die Hauptfrage ist, was man im Hinblick auf Syrien tun sollte. Dies hängt natürlich davon ab, wie das Gerichtsverfahren gegen Nezar Hindawi im Londoner Old Bailey ausgeht. Wenn die Behauptungen des Anklägers über das Verhalten des syrischen Botschafters in London sich als *wahrheitsgemäß* herausstellen sollten, dann sind er und damit seine Regierung der terroristischen Komplizenschaft in einem Maße schuldig, wie man sie in unseren Zeiten noch nie erlebt hat ... Bisher stand Syrien schon immer unter Verdacht, doch konnte man nie etwas beweisen.

Was soll aus Moskaus Kurzstreckenraketen werden?

Eine Vereinbarung über Mittelstreckenwaffen allein wäre nachteilig / Von Bernt Conrad

Helmut Kohls heutige Amerika-Reise steht unter zwei strategischen Leitmotiven: Der Bundeskanzler will Ronald Reagan versichern, daß er dessen in Reykjavik vertretene Position voll unterstützt, aber er will gleichzeitig für die Diskussion nach Reykjavik eigene Gedanken beisteuern, die sich aus der deutschen und damit auch der europäischen Interessenlage angesichts jetzt denkbar erscheinender umfassender Abrüstungsmaßnahmen ergeben. Was der Kanzler dazu sagen will, erhält zusätzliches Gewicht, weil ihn Margaret Thatcher ermächtigt hat, auch in ihrem Namen zu sprechen, und weil die Franzosen ähnlich denken.

Fest steht mittlerweile, daß Reagans Begegnung mit Gorbatschow in Island durchaus kein „schwarzer Sonntag" gewesen ist. Beide Seite bemühen sich jetzt, das Beste daraus zu machen. Zwar hat die Moskauer Parteiführung das zwischenzeitlich aufgelöste Junktim zwischen einer Interimsvereinbarung über Mittelstreckenraketen (INF) und einem amerikanischen Verzicht auf SDI im Sinne von Gorbatschows Auftritt von Reykjavik wieder bekräftigt. Doch die einhellige Meinung in West und Ost lautet: Die Verhandlungen in Genf sollten trotzdem auf der Basis des in Reykjavik in Aussicht Genommenen fortgeführt werden. Dafür will auch Kohl mit Nachdruck plädieren.

Aus diesem Szenario ergibt sich die für Europa entscheidende Frage: Wie würde die Sicherheit unseres Kontinents aussehen, wenn die in Reykjavik anvisierten Abrüstungsmaßnahmen tatsächlich durchgeführt würden?

Bei den Mittelstreckenraketen ist die Sache vordergründig klar: Ihre Abschaffung in West- und Osteuropa und ihre Beschränkung auf je 100 Sprengköpfe im sowjetischen Teil Asiens und in Amerika käme der lang erstrebten Null-Lösung nahe und würde die akute Bedrohung Westeuropas durch sowjetische SS-20-Raketen beseitigen. Gleichzeitig aber entstünden zwei neue Probleme, auf die Kohl den amerikanischen Präsidenten aufmerksam machen will: Erstens wären die Westeuropäer und speziell die Deutschen noch mehr als bisher von den sowjetischen Kurzstreckenraketen bedroht, denen der Westen nichts Gleichartiges entgegenzusetzen hat; zweitens würde sich die konventionelle Überlegenheit der Warschau-Pakt-Staaten noch nachteiliger auf Westeuropa auswirken.

Was die Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite betrifft, so ist in Reykjavik in Aussicht genommen worden, die sowjetischen Raketen auf dem gegenwärtigen Stand von 600 einzufrieren und über deren Reduzierung nach einem INF-Zwischenabkommen zu verhandeln. Das wird in Bonn begrüßt. Doch damit ist das Problem nicht gelöst – es kann nur gelöst werden, wenn der Westen auf gleichen Obergrenzen auch bei den Kurzstreckenraketen besteht. Konkret bedeutet das: Wären die Sowjets zu einer einseitigen Reduzierung auf Null oder in die Nähe von Null bereit, dann wäre dies die künftige Obergrenze.

Dahin geht die Denkrichtung Bonns. Sollten die Russen aber auf ihre Überlegenheit bei den Kurzstreckenraketen nicht verzichten wollen, würde sich als unvermeidliche letzte Konsequenz eine westliche Nachrüstung in diesem Bereich aufdrängen.

Natürlich würde der Kanzler eine solche Konsequenz, die vom Verteidigungsministerium seit langem erkannt worden ist, wegen ihrer Unpopularität gern vermeiden. Das gilt auch für den konventionellen Bereich, in dem die sowjetische Überlegenheit bei einem Wegfall der atomaren Mittelstreckenraketen zusätzliche Reaktionen des Westens erforderlich machen würde. Wollte man hier einer Verstärkung auf westlicher Seite ausweichen (wozu die öffentliche Meinung in unserem Land zweifellos drängen würde), so müßte die Notwendigkeit konventioneller Abrüstungsschritte noch zusätzlich an Gewicht gewinnen. Deshalb will Kohl, in Übereinstimmung mit amerikanischen Politikern wie Senator Nunn, bei Reagan dafür plädieren, die konventionelle Abrüstungskomponente gleichrangig in das Gesamt-Verhandlungspaket aufzunehmen.

Darüber hinaus wird der Kanzler den Präsidenten fragen: Was würde aus der Strategie der flexiblen Antwort, wenn Europa „atomwaffenfrei" werden sollte? Würde sich – auch im Blick auf SDI – für Europa die Notwendigkeit eigener strategischer Verteidigungssysteme ergeben? Das sind gewiß keine bequemen Fragen. Auch beim Kernproblem SDI wird es Kohl im Weißen Haus nicht leicht haben mit seiner unveränderten Forderung, das Ausmaß der Weltraumverteidigung müsse vom Ausmaß drastischer Reduzierungen bei den Offensivwaffen abhängig gemacht werden. Doch der Kanzler hat (wenngleich auf Wirtschaftsfragen gemünzt) selbst gesagt: „Ich reise nicht zu einer Vergnügungsfahrt."

KÖBES erzählt von Floppys und dem Büro der Zukunft

Der Durchbruch ist endgültig: Der Personalcomputer hat gewonnen. Eindrücke von der „Orgatechnik '86".

Von DIETER THIERBACH

Emily" ist sehr genügsam. Und – so verheißt es zumindest die Werbung – dazu noch so einfach zu bedienen wie eine Kaffeemaschine. „Emily" ist aber auch schnell und intelligent. Weil das so ist, zeigt sie sich, durch Halogenstrahler perfekt ausgeleuchtet, von ihrer besten Seite und läßt druckfrische Hunderter durch ihr graues Kunststoffgehäuse flitzen. „Emily" ist eine tragbare Banknotenzählmaschine.

Wer sich mit den Schwierigkeiten eines Dagobert Duck herumzuschlagen hat, und es leid ist, seine umfangreiche Barschaft per Handarbeit zu zählen, kann den „Star" für knapp 3000 Mark sein eigen nennen. Denn bei 60 000 Banknoten in der Stunde – soviel schafft das knapp 30 Zentimeter breite Kästchen – macht selbst der geübteste Hauptkassierer schlapp.

Für sechs Tage, so verheißt ein Rundfunksprecher in Halle zwei, beweist Köln, daß es außer den drei K's („Kirchen, Kunst und Karneval") auch auf dem technischen Sektor up to date ist. „Da behaupte noch einer, wir leben in einer klassenlosen Gesellschaft", hakt ein Insider gleich ein. Die Orgatechnik '86, die 6. Internationale Büromesse, so seine Version, beweise das Gegenteil. Für ihn gibt es zwei Klassen: die der Hersteller von Büromöbeln und die von Computern.

Die Gunst des Publikums in Köln ist eindeutig

Verfolgt man die Besucherströme in Kölns Hallen, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Mann irgendwie recht hat. Die Gunst des Publikums, gemessen an der Belagerung der Stände, ist eindeutig. Anders formuliert: Während sich nur hin und wieder einer aus der Generation der über 30jährigen traut, in VIP-Ledersesseln italienischer Bauart Probe zu schaukeln, wird anderenorts auf Hunderten von Computern herumgehackt, als gelte es, einen Wettbewerb zu gewinnen.

Die Ruhe in den östlichen Messehallen ist wohltuend. Beim Begutachten kunstvoll geformter Garderobenständer und Kleiderhaken kann es passieren, daß man auch schon mal vom Standpersonal angesprochen wird. Indes schaut kaum jemand hin, wenn ein Motörchen mit Pleuelstange die flexiblen Rollstuhl-Rückenlehnen zum x-ten Mal durchbiegt, der Hilferuf „Handelsvertreter gesucht" bleibt ungehört. Eine Batterie von mechanischen Schreibmaschinen, vor zehn Jahren noch Traum einer jeden Sekretärin, dämmert im musealen Tiefschlaf dahin.

Bei einigen Ständen muß man genau hinsehen. Sind die leer? Keine Computer, kein Papier, keine Maschinen. Nur leere Regale. Ach so, werde ich aufgeklärt, die verkaufen Regale. In der Halle zwölf gibt es einen Stand, der seinen Namen auch wirklich verdient: Man muß nämlich stehen. Sechs blütenweiße Pappwände, ein Ablage-Eckchen mit zwei leeren Mineralwasserdosen und einigen Broschüren. Das Büro der Zukunft?

Ein älterer Herr aus Oberösterreich macht im Presse-Center gerade seinem Ärger Luft: „Sie können doch ihren Gästen hier kein ‚Kölsch' aufzwingen", beschwert er sich lautstark und verlangt, daß sein Stand umgehend mit Pils-Bier beliefert wird. Man verspricht Abhilfe. Morgen schon.

Versprochen ist versprochen, denn die Organisation in den Deutzer Messehallen ist perfekt: Das Sagen hat „KÖBES" (so heißt auch der Kellner, der „Kölsch" bringt), das Kölner-Besucher-Informations-System. Zum Beispiel wird der Gast an zahlreichen, mit Computer bestückten Ständen im Nu davon unterrichtet, wo sich die für ihn interessanten der insgesamt 1644 Aussteller niedergelassen haben. Die ständig aktualisierte Veranstaltungsliste ist proppenvoll: täglich bis zu 14 Treffs für Journalisten; mal mit „Kabelsalat"-Essen, mal mit „neuer Sitzphilosophie".

Dabei fällt ein anderer Aspekt auf: Branchen, vor Jahren noch traditionsgemäß ohne jegliche Berührungspunkte, entdecken plötzlich Gemeinsamkeiten, wie die Beispiele Buchmesse in Frankfurt und Orgatechnik in Köln zeigen: Eine medizinische Datenbank auf der Compact-Disc als Massenspeicher zog auf dem Frankfurter Stelldichein die Besucher ebenso in seinen Bann wie auf der Kölner Veranstaltung.

In den Rheinhallen haben PC-Freaks und gestandene Informatiker das Sagen. Software ist gefragt, um aus neuen Rechnergenerationen immer neue Höchstleistungen herauszukitzeln. Dreidimensionale Simulationen ganzer Straßenzüge, die bislang nur als Planspiel in den Köpfen von Architekten spuken, sind mit Häusern, Gehwegen und Grünzeug auf dem Monitor – aus welcher Perspektive auch immer – darstellbar. Komponiert wird nach dem Willen der Software-Anbieter demnächst nur noch am Terminal; das Tonband hat ausgedient, die Floppy dient als Schallplatte. Wenn's gefällt, werden die Noten gleich mit ausgedruckt.

Wer möchte, kann seine eigene Zeitung, Werbeblätter oder Einladungskarten Profi-like zu Hause gestalten: Überschriften, Texte und Bilder werden am Bildschirm haargenau in selbst vorgegebene Felder eingepaßt. Selbst alte Hasen schauen fasziniert zu, wie in Windeseile eine komplette Seite kreiert und ausgedruckt wird.

Die jüngeren Besucher sind froh, wenn sie bei ihren Streifzügen alleingelassen werden; Firmenvertreter fühlen sich oft zu reinen Aufsehern degradiert. Während sich Scharen von Neugierigen um uns herumdrükken, erzählt der Herr aus Hamburg, für Anrufbeantworter und Diktiergeräte zuständig, vom Farbstoff Indigo und den damit verbundenen Schwierigkeiten seiner Tochter beim Chemieunterricht.

Etwas verloren kommen sich die Mitarbeiter der Firma vor, die seit Jahrzehnten weiße Farbe in kleine Töpfchen abfüllt, um dann per elegantem Pinselstrich dem Druckfehlerteufel auf dem Papier eins auszuwischen. Die elektronische Korrektur im „Büro der Gegenwart" verhindert, das Texte überhaupt erst fehlerhaft auf dem Papier erscheinen. Die Büro-Chemie ist auf dem Rückzug.

„Computern gehört zum Handwerk", behauptet eine Papp-Tafel an der Innenwand eines improvisierten Klassenraumes. Gestandene Meister und Gesellen drücken hier im Gang zwischen den Hallen acht und neun die Schulbank. Anstatt in die Spalten von Kladde und Rechnungsblock zu schauen, konzentrieren sie sich in einem 30minütigen Schnellkurs ganz auf die Mattscheibe ihrer Personal-Computer. Der geschniegelte Lehrer, Verzeihung, EDV-Instruktor, hat ein Mikro in der Hand und erklärt gerade die Funktion der Taste „F 4".

Hilfe für die ersten Schritte am Computer

Der etwas korpulente Herr mit der Halbglatze schräg links vor mir gerät – ob der schnellen Abfolge – leicht ins Schwitzen. Sein Mitschüler zur Rechten leistet ihm bei der Anwendung von „maßgeschneiderter EDV, nicht nur für Klempner" Amtshilfe. „Man hat gemerkt", so ein Firmenrepräsentant, „daß man die Leute nicht mit diesen Geräten alleinlassen darf."

Die Orgatechnik, die morgen ihre Pforten schließt, lädt bereits jetzt, so verheißen es die Plakate, für 1987 ein. Vielleicht hat der Herr Klempner Gefallen am „Schnupperkurs" gefunden und ist auch wieder mit von der Partie – alle Jahre wieder.



Datenschutz hat Vorrang: Nur die Karte mit dem persönlichen Code erlaubt die Benutzung des Computers. FOTO: AP







Ein verhafteter Staatssekretär, Günter Schackow (r.), und ein ins Zwielicht geratener Fraktionschef, Dankwart Buwitt (l.), dies sind nur die neuesten Namen in einer Reihe von wahrscheinlichen „Skandal-Figuren". Der Regierende Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen und der CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky (o.) versuchen zu retten, was zu retten ist. FOTOS: AP / KLAUS MEHNER / PAUL GLASER

„Was ist bloß los in Berlin?"

Er will als „Mann mit dem Besen" in die Geschichte der Stadt eingehen. Doch da gibt es für den „Saubermann", den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, noch viel zu fegen, denn in der Stadt gedeihen die Skandale.

Von HANS-R. KARUTZ

Mittwoch, 15. Oktober, vormittags: Im Festsaal des Altbaus der Deutschen Bank in Frankfurt ehrt die Crème der Branche den Nestor des Kreditwesens, Hermann Josef Abs. Doch in die Feier mischen sich für Berliner Banker Wermutstropfen. Sie hören unangenehme Fragen: „Was ist bloß los bei Euch?" Es sind die „bad news" aus Berlin, die das polierte Messingschild des neuen, sympathischen Berlin-Images trüben.

Tage zuvor in Düsseldorf: Berliner Politiker treffen sich mit Managern und Wirtschaftsjournalisten: „Durch die Bank alle ‚Berlin-minded', alle gut auf die Stadt zu sprechen, mit besten Absichten. Die Stadt genießt wieder ein Prestige, aber dann diese unvermeidlichen Fragen nach dem Warum, Weshalb, Wieso dieser Skandale. Und du weißt keine ausreichende Antwort ...", seufzen renommierte Berliner nach der Rückkehr.

Mitten in der Hausse der politischen Aktien Berlins, die nach den verblassenden Schlagzeilen über Skandalfigur Nr. 1, Wolfgang Antes, eintrat, schlugen neue Enthüllungen wie ein verheerendes Gewitter ein:

Ein verhafteter CDU-Staatssekretär (Günter Schackow soll drei Millionen Mark Provision von einem ebenfalls einsitzenden Münchner Bauträger gefordert, Brillanten und eine Haushälfte bekommen haben), ein im Umgang mit Handwerkerrechnungen fahrlässiger CDU-Fraktionschef, zwei Ex-CDU-Baustadträte vor Gericht, ein Ex-CDU-Jugendstadtrat unter Verdacht. „Ich bin wie vor den Kopf geschlagen", beschreibt Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen seine seelische Verfassung.

Und das will viel heißen, denn seine große Bewährungsprobe in „schweren Wettern" (Diepgen) hat er erfolgreich hinter sich gebracht. Mit Heinrich Lummer, dem Liebling der Berliner CDU-Basis, verwies er den eigenen CDU-Bürgermeister des politischen Feldes, und den ebenfalls zur rechten CDU-Riege zählenden Bausenator Kurt Franke drängte er zum Rücktritt.

Noch im Mai war sich Diepgen vor den CDU-Landesdelegierten sicher: „Wir gehen gestärkt aus dem Fall Antes hervor", wenngleich „schwerwiegende Verfehlungen" von CDU-Amtsträgern unleugbar seien. „Leichtsinn und Übermut" seien aber nicht angebracht, es gehe um „harte Arbeit" für die Zukunft Berlins.

Diepgen strebte wieder in den jungfräulichen Stand seiner Amtsübernahme vom 23. Februar 1984 zurück: „Berlin hat wieder Tritt gefaßt, es sind wieder die guten Nachrichten, mit denen Berlin von sich reden macht."

Doch das war nur ein frommer Wunsch. Die „harte Arbeit" wurde delegiert: Die Bestechungs- und Skandal-Abteilung der Berliner Staatsanwaltschaft wurde mit Arbeit überschüttet.

Mal ein Senatsrat, mal ein leitender Angestellter

Zu untersuchen waren vor allem Korruptionsvorgänge in der Bau-, Finanz- und Verkehrsverwaltung. Mal hier ein Senatsrat, dort ein leitender Angestellter, hier ein Sachbearbeiter. Ein Ende scheint nicht in Sicht zu sein. Bislang, so heißt es, seien allenfalls die Zacken eines Skandal-Eisbergs aufgetaucht.

Diepgen steht heute am Rande des tiefen Glaubwürdigkeit-Grabens, der zwischen dem Anspruch der Union aus der Weizsäcker-Zeit und dem tatsächlichen Handeln mancher Amtsträger aufbricht: „Politische Führung und öffentliche Verwaltung haben an Glaubwürdigkeit verloren. Politiker sind in den Verdacht geraten, ihre persönlichen Interessen besser zu betreuen als das öffentliche Wohl", hatte von Weizsäcker, damals Regierender Bürgermeister, im Sommer 1981 festgestellt.

Nach dem Antes-Skandal, bei dem Diepgen nachträglich einräumte, sein „Fingerspitzengefühl" habe ihn getrogen, hatte der Regierende Bürgermeister mehrfach versucht, weiterem Ansehensverlust der Union vorzubeugen: „Ist noch 'was?" fragte er im Frühjahr die CDU-Potentaten. Neue Senatoren oder solche, die nach der zögerlichen Umbildung neue Aufgaben übernahmen, fragten ihrerseits Diepgen: „Gibt es noch etwas, was wir befürchten müssen?" Diepgen konnte, wahrheitsgemäß, verneinen.

Sein persönliches Naturell aber (eher zu analysieren als zu attackieren) gereicht ihm jetzt vielleicht zum zweitenmal zum Verhängnis: Denn die Vorwürfe im Falle Schackow – eines bis zu seiner Verhaftung als Inbegriff preußischer Lauterkeit und Loyalität betrachteten CDU-Mannes – waren Diepgen bereits Ende Juni am Rande einer CDU-Klausurtagung im pfälzischen Trier offenbart worden, und zwar von Schackow selbst, nachdem Journalisten eines Hamburger Magazins ihm auf den Pelz gerückt waren.

„Schackow widerlegte uns aber Punkt für Punkt alle Vorwürfe", sagt heute ein enger Berater von Diepgen. Der „Regierende" wiederum stellte das dienstliche Ansehen Schackows über denkbare, aber damals nicht beweisbare persönliche Verstrickungen. Ruhe bewahren, nicht unter öffentlichem Druck handeln – so lautete die Parole. Der Staatssekretär zog sich zwar in den Ruhestand zurück, aber sozusagen „ehrenhalber".

Eine Karriere war zu Ende gegangen, die Schackow vom kleinen ÖTV-Sekretär in der Berliner Finanzverwaltung an die Spitze der Steuerabteilung geführt hatte. Zweifellos einer der Tüchtigsten im Staatsdienst an der Spree. Einer, der in jeder „Beletage" in Berlin und den westlichen Metropolen zu Hause war. „Menschliche Schwäche" und „Abhängigkeiten" sieht Diepgen heute als Grund für die vielfältigen psychologischen Rätsel, die Schackow, der Mann mit dem rauhbautzigen Charme, aufgibt.

Doch Diepgen machte einen Fehler: Er „bohrte" nicht nach und läuft somit heute Gefahr, seine Ehrenerklärungen von damals für Schackow politisch präsentiert zu bekommen. Wenn am kommenden Donnerstag die Opposition nach seinem Kenntnisstand fragt, überläßt Diepgen die Antworten Schackows ehemaligem politischen Chef, Finanzsenator Günter Rexrodt (FDP). Diepgen will das Odeur des Skandals meiden, den Saugnäpfen der Skandal-Laokoon-Gruppe nicht zu nahe kommen.

Diepgen scheint nervenstark, doch Zeit zum Abwarten, bis sich die Dinge fügen, bleibt auch ihm nicht unbegrenzt, das weiß er. Und so sagte er vor einigen Tagen: „Ich will nicht als ein Regierender in die Geschichte eingehen, der eine Reihe von Themen über sich ergehen lassen, sie ertragen muß. Ich will in die Geschichte als derjenige eingehen, der zu seiner Zeit mit dem Besen reingegangen ist ..."

Eine kalte Rüge für den Fraktionsvorsitzenden

Den Besen zum Auskehren schwingt Diepgen auch gegen seinen Freund, den CDU-Fraktionschef Dankward Buwitt. Gegen den Rat des Berliner CDU-Generalsekretärs und Bankiers im öffentlichen Dienst, Klaus Landowsky, erteilte er Buwitts Umgang mit Heizungsrechnungen eine kalte Rüge: Er habe die angebrachte „übergewöhnliche Sorgfalt" vermissen lassen und „Mißverständnisse und -interpretationen" zugelassen.

Von diesem Tadel – in der Annahme von Buwitts Rücktritt formuliert – soll Diepgen nun morgen in der CDU-Fraktionssitzung wieder abrükken. Er soll, so scheint es, „zurück marsch, marsch", über den Rubikon des Parteiinteresses. Der Konflikt zwischen der CDU-Mehrheit, aus der Diepgen kommt, und dem Ordnungsgefühl, das der „Regierende" besitzt, scheint programmiert.

Wofür sich Diepgen im Zwist zwischen Pflicht und Parteitreue entscheiden müßte, hatte er beim 200. Todestag des Alten Fritz formuliert: „Es täte uns gut, auch einmal zu bedenken, daß es ein Gemeinwohl gibt, daß Staatsräson Einzelinteressen begrenzen können muß."

SPD-Juristen haben neuen Vorsitzenden

DW. Karlsruhe

Gegen eine Änderung des bestehenden Asylrechtes hat sich die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer *Juristen (ASJ) gewandt. Ihr* neugewählter Vorsitzender, der Bremer Senatsrat Horst Isola, zeigte sich bei der Bundesversammlung der ASJ in Karlsruhe bestürzt darüber, daß selbst führende SPD-Mitglieder die Haltung der „DDR"-Regierung begrüßt hätten, wonach Asylsuchende nur noch mit einem gültigen Transitvisum über Ost-Berlin in die Bundesrepublik Deutschland einreisen dürften. *Damit, so Isola, hätten politisch* Verfolgte faktisch keine Möglichkeit mehr, ihren Asylanspruch auch geltend zu machen. Der Bremer Senatsrat löst als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen den 74 Jahre alten früheren Verfassungsrichter Martin Hirsch ab, der aus Altersgründen nicht wieder kandidierte.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Mit einer Zinsdiskussion hofft die SPD auf Kapital in der Wählerschaft

Suche nach neuen Themenfeldern / Ratlosigkeit nach der Niederlage in Bayern

PETER PHILIPPS, Bonn

Wenn die Landesgeschäftsführer der SPD heute vormittag zu ihrem vierwöchentlichen Treffen in der Bonner „Baracke" zusammenkommen und wenige Stunden später das Präsidium seine Tagesordnung abspult, wird Ratlosigkeit als ungeladener Gast mit an den Tischen sitzen. Nach dem psychologischen Tief in den Reihen der Genossen, ausgelöst durch das Verfehlen des eigenen Wahlziels in Niedersachsen im Juni, hat das Debakel von Bayern endgültig die Hoffnungen auf Null gedrückt: Mit Kanzlerkandidat Johannes Rau am 25. Januar 1987 die absolute Mehrheit im Bund zu erreichen – davon sprechen nicht einmal die berufsmäßigen Stimmungsmacher mehr.

Gebetsmühlenhaft wiederholt Rau in ihm wohlgesonnenen Publikationen immer noch sein Credo: „Ich setze auf die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger, die eine andere Politik in Bonn wollen." So im „Stern". Und im „Spiegel" folgte die feste Bekundung: „Ich habe nicht die Absicht, den Wahlkampf täglich umzustellen." Wenn es nicht klappt, wird er eben sein „Arbeit in Düsseldorf weiterführen", als Ministerpräsident.

Rau soll präsenter werden

Zwei Landtagswahlen hat es seit der Wahl Raus zum Kanzlerkandidaten *gegeben: In Niedersachsen blieb* die SPD trotz Stimmengewinns in der Opposition, in Bayern geriet sie mit ihrem schlechtesten Nachkriegsergebnis endgültig in die politische Diaspora. Aber selbst wenn es auch am 9. November in Hamburg schiefliefe, bliebe Raus Position unangefochten. Die Partei weiß, daß er als Kanzlerkandidat trotz der Negativserie unersetzlich und ein großer Plus-Posten ist. Doch ändern wird sich manches bei den SPD-Aktivitäten, die zunehmend unter Zeitdruck geraten: Was nicht bis zum Wahlparteitag am kommenden Wochenende in Offenburg eingefädelt ist, entzieht *sich weitgehend der Planbarkeit.*

Der Kanzlerkandidat soll präsenter werden. Denn nach dem Ahlener Treffen, auf dem nach intensiver Seelenmassage selbst ein zuvor eher mißmutiger Herbert Wehner zur Demonstration des großen Wir-Gefühls angereist war, war die Wirkung schnell wieder verpufft. Ähnlich war es nach der die Delegierten mitreißenden Rede auf dem Nürnberger Bundesparteitag. Die notwendige Mobilisierung der eigenen Parteibasis – von potentiellen Wählern aus anderen Reservoiren ganz zu schweigen – ist so nicht zu erreichen.

Hinzu kommen erhebliche Reibungsverluste auf der Arbeitsebene, die vor allem auch durch die Animosität zwischen Bundesgeschäftsführer Peter Glotz sowie Raus Landesgeschäftsführer Bodo Hombach bedingt sind. Der eine hält jeweils den anderen für überschätzt, hinzu kommen unterschiedliche Konzeptionen. Während außerdem der alerte Hombach, einer der Väter der absoluten Mehrheit in Nordrhein-Westfalen, damit kokettiert, sich mit seiner körperlichen Gewichtszunahme auch „unbewußt ein dickes Fell gegenüber der SPD zugelegt" zu haben, sieht sich *Glotz betont als Parteisekretär. Eine* Folge war, daß der amtsmäßige Wahlkampfleiter Glotz über Monate hinweg öffentlich fast unsichtbar war, sein politisches Gegenüber Geißler fast alleine die Bühne beherrschte. Doch er habe, heißt es, die Resignation überwunden.

Vor allem aber wollen jetzt die Sozialdemokraten in letzter Minute Themenfelder wieder besetzen. Angesichts der wirtschaftlichen Daten und des Bevölkerungs-Bewußtseins werden zwar mit Mitbestimmung und Sozialpolitik Wählermassen kaum zu bewegen sein. Über das Energie-Konzept hat Parteichef Brandt schon in der Nacht der Bayern-Wahl gesagt, daß die SPD damit wohl nicht so recht über die Rampe kommt. Und wenn auch Bahr und sein SED-Pendant Axen in dieser Woche nach den Vorschlägen zu einer chemiewaffenfreien Zone einen Vertragsentwurf für einen atomwaffenfreien Korridor entlang der innerdeutschen Grenze vorlegen: Die Entspannungspolitik wird kaum wieder zum Wahlkampfthema werden. Hatte doch nicht einmal die Nachrüstungsdiskussion 1982/83 die erhoffte Sprengkraft.

Deshalb kommt ein überraschendes Thema noch auf die Tagesordnung, bestimmt mit einer eigenen Veranstaltung den Vortag des Wahlparteitags: In der internationalen Zinsdiskussion will sich die SPD bedingungslos auf die Seite der US-Administration schlagen und massiv Zinssenkungen in der Bundesrepublik Deutschland propagieren. Ein gänzlich neuer Schulterschluß, der auf Eigenheimbesitzer genauso wie auf kleine und mittelständische Unternehmer zielt.

Historische Reminiszenzen

Das eigentliche Überraschungsmoment wird erst durch die Erinnerung deutlich: 1969 wurde die SPD zur Kanzlerschaft ebenfalls sehr stark von einer wirtschaftspolitischen Diskussion getragen, der zuvor niemand wahlentscheidende Bedeutung beigemessen hatte: von Karl Schillers Streit mit Franz Josef Strauß über die *Aufwertung der D-Mark.*

Damit war die Große Koalition beendet. Die Frage, die nach dem Bayern-Debakel in der SPD wieder hochkommt, ist, ob nach dem Januar 1987 nicht ein Neubeginn notwendig wird: Wenn alle vier vorhandenen Fraktionen wieder in den Bundestag *einziehen und die Sozialdemokraten* mit Rau die von Brandt anvisierten 43 Prozent erreichen sollten, ginge wirklich nicht mehr viel – wie es ein realistischer Brandt im Sommer formuliert hatte – gegen die Genossen. Rein rechnerisch würde es für die jetzige Koalition schwierig, um im Alleingang die wichtigen Probleme wie Alters- und Krankenversicherung, Steuerreform, Bundeswehrstruktur und Energiekonzeption zu bewältigen. Abgesehen von den koalitionsinternen Differenzen darüber. Von Großer Koalition spricht (noch) keiner laut, aber wer auf 1965/66 zurückblickt, erinnert sich, daß dies damals nur eine Frage von Monaten war. Wie sagte Brandt mehrfach: „Dann kommt der Bundespräsident ins Spiel."

‚Niveauverlust bei Schulen muß verhindert werden'

HELMUT BREUER, Hilden

Für die Schaffung der „überregionalen Vergleichbarkeit" aller Schulabschlüsse hat sich der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf ausgesprochen. Nur so könne der drohende Niveauverlust der Schulen verhindert und ein objektiver Maßstab für Leistung erreicht werden, erklärte der Politiker auf einem Bildungskongreß der CDU am Wochenende in Hilden. Biedenkopf warnte davor, durch die Sen*kung des Bildungsprofils auf die* Verknappung der Schüler zu reagieren. Dies gelte auch für den universitären Bereich, da bereits heute die Hochschulen in Paderborn und Siegen in großer Sorge wären, „unter die demographischen Räder zu kommen."

Biedenkopf fuhr fort, wenn nicht bald objektivere Maßstäbe für Leistung gefunden und die überregionale Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen möglicht werde, dann würden eines Tages die Betriebe diese Maßstäbe diktieren, würden die Risiken der Schulwahl auf den weiteren Berufsweg der Jugendlichen abgewälzt. Auch die Gesellschaft könne sich wegen des scharfen Rückgangs der Schüler und Lehrlinge bald „keine Verschwendung von Talenten" mehr erlauben. „In zehn Jahren wird jeder Fehleinstieg in die Bildung kein Einzelschicksal mehr sein, sondern eine verpaßte Möglichkeit," sagte Biedenkopf. Deswegen sei es heute auch nicht mehr sinnvoll, die bildungspolitischen Schlachten der Vergangenheit neu führen zu wollen.

Auch Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) wies auf die Gefahr hin, daß Gymnasien möglicherweise ihr „Niveau absenken wollen", nur um „Schüler einzufangen." Die in Nordrhein-Westfalen bestehenden Gesamt- und Kollegschulen würden nicht als Einrichtungen kritisiert, betonten Wilms und Biedenkopf übereinstimmend. Die CDU wolle vielmehr verhindern, daß diese Schulen als „System mit ideologisch bedingter Zielvorstellung" flächendeckend auf Kosten des bewährten dreigliedrigen Schulwesens durchgesetzt werden.

In Bergedorf ließ Schmidt Dohnanyi links liegen

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Sein Platz blieb leer – unter dem Transparent „Dohnanyi für Hamburg – Hamburg für Dohnanyi" bei der *Auftaktkundgebung der Hamburger* SPD fehlte Helmut Schmidt. 24 Stunden später sitzt der ehemalige Bundeskanzler in einem Fachwerkanbau des Bergedorfer Gewerkschafts-Lokals mit Zinntellern und Wagenrädern an der Wand und sucht das Gespräch mit den Bürgern in seinem alten Wahlkreis. Nicht 3500 wie im Congress Centrum am Vorabend, sondern allenfalls 40 bis 45 Vertreter von Verbänden und Vereinen sind im Saal. Sie hören dem *Mann zu*, der seinen Nachfolge-Kandidaten in diesem Wahlkreis, den Studienrat Rolf Niese, mit den Worten empfiehlt: „Ich kenne ihn als einen soliden, zuverlässigen Kerl." Hier, in einer für ihn seit Jahrzehnten vertrauten Umgebung, mochte das Schmidt genügen.

Kein Wort von Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, der in drei Wochen eine neue Mehrheit im Rathaus braucht, *kein Wort* über Johannes Rau, sogar seine Sozialdemokratische Partei erwähnt der ehemalige Bundeskanzler nur am Rande, als er feststellt: „In den USA gibt es mehr Meinungen als bei den deutschen Sozialdemokraten", um sofort anzufügen: „Lacht denn keiner?"

Schmidt hat hier ein Heimspiel. Er will nicht werben, sondern die Schau der weiten Welt – am Vortag hatte er in Mailand mit Henry Kissinger und dem ehemaligen japanischen Premier Takeo Fukuda darüber diskutiert – den Bergedorfern vermitteln. Der globale Blick trifft zunächst Reykjavik. Hier verbreitet der Altkanzler ganz andere Gedanken, als sein Bonner Parteifreund Hans-Jochen Vogel noch am Vortag im Congress Centrum geäußert hatte: Schmidt würdigt die erstaunliche Übereinstimmung von Reagan und Gorbatschow, daß dies „nicht aller Tage Abend" sei. Die Russen hätten ein Verhandlungspaket „aus dem Ärmel gezaubert", auf das die Amerikaner offenbar nicht vorbereitet gewesen seien. „Ich hätte in dieser Lage geantwortet: Das müssen wir zu Hause erst sorgfältig analysieren, gebt mir vier oder sechs Wochen Zeit!", sagt Schmidt. Die brauche man auch, „um das Kleingedruckte zu studieren".

Lokal-Wahlkämpfer Schmidt

In der anschließenden Diskussion geht es um Dollarkurs und Lärmbelästigung, Arbeitslosigkeit und die Schließung einer örtlichen Kripo-Dienststelle. Schmidt nimmt gegenüber der Beschlußlage der SPD völlig unabhängig Stellung. „Ich sehe keinen Grund, auf die Steuerreform zu verzichten", bekennt er, „auch wenn meine Partei etwas anderes sagt."

Natürlich erwärmt er sich für ein europäisches Währungssystem, für das er sich schon in seiner Amtszeit eingesetzt hatte; hier verstehen seiner Meinung nach „zu wenige Bonner Politiker die Problematik, auch der Kanzler nicht". Schmidt hält es nicht für ausgeschlossen, daß der Dollar auf eine Mark sechzig fällt. Im übrigen vermißt er Politiker, „die den Kopf frei haben von Tages-Sorgen".

Adenauer, de Gaulle und Jean Monnet hätten dazu gehört. „Und mit einigem Abstand", so fügt er hinzu, „Giscard und ich selbst."

Für die Bergedorfer ist das eine Feststellung, von der sie schon immer überzeugt waren.

Der Bundespräsident wandert durch den sterbenden Wald

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Kaiserwetter in den Höhenlagen um St. Märgen. Und ein Präsident, der wandert. Nicht so weit, wie sein Amtsvorgänger, der auf Schusters Rappen den Hochschwarzwald durchquert hatte. Aber weit genug, um zu sehen, daß „ein Teil unserer natürlichen Lebensgrundlagen bedroht ist". Dafür reichen eineinhalb Kilometer Wegstrecke vom Gasthaus „Kreuz" bis zur Paßhöhe am Thurner. Vorbei an Fichten und Tannen, deren Jahre gezählt sind, mit abgestorbenen Ästen, vergilbten Nadeln, lichten Kronen. „Richi", steht auf einem großen Transparent, das Richard von Weizsäcker vom Start bis zum Ziel begleitet, „der Wald braucht Dich".

Begleitet wird der Bundespräsident aber auch von einer vielköpfigen Trauergemeinde. Und die bricht zuweilen wie Lützows wild-verwegene Jagd durchs Unterholz. Da wird geschoben und geschubst, da knacken Zweige, brechen selbst Pflänzchen, die dem sauren Regen bisher widerstanden haben. Ein Demonstrationszug für den Wald, der im Wald, durch den er sich wälzt, seine Spuren hinterläßt. Am Ende wird auch noch eine Viehweide zertrampelt. Doch Mutter Natur rächt sich auf ihre Weise: Unzählige frische Kuhfladen sorgen auf dem Kundgebungsgelände oberhalb der Thurner-Kapelle unter den 5 000 Umweltschützern für schmutzige Schuhe und Hosenbeine.

Inszeniert hatte den Massenauftrieb die „Initiative Schwarzwald", eine Interessensgemeinschaft unterschiedlichster Gruppen und Vereine, um das Waldsterben als „Bestandteil einer umfassenden Umweltkatastrophe" in das öffentliche Bewußtsein zurückzurufen. Richard von Weizsäcker war als Hauptredner geladen, weil man glaubte, daß „seinen Aussagen ein bedeutendes moralisches Gewicht zugesprochen wird und so ein wesentlicher Anstoß zum Wald- und Umweltschutz von ihm ausgehen könnte". Entsprechend groß ist das Interesse an dem, was der Herr Bundespräsident zu sagen hat. Und entsprechend bunt das Publikum. Honoratioren des Schwarzwaldvereins und alte Kämpfer aus Wyhl, „Autonome" und Trachtengruppen, Kinder und Alte, Radfahrer, Wanderer und ein Trupp Marathonläufer, angeführt von Herbert Steffny, dem Dritten der letzten Europameisterschaft.

Die Kundgebung beginnt an diesem sonnigen Samstagnachmittag gegen 15.30 Uhr. Von Weizsäcker, der direkt aus Heidelberg eingeflogen war, muß in einer Stunde wieder weg. Aber so schnell wird das Mikrofon nicht frei. Zuerst geht einem vollbärtigen Förster das Herz über. Ihm stirbt der Wald buchstäblich unter den Händen weg. Christbäume gibt es in seinem Revier schon lange nicht mehr. Ein „deprimierendes Geschäft" sei's, das er betreibt, „vergleichbar mit dem eines Pfarrers, der in seiner Gemeinde nur noch Beerdigungen vorzunehmen hat". Ein anderer Redner, der Waldbauer Siegfried Kaltenbach, sieht sich einer „schleichenden Enteignung" ausgesetzt. „Mein Wald wird jedes Jahr weniger wert", sagt er. Und daß für ihn die Glaubwürdigkeit der Politiker längst dahin sei.

Von Weizsäcker ist selber einer. Einer, der sich zu seiner Verantwortung als Politiker bekennt, obwohl ihn keine gesetzgeberische Bringschuld belastet, der den Leuten nicht nach dem Mund redet. Zwar beklagt auch er das, was er gesehen hat, sagt, daß es so nicht weitergehen könne und daß „die Erhaltung der Schöpfung" Vorrang vor allem anderen haben müsse. Er warnt aber vor undifferenzierten Schuldzuweisungen, vor Ungeduld, Konfrontation und Polemik. „Jeder Ankläger", so tönt es eindringlich aus den Lautsprechern, „hat auch irgendeinen Nutzen von den Dingen, die er mit Recht rügt." Von der Energiewirtschaft, vom Konsum, vom Auto, mit dem so viele auch zu dieser Kundgebung angereist sind.

An dieser Stelle pfeift die Menge. Nur einer klatscht begeistert Beifall. Das ist Helgo Bran, ein kauziger Grüner aus Freiburg, der von 1980 bis 1984 im Stuttgarter Landtag saß und, damals wie heute, einen einsamen Kampf gegen das „Luftverschmutzungsgeschwafel" der „Waldsterbensfanatiker" führt. Denn Schuld am Siechtum der Nadelwälder seien weder Schwefel noch Stickoxide. Schuld ist, wie der Biologe Bran herausgefunden hat, ein pathogener Großpilz, der Hallimasch.

Kewenig will Kontrollgremium

dpa, Berlin

Der Berliner Innensenator Wilhelm Kewenig (CDU) will den Verfassungsschutz durch eine parlamentarische Kommission kontrollieren lassen. Der Verfassungsschutz war nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" über Unstimmigkeiten bei der Aufklärung des Mordfalls Ulrich Schmücker von Medien und Politikern heftig kritisiert worden.

Nach Angaben des Sprechers des Innensenators, Hans Birkenbeul, hat es in den vergangenen Tagen Gespräche mit dem Regierenden Bürgermeister, Eberhard Diepgen, und mit den Vertretern der Parteien über die geplante Kontrollkommission gegeben. Birkenbeul bestätigte, daß dem vorgeschlagenen fünfköpfigen Gremium nur Mitglieder von CDU und SPD angehören sollen.

Lambsdorff rechnet mit Verurteilung

DW. Bonn

Der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff geht davon aus, daß er im Bonner Parteispendenprozeß wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung verurteilt wird. Der weitaus schwerwiegendere Anklagepunkt der Bestechlichkeit war im Sommer fallengelassen worden.

In einem Interview mit der „Welt am Sonntag" sagte der FDP-Politiker, er wolle im Falle einer Verurteilung den Bundesgerichtshof anrufen. Dann komme auch das Mitwirken der Finanzverwaltung und der Finanzminister bei der Parteispendenpraxis ins Spiel. Geklärt werden müsse auch, inwieweit das in wesentlichen Bestandteilen vom Bundesverfassungsgericht als rechtlich korrekt bewertete neue Parteienfinanzierungsgesetz Rückwirkungen auf frühere Straftatbestände habe.

Biedenkopf will Landesgruppe nicht führen

HELMUT BREUER, Düsseldorf

Als „unsinnig" hat gestern der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Biedenkopf Meldungen zurückgewiesen, er strebe nach seiner Rückkehr in den Bundestag den Vorsitz in der künftig gemeinsamen Landesgruppe der CDU-Bundestagsabgeordneten seiner Partei an. Im Gespräch mit der WELT erklärte Biedenkopf, er habe nie diesen Wunsch gehabt und hielte dies auch „für einen Fehler", da der Vorsitzende der NRW-Landesgruppe „ständig in Bonn präsent" sein müsse, er aber seine Hauptaufgabe in der Führung der CDU an Rhein und Ruhr sehe.

Die NRW-Landesgruppe in Bonn müsse schließlich am Tag der Bundestagswahl handlungsfähig sein. Biedenkopf lehnte es ab, zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Arbeit der nordrhein-westfälischen Landtagsfraktion unter Führung von Bernhard Worms zu bewerten, da jetzt der Bundestagswahlkampf Vorrang habe und eine erneute Personaldiskussion der CDU in Nordrhein-Westfalen nur schaden könne. Ob er nach seiner Wahl in den Bundestag sein Landtagsmandat niederlege, darüber müsse die Partei dann entscheiden. Nach Informationen der WELT hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Schmitz aus Baesweiler bei Aachen die besten Chancen, erster Vorsitzender der neuen nordrhein-westfälischen CDU-Landesgruppe in Bonn zu werden, die mit 65 Abgeordneten größer als die CSU-Landesgruppe ist, die 54 Mitglieder hat.

Biedenkopf sagte, daß die SPD nach einer Niederlage bei der Bundestagswahl in eine „tiefe und langanhaltende Zerreißprobe zwischen pragmatischen Sozialdemokraten und fundamentalistischen Sozialisten" geraten werden. Die „akademisierte Arbeiterpartei" habe nach dem Scheitern von Brandt und Schmidt den erkennbar vergeblichen Versuch gemacht, mit Johannes Rau sozusagen die Menschlichkeit zum Kandidaten zu erheben, um damit ihre programmtische Zerstrittenheit zu verdecken. Doch bereits jetzt zerbröckele das Bild des Kandidaten, und dies desintegriere die Partei. Zwar müsse Politik immer menschlich sein, doch könne Menschlichkeit allein nie die Politik ersetzen, sagte Biedenkopf.

Eine „Große Koalition" wählt den neuen Mainzer Oberbürgermeister

SPD, CDU und FDP einigen sich auf Hermann-Hartmut Weyel / Grüne: Mauschelei

Nea. Mainz

In ihrer Enttäuschung über das Scheitern der erstrebten rot-grünen Koalition im Mainzer Rathaus schleppten die Grünen einen Zementsack in den Sitzungssaal: Ein ironisch gemeintes Geschenk an den soeben gewählten neuen Oberbürgermeister Hermann-Hartmut Weyel (SPD). In einem bemerkenswerten Kraftakt hatten zuvor die Mainzer Sozialdemokraten, der Verlockung von Rot-Grün widerstehend, in den eigenen Reihen eine Fortsetzung der bewährten Kooperation von SPD, CDU und FDP in der Stadtpolitik durchgesetzt.

Jockel Fuchs tritt ab

Der 53jährige, auf zehn Jahre gewählte Jurist Weyel, derzeit Dezernent für Stadtgrün, Sport und Altstadtsanierung, soll im Mai 1987 seinen Vorgänger, den bundesweit populären und seit fast 23 Jahren amtierenden Jockel Fuchs, im Amt ablösen. Angesichts der politischen Richtungskämpfe im eigenen Lager hätten manche Mainzer Sozialdemokraten Jockel Fuchs am liebsten wohl noch einmal wiedergewählt. Aber dies verbietet bei einem immerhin 67jährigen die Gemeindeordnung.

Weyel gilt als ein Mann des rechten SPD-Flügels. Die Parteilinke wollte statt dessen lieber nach einem Kandidaten fahnden, der auch die Zustimmung der Grünen findet. Eine rot-grüne Koalition schien beim Stimmenverhältnis im Stadtparlament (SPD 27, CDU 24, Grüne 5, FDP 3) rechnerisch durchaus möglich.

Dennoch beharrte die rechte Mehrheit in der SPD-Fraktion auf einer Beibehaltung des „Mainzer Modells", nach dem auch CDU- und FDP-Politiker (darunter der FDP-Landesvorsitzende Rainer Brüderle) im Magistrat vertreten sind. Die Wahl von Weyel sollte mit einer möglichst breiten Mehrheit der drei Fraktionen vonstatten gehen.

Im letzten Moment geriet dieses Konzept jedoch wieder in Gefahr, als die CDU – durch einzelne Vorgänge während der Haushaltsberatungen mißtrauisch geworden – ihre Zustimmung zur Wahl von Weyel nun auch von Sachzusagen und einer gewissen Garantie gegen rot-grüne Teilabmachungen abhängig machte. Zwei Tage und Nächte wurde in Mainz verhandelt. Dann einigten CDU und SPD sich auf ein Papier, in dem einige strittige Punkte der Stadtpolitik festgeschrieben sind.

Eine Stunde danach stimmten bei der (zunächst immer wieder verschobenen) Wahl von 57 anwesenden Stadträten immerhin 51 für Weyel. Der SPD-Abgeordnete Rüdiger Vehof hatte schon vor dem Wahlgang aus Protest sein Mandat zurückgegeben.

„Mainzer Art zu leben"

Da auch ein Mitglied der Grünen an der Abstimmung nicht teilnahm, sind unter den sechs Gegenstimmen vermutlich auch zwei von der SPD.

In der Debatte warf der Sprecher der Grünen, Hans-Jörg von Berlepsch, den drei Rathausparteien „Mainzer Mauschelei", „Wählerbetrug" und „Hintertreppenintrige" vor.

OB Jockel Fuchs konterte gelassen: „Ich bedaure, was Sie da zur Mainzer Art gesagt haben. Die Mainzer Art zu leben, ist mir lieber als die, die Sie offenbar haben wollen."

Die Niederlage der SED vor 40 Jahren

hrk. Berlin

Heute vor 40 Jahren erlitten die deutschen, von den Sowjets massiv unterstützten Kommunisten bei den ersten und zugleich letzten freien und geheimen Wahlen in Groß-Berlin am 20. Oktober 1946 eine schwere politische Niederlage. Die SED brachte es trotz deutlicher Benachteiligung der demokratischen Konkurrenten SPD, CDU und LDP (Vorläufer der FDP) lediglich auf Platz drei – hinter der SPD (48,7 Prozent) und der CDU (22,2). Die Liberalen kamen auf 9,3 Prozent.

An dieses historische und für die deutsche Nachkriegsgeschichte bedeutsame Datum erinnerten am Wochenende zahlreiche Berliner Politiker. Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen sagte, das damalige Wahlergebnis habe bewiesen, „wo die Berliner ihre Zukunft sahen und sehen". Jene „Stunde der Wahrheit" wirke bis heute für die SED nach, die dieses Ereignis bis heute „ideologisch verzerrt" darstelle. Dennoch sollten, regte Diepgen an, angesichts des 750. Geburtstages der Stadt 1987 die „Gegensätze in Grenzen gehalten und soviel wechselseitige Beteiligung wie möglich" gesichert werden.

Diepgen mußte sich seitens der SPD, die damals der Zwangsvereinigung mit der KPD auf heroische Weise widerstand, „peinliche Geschichtslosigkeit" vorhalten lassen. SPD-Landesgeschäftsführer Professor Hans Kremendahl rügte, daß der Senat diesen historischen Tag weder mit einer Gedenkveranstaltung würdige noch sonst irgendwelche Aktivitäten an den Tag lege, die diesem Ereignis gerecht würden. Die Sozialdemokraten haben heute Kanzlerkandidat Johannes Rau zu einer Gedenk-Kundgebung eingeladen.

Einer der Zeitzeugen von damals, Berlins CDU-Ehrenvorsitzender und Bonner Staatssekretär, Peter Lorenz, sprach in einer Erklärung davon, die Sowjetunion und die SED hätten 1946 gehofft, „ganz Berlin in den Griff zu bekommen".

Der Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Lothar Löffler, führendes Mitglied im Kuratorium „Unteilbares Deutschland", erinnerte daran, daß die Sowjets zum Beispiel der SPD verboten, ihren Wahlaufruf im Ostsektor zu verbreiten. Auch die CDU und die Liberalen seien behindert worden. Während die SED mit Sonderrationen von Papier bedacht wurde, hätten die Russen ihr auch durch „kurzfristige Verbote von Veranstaltungen der anderen drei Parteien im Sowjetsektor geholfen". Löffler wies auch auf die damalige Unsicherheit der SED hin, die Wochen vor der Wahl eine „Listenverbindung" mit der SPD angeboten habe, um eine „Front der Arbeiterbewegung" herzustellen. Aber die Sozialdemokraten lehnten diese „Offerte" ab.

Özal setzt neue Akzente in Partei und Regierung

Demirel zwingt zum Handeln/ Werben um Fundamentalisten

E. ANTONAROS, Ankara

Der türkische Ministerpräsident Turgut Özal hat am Wochenende Staatschef Kenan Evren seine neue Ministerliste vorgelegt. Der neuen Regierung gehören drei Staatsminister mehr als bisher an, was in Ankara als ein gezielter Versuch Özals interpretiert wird, alle in seiner „Mutterlandspartei" vertretenen Strömungen zufriedenzustellen und Abwanderungen von Abgeordneten an die „Partei des rechten Weges" (DYP) zu verhindern, die hinter den Kulissen von Ex-Premier Demirel geleitet wird.

Offenbar aus diesem Grunde sagte Özal Anfang letzter Woche im Parlament auch, daß er fortan Artikel 84 der türkischen Verfassung „ohne großzügige Abweichungen" anwenden will, wonach Abgeordnete, die die Partei wechseln, ihren Sitz verlieren. Daraufhin kündigte DYP-Vorsitzender Hüsamettin Cindoruk an, daß alle Angehörigen seiner Fraktion ihre Mandate niederlegen werden, sollte Özal seine Drohung verwirklichen. Dadurch könnte der aus dem Hintergrund agierende Demirel neue Nachwahlen erzwingen, die für Özal mit Sicherheit nicht gut ausgehen würden. Dieser Schlagabtausch ist der bisherige Höhepunkt in der Fehde zwischen Özal und Demirel, der nach seinem Wahlerfolg vor drei Wochen noch selbstbewußter als bisher geworden ist und die Abschaffung aller gegen die früheren Politiker bestehenden Restriktionen verlangt.

Spektakuläre Änderungen hat es allerdings bei der Regierungsumbildung nicht gegeben. Die wichtigsten Ressortchefs – Außenminister Halefoglu, Innenminister Akbulut, der für die Wirtschaft zuständige Vizepremier Erdem und Verteidigungsminister Yavuztürk – sind in ihren Ämtern bestätigt worden. Unerwartet war die Ernennung des bisherigen Regierungssprechers und Özal-Intimus Mesut Yilmaz zum Tourismus-Minister. Daraus schließen Beobachter in Ankara, daß die Regierung aus der Fehlplanung der gerade zu Ende gegangenen Saison gelernt hat. Neuer Regierungssprecher wurde Özals Neffe Hassan Güzel.

Politisch aufschlußreicher sind die von Özal in dem Spitzengremium seiner Partei vorgenommenen Änderungen: Während der Exponent der Rechtsradikalen, Pehlivanoglu, dem die Wahl ins Parlament nicht gelungen ist, den Hut nehmen muß, darf der Wortführer der Fundamentalisten, Kiceciler, bleiben, obwohl gemäßigte Elemente in letzter Zeit seine Ablösung immer öfter gefordert haben. Daraus schließt man in Ankara, daß Özal systematischer als bisher die frommen Bevölkerungsschichten Anatoliens umwerben will. (SAD)

Queen beendet China-Besuch

AFP, Peking

Königin Elizabeth II. hat am Samstag ihren sechstägigen China-Besuch abgeschlossen und ist an Bord ihrer Yacht „Britannia" nach Hongkong weitergereist. In einer Abschiedsbotschaft an den chinesischen Staatspräsidenten Li Xiannian bezeichnete die Queen ihren Aufenthalt in China als „anregend". Der Besuch der Königin wurde allerdings durch Bemerkungen ihres Ehemannes Prinz Philipp getrübt. Dieser hatte eine Gruppe von schottischen Austauschstudenten gewarnt, in China keine Schlitzaugen zu bekommen. Die chinesische Regierung sah allerdings über die Äußerung hinweg, auch die Presse der Volksrepublik ging nicht darauf ein.

Peking spricht von „Volk der DDR"

dpa, Peking

Der deutsche Botschafter Fischer hat die chinesische Regierung an den Standpunkt Bonns in der Deutschlandpolitik erinnert. Er reagierte damit auf ein Interview von Parteichef Hu Yaobang im „Neuen Deutschland", in dem dieser mehrfach vom „Volk der Deutschen Demokratischen Republik" gesprochen hatte. Bonn gehe unverändert vom Bestehen einer einzigen deutschen Nation aus, sagte Botschafter Fischer dem chinesischen Außenministerium. „DDR"-Staatschef Erich Honecker wird am Dienstag in Peking erwartet.

Am Wochenende haben China und Bulgarien ein Kooperationsabkommen unterzeichnet.

Managua ruft Sicherheitsrat der UNO an

DW. New York/Managua

Einen Tag nach der endgültigen Billigung der US-Finanzhilfe für die rechtsgerichteten nicaraguanischen „Contras" hat die Regierung in Managua eine Sondersitzung des Weltsicherheitsrats beantragt. Die nicaraguanische Chef-Delegierte bei den Vereinten Nationen, Nora Astorga, berief sich auf ein Urteil des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, der einer Beschwerde Nicaraguas gegen die Unterstützung der Rebellen durch die USA rechtgegeben hatte. Die USA hatten das Urteil vom vergangenen Juni mit dem Hinweis abgelehnt, das Gericht sei in dieser Frage nicht zuständig.

Auf einer Pressekonferenz in Managua nannte Nicaraguas Präsident Daniel Ortega die Verabschiedung der Rebellenhilfe durch Reagan eine „kriminelle Handlung". US-Präsident Reagan mache sich damit zu einer international geächteten Person, da er mit seiner Entscheidung gegen ein Urteil des Haager Gerichtshofs verstoße, der die Rebellenhilfe für illegal erklärt habe.

Taumelt das Riesenland am Kap der Guten Hoffnung in einen Bürgerkrieg? Südafrika gilt den Medien weltweit als Synonym für ungelöste Rassenkonflikte. Die Apartheid-Politik isoliert das Land, seine Handelspartner überziehen es mit Sanktionen. In einem WELT-Interview deutet Staatspräsident Pieter Willem Botha Gegenmaßnahmen Südafrikas an und wirft dem Westen vor, er mische sich ungefragt ein und sei uninformiert. Die Fragen stellten Monika Germani und Peter Gillies.

Sanktionen sind eine törichte Art des Krieges

Herr Präsident, hier geht das Gerücht, 17 westliche Staaten wollten eine Südafrika-Konferenz einberufen, um Ihre Regierung mit den Schwarzen an den Verhandlungstisch zu bringen. Wie denken Sie darüber?

Botha: Über Südafrika gibt es viele Konferenzen. Das unterstreicht unsere Bedeutung. Nur wer wichtig ist, über den wird auch gesprochen. Es ist also ehrenvoll, wenn über uns gesprochen wird.

Knüpfen Sie Erwartungen daran, wenn ja, welche?

Botha: Eigentlich möchte ich nicht über Sanktionen sprechen. Sie sind eine Form des Krieges. Wirtschaftssanktionen sind eine Art der Kriegsführung. Sie werden verstehen, wenn man in eine solche Situation gezwungen wird, spricht man ungern darüber. Wir beharren jedoch darauf, daß Sanktionen stets der falsche Weg sind – das gilt übrigens nicht nur für uns, sondern für alle Länder. In einer Welt, deren Bevölkerung zur Hälfte hungert, sind Sanktionen töricht. Wir glauben an den freien Welthandel und daran, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen.

Auch die USA und die freie Welt glauben an den Freihandel.

Botha: So sieht es überhaupt nicht aus. Die USA als Vorbild der Freiheit sind dadurch zu einem Symbol der Zerstörung kleiner Völker wie Südafrika geworden.

Wie beeinflussen Sanktionen Ihre Reformpolitik?

Botha: Alles hängt davon ab, inwieweit durch Sanktionen unsere Wirtschaft beeinflußt wird. Ich persönlich glaube, Sanktionen werden Südafrika n gewisser Weise schaden. Sie werden Arbeitsplätze in einigen Bereichen vernichten, sollten sie tatsächlich verwirklicht werden. Auf anderen Sektoren werden sie unsere Wirtschaft allerdings stärken.

In welchen?

Botha: Wir haben unsere Erfahrung mit dem Waffenembargo gemacht. Das hat zur Entwicklung unserer eigenen Waffenindustrie geführt. Heute importieren wir keine Waffen mehr, sondern exportieren welche – zur Enttäuschung vieler Staaten.

Kann man die Rüstungsindustrie tatsächlich mit anderen Industrien vergleichen?

Botha: Ja. Sie ist in gewisser Weise ein Wirtschaftszweig. Wir hatten auch ein Erdölembargo. Damals reichten unsere Ölvorräte nur noch für eine Woche. Heute verfügen wir über eine eigene Ölindustrie in Form der Kohleverflüssigung.

Sind Sie beeindruckt von den jüngsten Sanktionen der USA und der EG?

Botha: Ich bin enttäuscht. Vor allem bin ich von einem Land enttäuscht, daß die Führungsrolle der westlichen Welt für sich beansprucht, und derart gegen ein verbündetes Land vorgeht.

Welche Antwort geben Sie darauf?

Botha: Südafrika hat eine leistungsfähige Wirtschaft. Zusammen mit der Sowjetunion verfügen wir über ein Monopol an strategischen Rohstoffen. Das macht uns auf diesem Gebiet stark. Gewisse westliche Länder können ohne uns nicht auskommen, ihre Industrie ist auf uns angewiesen.

Meinen Sie damit ein Rohstoffkartell zwischen der UdSSR und Südafrika?

Botha: Wir glauben auch hier nicht an Sanktionen, sondern an den offenen Welthandel. Wenn wir umgekehrt gegen den Westen mit Sanktionen drohten, wären wir ebenso töricht. Dies führte nämlich zu noch mehr Arbeitslosigkeit im Westen. Wenn Sanktionen falsch sind, dann sind sie auch gegen Südafrika falsch.

Gibt es also keinen Einfluß der Sanktionen auf Ihre Politik?

Botha: Das hängt davon ab, was sie unter Reformen verstehen.

Was verstehen Sie denn darunter?

Botha: Einige Leute meinen, Reformen für Südafrika bedeuten, Menschen politische Rechte zuzugestehen, die ihrer Ansicht nach keine haben. Ich verstehe unter Reformpolitik etwas anderes. Sie besteht aus politischem, sozialem und wirtschaftlichem Fortschritt und verbessert die Lage in vielen anderen Bereichen – ein gewaltiges Programm. Das ist nicht über Nacht zu verwirklichen, sondern dauert Jahre. Es bedeutet auch Entwicklung und Forschung. Reformen werden oft als hohler Begriff herumgereicht. Wir reformieren nicht, weil der Westen es will, sondern nur weil und wenn Südafrika es dient.

Können Sie uns eine Zukunftsvision Ihrer Reformen geben?

Botha: Dazu muß man in der Vergangenheit beginnen …

… uns interessiert mehr die Zukunft …

Botha: … man wird aber die Reformpolitik nicht verstehen, wenn man ihren historischen Hintergrund nicht kennt.

„Unsere Terroristen operieren unter dem Schirm Moskaus"

Fühlen Sie sich vom Westen unverstanden?

Botha: Ich denke, er versteht uns nicht. Viele Ausländer halten Südafrika für ein ausschließlich schwarzes Land. Kürzlich traf ich Amerikaner, die aufs höchste überrascht waren, hier eine hochzivilisierte, weiße Gemeinschaft vorzufinden. Solche Mißverständnisse dürfte es auch in Europa geben. Es ist total uninformiert. Leider gibt es Kräfte im Westen, die das Spiel Moskaus spielen.

In der EG?

Botha: Ja, auch dort.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland?

Botha: Ich würde sagen, in einem gewissen Maße auch in der Bundesrepublik.

Ist Information nicht eine Bring-Schuld Ihres Landes?

Botha: Wir wären sehr glücklich, wenn mehr und mehr Leute hierherkämen und sich informierten. Ein Beispiel: Die Bundesrepublik, Frankreich und Spanien erstrecken sich zusammen über rund 502 000 Quadratmeilen, das entspricht etwa der Fläche Südafrikas. Auf diesem Gebiet gibt es in Europa drei große Länder mit unterschiedlichen Kulturen, gewachsenen geschichtlichen Traditionen und unterschiedlichen Idealen. Aber sie fanden zueinander und teilen heute ihre Verantwortlichkeit.

Aber in Europa gibt es derartige Ausbrüche von Gewalt nicht.

Botha: Sie haben eine Menge davon! Historisch begleitete die Gewalt Europa über viele Jahrzehnte. Auch heutzutage gibt es Gewalt in Europa, in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und in Spanien. Es gibt sie in Italien, und es gibt sie in Südafrika. In Ihrem Land üben Terroristen Gewalt aus, in unserem auch. Der Unterschied ist allerdings, daß unsere Terroristen jenseits unserer Grenzen leben, wo sie von anderen Ländern geschützt werden.

Welche Länder sind das?

Botha: Sie operieren unter dem Schirm Moskaus, und sie tragen sowjetische Waffen. Sie versuchen über die Grenzen zu kommen, um unschuldige Menschen zu töten, die wir schützen müssen. Der südafrikanische Staat ist stabil, entwicklungsfähig und der Ordnung verpflichtet. Das sollten die Europäer verstehen. Wir haben nicht nur einige englischsprechende Menschen und Millionen Schwarzer. 25 Prozent der Weißen sind übrigens deutscher Abstammung. Sie sind seit Jahrzehnten hier und haben keine andere Heimat als Südafrika. Auch haben wir dieses Land den Schwarzen nicht weggenommen. Wirtschaftlich gibt es heute eine Erste Welt und eine Dritte Welt. Unser großes Problem ist nun, die Dritte Welt so zu entwickeln, daß sie den Standard der Ersten erreicht.

Es wird behauptet, je mehr Reformen eingeleitet würden, desto schärfer fielen die Sanktionen aus.

Botha: Das ist so.

Andererseits sehen gewisse Kreise in Ihrem Land Reformen als eine Form der Unterwerfung an.

Botha: Nein, wir haben schon vor vielen Jahren und nicht erst vor kurzem mit Reformen begonnen. Südafrika war ehemals eine britische Kolonie ohne Freiheitsrechte. Für diese Freiheiten haben wir Afrikaaner gekämpft – auch Mitglieder meiner Familie sind dabei gefallen –, aber wir gewannen den Kampf um die Verfassung und lösten Südafrika aus dem Commonwealth heraus. Das war die Einigung Südafrikas zwischen Afrikaanern und Engländern. So wurde die Transkei unabhängig – mit eigenem Parlament, eigenem Präsidenten. Er ist mein Freund. Das gleiche trifft zu für die Ciskei, für Bophutatswana und Venda.



Botha: „Der Westen vermag seine eigenen Probleme nicht zu lösen und wird verleitet, sich anderswo einzumischen." FOTO: DPA

Wenn die Million Schwarze in Soweto unabhängig sein will – wir stehen ihr nicht im Wege

Sind diese Gebiete wirklich unabhängig?

Botha: Natürlich, sie sind so unabhängig wie Lesotho, das von Großbritannien in die Unabhängigkeit entlassen wurde. Warum darf Südafrika die Transkei nicht ebenso in die Unabhängigkeit entlassen? Gegenwärtig haben wir sechs andere Gebiete, die sich selbst verwalten, mit eigenen Parlamenten und Kabinetten. 50 Prozent der Schwarzen bestimmen bereits durch Wahlen über sich selbst.

Ist das die Machtteilung?

Botha: Sie sind unabhängig in dem Sinne, daß niemand ihnen etwas vorschreiben kann.

Aber ein Land – Kwa Ndebele – hat diese Unabhängigkeit gerade zurückgewiesen.

Botha: Das beweist doch, daß es unabhängig ist.

Setzt Südafrika also den Kurs der Apartheid, der getrennten Entwicklung, fort?

Botha: Wir haben das überholte Kolonialsystem ebenso hinter uns gelassen wie das überholte Konzept der Apartheid. Zur Erläuterung: War es denn falsch, daß sich ein kleines Land wie Luxemburg unabhängig erklärte? Dort leben nur einige hunderttausend Menschen. In Soweto leben dagegen mehr als eine Million Bürger. Würden sie morgen eine eigene Regierung wählen wollen, können sie dies tun. Wenn sie ein unabhängiges Gebiet werden wollen – auch das können sie haben. Wir stehen dem nicht im Wege.

Europa hat viele Teilungen erlitten, die bis heute fortwirken. Wäre das für Südafrika wünschenswert?

Botha: Warum ist die Bundesrepublik Deutschland ein föderaler Staat? Die deutschen Bundesländer haben doch ihre eigenen Interessen und machen sie auch geltend.

Ist Bayern also ein „Homeland"?

Botha: Bayern ist ein typisches Beispiel. Ich kenne Bayern und Herrn Strauß recht gut, und ich habe großen Respekt vor der Eigenständigkeit Ihrer Bundesländer. Aber ich frage Sie auch: Warum soll das Schweizer System der Konföderation falsch sein? Das Prinzip der Machtteilung und Dezentralisierung, das sich dort bewährt, kann für Südafrika nicht falsch sein. Hier gibt es Zulus, Xhosa und Sothos mit unterschiedlichen Traditionen und Lebensweisen. Ich meine auch, niemand würde heute nach Holland gehen und die Vereinigung mit Westdeutschland propagieren.

Aber die Bürger Bayerns dürfen für ihr Nationalparlament, den Bundestag, ihre Stimme abgeben.

Botha: Sehr richtig. Aber wir sind damit befaßt, die Macht zu teilen, die Selbstbestimmung zu gewähren, und wir alle haben gemeinsame Interessen der Wirtschaft und der Sicherheit. Und so entwickeln wir Südafrika zu einem System der Kooperation verschiedener Staaten. Wir treffen uns beispielsweise ein- oder zweimal jährlich mit unseren unabhängigen Nachbarn. Auf der Ministerialebene stimmen wir unsere wirtschaftlichen Interessen ab. Wir haben eine gemeinsame Entwicklungsbank gegründet, deren Gremien wir paritätisch besetzen. Unsere Diskussionen sind stets friedlich. Es gibt also keinen Grund, warum die Menschen hier zu den Waffen greifen sollten, um die Regierung zu bekämpfen.

Aber sie tun es.

Botha: Aber sie kommen von außerhalb. Sie repräsentieren nicht die Bevölkerung.

Gibt es nicht auch Gewalt von innen?

Botha: Die Tatsache, daß es auch in Deutschland Gewalt gibt – beweist sie, daß alle Deutschen gegen die Bundesregierung sind? Nein, nur eine kleine Minderheit von Terroristen operiert in der Bundesrepublik. Sie ist nicht repräsentativ für die gesamte Bevölkerung.

Haben Sie Angst vor dem schwarzen Mann?

Botha: Nein, ich habe Freunde unter den Schwarzen. Letzte Woche empfing ich eine Abordnung der Organisation Schwarzer Taxifahrer. Wissen Sie, warum sie kamen? Sie besuchten mich, um mir für meine positive Einstellung gegenüber ihren Interessen zu danken. Wir diskutierten mehr als eine Stunde. Vor zwei Jahren war ich eingeladen, auf einer Kirchenversammlung zu sprechen. Es kamen drei Millionen Menschen zusammen. Dort war ich nur von vier meiner Mitarbeiter begleitet. Ich blieb den ganzen Tag dort. Ist das ein Zeichen für friedliches Zusammenleben oder für Aufruhr? Erst heute empfing ich eine Delegation der Schwarzen Kirchen in Südafrika.

Warum kritisieren die Kirchen Sie dann, ebenso wie die Gewerkschaften und die Medien?

Botha: Die deutschen Kirchen kritisieren die deutsche Regierung ebenfalls. Aber das gibt mir nicht das Recht, mich in deren innere Angelegenheiten einzumischen. Kein anderes Land hat das moralische Recht, sich bei uns einzumischen. In Europa gibt es ein gutes Sprichwort: Jeder kehre vor seiner eigenen Tür. Wenn jeder vor seiner eigenen Tür kehrte, dann wäre die Welt glücklich. Aber in Europa ist es üblich geworden, daß sich jeder um Dinge kümmert, die ihn nichts angehen. Und das schafft Probleme.

Warum wollen Ihrer Ansicht nach alle gerne vor der südafrikanischen Tür kehren?

Botha: Dafür gibt es drei Gründe. Erstens ist Südafrika der Wächter der wichtigsten Seewege der westlichen Welt. Die Sowjetunion will die Meere beherrschen. Wir wissen, daß die Rote Flotte ausgebaut wird und ihre Macht ausdehnen möchte. Die russische Marine war in der Geschichte stets bestrebt, die globalen Seewege zu beherrschen. Sie wollte deshalb stets die südafrikanische Präsenz zerstören. Zweitens ist Südafrika im Besitz der wichtigsten strategischen Rohstoffe. Wenn die Unabhängigkeit Südafrikas gebrochen werden würde, könnten diese wichtigen Güter gegen die westliche Welt eingesetzt werden. Drittens gibt es einen radikalen Liberalismus im Westen, der ihn in die Irre führt. Er vermag seine eigenen Probleme nicht zu lösen und wird verleitet, sich anderswo einzumischen.

Ist Südafrika nicht ein enger Verbündeter des Westens?

Botha: Wir waren es. Ich weiß nicht, ob es jetzt noch in unserem Interesse liegt, so positiv gegenüber der westlichen Allianz zu stehen. Wir müssen uns an unseren eigenen Interessen orientieren und danach die künftigen Entscheidungen treffen.

Wenn der Druck stärker werden sollte, könnten sich dann Ihre Bündnisvorstellungen ändern?

Botha: Wenn Südafrika auf den Weltmärkten herausgedrängt würde, muß es nach neuen Ausschau halten.

Auch nach neuen Bündnispartnern?

Botha: Natürlich. Sie können nicht erwarten, daß wir ruhig sitzen bleiben und uns noch dafür bedanken, daß man uns ohrfeigt, herumstößt und diffamiert.

Welche Länder meinen Sie?

Botha: Ja, es gibt einige.

Welche?

Botha: Bei Sanktionen nennt man keine Namen.



Stolz auf deutsche Vorfahren: P. W. Botha. Im Gespräch mit WELT-Chefredakteur Peter Gillies FOTO: KARL BREYER

Der Bure Pieter Willem Botha kokettiert mit seiner deutschen Abstammung: „Wissen Sie eigentlich, daß meine Vorfahren aus Gotha stammen?" Und erzählt die Geschichte, wie jener Vorvater in Südafrika eine emsige Gewehrfabrik aufzog, die während des Burenkrieges von den Engländern geschleift wurde. „Alte Botha-Flinten sind heute sehr kostbar", der passionierte Jäger und Schütze weiß, wovon er redet. „P.W." oder auch „Pitt, die Waffe", wie er genannt wird, ist Regierungschef und Staatspräsident zugleich. Der 70jährige Jurist und Parteisoldat am Kap der – einstmals – Guten Hoffnung ist um kein Argument verlegen. Nachdenklichkeit läßt er nicht aufkommen. Er weiß, daß er den medialen Haß der Welt auf sich zieht. Er liebt die Vereinfachung auf ähnliche Weise wie seine weltweiten Kritiker. Zu plaudern versteht er locker, schmunzelnd manchmal auch, aber nach Voortrekker-Art beinhart in der Sache. Man spürt, warum diesem Afrikaaner ein militärisch-autoritärer Führungsstil nachgesagt wird. Botha schätzt – falls es so etwas gibt – die verbindliche Provokation. gil.

Mandela wird begnadigt, wenn er der Gewalt abschwört

Sie sagen stets, die schwarze Mehrheit sei gemäßigt: Warum blieben sie bisher im Dialog mit diesen Kräften ohne Erfolg?

Botha: Ich pflege diesen Dialog mit vielen Gemäßigten. Dazu zähle ich den Präsidenten der Transkei, den Zulu-Führer Buthelezi, sowie Präsident Mangope von Bophutatswana. Auch die Kirchenführer sind gemäßigt. Ich habe nicht einmal genug Zeit, mit allen moderaten Führern zu sprechen. Deswegen haben wir ein spezielles Komitee dafür geschaffen.

Repräsentieren diese die schwarze Mehrheit?

Botha: Sie tun es, sonst wären sie nicht in ihre Ämter gewählt worden.

Wären Sie persönlich bereit, die Zukunft Südafrikas mit Mitgliedern des afrikanischen Nationalkongresses (ANC) zu diskutieren?

Botha: Nicht, solange der ANC prokommunistisch ist und sich zur Gewalt bekennt.

Vermögen Sie im ANC auch nationale Kräfte zu erkennen?

Botha: Ich kenne keine. Ich habe jene Mitglieder des ANC, die außerhalb des Landes sitzen, eingeladen. Sie haben Angst, unserer Bevölkerung ins Gesicht zu schauen. Sie haben Angst, hierher zu kommen, um am Verfassungsprozeß teilzunehmen. Statt dessen gehen sie über die Grenze und stiften junge Leute dazu an, Menschen zu töten, ihre Häuser zu zerstören und Schulen anzuzünden. Ich habe alle friedlichen Kräfte des ANC eingeladen, aber sie sind nicht gekommen. Daraus muß ich schließen, daß der ANC von der Kommunistischen Partei kontrolliert wird. Sie hat ihr Hauptquartier in London. Sie weiß, daß die Mehrheit in Südafrika ihr nicht folgt.

An Ihren Schulen gärt es.

Botha: Das ist ein weiteres Beispiel: Wir haben 12 000 Schulen für Schwarze. Probleme haben wir jedoch nur in 200 davon. Die Medien bauschen anhand dieser 200 Schulen das Problem auf und suggerieren, alle Schulkinder verweigerten den Schulbesuch. An 11 800 Schulen ist es jedoch friedlich. Südafrika ist nicht in Aufruhr – genausowenig wie Europa.

Was ist mit der Maxime „Ein Mann, eine Stimme"?

Botha: Das Prinzip ist nicht falsch. Doch es hängt von der Struktur ab, wie man diese Forderung verwirklicht. Denken Sie an die wundervollen Vereinigten Staaten: Dort werden das Repräsentantenhaus und der Senat nach unterschiedlichen Prinzipien gewählt. Das Prinzip „Ein Mann, eine Stimme" kann akzeptiert werden, vorausgesetzt, wir sind bereit, eine passende Struktur für dieses Land zu entwickeln. Und in Südafrika entscheiden Südafrikaner, nicht Europäer, Amerikaner oder Russen.

Warum ist die einfache Regel, daß die Mehrheit entscheidet, für Südafrika nicht akzeptabel?

Botha: Mehrheitsrecht kann in Südafrika nicht angewendet werden, weil wir ein Land mit vielen verschiedenen Strukturen sind. Europa brauchte Jahrhunderte bis zu einem gemeinsamen Parlament. Das ist bis heute nicht völlig verwirklicht. Aber Europa erwartet von uns, dieses Ziel in wenigen Jahrzehnten zu erreichen. Warum dieser unterschiedliche Maßstab?

Eigentlich hatten wir Antworten auf unsere Fragen und weniger Gegenfragen erwartet.

Botha: Ich aber erwarte von Europa eine Antwort auf diese Frage, weil es sich in unsere Angelegenheiten einmischt. Ich mische mich in deutsche Fragen auch nicht ein. Zur deutschen Regierung habe ich ein gutes Verhältnis. Ich schreibe ihr nichts vor und erwarte, daß sie auch mir keine Vorschriften macht.

Wie beurteilen Sie die deutsche Politik?

Botha: Ich habe Herrn Kohl einmal getroffen. Ich kann einen Mann aus einer Entfernung von 6000 Meilen nicht beurteilen. Ich habe viel über ihn gelesen, und ich halte ihn für einen ausgewogenen Staatsmann.

Es wird erwartet, daß Südafrika zurückschlägt, sollten die Sanktionen zu stark greifen. Schickt Südafrika dann die Arbeiter aus den nördlichen Nachbarländern zurück?

Botha: Wir haben derzeit mehr als eine Million Gastarbeiter im Land. Sie arbeiten in Minen, Fabriken und in der Landwirtschaft. Einige davon sind illegal hier. Sie kommen über die Grenzen in ein Land, das gern als „Hölle" bezeichnet wird. Sie suchen Arbeit und Nahrung, sie drängen in unser Gesundheitswesen, das einen vorzüglichen Ruf genießt. Aber wir haben aufgrund der Weltrezession gleichfalls Arbeitslose. Wenn Sanktionen verhängt werden und sie treffen uns, ist es die Pflicht der Regierung, zuerst die eigene Bevölkerung zu schützen. Wir können dann nicht dulden, daß Ausländer illegal ins Land kommen und Südafrikanern Arbeit und Nahrung wegnehmen. Dem müssen wir vorbeugen. Wenn darüber hinaus terroristischen Organisationen erlaubt wird, unsere Grenzen zu überschreiten, müssen wir strikte Kontrollmaßnahmen ergreifen.

Ginge das soweit, daß Sie Ihre Grenzen zu Ihren Nachbarn, zum Beispiel Moçambique, schließen?

Botha: Das ist nicht ausgeschlossen.

Werden Würden Sie auch den Nkomati-Vertrag mit Moçambique aufkündigen?

Botha: Der Nkomati-Vertrag wurde von beiden Seiten unterzeichnet. Er enthält die Verpflichtung, daß keines der beiden Länder Terrororganisationen des jeweils anderen Landes auf seinem Territorium dulden darf. Wir halten uns daran. Verletzt wird der Vertrag von Moçambique. Für den Streitfall ist eine Kommission vorgesehen, in der wir diese Fälle mehrfach zur Sprache brachten. Für mich steht fest, daß Moçambique Terrororganisationen Operationen nach Südafrika hinein erlaubt.

Wollen Sie dieses Abkommen retten?

Botha: Sehr gern. Ich hätte gern ein Gesamtabkommen für Südafrika für die Bereiche Wirtschaft, Sicherheit und andere, um die Sicherheit im gesamten Raum zu schützen. Ich möchte dieses Abkommen auf andere Länder ausweiten.

Wann werden Sie Nelson Mandela begnadigen?

Botha: Auf diese Frage habe ich gewartet. Er wurde beschuldigt, mit Saboteuren mindestens sieben verschiedene Bombenarten fabrikmäßig herstellen zu wollen, und zwar 58 000 Tretminen, jede mit fünf Kilogramm Dynamit, 21 0000 Handgranaten, Benzin- und Brandbomben sowie andere Munition. Er ist für schuldig befunden und verurteilt worden. Wer ein eine Revolution plant, will normalerweise die Regierung stürzen, wobei persönlicher Ehrgeiz als Motiv nicht ausgeschlossen ist.

Die Verbrechen, für die Mandela und die anderen Angeklagten verurteilt wurden, laufen letztlich auf Hochverrat hinaus. Das Urteil lautete deshalb lebenslänglich.

Aber Sie als Staatspräsident können ihn begnadigen.

Botha: Ich habe gesagt, wenn Herr Mandela öffentlich erklärt, er schwöre der Gewalt ab, dann würde ich seine Entlassung in Betracht ziehen. Aber bis heute hat er diese Erklärung nicht abgegeben. Ich kann jedoch niemanden freilassen, der sich weiter zur Gewalt bekennt.

Glauben Sie, Herr Präsident, daß die Zeit für oder gegen Sie arbeitet?

Botha: Ich glaube daran, daß Südafrika künftig eines der angenehmsten und liebenswertesten Länder sein wird, in dem es sich zu leben lohnt.

König Birendra erlaubt Nepal etwas Demokratie

Die Opposition regt sich/ Monarch heute zu Gast in Bonn

P. DIENEMANN, **Katmandu**

„Nur allmählich", so erklärt Binda S. Shah, im nepalesischen Außenministerium die zuständige Sachbearbeiterin für Europa, „können wir hier ein demokratisches System einführen." Jeder schnelle Wechsel zur konstitutionellen Monarchie auf demokratischer Basis würde nach ihrer Meinung das Land ins Chaos stürzen. So denkt auch der Herrscher von Nepal, König Birendra Bir Bikram Shah Dev, der heute zum Staatsbesuch in Bonn eintrifft.

Zur Neutralität verpflichtet

Politische Parteien sind verboten – alle Macht dem König und seiner Familie. Das Himalaya-Land, zehntausenden deutscher Touristen als Reiseziel bekannt, ist trotz eines Parlamentes noch eines der wenigen Länder der Welt, deren monarchisches System wie ein Relikt aus vergangenen Jahrhunderten erscheint.

Auch den Nepalesen, allen voran jenen Studenten, die dank moderner Erziehung von westlichem Gedankengut beeinflußt sind, erschien schon Ende der 70er Jahre die Monarchie als ein Hemmschuh für die Entwicklung des 16-Millionen-Landes. Nach Straßenunruhen in der Hauptstadt Katmandu entschloß sich König Birendra, das Landesparlament (Rashtriya Panchayat) in direkter Wahl bestimmen zu lassen. Dies zählt 140 Mitglieder. Gewählt wurde erstmals 1981 und zuletzt im April dieses Jahres. Doch 28 der Abgeordneten werden vom König ernannt. Politische Parteien dürfen nicht an der Wahl teilnehmen und die Panchayat-Mitglieder dürfen nominell keiner Partei angehören. Doch zahlreiche Abgeordnete im gegenwärtigen Parlament gehören „verbotenen" Parteien an wie dem Nepal-Kongreß, der sich für eine konstitutionelle Monarchie einsetzt, oder der kommunistischen Partei Nepals.

Zwar geht es in Nepal unter König Birendra demokratischer zu als unter seinem Vater, doch findet die Demokratie des Himalaya-Landes dort ihre Grenzen, wo sie nach westlichen Vorstellungen beginnt: Das Kabinett unter Premier Marich Man Singh Shreshta fühlt sich mehr dem Königshaus verpflichtet, als den 140 Volksvertretern. „Die Regierenden", so kommentiert der Oppositionspolitiker Nda Bahadur Vaidya, „weichen der Verantwortung gegenüber dem Parlament aus, wenn es kritisch für sie wird. Denn letztlich bestimmt König Birendra, was im Land geschieht – und wer regiert."

Die Wirtschaftswissenschaftlerin Sona Pradhan, die sich als „offizielle Führerin einer offiziell verbotenen Partei" bezeichnet, ist Führungsmitglied der maoistischen Partei Nepals, die nach der Kongreßpartei zweitstärkste Gruppierung. Bis 1979 mußte sie im Untergrund leben, heute „dürfen wir als Kommunisten, obwohl wir eine verbotene Partei sind, Büros haben und Tagungen abhalten". Doch verboten ist den Maoisten ebenso wie den übrigen Parteien Nepals, Flaggen zu besitzen, Plakate anzukleben und öffentliche Massenveranstaltungen zu organisieren.

„Wir werden in wenigen Jahren eine landesweite Bewegung für die Demokratie haben, in der alle Parteien zusammengeschlossen sind", meint Sona Pradhan. Vorbild soll die „Bewegung zur Wiederherstellung der Demokratie" in Pakistan sein. Denn die Zeiten, zu denen die ländliche Bevölkerung Nepals (80 Prozent) den König als unverzichtbaren Herrscher akzeptierte, sind vorbei. Armut auf dem Land, Korruption und ein dichtes Propagandanetz, das die illegalen Oppositionsparteien in den letzten Jahren in den ländlichen Gegenden Nepals geknüpft haben, „erhöhen den Druck auf das Königshaus und werden demokratische Spielregeln erzwingen". Dies weiß wohl auch der König, der zunehmend empfindlicher auf Kritik reagiert.

Eins der ärmsten Länder

Nepal gehört bei einem Pro-Kopf-Einkommen von umgerechnet 340 Mark im Jahr zu den fünf ärmsten Ländern der Welt. Es verfügt über kaum nennenswerte Industrie und hat ein Handelsbilanz-Defizit von 550 Millionen Mark (1985/86) bei Importen von rund 860 Millionen Mark. Die kaum entwickelte Landwirtschaft bringt nur knappe Erträge. Vor allem mit ausländischer Entwicklungshilfe rettet sich das Land, Puffer zwischen Indien und China, über die Runden. Nach Japan und Indien steht die Bundesrepublik Deutschland noch vor den USA an dritter Stelle der Geberländer.

Ungarn vor 30 Jahren: Das Unmögliche – die Freiheit – war zum Greifen nah / Erster Teil einer Artikelfolge

Innerhalb weniger Stunden wurde ein totalitäres System hinweggefegt

Von CARL GUSTAF STRÖHM

Dem jungen, neugierigen Journalisten, der an einem der letzten Oktobertage des Jahres 1956 nach Ungarn hineinfuhr – ich hatte von Land und Volk der Magyaren nur wenig Kenntnis –, bot sich ein erstaunliches und zugleich erschütterndes Bild: Eine ganze Nation hatte sich erhoben und das unmöglich Scheinende vollbracht. Innerhalb weniger Stunden war ein totalitäres, stalinistisches System hinweggefegt worden.

Am Zollhaus von Hegyeshalom an der Straße Wien–Budapest standen verwegen aussehende, bewaffnete Zivilisten mit rot-weiß-grünen Armbinden. Die uniformierten Polizisten, die meinen Paß kontrollierten, hatten den roten Stern – das Emblem des Kommunismus – von ihren Mützen entfernt und sich statt dessen improvisierte rot-weiß-grüne Kokarden und Bänder in den ungarischen Nationalfarben aufgesteckt. In Magyarovar (Altenburg) wehten schwarze Fahnen. Aufgeregte Passanten erzählten uns, hier hätten Angehörige der kommunistischen Geheimpolizei in eine demonstrierende Menschenmenge geschossen. Es hätte viele Tote gegeben – und anschließend sei ein Geheimpolizist von der Menge gelyncht worden.

In der westungarischen Industriestadt Györ hielten Männer in Baskenmützen – Arbeiter der dortigen Waggonfabrik – unseren kleinen Wagen an und fragten uns, wann der Westen endlich helfen werde. „Wir brauchen Waffen, nicht nur Medikamente und Liebesgaben. Sonst können wir mit den Russen und der AVO nicht fertigwerden", rief uns ein aufgeregter junger Mann zu. Hier hörten wir zum ersten Mal jene Abkürzung, die damals in Ungarn und kurz darauf in der ganzen Welt in aller Munde war – den Namen der gefürchteten stalinistischen Geheimpolizei.

Der junge Mann in Györ hatte auch – wahrscheinlich ohne sich dessen bewußt zu sein – blitzartig die ungarische Situation jener Tage klargelegt. Auf der einen Seite stand das ungarische Volk, auf der anderen die sowjetische Besatzungsmacht mit einigen ungarischen Sicherheitspolizisten. Die Kommunistische Partei – damals trug sie den Namen „Partei der ungarischen Werktätigen" – war nach den Budapester Massendemonstrationen vom 23. Oktober und den anschließenden Straßenkämpfen zwischen den Aufständischen und den Sowjets faktisch auseinandergefallen.

Wie alle anderen Städte des Landes war auch Györ innerhalb weniger Stunden in die Hände der Aufständischen gefallen. Die sowjetischen Besatzungstruppen hatten sich mit ihren Panzern in eine Art „Wagenburg" außerhalb der Stadt zurückgezogen. Einige Sowjetpanzer standen noch an der Budapester Straße. Zwei sowjetische Posten in Stahlhelmen – die Kalaschnikows auf uns gerichtet – fragten, ob wir Waffen hätten. Dann ließen sie uns passieren.

Wenige Stunden später bot sich uns bei der Einfahrt nach Budapest das Bild einer belagerten Stadt. Sowjetische Panzer standen auf der Margaretenbrücke, an der Kettenbrücke, rund um das neugotische Parlamentsgebäude. Sowjetische Soldaten, Pistolen und MPis schußbereit, lehnten in Hauseingängen. Aus Ministerien und Parteigebäuden wehten weiße Fahnen – und an den Sowjets und ihren Panzern vorbei marschierten junge Ungarn mit geschulterten Gewehren und Maschinenwaffen, rot-weiß-grüne Armbinden auf den Jacken oder eine ungarische Kokarde auf der Baskenmütze. Gerade erst war „Waffenstillstand" geschlossen worden. Die Sowjets hatten versprochen, sich aus Budapest und später aus dem ganzen Lande zurückzuziehen. Die Revolution, der Aufstand – den die Kommunisten später als „Konterrevolution", ausgeführt von „faschistischen, reaktionären Elementen" charakterisieren sollten – hatte zunächst einmal gesiegt.

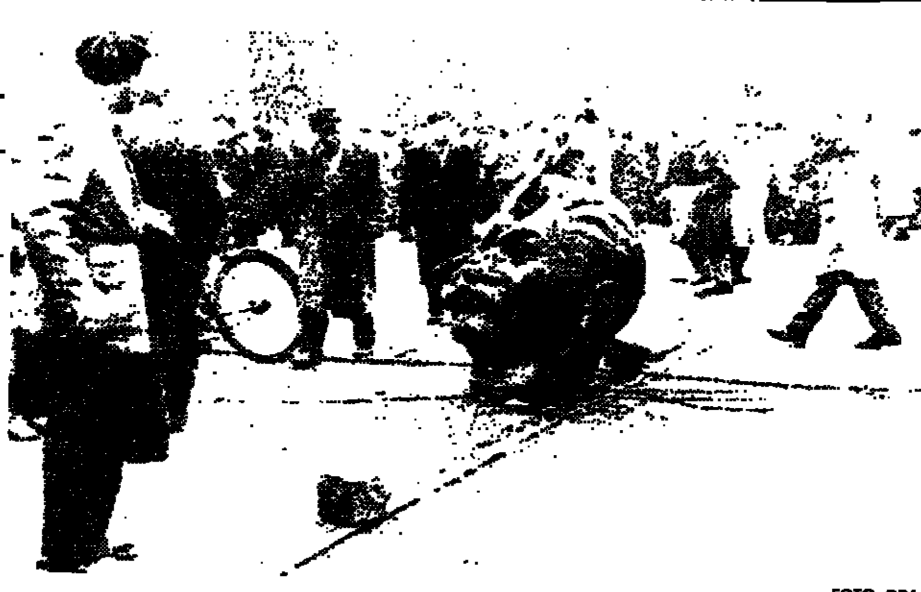
Wie aber war es dazu gekommen? Den Ungarn wurde nach dem zweiten Weltkrieg – nach einer kurzen Phase relativer demokratischer Freiheit – eines der grausamsten stalinistischen Regime aufgezwungen, die im ohnehin schwer heimgesuchten östlichen Mitteleuropa je installiert wurden. Unter dem aus der Moskauer Emigration heimgekehrten KP-Chef Matyas Rakosi wurden Zehntausende enteignet, verhaftet und in Lager gesperrt. Rakosi – übrigens der Erfinder der kommunistischen „Salami-Taktik", wonach die Kommunisten das bürgerliche Lager wie eine Salamiwurst scheibchenweise aufschneiden müssen, bis davon nichts mehr übrig bleibt – bescherte den Ungarn ein Regime, das in seiner systematischen Brutalität alles bisher Dagewesene übertraf. Verfolgung und Terrorisierung machten auch vor den Kommunisten nicht halt. 1949 wurde der langjährige kommunistische Innenminister Laszlo Rajk gemeinsam mit anderen führenden KP-Funktionären als angeblicher jugoslawisch-titoistischer Agent und westlicher Spion zum Tode verurteilt und hingerichtet. Kurz darauf wurde auch ein kommunistischer Funktionär namens Janos Kadar von der kommunistischen Staatspolizei verhaftet und nach furchtbaren Mißhandlungen zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Erst nach dem Tode Stalins sah Kadar die Freiheit wieder.

Rajk konnte im Zuge der Entstalinisierung nur posthum rehabilitiert werden. Die Rehabilitierung Rajks löste im Oktober 1956 die Lawine jener Ereignisse aus, die in Ungarn schließlich zum Volksaufstand führten. Damals kam es in Budapest zu einer gespenstisch wirkenden Szene: Die Witwe des hingerichteten kommunistischen Spitzenfunktionärs, Julia Rajk, schleuderte auf einer Versammlung den KP-Genossen ihres Mannes die Worte entgegen: „Ihr habt nicht nur meinen Mann umgebracht, sondern alle Anständigkeit in unserem Land. Ihr habt Ungarns politisches, wirtschaftliches und moralisches Leben zerstört. Mörder kann man nicht rehabilitieren. Man muß sie bestrafen."

Die feierliche Beerdigung Rajks und der anderen kommunistischen Opfer des Stalinismus wurde zur größten Massendemonstration, die Budapest bis dahin je erlebt hatte. Hunderttausende waren auf den Beinen. Das war die schwerste Erschütterung für dieses System. Ein Ungar, der alle diese Jahre im Lande durchmachte und der heute noch in Ungarn lebt, sagte dem Berichterstatter: „Es hat in unserer Geschichte viele Perioden der Unterdrückung und Unfreiheit gegeben. Aber niemals zuvor hatten die Ungarn ein System erlebt, in dem alle Regeln der politischen, sozialen und menschlichen Schwerkraft und Berechenbarkeit aufgehoben schienen. Ganz gleich, ob man Kommunist oder Antikommunist, ein politischer oder ein ganz unpolitischer Mensch war – jeden konnte dieses System zu jeder Stunde treffen, verhaften, foltern, enteignen, verbannen. Es gab keine Spielregeln und Verhaltensnormen mehr. Es erging uns wie einem Mann, der in den Boxring steigt und dann plötzlich feststellt, daß sein Gegenspieler nicht mit Boxhandschuhen, sondern mit einer großen Eisenstange auf ihn losgeht."

Dies war die erste Voraussetzung für den Volksaufstand vom 23. Oktober 1956. Die zweite war die tiefe nationale Demütigung des ungarischen Volkes durch die sowjetische Besatzung.

Im Zusammenhang mit den ungarischen Ereignissen schrieb der jugoslawische Diplomat Veljko Micunovic – damals Botschafter Titos in Moskau – in sein Tagebuch: „Wer die sowjetische Hegemonie nicht akzeptiert, wird sofort zum antisowjetischen Element erklärt. Daraus folgt, daß jeder, der die sowjetische Hegemonie annimmt, allein schon dadurch zu einem prosowjetischen Element wird." Das ist die bittere Lehre, die die Ungarn in den Tagen der Revolution für sich ziehen mußten – und die heute noch gültig ist.

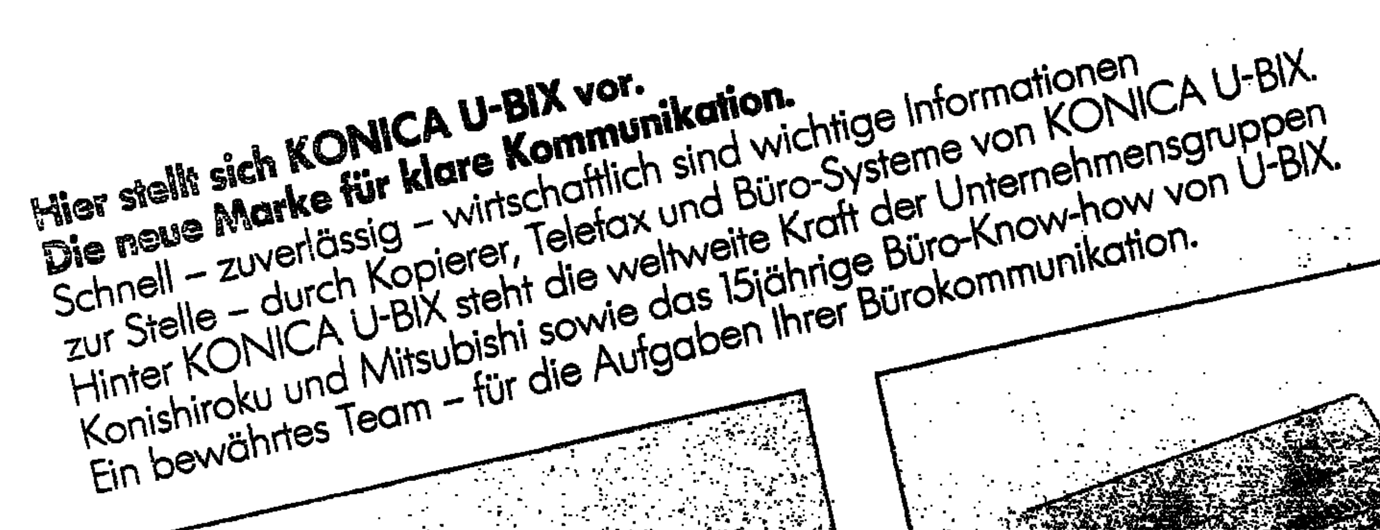


Stalin war die Symbolfigur einer Macht, die ihrem unterworfenen Machtbereich rücksichtslos das eigene System aufzwang. Er wurde stellvertretend gestürzt. Vor allem nach den Erfahrungen, die Ungarn 1945 mit der Roten Armee gemacht hatten – plündernd und vergewaltigend war sie durch die Gegend gezogen – war ein tiefes Ressentiment gegen diese fremde Macht entstanden.

FOTO: DPA

Konica U-BIX

KOPIERER TELEFAX BÜRO-SYSTEME



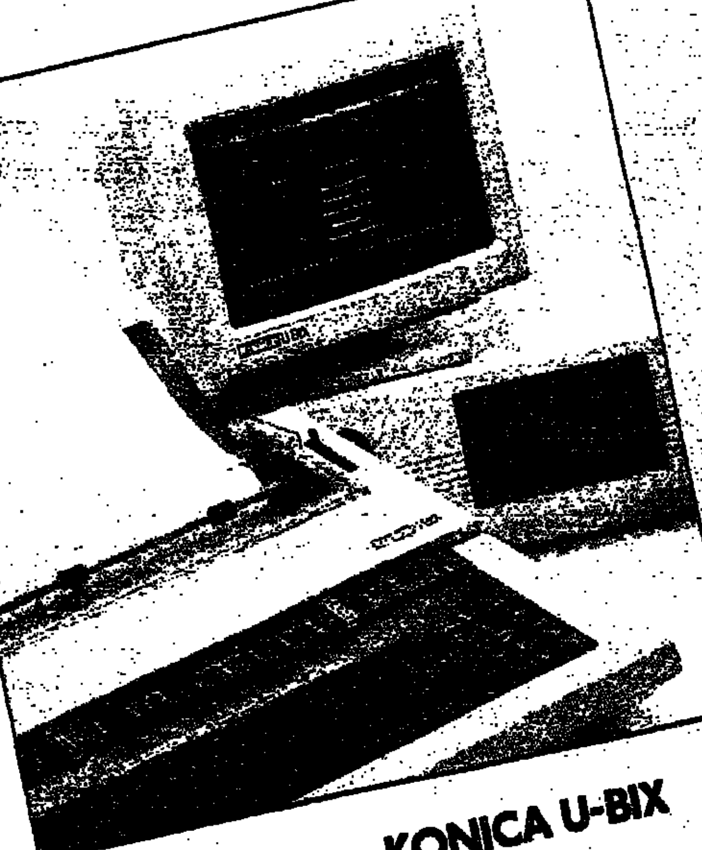
Hier stellt sich KONICA U-BIX vor. Die neue Marke für klare Kommunikation.
Schnell – zuverlässig – wirtschaftlich sind wichtige Informationen zur Stelle – durch Kopierer, Telefax und Büro-Systeme von KONICA U-BIX. Hinter KONICA U-BIX steht die weltweite Kraft der Unternehmensgruppen Konishiroku und Mitsubishi sowie das 15jährige Büro-Know-how von U-BIX. Ein bewährtes Team – für die Aufgaben Ihrer Bürokommunikation.



Kopierer von KONICA U-BIX verkürzen den Weg vom Original zur Kopie.
Wo früher Handarbeit angesagt war, müssen Sie heute keinen Finger rühren. Alles geht vollautomatisch: Originale vom Stapel einziehen. Beidseitig beschriebene Originale wechseln, wenden, vorder- und rückseitig kopieren. Immer die richtige Belichtung wählen. Immer im richtigen Format kopieren – bis hinauf zum Plakatformat A2. Kopie für Kopie ins richtige Fach sortieren…



Telefax von KONICA U-BIX befördert Ihre Post in Sekundenschnelle.
Von überallher nach überallhin. Direkt von Telefon zu Telefon. Ob Briefe, Verträge, Zeichnungen, Manuskripte: Ein Telefonanruf genügt… und die Fernkopie geht ab. Nach nur 20 Sekunden ist der Empfänger im Bilde. Schwarz auf weiß. Originalgetreu. In Text und Bild. Unmißverständlich.



Büro-Systeme von KONICA U-BIX ersparen Doppelarbeit am Schreibplatz:
Text- und Datenverarbeitung arbeiten Hand in Hand. Was der Manager an seinem Arbeitsplatz rechnet, wandert auf Knopfdruck in den Brief der Sekretärin. Zeitraubendes Abschreiben ist überflüssig. So wird die Teamarbeit zwischen Manager, Sekretärin oder Sachbearbeiter noch effektiver. Einfach und verständlich durch die komfortable Software und die Bedienerführung in Deutsch.

Auf der Orgatechnik '86 vom 16.-21.10., Halle 13.3, Gang W/V, Stand 10/9.

KONICA BUSINESS MACHINES INTERNATIONAL GmbH
Frankenstraße 12 · D-2000 Hamburg 1
Telefon: 0 40/2 36 02-0 · Telex: 215 340
Telefax: 0 40/23 60 22 02

KONICA U-BIX. Für klare Kommunikation.

7. Folge: In der Agentenkartei des MfS viele Hinweise auf den Großen Bruder in Moskau

Hinter dem Vorhang ideologischer Phrasen, der auch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Ost-Berlin umgibt, ist die Hauptverwaltung Aufklärung von Markus Wolf vordringlich um eines bemüht: am wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt des Westens möglichst preiswert teilzuhaben – durch Spionage. Kernforschungsanlagen wie Karlsruhe oder Jülich werden bevorzugt ausgespäht.



Demokratie nach SED-Fasson: Demonstranten, aufsässige junge Leute oder Nichtwähler sind auf einer Sonderliste erfaßt FOTO: DPA

Wie Geldgier „Fellow“ zum Verräter macht

Im Referat Wissenschaft/Technik hatte ich mich nun vollständig eingelebt. Ich war künftig für das Kernforschungszentrum Karlsruhe zuständig. Wenn in Zukunft die Leitung oder gar die Partei- und Staatsführung etwas zum „KFZ“ wissen wollte, mußte ich jetzt auskunftsfähig sein. Die Kartei enthielt ein Verzeichnis aller Mitarbeiter im Kernforschungszentrum, deren Tätigkeit bekannt war. Ich war auch überrascht, wie viele Angehörige des KFZ davon bereits bei anderen Diensteinheiten des MfS erfaßt waren. Einige Karteikarten enthielten nämlich neben dem Namen nur eine Buchstabenabkürzung. Das bedeutete, daß schon anderswo Material über die Person geführt wurde, zum Beispiel bei der Objektverwaltung Wismut, einer MfS-Gliederung, die für die Betriebe der sowjetisch-deutschen Uranförderung auf dem Gebiet der DDR zuständig ist. Dieses Unternehmen hat eine eigene spezielle Aufklärungsabteilung, die sich, ähnlich wie unser Referat, mit Atomfragen befaßt. Auf vielen Karten las ich den Hinweis „Freunde“. Das bedeutete: Das zu der Person vorhandene Material war dem KGB zur Weiterverarbeitung übergeben worden.

Die Aktenbände enthielten umfangreiches sonstiges Material über das KFZ: Finanzierungspläne, einen detaillierten Strukturplan, Jahresbilanzen, Konstruktions- und weitere Personalunterlagen, so Listen der wichtigsten Mitarbeiter und Angaben zu Personen, die vom Referat intensiv, aber vorerst erfolglos bearbeitet worden waren, Betriebsausweise, Pläne der Sicherheitsanlagen sowie zahlreiche Nachschlüssel. Christian forderte über jede dieser Schlüsselpersonen eine für den „Stab“ bestimmte kurze Personenauskunft. Ich stellte mich dumm, denn nach meiner Kenntnis befaßte sich der „Stab“ im wesentlichen mit der militärischen Ausbildung der MfS-Mitarbeiter. Christian wurde ungeduldig:

„Sei nicht so naiv. Glaubst du, der Stab hat keine Aufgaben für den Ernstfall? Sein Hauptauftrag ist es sogar, die HVA auf eine direkte militärische Konfrontation mit dem Gegner vorzubereiten. Denkst du etwa, wenn es knallt, kannst du hier ruhig an deinem Schreibtisch sitzenbleiben und deine Agenten zum Treff nach Berlin bestellen?“

So ahnungslos war ich natürlich nicht. Ich wußte, im Kriegsfall würde die Zentrale ausgelagert und der größte Teil der Mitarbeiter zur Diversion hinter den feindlichen Linien eingesetzt werden. Aber der Zusammenhang mit dem Kernforschungszentrum war mir nicht sogleich klar und ich fragte, was das mit den Beschäftigten im Karlsruher Forschungszentrum zu tun habe. Streubel fragte zurück:

„Du bist doch vom Sieg des Sozialismus überzeugt?“

„Selbstverständlich.“

„Dann ist es doch auch klar, daß wir irgendwann in Karlsruhe einmarschieren werden. Und dann müssen wir doch wissen, welche Personen als erste unter unsere Kontrolle zu bringen sind. Siehst du das nicht ein?“

Nach und nach erfuhr ich, daß es derartige Pläne nicht nur für Wissenschaftler und wissenschaftliche Objekte wie das Kernforschungszentrum Karlsruhe gab. Der Stab der HVA und der Stab des gesamten MfS verfügten über umfangreiche Unterlagen von allen möglichen Bundesbürgern, die für eine „Verwahrung“ von besonderem Interesse sein könnten: Manager und Ingenieure, Politiker und Militärs, zahlreiche Geheimnisträger und Journalisten.

Ich erfuhr, daß es auch eine VSH-Kartei gibt: „Vorsorge-Sicherungshinweis-Kartei“. Darin sind unter anderem erfaßt: Personen mit nachgewiesener oder „begründet zu vermutender“ Abneigung gegen das System der DDR, politische Straftäter, Sektenmitglieder, Nichtwähler, aufsässige Jugendliche, Bürger mit sehr intensiven Westbeziehungen und andere unsichere Kantonisten, schließlich auch Kriminelle. Bei innenpolitischen Schwierigkeiten oder außenpolitischen Krisen ist der Staatssicherheitsdienst anhand dieser Kartei in der Lage, schnell zuzugreifen. Es bedarf daher keiner großen Phantasie, warum Ereignisse, wie sie 1968 immerhin noch in der CSSR und später in Polen möglich waren, im SED-Staat nur schwer vorstellbar sind.

Im Zentrum der Spionage

Die gleiche Aufgabe war selbstverständlich den anderen Mitarbeitern des Referates und der gesamten HVA hinsichtlich der einzelnen ihnen zugewiesenen Objekte gestellt. Olaf Junghanns hatte zum Beispiel eine Akte über einen Teil des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung im Schrank, Horst Kiessig bearbeitete das Atomreferat im Bundesministerium für Forschung und Technologie, Werner Heintze die Kernforschungsanlage Jülich, Peter Grosse war zuständig für Interatom in Bensberg, Werner Hengst für die Kraftwerksunion.

Im Herbst 1973 absolvierten die ersten von mir angeworbenen Agenten aus dem Inland ihre ersten Westeinsätze. Reisen inoffizieller Mitarbeiter in das Operationsgebiet gehören zu den Vorgängen in der Arbeit der HVA. Nach der Ausbildung erhalten diese sogenannten „Reisekader“ die unterschiedlichsten Aufträge. Sie halten Verbindung zu den im Westen stationierten Agenten als Kuriere und Instrukteure aufrecht. Sie arbeiten als Werber bei der Anbahnung neuer Kontakte und der Rekrutierung von Agenten. Sie ermitteln, observieren und kaufen, wie schon erwähnt, für die HVA sowie die Führungsoffiziere Güter ein, die in der DDR nicht zu haben sind.

Nachdem mein Netz komplett war, habe ich jeden Monat etwa vier Leute zu den verschiedensten Zwecken losgeschickt. Wenn man davon ausgeht, daß ich damit nur leicht über dem Durchschnitt der gesamten HVA lag, so ergibt das etwa 4000 Agenten-Reisen, die innerhalb von vier Wochen im Auftrag des MfS über die Grenze ins Operationsgebiet stattfinden. Auf ein Jahr umgerechnet kommt man auf die stattliche Zahl von rund 50 000 Reisen. Die etwa 20 bis 30 registrierten Verhaftungen fallen dabei also statistisch kaum ins Gewicht. Dennoch verursacht natürlich jede Festnahme in der HVA große Aufregung. Es geht ja nicht nur ein Reise-Agent verloren, sondern die gegnerische Spionageabwehr erhält von ihm unter Umständen wichtige Informationen, wenn nicht gar eine sehr wichtige „West-Quelle“ dabei ausgeschaltet wird.

Hauffe betrieb intensiv eine Berufung nach Berlin. Rompe – zu dieser Zeit Staatssekretär im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen – unterstützte seinen Schützling auch bei diesem Vorhaben, spielte ihn aber offenbar gleichzeitig dem KGB zu. Nachdem die Berufung Hauffes nach Berlin 1952 auch zustandegekommen war, verschwand dieser plötzlich mit seiner Ehefrau bei Nacht und Nebel in den Westen. Von 1953 bis 1956 war er dann wissenschaftlicher Berater des Zentralinstituts für industrielle Forschung in Oslo.

Hauffe erhielt eine Berufung zum Institutsdirektor an die Universität Göttingen. Das KGB, das den Professor zunächst eine Weile in Ruhe gelassen hatte, bemühte sich nun erneut um ihn. Doch der ehemalige Agent wollte offenbar nichts mehr mit seinem früheren Auftraggeber zu tun haben und ließ sich auch nicht zu einer Unterredung in den Osten locken. Hierauf ist er von den Russen offenbar zusammen mit Rompe dem MfS sozusagen geschenkt worden, und seine Akte landete auf diese Weise beim MfS. Vielleicht glaubte das KGB, der DDR-Geheimdienst könnte ihn eher umstimmen und Rompe dabei von Nutzen sein.

Die Akte wurde 1972 eilends wieder hervorgeholt, als hier bekannt wurde, Professor Hauffe wolle zu einem Kongreß nach Prag reisen. Wir entwarfen den Plan, „Bodo“ zu Hauffe zu schicken und ihm ein gemeinsames Projekt in Aussicht zu stellen, an dem er eine Menge Geld verdienen könnte. Bei der geheimdienstlichen Vorbelastung des Professors brauchten wir nicht zu befürchten, daß er unseren Mann der Polizei übergab.

„Nun, Genosse Leutnant“, begrüßte mich mein Referatsleiter 1973, „was willst du denn zum 7. Oktober auf den Geburtstagstisch der Republik legen? Ich habe etwas für dich, eine Geschichte, an der wir uns schon jahrelang die Zähne ausgebissen haben. Wenn du den Mann werben kannst, wäre das wirklich eine reife Leistung.“ Er habe mich für diese Sache ausgewählt, weil es diesmal „sehr hoch in akademische Kreise“ gehe. Auf der Akte las ich den Decknamen „Bodo“. Schon die erste Seite mit dem Verzeichnis der MfS-Mitarbeiter, die mit dem Mann zu tun gehabt hatten, weckte mein Interesse. Die Aufzählung begann mit dem Namen Reinhard Linke. Was man von dem Sekretär der Physikalischen Gesellschaft und seinen Qualitäten zu halten hatte, wußte ich aus eigener Erfahrung.

Das Blatt mit den Personalien „Bodos“ eröffnete mir, daß sich hinter diesem Decknamen der Physiker Dr. Herbert Friedrich, 40 Jahre alt, wohnhaft in der Karl-Marx-Allee, der ehemaligen Stalinallee, verbarg. Er war als Arbeitsgruppenleiter im Zentralinstitut für Elektronenphysik der Akademie der Wissenschaften tätig – einer Forschungseinrichtung, die mit Mitarbeitern des MfS durchsetzt ist, angefangen beim Leiter, Professor Dr. Alexander, über den Abteilungsleiter Professor Dr. G. O. Müller zu den Mitarbeitern Dr. Hans Wieczorek und Dr. Manfred Wirsig (später einer „meiner“ IM) und dem für internationale Beziehungen des Instituts verantwortlichen Dr. Kurt Werner.

Zu meinem nicht geringen Erstaunen führte die zweite Akte bis in das Jahr 1948 zurück, als das MfS noch gar nicht existierte. Hier ging es um einen Fall, den der „Große Bruder“, also das KGB, in der Hand gehabt hatte.

Vor mir enthüllte sich der Weg eines sowjetischen Agenten, und zwar eines Wissenschaftlers aus alter deutscher Akademikertradition, des angesehenen Professors Dr. Karl Hauffe. Ein Jahr vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, am 8. April 1913, hatte er in Posen das Licht der Welt erblickt. Nach dem Abitur studierte er Chemie. Nach wenigen Jahren promovierte er an der TH Darmstadt. Politisch deutschnational eingestellt, hatte er einer schlagenden Verbindung angehört. In der NS-Zeit engagierte er sich nicht besonders, sondern zog es vor, sich hauptsächlich seiner wissenschaftlichen Karriere zu widmen. Nach der Habilitation in Berlin 1948 wurde er 1950 zum Ordinarius an die alte mitteldeutsche Universität Greifswald berufen. Einer seiner früheren Lehrer förderte ihn besonders – der in Leningrad geborene Kommunist Professor Dr. Robert Rompe. Ich stockte beim Lesen: Der Vorsitzende der Physikalischen Gesellschaft, „Physikpapst“ der DDR und ZK-Mitglied, war mir nun schon mehrfach in den Akten des Referats begegnet. Er war es gewesen, der den Agenten „Sperber“ bei dessen Übersiedlung in den Westen an den Franzosen „Ludwig“ vermittelt hatte. Ich blickte auf und fragte meinen Zimmergenossen Werner Hengst, der gerade mit dem Sortieren von Papieren beschäftigt war, welche Rolle eigentlich Rompe in unserem Referat spiele. In jeder bedeutenden Sache, die ich bisher in die Hände bekommen habe, hänge er irgendwie mit drin. „Na ja, der Robert ist vielleicht der wichtigste IM, den der Sektor überhaupt hat. Sein Deckname ist ‚Frank‘. Bei vielen qualifizierten Übersiedlungen hat er uns unterstützt – zumeist dadurch, daß er Wissenschaftler im Westen gebeten hat, einen unbemittelten ‚DDR-Flüchtling‘ aufzunehmen. Er genießt den Ruf einer eigenwilligen Persönlichkeit – nämlich überzeugter Kommunist und ZK-Mitglied zu sein und trotzdem für seine Schüler auch dann noch zu sorgen, wenn sie aus der DDR getürmt sind. Seine westlichen Kollegen haben ihm das zu unserem Glück jedenfalls noch immer abgenommen. Wer weiß, wieviel gut postierte Agenten des Sektors außer denen, die ich kenne, er noch zu übersiedeln geholfen hat.“ Ich kann Werners Darstellung aus meiner späteren Erfahrung nur bestätigen und bin überzeugt, daß es in der Bundesrepublik und in einigen anderen westlichen Ländern auch heute noch eine Reihe von Rompe-Schülern oder -Günstlingen gibt, die in der Agentenkartei des MfS oder des KGB stehen.

Allmählich wurde mir klar, daß Rompe es war, der meine neue Zielperson in das Netz des KGB gezogen hatte. Ich fand das in der Akte auch bestätigt. Hauffe hatte sich als Chemiker bereits einen Namen gemacht, fühlte sich jedoch in der kleinen Universitätsstadt nicht wohl.

Beim Treffen mit Hauffe gingen mir die Augen über – sogar Material hatte der alte Fuchs mitgebracht: Dechema-Tagung, Meersburger Kolloquium, Deutsche Forschungsgemeinschaft – ich sah sofort, daß es sich um sehr interessante Informationen handelte.

Ich erwog, ob ich die Sache nicht gleich weiterbetreiben und 1000 Mark (West) ins Spiel bringen sollte, die ich mir vorsorglich in der Zentrale hatte mitgeben lassen, als wir zum Gespräch mit dem Professor aufbrachen. Nach einer kurzen Überlegung zog ich den Umschlag mit dem Geld hervor: „Herr Professor, ich weiß natürlich nicht so ohne weiteres, was die Unterlagen wert sind. Das müssen Fachleute in der Industrie beurteilen. Aber ich denke, ich liege mit dieser Summe etwa in der angemessenen Größenordnung.“ So schnell, wie ich den Umschlag auf den Tisch legte, so schnell verschwand er auch im Aktenkoffer meines Gesprächspartners. Die Russen hatten also völlig recht gehabt: Hauffe war geldgierig.

Auf der Rückfahrt in die Zentrale zog ich Bilanz: Meine zweite Westwerbung war so gut wie perfekt. Ich hatte Material bekommen, und Hauffe hatte von mir Geld angenommen. Damit waren die entscheidenden Kriterien für eine Anwerbung erfüllt.

Danach entwickelte der Professor, dem wir den Decknamen „Fellow“ gegeben hatten, mir seine Ideen, wie er an bestimmte, uns interessierende Papiere herankommen könne. „Fellow“ legte auch ein nationales Glaubensbekenntnis ab: „Wissen Sie, was ich meinen Studenten immer wieder predige, ist Redlichkeit, Redlichkeit und nochmals Redlichkeit. Damit sind wir Deutschen groß geworden, und das zeichnet uns aus.“

Ich war doch perplex: Der Professor betrieb Nachrichtenhandel gegen klingende Münze zum eigenen Vorteil, zum Nachteil des noch am ehesten freien Teils seines Vaterlandes, und pries zugleich die Redlichkeit als höchste deutsche Tugend.

Prof. Hauffe wird aus Geldgier zum Verräter



Im Sold von KGB und MfS: Prof. Karl Hauffe alias „Fellow“

Von seinem früheren akademischen Lehrer Robert Rompe (r.) in die Fänge des sowjetischen Geheimdienstes KGB und des „DDR“-Staatssicherheitsdienstes verstrickt: Professor Karl Hauffe (l.). Hauffe, ein Wissenschaftler alter deutscher Akademiker-Tradition, war nach dem Krieg an der Universität Greifswald in der Sowjetzone von dem in Leningrad geborenen Kommunisten Rompe gefördert worden. Als der angesehene Chemiker sich in den Westen absetzte, stellte Rompe wieder den Kontakt her. Stiller erklärt das mit dem Drängen der Geheimdienste, den damaligen Wissenschaftler an der Göttinger Universität „abzuschöpfen“. Nach Stillers Übertritt wurde Prof. Karl Hauffe, der aus Geldgier zum Verräter geworden ist, zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt.



Physikpapst im Dienst des MfS: Prof. Robert Rompe FOTOS: DPA

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie Ihnen gerne zu.

Morgen in der WELT: Computer-Spion Gerhard Arnold alias „Sturm“ erspart der „DDR“ hohe Entwicklungskosten – Die Fahndung nach Terroristen in der Bundesrepublik bringt Ost-Berlins Agenten-Fahrplan durcheinander

Reagans Mehrheit im Senat steht auf Messers Schneide

Es geht um die Zukunft der Außen- und Sicherheitspolitik

FRITZ WIRTH, **Washington**

Es war bis zum Gipfel von Reykjavik ein Wahlkampf ohne ein klares, beherrschendes Thema, ohne einen hohen Favoriten und ohne dominierende Persönlichkeiten. Die amerikanischen Kongreßwahlen am 4. November drohten zu einem Ereignis im politischen Niemandsland zu werden.

Das änderte sich schlagartig nach der Rückkehr des Präsidenten aus Island. Ronald Reagan machte die Zukunft der amerikanischen nuklearen Verteidigung zum Thema und sich selbst zur beherrschenden Figur dieses Wahlkampfes. Die Demokraten schauen betroffen und verärgert auf diesen plötzlichen Wandel. Ihnen war die Anonymität dieses Wahlkampfes gerade recht gewesen. Nun haben sie es mit jenem Mann zu tun, der ihnen in den letzten sechs Jahren zwei demoralisierende Wahlniederlagen beigebracht hat und den sie dieses Mal zu neutralisieren hofften.

Abgesehen davon sind diese Kongreßwahlen plötzlich zu den wichtigsten der letzten Jahrzehnte geworden. Der Ausgang dieser Wahlen kann die amerikanische Sicherheitspolitik bis ins nächste Jahrhundert beeinflussen. Denn wenn der Kongreß vollständig in die Hände der Demokraten fällt, könnte jene Waffe stumpf werden, die Ronald Reagan zum Schlüssel der amerikanischen Rüstungskontrollpolitik gemacht hat – das SDI-Programm. Denn es könnte durch einen ihm feindselig gesonnenen Kongreß zur finanziellen Aushungerung verurteilt werden und damit als überzeugendes Verhandlungsobjekt mit den Sowjets wirkungslos werden. Reagan ginge als eine „lame duck“, als „lahme Ente“, in die nächsten Verhandlungsrunden mit Gorbatschow. Er weiß es, und das erklärt die Unbedingtheit und den Enthusiasmus, mit dem Reagan sich in diesen Wahlkampf gestürzt hat.

Seine Erfolgschancen? Ein klares Urteil ist zur Stunde unmöglich. Der Kampf um den 100. amerikanischen Kongreß steht auf des Messers Schneide. Die Schlacht war von der ersten Stunde an einseitig auf den Senat konzentriert. Ein wirklicher Kampf um das Repräsentantenhaus fand niemals statt. Die Demokraten können diesen Kampf um die 435 Sitze des Hauses nicht verlieren und werden ihre seit 1953 unangefochtene Dominanz dieser Kammer fortsetzen, den Sprecher des Hauses stellen – voraussichtlich Jim Wright als Nachfolger von „Tip“ O'Neill – und die Vorsitze in den Ausschüssen übernehmen. Die Republikaner besetzten bei der Auflösung des 99. Kongresses an diesem Wochenende 180 der 435 Sitze im Repräsentantenhaus. Sie sind auf weitere Verluste eingerichtet, voraussichtlich 12 bis 15.

Das Interesse der Kongreßwahlen konzentriert sich ganz auf den Senat, und hier sind die Republikaner verwundbarer als seit vielen Jahren. 34 der insgesamt 100 Senatssitze stehen bei dieser Wahl zur Disposition, und 22 davon werden von den Republikanern verteidigt, die bisher im Senat eine Mehrheit von 53 gegen 47 Stimmen hatten. Die Demokraten brauchen am 4. November einen Reingewinn von vier Sitzen. Ein Gewinn von drei Sitzen würde eine Pattsituation 50 zu 50 erbringen, aber dennoch eine republikanische Mehrheit ergeben, da Vizepräsident Bush mit seiner Stimme den Ausschlag geben würde.

Von den 22 Senatssitzen, die die Republikaner verteidigen, gelten fünf als unsicher, der Rest ist mehr oder minder ungefährdet. Von den zwölf Sitzen, die von demokratischen Senatoren verteidigt werden, sind zwei problematisch. Nach den letzten Meinungsumfragen liegen die Demokraten in fünf Staaten, in denen republikanische Senatoren ihre Sitze verteidigen, in Führung, während die Republikaner im Kampf um einen der demokratischen Sitze vorn liegen. Das ergäbe den demokratischen Reingewinn von vier Sitzen. Der Haken an dieser Umfrage: Sie wurde vor dem Islandgipfel veranstaltet und reflektiert nicht mögliche Stimmungsumschwünge seit diesem Ereignis.

Die gefährdeten Sitze der Republikaner sind die der Senatoren Mathias (Maryland), Laxalt (Nevada), Paula Hawkins (Florida), Symms (Idaho) und Abdnor (South Dakota). Das Ärgerliche für die Republikaner: sie könnten ihrer Wahlsorgen ledig sein, wenn sich Charles Mathias nicht aus der aktiven Politik zurückziehen würde und Paul Laxalt nicht seinen Sitz zugunsten einer möglichen Präsidentschaftskandidatur aufgegeben hätte.

Die Chancen, daß Linda Chavez, eine ehemalige Beraterin des Präsidenten im Weißen Haus, diesen Sitz

Die Analyse

als Nachfolgerin von Mathias erfolgreich verteidigt, sind sehr gering. Als nahezu aussichtslos gilt auch der Kampf von Paula Hawkins um ihren Sitz in Florida. In allen anderen drei gefährdeten Fällen dagegen könnten die Republikaner vielleicht noch mit letzter Kraft das Blatt wenden und ihre Sitze erfolgreich verteidigen.

Hoffnung auf einen derartigen Umschwung in letzter Minute geben den Republikanern ihre weitaus größeren Geldreserven. So haben die 34 Kandidaten der Republikaner seit dem 1. Januar des vorigen Jahres insgesamt 63 Millionen Dollar in ihre Wahlkampfkassen getrommelt, während ihre 34 demokratischen Gegenspieler nur insgesamt 41 Millionen Dollar in ihrer „Kriegskasse“ haben.

Erobern die Demokraten dennoch am 4. November den Senat, wären die außen- und sicherheitspolitischen Folgen besonders relevant: Reagans SDI-Pläne würden weiterhin radikal gekappt werden, die von ihm beabsichtigte Produktionsaufnahme neuer chemischer Waffen liefe auf neuen Widerstand auf, der Druck, zum SALT-2-Vertrag zu stehen, würde weiter wachsen, ebenso wie der Druck des Kongresses zu nuklearen Teststopps. Außenpolitisch würde sein Hilfsprogramm für die „Contras“ in Nicaragua auf schwere Hürden auflaufen. Zugleich würde er in der Südafrikapolitik vom Kongreß noch stärker als bisher in die Defensive gedrängt. Außerdem würde in der amerikanischen Innenpolitik Senator Edward Kennedy, der voraussichtlich neue Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses, eine wesentlich profiliertere Rolle spielen als bisher.

Katholiken und Kommunisten drohen mit Marsch auf Rom

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Helle Empörung hat in Italien Tausende und Abertausende von Katholiken ergriffen. Sie richtet sich gegen den Vatikan und wird in einigen Orten sogar von Kommunisten voll geteilt. Der Anlaß ist die von der vatikanischen Bischofskongregation verfügte Abschaffung von 97 der insgesamt 325 italienischen Bistümer.

Die Eliminierung der zahlreichen Minidiözesen war schon in dem vom faschistischen Staat 1929 mit dem Vatikan abgeschlossenen Konkordat festgelegt, dann aber nicht verwirklicht worden. Erst nach der Konkordatsrevision des Jahres 1984 wurde dieses Vorhaben – nicht zuletzt aus Gründen der Kosteneinsparung – wieder aufgegriffen und jetzt in die Tat umgesetzt. Daß damit bei den Betroffenen ein Proteststurm ausgelöst werden könnte, der bis zur Drohung eines „Marsches auf Rom“ führt, hatte offenbar kaum jemand erwartet.

Die erste massive Protestaktion wurde ausgerechnet in einem Minibistum gestartet, in dem die Kommunisten das Sagen haben: Im „roten“ Gravina, dem apulischen Geburtsort des Orsini-Papstes Benedikt XIII. (1724-1730). Don Camillo und Peppone probten hier sofort gemeinsam den Aufstand. Während KPI-Bürgermeister Giuseppe Carulli die Entschlossenheit seiner ganzen Landarbeitergemeinde bekundete, „uns nicht auf unseren Rechten herumtrampeln zu lassen“, sprach man im Einzugsbereich der Diözesankurie von „regelrechtem Verrat“ und von einer „Beleidung der Stadt Benedikt XIII.“ In der Nacht vom Samstag zum Sonntag machten sich Maurer mit Zement und Tuffsteinen auf und mauerten alle Kirchentüren der Stadt in einem Meter Höhe zu.

Der Gemeinderat verabschiedete einstimmig eine Protestresolution. Zwei kommunistische Abgeordnete richteten eine Parlamentsanfrage an Innenminister Scalfaro. Ein christdemokratischer Regionalratsabgeordneter brachte seinen Protest persönlich im römischen Innenministerium vor. Und während Bischof Pisani als Zeichen seiner Machtlosigkeit Hände und Augen gen Himmel richtete, beschloß der Diözesanrat, den Papst in einem Brief um Intervention zu bitten, und notfalls einen „Marsch auf Sankt Peter“ zu organisieren.

Einen solchen Marsch faßten auch die Diözesanen der mit dem Bistum Anagni vereinigten Diözese Alatri (Lazium) ins Auge. Der von einer christdemokratischen Mehrheit beherrschte Gemeinderat der Stadt forderte in einer Entschließung die Wiederherstellung des Bistums aus „historischen, kulturellen und religiösen“ Gründen. Der christdemokratische Bürgermeister Italo Gianfresca brauste auf: „Der Vatikan hat uns buchstäblich eine Ohrfeige verabreicht. Und das, nachdem der Papst im September 1984 anläßlich seines Besuches in Alatri zum Ehrenbürger der Stadt ernannt worden war.“

Der brasilianische Bischof Lucas Moreira Neves, der als Sekretär der Bischofskongregation gemeinsam mit deren Präfekten, dem schwarzen Kardinal Bernardin Gantin, das Auflösungsdekret unterzeichnet hat, sprach in einer Erklärung zwar sein Bedauern darüber aus, daß auch einige Diözesen mit uralter Tradition, die bis zu den Anfängen des Christentums zurückreichten, abgeschafft worden seien. Er fügte jedoch hinzu: „Auf der anderen Seite gibt es in keinem anderen Land der Welt 325 Bistümer für eine Bevölkerung von nur 57 Millionen Menschen.“

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Teilung und Entspannung

„H. Kohl: Selbstbestimmung – wie jedes Volk der Erde"; WELT vom 1. Oktober

Es ist nicht recht verständlich, warum der Bundeskanzler die Westbindung als einen Teil der bundesrepublikanischen Staatsraison auffaßt. Die Westbindung stellt sich als eine grundlegende außenpolitische Richtungsentscheidung der jungen Bundesrepublik dar, die im gegenseitigen Interesse der Beteiligten lag. Da die ihr zugrundeliegenden Faktoren – vor allem der Ost-West-Konflikt, die sowjetische Bedrohung – immer noch existent sind, gilt die damalige Entscheidung auch noch heute. Die Staatsraison dagegen ergibt sich aus der Präambel des Grundgesetzes: die Wiederherstellung der Einheit des Vaterlandes. Ein Bündnis, wie grundsätzlich und unbefristet es auch gemeint sein mag, ist kein Ersatz für das Vaterland.

Vermutlich dürfte es der erste Bundeskanzler unserer Republik nicht anders gesehen haben: Seine politischen Zielsetzungen – nämlich die Erlangung der Souveränität durch die Wiederbewaffnung, die Westintegration sowie die Herbeiführung einer europäischen Konföderation – wiesen instrumentalen Charakter auf und dienten letztlich dazu, über die „Politik der Stärke" zusammen mit den westlichen Freunden die Sowjetunion zu substantiellen Zugeständnissen in der deutschen Frage zu veranlassen – in deren wohlverstandenem Eigeninteresse. Worin sich Adenauer allerdings irrte, war die Dauer und Konsequenz der westlichen Geschlossenheit in dieser Frage: Galt den Westmächten 1955 die Beseitigung der Teilung Deutschlands noch als Voraussetzung für die Entspannungspolitik, wurde nur zehn Jahre später die Beibehaltung der Teilung als Voraussetzung für die Entspannungspolitik verstanden.

Dr. Siegfried Pelz, Großhansdorf

„Kein Mut zur Steuerreform"

„Den USA gelang mit ihrer Steuerreform ein revolutionäres Werk": WELT vom 11. Oktober

In der Tat kann für die geradezu „historische Dimension" der jetzt anlaufenden US-Steuerreform bei uns gar nicht massiv genug geworben werden, damit unsere Politiker endlich den Mut finden, die international konkurrenzlos-leistungsfeindliche bundesdeutsche Steuerbelastung wirklich durchgreifend zu senken.

1) Wenn Graf Lambsdorff – zu Recht – aus den US-Reformplänen folgert, „daraus müssen wir lernen", aber bereits im nächsten Satz selbstbewußt herausstellt, „Wir Liberalen haben unser marktwirtschaftliches Steuerkonzept für die nächste Legislaturperiode auf den Tisch gelegt", so erweckt er den Eindruck, daß die FDP bereits „gelernt" hätte und über wirklich durchgreifende, reformatorische Steuerpläne verfügen würde. Dies ist aber nicht der Fall, jedenfalls nicht in US-Dimensionen.

2) Sowohl in der FDP als auch in der gesamten Bonner Regierungskoalition (ja sogar im ganzen Bundestag) gibt es vielmehr bis heute nicht ein einziges umfassendes Steuerreform-Konzept, das auch nur annähernd an den Mut der US-Steuerreform heranreichen würde.

3) Die uns allen angekündigte „große Steuerreform", gibt Bürgern und Wirtschaft nicht einmal die über 70 Milliarden Mark wieder, die wir alle seit der letzten Tarifkorrektur (1. 1. 81) allein durch inflationsbedingte Steuermehrbelastungen bereits an den Staat gezahlt haben.

Die heutigen Pläne zur „großen Steuerreform" werden weder die Schwarzarbeit nachhaltig abbauen noch das Steuersystem familienfreundlicher machen. Schon gar nicht werden Bürgern und kleineren und mittleren Unternehmen die Leistungsanreize à la USA gegeben, die notwendig sind, um die Wachstumsschübe auszulösen, die auch den Arbeitsmarkt kurieren könnten.

Hans-Jürgen Lenz, Erkrath 2

Wort des Tages

„In der Politik gibt es dauernd die Wahl zwischen zwei Übeln."

John Morley Viscount Morley, britischer Politiker (1838–1923)

Die Republikaner

„Eine Jung-Partei mit dem Kürzel REP beginnt, sich in Bayern zu etablieren": WELT vom 15. Oktober

Endlich hat auch die WELT das (Tot-?)Schweigen über die Republikaner gebrochen. Sie vermuten nunmehr, daß die Republikaner im Bundestagswahlkampf der Union einige Prozent wegnehmen könnten. Ich kann nur hoffen, diese Erkenntnis setzt sich auch in der CDU-Zentrale durch. Wenn nicht, dann werden mit großer Wahrscheinlichkeit Republikaner und FDP an der Fünf-Prozent-Klausel scheitern. Das aber bedeutet bis zu zehn Prozent verschenkte Stimmen im antisozialistischen Lager und hohe Chancen einer rot-grünen Bundestagsmehrheit.

Thomas Trottenberg, stellvertretender Vorsitzender der Schüler Union, Kiel

Jagd auf Vögel

„Auch die Naturfreunde werden zu einer Landplage"; WELT vom 6. Oktober

Nicht die deutschsprachigen Länder, sondern Frankreich, Belgien, Italien, Spanien und Portugal machen Jagd auf Zugvögel und bringen alljährlich nach dem Zeugnis des Deutschen Bundes für Vogelschutz (BDV) über 100 Millionen von ihnen um. Die Gefahr für die deutsche Brutvogelwelt geht zu 80 Prozent vom Ausland aus.

Ulrich Strech, Wissen

„Kleinkariert"

„Jagd – ein Hobby zum Töten": WELT vom 10. Oktober

Naturschutz und Landschaftspflege sind – auch wenn dies erst einer allerdings ständig wachsenden Minderheit bewußt ist – die große Menschheitsaufgabe der kommenden Jahre. Um so erschreckender und deprimierender ist das kleinkarierte Gezänk zwischen denen, die mehr oder minder Teile dieser Zusammenhänge erkennen oder wenigstens Ahnung davon haben. Sie sehen Einzelgebiete aus der großen Aufgabe, verbeißen sich in diese – Jagd, Vogelschutz, Artenschutz, Naturschutzgebiete, Gewässerschutz usw. – und sehen nicht mehr das Ganze, von dem der Ganzheitssatz der Natur gilt: „Das Ganze ist mehr und anders als die Summe seiner Einzelheiten."

Werner Meyer, Norderstedt

„Ich schäme mich"

„Bundeswehrarzt verteidigt Hilfe in Afghanistan"; WELT vom 11. Oktober

Vor über 25 Jahren war ich stolz, als ich Berufsoffizier wurde. Heute schleiche ich in Zivil zum und vom Dienst. Ich schäme mich neuerdings, zur Bundeswehr zu gehören.

Bei den Reaktionen dieses Verteidigungsministeriums ist das wohl auch kein Wunder. Dem Dr. Reinhard Erös gilt dagegen meine Hochachtung.

R. Titschler, Köln

Der Gipfel

Allein, daß dieser Gipfel stattgefunden hat, ist ein Erfolg. Ein weiterer Erfolg ist, daß die Tür für weitere Gespräche nicht zugeschlagen wurde. Dieses Gipfeltreffen hat dank der SDI-Pläne stattgefunden. Ohne sie wäre Gorbatschow sicherlich nicht nach Reykjavik gekommen.

Klaus Jentzsch, Tübingen

„Überfällig"

„Lernt die FDP daraus?"; WELT vom 15. Oktober

Enno von Loewensterns Brandmarkung der von Herrn Hirsch sicherheitspolitisch fehlgeleiteten FDP war schon längst überfällig.

Edgar Hügel, Grefrath 1

Shapur Bakhtiar

„Zentrum des Terrors ist Teheran"; WELT vom 6. Oktober

Leider beschränkten sich viele deutsche Medien auf sensationelle Berichte aus Iran. Die ernstzunehmende Bewegung, an deren Spitze Herr Dr. Shapur Bakhtiar steht, war selten das Thema.

Hossien Amirjazil, München

Rheuma-Mittel

„Jugend Erinnerung J. L."; WELT vom 8. Oktober

Die Früchte der Roßkastanie gelten als altes Hausmittel gegen Rheuma. Eine Frucht der Kastanie wird in der Manteltasche immer bei sich getragen und muß jedes Jahr erneuert werden. Sogar die Pharma-Industrie soll sich des Wirkstoffs der Kastanie bedienen.

Margarete Ahrendt, Flethmannskamp

Personen

BUCHPREMIERE

Heinz Vielain, Leiter der Bonner Redaktion der „Welt am Sonntag", präsentiert am 23. Oktober im Bonner Presseclub eine „heiße Ware": Sein neues Buch „Waffenschmuggel im Staatsauftrag", erschienen bei Busse-Seewald. Der Autor berichtet auf 209 Seiten, wie seit den Regierungen Erhard, Kiesinger, Brandt bis zu Schmidt im Auftrage des Staates Waffentransfers in die Dritte Welt und auch in Krisengebiete organisiert wurden. Kaum zu glauben, aber es war der legendäre Geheimdienstchef Reinhard Gehlen, der den Exporteur Mertins „für einen solchen Waffentransfer" gewann, ihm den Decknamen „Uranus" gab und sich der glänzenden Geschäftspraktiken Mertins bediente. 1960 flog unter anderem die Bundeswehr 90 Kampfflugzeuge vom Typ F-86 Sabre VI bis nach Pakistan. Eine Vielzahl auch heute noch geheimer Bonner Akten hat Vielain seinem Buch zugrunde gelegt. Bonns jahrelang getarnte Waffenexporte beschreibt er dabei in so spannendem Stil, als ginge es um einen kriminalistischen Science-fiction-Roman.

UNIVERSITÄT

Dr. **Franz-Josef Bade**, Privatdozent für das Fach Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Berlin, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der Universität Dortmund angenommen.

*

Professor Dr. **Helmut Röck** von der Fachhochschule Köln hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Meß- und Regelungstechnik der Technischen Universität Berlin angenommen.

ABSCHIED

Seine sehr große Sachkompetenz und seine stete Liebenswürdigkeit machten den niederländischen Botschafter Dr. **Kasper Reinink** in Bonn zu einem besonders begehrten Gesprächspartner. Im Amerikanischen Club nahmen er und seine Frau **Eva** jetzt Abschied von der Bundeshauptstadt. Botschafter Reinink, der sein Land unter anderem in Moskau vertrat und seit 1982 in Bonn tätig ist, geht in den Ruhestand. In der Nähe von Utrecht wird sein zukünftiges Zuhause sein. Einige hundert Gäste kamen, unter ihnen der Staatsminister im Auswärtigen Amt **Lutz Stavenhagen**, Bonns stellvertretender Protokollchef **Eberhard Holtermann** und der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik **Günter Diehl**. Reinink begrüßte auch die früheren deutschen Botschafter **Rolf Pauls**, **Sigismund von Braun** und **Franz Krapf**, den ehemaligen



Kasper Reinink

Generalinspekteur der Bundeswehr **Ulrich de Maizière**, **Rainer Barzel** und **Kai Uwe von Hassel**. Unter den ausländischen Gästen waren Chinas Botschafter Professor **Guo Fengmin**, der Brite **Sir Julian L. Bullard**, der Italiener Professor **Luigi Vittorio Ferraris** und Prags Botschafter **Dušan Spáčil**.

AUSWÄRTIGES AMT

Neuer niederländischer Botschafter in Bonn wird **Jan Gerard van der Tas**. Der Diplomat war zuletzt im Außenministerium in Den Haag Leiter der Abteilung für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Auch er hat wie Botschafter Reinink eine lange Diplomatenkarriere hinter sich. Geboren ist Botschafter van der Tas 1928 in Den Haag. Zu seinen Auslandsposten gehörten Verwendungen in Brüssel, Djakarta, Paris, in Mexiko und London. 1980 wurde er Botschafter in Damaskus.

EHRUNGEN

Damaskinos Papandreou, griechisch-orthodoxer Metropolit der Schweiz und Exarch für Westeuropa sowie Leiter des orthodoxen ökumenischen Zentrums in Chambésy bei Genf, wird die Ehrendoktorwürde der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn verliehen. Die feierliche Übergabe der Urkunde ist am 6. Dezember. Damaskinos ist einer der führenden orthodoxen Vertreter im Dialog mit der katholischen Kirche, den Altkatholiken und den evangelischen Denominationen. Einen Teil seines Studiums verbrachte Damaskinos in Bonn. Er war dort Schüler des jetzigen Präfekten der römischen Glaubenskongregation, Kardinal **Joseph Ratzinger**.

WECHSEL

Zwischen **Felix Schmidt** und dem Vorstand der Axel Springer Verlag AG hat es unterschiedliche Auffassungen über die künftige Gestaltung und Konzeption der „Hörzu" gegeben. Herr Felix Schmidt hat daher darum gebeten, ihn von seinem Amt als Chefredakteur der „Hörzu" zu entbinden. Der Verlag hat dieser Bitte entsprochen und wird mit Herrn Schmidt Gespräche über neue Aufgaben innerhalb des Verlages führen. Für „Hörzu" hat der Vorstand gleichzeitig unter dem Herausgeber **Peter Bachér** eine geschäftsführende Redaktion berufen, der die stellvertretenden Chefredakteure **Klaus Stampfuss** und **Hartmut Wrede** angehören.

VERANSTALTUNG

Die Nacht der Liberalen fand in Münster statt. Die FDP, Gastgeber der frühere Bundespräsident **Walter Scheel**, Parteivorsitzender **Martin Bangemann**, Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** und der Staatsminister im Auswärtigen Amt **Jürgen W. Möllemann**, baten zum Nordrhein-Westfalen-Ball 1986. Gefeiert wurde der 40. Gründungstag des Bundeslandes und damit das 40jährige Bestehen der Freien Demokratischen Partei. 1300 Gäste kamen in die Halle Münsterland. Genscher aber hatte sich in letzter Minute entschuldigt. Seinen liberalen Freunden ließ er mitteilen, der Tod Gerold von Braunmühl habe ihn so stark bedrückt, daß er sich zur Zeit nicht in der Lage sehe, ein Fest zu besuchen. Ebenfalls nicht in Münster war der frühere Staatsminister **Willi Weyer**, der aus Krankheitsgründen abgesagt hatte. Die FDP hatte Gäste aus dem anderen politischen Lager: Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) kam und auch der Oberbürgermeister von Krefeld **Dieter Pützhofen**. **Caterina Valente**, **Thomas Gottschalk** und **Ambros Seelos** unterhielten die Gäste.

Nach einem Leben voller Pflichterfüllung und aufopfernder Liebe für seine Familie verstarb heute morgen plötzlich und unerwartet mein innigst geliebter Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegervater und Großvater

Hermann Ehret

* 2. Juni 1904 † 16. Oktober 1986

In Liebe und Dankbarkeit

Liselotte Ehret geb. Besser
Dr.-Ing. Diether Kölsch und Frau Helga geb. Ehret
mit Gisa und Astrid
Dr. Hans-Jochem Lüer und Frau Brigitte geb. Ehret
mit Thomas und Beatrix
Dr.-Ing. Hanns-Hermann Ehret und Frau Manuela geb. Hamelmann
mit Hanns-Christian

4150 Krefeld, Mettmann, Köln, den 16. Oktober 1986

Die Trauerfeier und anschließende Beisetzung finden am Donnerstag, dem 23. Oktober 1986, um 10.45 Uhr von der Kapelle des Hauptfriedhofes Krefeld, Eingang Heideckstraße, aus statt.

Dr.-Ing. Hans-Konrad Havemann

Leitender Baudirektor a. D.

* 4. August 1899 † 18. September 1986

In tiefer Trauer

Margarethe Havemann geb. Ulrich
Helga und Hans-Heinrich Petersen
Karin
Kristin und Karl
Dorit und Paul
mit David
Birgit und Lars

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Luddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fachus; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marie Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Hoft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 736

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 3, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Wie ein Talkmaster sich einen Jugendwunsch erfüllt – als Musterschüler

Frank Elstners Nobel-Heimsuchungen

An dieser Präsentation berühmter Köpfe scheiden sich die Geister. Während ein Magazin die Produktion als „beste Unterhaltung – informativ, rührend, komisch und spannend", einstufte, ließ ein anderer Kritiker kein gutes Haar am Nobel-Plausch: „Wer von den Zuschauern nicht um die Leistungen des honorigen Wissenschaftlers wußte, mußte ja bei dem peinlichen Smalltalk den Eindruck bekommen, daß der Gute nicht mehr ganz bei der Stange ist." Die Meinung über Frank Elstners Alt-Herren-Befragung ist weiterhin geteilt.

Nachlesbar ist, daß der Moderator „sich selbst einen Wunsch mit jungenhafter Neugier" erfüllte, wenn er mit Nobelpreisträgern über „Wissenschaft und Leben plaudert, zur eigenen Fortbildung und zur Erbauung eines erhofften Publikums". Ist letzteres aber wirklich so brennend daran interessiert zu erfahren, ob das Nobelpreisgeld zu versteuern ist, Steckrüben gesund sind, bzw. ob sich der ältere Herr jemals einen zuviel hinter die Binde gekippt hat?

Nach seinem Ausflug ins Nobelpreis-Dorado Kalifornien hat Elstner jetzt entdeckt, daß es auch in heimischen Gefilden einige Laureaten gibt, denen er sich mit der Attitüde eines Musterschülers – vorbereitet hat er sich schon – nähern kann.

Zum Plauder-Halbstündchen über Arbeit und Privates hat er sich heute bei Ernst Otto Fischer, Jahrgang 1918 angesagt. Der emeritierte Professor für anorganische Chemie an der Technischen Universität München

Die stillen Stars – ZDF, 22.50 Uhr

erhielt 1973, gemeinsam mit dem Briten Geoffrey Wilkinson, den Nobelpreis für Chemie „für ihre unabhängig voneinander geleisteten Pionierarbeiten über die Chemie der metallorganischen Sandwich-Verbindungen".

Fischer, dessen Schule lange Zeit als Gütesiegel für erstklassigen Anorganiker-Nachwuchs galt, ist einer der „mutigen" Hochschullehrer in unserem Lande: „Ich vertrete die Auffassung, daß es alleinige Entscheidung des einzelnen Naturwissenschaftlers bleiben muß, was er als Forschung oder Entwicklung aufgreift und betreibt."

Und weiter: „Es ist gefährlich, in den Naturwissenschaften den Weg zu allem Machbaren zu gehen. Die Entscheidung ist innerhalb des Verantwortbaren zu finden, sie darf niemals darüber hinausgehen."

Wie Frank Elstner auch nach dieser Sendung in den Augen seiner Kritiker wegkommt: Der Smalltalk geht munter weiter. Befriedigt, so konnte man zu Beginn seiner ersten Folge lesen, hat sich der Nobel-Interviewer ausgerechnet, daß noch eine beachtliche Zahl von Preisträgern lebt, die er nach und nach seinem Publikum vorstellen kann. Kann man seinen Äußerungen glauben, will er von den rund 200 Lebenden des Wissenschafler-Adels noch „mindestens 100" heimsuchen.

Etwas dazugelernt hat der Inhaber der „Frank-Elster-Productions" auch: „Wenn in meinen Fernsehsendungen ein Gespräch nicht voranging", veriet er zu Anfang des Jahres,



Heute Elstners stiller Gast-Star: Chemiker Fischer FOTO: BACHERT

„hatte ich immer Angst, die Zuschauer würden abschalten. Jetzt habe ich festgestellt, daß nach einer langen, langen Pause meistens erst das Beste der Antwort kommt." Wie wäre es denn – zur Abwechslung – mal mit Frank Elstners gesammeltem Schweigen? DIETER THIERBACH



Titta (Bruno Zannin, links) wächst im Rimini der dreißiger Jahre auf. Das provinzielle Dasein der Dorfbewohner folgt dem Rhythmus der Jahreszeiten. Träume ranken sich um die reichen Fremden im Grand Hotel, aufgestört von marschierenden Faschisten. Fellini nannte diesen an seine Jugend erinnernden Film **Amarcord** (Ich erinnere mich) – ARD, 23 Uhr. In unserer Kritik hieß es 1974: „Wenig Handlung. Eine unvergleichliche Reihung von Zustandsdiagnosen durch Handlungssplitter. Realismus? In Mengen. Poesie? Aber gewiß. Eine Licht-und-Bilder-Hexerei, wie sie teils deftiger, teils zarter nicht denkbar ist." FOTO: RÖHNERT

Kultur? – Bitte warten!

Von KURT POSTEL

Wenn schon Kultur, dann bitte nicht vor zehn!
Wer will denn schon Ballett und Oper oder Schauspiel sehn?
Wen interessiert's, wenn Rosenbauers kulturelle Kolumnisten
sich mühen, solche Themen allgemeinverständlich aufzulisten?

Das soll man doch dem breiten Publikum gefälligst schenken,
das hat doch – meint man das? – gar keinen Sensus für Kultur.
Die große Masse glotzt doch lieber, ohne lange nachzudenken,
wozu dann also eine andere Programmstruktur?

So wird man weiter alles Platte früh am Abend senden,
denn später schliefen ja auf dem Niveau die meisten ein.
Und auch der Wunschfilm würde kurz vor Mitternacht verenden,
weil Spannungsarmut wird bei Müdigkeit zur Seelenpein.

Fast stets sehr spät zeigt man die Filme erster Klasse,
von Spielberg, Lang, Godard, Fellini, Bergman und Chabrol.
Dann schläft sie schon, die oft zitierte breite Masse.
Vielleicht meint man, für sie sei das zu anspruchsvoll.

Bis zehn ist hohe Zeit für alte Schinken und Komödienstadl,
für Tralala und mehrfach wiederholte Serien,
für Hitparaden, seichte Specials, Autoshows und News vom Adel,
natürlich mal ein Magazin – dann aber wieder „Schöne Ferien".

Wie schrieb doch Kästner einst: Soweit die Zunge reicht,
sind wir so eben mal von der Kultur beleckt;
doch wie man sieht, wird sie – bevor sie jedermann erreicht –
in unseres Fernsehns tiefer, dunkler Nacht versteckt.

Dieses selbstkritische Gedicht des Rundfunkredakteurs steht in „WDR-Print", der Hauszeitschrift des Westdeutschen Rundfunks.



9.45 **Ratgeber Touristik**
10.00 **heute**
10.03 **Mord im Orient-Expreß**

15.50 **Tagesschau**
16.00 **Der Feind (2)**
Fernsehserie von Robert Westall
16.25 **Ein Stück aus ihrem Leben**
Menschen über 60 (2)
Erfahrungen und Erlebnisse
17.45 **Tagesschau**
17.55 **Regionalprogramme**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Kir Royal (5)**
Königliche Hoheit
Von Helmut Dietl
Königlicher Staatsbesuch aus Mandalla. München steht Kopf, und Baby Schimmerlos heizt das Fieber an. Bei seinen Recherchen macht er eine Entdeckung – die Prinzessin ist hinter einem Mann her.
21.15 **Nach 30 Jahren Kadar**
Zur Erinnerung an den Ungarn-Aufstand 1956
Film von Peter Miroschnikoff
22.00 **Sketchup**
Mit Iris Berben, Diether Krebs
Beginn von sechs neuen Folgen
Karrikiert wird, wohin die „Dallas"-Sucht führen kann. Außerdem sollen „völlig neue Einblicke" in Prostitution und Zölibat geboten werden.
22.30 **Tagesthemen**
23.00 **Amarcord**
Ital.-franz. Spielfilm (1973)
Regie: Federico Fellini
1.00 **Tagesschau**
1.05 **Nachtgedanken**

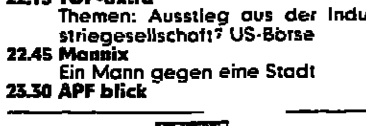


12.10 **Na, sowas!**
12.55 **Presseschau**
13.00 **Tagesschau**

16.00 **heute**
16.04 **Einführung in das Mietrecht**
16.35 **Tips für Aktive**
Mit Tieren leben: Kaninchen. Wenns passiert ist: Reiten
17.00 **heute / Aus den Ländern**
17.15 **Tele-Illustrierte**
17.45 **Agentin mit Herz**
Unter Hypnose
19.00 **heute**
19.30 **Der Junge mit dem Jeep**
Fernsehspiel von Klaus Poche
Mit Richy Müller, Sabine Kaack, Matthias Ponnier, Klaus Schwarzkopf. Regie: Michael Meyer
Alf, Ende 20, meint, in der Frühehe mit Lisa ein Stück Leben versäumt zu haben. Er bricht aus.
21.15 **WISO**
Themen: Bei „Airbus" in Toulouse. Preisgünstig ans Urlaubsziel
21.45 **heute-journal**
22.05 **Terra-X**
Audienz bei der Königin von Saba
Film von Volker Panzer
Die Bibel hat überliefert: Um 950 v. Chr. empfängt Salomon die Königin von Saba. Ihr gemeinsamer Sohn wird Stammvater des äthiopischen Kaiserhauses.
22.50 **Die stillen Stars**
Nobel-Preisträger besucht von Frank Elstner
Ernst Otto Fischer (Chemie 1973)
23.20 **Die Erde ist unser sündiges Lied**
Finnischer Spielfilm (1974)
1.00 **heute**

SAT 1

15.35 **Lassie**
16.00 **Drei Mädchen und drei Jungen**
16.25 **Die Waltons**
17.10 **Raumschiff Enterprise**
18.00 **Cowboys, Sheriffs, Banditen**
Dave, Smith und das Gemalde
18.30 **APF blick**
18.45 **Extrablatt**
Johnny-Carson-Porträt. „Emanuela" Sylvia Kristel
19.45 **Da hast du Schwein gehabt**
Englischer Kriminalfilm (1958).
Mit Ian Carmichael, Belinda Lee
Regie: John Paddy Carstairs
21.30 **APF blick**
22.15 **TOP-extra**
Themen: Ausstieg aus der Industriegesellschaft? US-Börse
22.45 **Mannix**
Ein Mann gegen eine Stadt
23.30 **APF blick**



19.30 **Hobbythek**
Körperpflege und Gesundheit
19.45 **Nähkurs für Anfänger (7)**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Stahlnetz**
In der Nacht zum Dienstag
Buch. Wolfgang Menge
Regie: Jürgen Roland
22.55 **Leute**
Talk-Show aus dem Cafe Kranzler
Anschließend: Nachrichten

3sat

18.00 **Mini-ZiB**
18.10 **Bilder aus der Schweiz**
19.00 **heute**
19.20 **Studio**
19.30 **Hitparade**
20.15 **Sport-Zeit**
21.15 **Zeit im Bild 2**
21.35 **Kulturjournal**
21.45 **Der Detektiv**
Amerikanischer Spielfilm (1967)
Mit Frank Sinatra, Lee Remick
Regie: Gordon Douglas
23.35 **Kennwort: Kino**
Hannah und ihre Schwester
23.45 **Nachrichten**

RTL plus

18.15 **Augenclip/Regional 7**
18.35 **Hallo RTL**
18.53 **7 vor 7**
19.22 **Karlchen**
19.30 **Das Tal der Pappeln**
Valentin ist ermordet worden
20.15 **RTL-Spiel**
20.20 **Filmvorschau**
20.30 **Number on End**
Englischer Spielfilm (1980)
Regie: David Rose
21.50 **RTL-Spiel**
21.53 **Nachrichten**
22.00 **Popeye**
22.05 **Bonnfetti**
Talk-Runde aus Bonn mit Geert Müller-Gerbes
23.45 **Wetter/Horoskop/Betthupferl**
0.00 **Wall Street Final**

III.

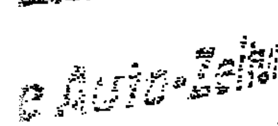
WEST
19.00 **Aktuelle Stunde**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Lindenstraße**
Der Schlüssel steckt innen
20.45 **Sport-Platz**
Sportklettern in Köln
21.30 **Mit Spritze und Pille zum Erfolg?**
Grenzen der Sportmedizin
22.15 **Großer Gang – dicke Beine**
Untrainiert bei einer Radtour
22.45 **Lieber Walter**
Englisches Fernsehspiel

NORD
18.30 **Schach-WM '86**
19.00 **Der königliche Manager**
Friedrich der Große und die Berliner Porzellanmanufaktur
19.15 **Wissenschafts-Feature**
Umwelt zwischen Amt und Hürden
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Das Montagsthema**
Gewerkschaften vor der Wahl
21.00 **Kopf um Kopf**
Spiel mit Alexander von Cube
22.00 **Strich durch die Rechnung**
Amerikanischer Spielfilm (1958)
Nach Hemingways „To have and have not". Regie: Don Siegel

HESSEN
18.00 **Sesamstraße**
18.33 **Welt der Flüsse**
Der Mekong
19.20 **Hessenschau**
19.55 **Drei aktuell**
20.00 **Trends**
Themen: Firma Braun-Melsungen. Abgebrochene Lehren. Preisvergleich von Arzneien.
20.45 **Die Sprechstunde**
Krebs bei Kindern
21.30 **Drei aktuell**
21.45 **Magnum**
22.30 **Ein später Cäsar**
23.15 **Vor vierzig Jahren**
Pathé Journal vom 16.10.1946

SÜDWEST
18.00 **Sesamstraße**
18.30 **Schwarzes Theater**
18.33 **Fury**
19.00 **Abendschau/Blick ins Land**
19.26 **Sandmännchen**
19.30 **Formel Eins**
20.15 **Elixiere des Lebens**
Vitamine und ihre Wirkung
21.00 **Aktuell/Neues**
21.15 **Nach Ladenschluß**
22.45 **Pop-Souvenirs**
Präsentiert von Peter Kraus

BAYERN
19.00 **Live aus dem Alabama**
20.45 **Biotop Bauernhof**
Ökologisches Porträt
21.30 **Rundschau**
21.45 **Blickpunkt Sport**
22.50 **Magnum**
Der letzte Auftritt



„Die Bürokratie darf die Lehre nicht lähmen“

dpa, Heidelberg

Für eine Entbürokratisierung der Universitäten hat sich Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei einem Festakt zum Abschluß der Jubiläumsfeierlichkeiten zum 600jährigen Bestehen der Heidelberger Universtität ausgesprochen. Vor zahlreichen Festgästen, darunter der schwedischen Königin Silvia, Bundestagspräsident Philipp Jenninger und Bundeskanzler Helmut Kohl, sagte Weizsäcker in der Heiliggeistkirche, wenn es bei dem Machtkampf während der Studentenrevolution von 1968 einen Gewinner gegeben habe, sei es in erster Linie die staatliche Verwaltung gewesen. Sie habe die Universitäten mit einer Fülle von Gesetzen und Verordnungen überzogen, die die Hochschulen zu „domestizieren“ suchten.

Die Bürokratie habe eine wesentliche Funktion, meinte der Bundespräsident, aber sie bilde mit dem lebendigen Geist „ein seltsames Gespann“. Der Staat müsse auf eine sachgerechte Verwendung der Mittel an den Universitäten achten, erreiche diese aber besser durch das Vertrauen in die Hochschulen. Der Schaden, der durch wenige „Schwarze Schafe“ entstehen könne, sei geringer als die Wirkungen, die von einer Lähmung der Universitäten zu befürchten seien.

Zur „Verrechtlichung der Universitäten“ komme eine zunehmende Verbeamtung des Lehrköpers, die dem Nachwuchs den Weg in die Hochschulen versperre. Der Bundespräsident forderte, dem wissenschaftlichen Nachwuchs die notwendigen Chancen einzuräumen. Keine Gesellschaft könne es sich leisten, nachwachsende Generationen vor den Hochschulen stehen zu lassen und damit Talente zu vergeuden.

Der Bundespräsident bedauerte dabei, daß unter den Bedingungen der Massenuniversität der persönliche Kontakt zwischen Professoren und Studenten „schwer beeinträchtigt“ sei. Dieser Kontakt sei lebenswichtig. Studenten seien auf persönlichen Rat, Vorbild und Gespräche angewiesen. Weizsäcker forderte alle Professoren auf, sich um enge Kontakte zu den Studenten zu bemühen.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth sprach sich dafür aus, daß die Politik den Universitäten wieder mehr Freiraum verschaffen müsse. Die Hochschulen sollten aber auch selbst ihre Möglichkeiten in dieser Richtung ausschöpfen.

Bülows Konzept für den Umbau der Bundeswehr

SPD-Abgeordneter will mehr Heimatschutz-Regimenter aufstellen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Andreas von Bülow hat die von Fachleuten des Verteidigungsministeriums bezweifelte Behauptung wiederholt, die Bundeswehr sei wegen ihrer Struktur und Ausrüstung in der Lage, mit Panzerverbänden einen Angriff weit auf das Territorium östlich der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland vorzutragen. Die Vorstellung von der angeblichen strukturellen Angriffsfähigkeit der Bundeswehr hatte schon die Debatte des Nürnberger SPD-Parteitages bestimmt und zur Forderung nach einem „Umbau der Bundeswehr hin auf eine defensive Bewaffnung“ geführt, die „während der neunziger Jahre den Weg frei machen (soll) für beträchtliche Kürzungen“.

Bülow, der als Vorsitzender der sicherheitspolitischen Kommission beim SPD-Vorstand die Vorbereitungen für den Nürnberger Parteitag im wesentlichen trotz starken Widerstandes anderer Kommissionsmitglieder bestimmt hatte und den Kurs für seine Partei in Richtung einer die militärischen Fähigkeiten des Warschauer Paktes unterschätzenden Haltung vorzeichnete, hat in einem Aufsatz seine Ideen für eine „strukturell nichtangriffsfähige“ Bundeswehr skizziert. Wie zu hören war, tat er dies ohne Einvernehmen mit der Kommission und vertritt daher ausschließlich seine persönliche Meinung.

Die entscheidende Passage darin lautet: „Der Warschauer Pakt stützt seine konventionelle Verteidigung auf vergleichbare Strukturen (wie bei Bundeswehr und den anderen NATO-Landstreitkräften auf deutschem Boden, die Red.). Eine Panzerkompanie Ost unterscheidet sich nur unwesentlich von einer Panzerkompanie West. Nur der politisch erklärte Wille beider Seiten, nicht angreifen zu wollen, macht den in Bewaffnung und Taktik nicht wahrnehmbaren Unterschied zwischen Angriffs- und Gegenangriffsstrukturen aus. Die immer wieder ins Feld geführte Logistik liefert keinen schlüssigen Gegenbeweis.“

Deutsche Improvisierkunst

Dem bei einem Gespräch mit Journalisten gemachten Einwand, daß zum Beispiel den Brigaden des deutschen Feldheeres der Transportraum für die Verlegung großer Mengen Munition und Treibstoff über viele hundert Kilometer nicht verfügbar sei, begegnete Bülow mit der Antwort, schon im Zweiten Weltkrieg sei die deutsche Improvisierkunst groß gewesen. Damals seien auch zivile Fahrzeuge für diese Aufgabe in großer Zahl requiriert worden. Es sei nicht einzusehen, warum das nicht auch künftig so sein könnte.

Völlig neue Struktur

So, wie Bülow die eigene Seite dem Verdacht ausliefert, das operative Konzept der „Vorneverteidigung“, das die Landnahme im Kriegsfalle nicht vorsieht, sondern ausschließlich die Rückgewinnung verlorengegangenen Terrains, ist er umgekehrt bereit, sowjetischen Gesprächspartnern offenbar uneingeschränkt Glauben zu schenken für das, was sie ihm sagen.

Der SPD-Politiker zitierte den sowjetischen Generalobert Tschwerwow, der ihm gemeinsam mit anderen bedeutet habe, die Sowjets seien im nächsten Jahrzehnt an einer Reduzierung ihrer in der „DDR“ stehenden Divisionen um die Hälfte interessiert. Dies müsse man testen, sagte von Bülow, weshalb es seiner Ansicht nach richtig sei, die Bundeswehr völlig neu zu strukturieren.

Deren Friedenspräsenz möchte er auf 400 000 Mann zurückführen, aber die „alte, NATO-integrierte Verteidigungsstruktur zunächst im wesentlichen unangetastet“ lassen. Das deutsche Feldheer soll aus 42 Panzerbrigaden mit einer Friedenspräsenz von je 80 bis 90 Prozent und einer Verteidigungsstärke von je 3000 Mann bestehen. Die Infanteriefähigkeit in den bisherigen Brigaden will er zur Hälfte von territorialen Deckungskräften übernommen wissen. Dazu sieht er die massive Aufstellung von Heimatschutz-Regimentern vor. In der Vorneverteidigung sollen sie die gepanzerte Verteidigung durch infanteristischen Kampf verstärken. Ein solches Regiment mit 2 000 Mann soll einen Geländeabschnitt von 20 Kilometer Breite decken. Die Heimatschutzregimenter dahinter sollen in etwa je Landkreis räumlich verteilt sein und im Frieden zu maximal zehn Prozent präsent sein.

Für die Panzerbrigaden möchte Bülow den Grundwehrdienst bei 15 Monaten Dauer belassen, für die Heimatschutzregimenter auf 12 Monate kürzen. Die Organisationen von Feld- und Territorialheer sollen verschmolzen werden.

„Grüne dulden keine Kritiker“

Bundestagsabgeordneter Tischer steht mit seinen Vorwürfen nicht allein in der Partei

DIETHART GOOS, Bonn

Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Udo Tischer, denkt nicht daran sein Mandat niederzulegen und aus der Partei auszutreten. In einem WELT-Gespräch wies der 29jährige Parlamentarier aus Ulm entsprechende Forderungen seiner Fraktionsführung zurück und erneuerte zugleich massive Kritik an der Partei. Aus Protest gegen das Wahlprogramm der Grünen hatte Tischer – wie gemeldet – seinen Sitz im Sozialausschuß des Bundestages und seine Funktion als Obmann der Grünen in diesem Gremium abgegeben.

Im Gespräch mit der WELT sagte Tischer: „Wenn die Grünen für sich in Anspruch nehmen anders sein zu wollen als die etablierten Parteien und Parteiausschlüsse immer angeprangert haben, müssen sie sich selber an diesen Anspruch halten und kritische Mitglieder dulden. Ich hoffe nicht, daß die Grünen die Dummheit begehen ein Ausschlußverfahren gegen mich in Gang zu setzen“.

Auf die Frage, ob er innerhalb der 28 Mitglieder zählenden Fraktion der Grünen nur ein Einzelkämpfer sei, antwortete Tischer: „Es gibt in der Bundestagsfraktion mehr Kritiker als nur mich. Von zwei weiteren Mitgliedern weiß ich hundertprozentig, daß sie so denken wie ich. Sie haben sich aber nach außen bisher nicht geäußert“. Seinen Schritt in die Öffentlichkeit begründete der Abgeordnete auch mit seiner kritischen Haltung gegenüber der Parteilinie, die abweichende Meinungen jetzt im Wahlkampfzeiten nicht mehr zulasse. „Eine Partei, die keine inhaltliche Auseinandersetzung mehr zuläßt, hat den falschen Weg eingeschlagen. Nicht nur ich, auch andere Grüne sehen diese Entwicklung sehr kritisch“.

Tischer, der 1976/77 CDU-Mitglied war, seit 1978 der IG Metall angehört und seit 1979 führende Ämter bei den Grünen in Baden-Württemberg übernahm, erläuterte der WELT: „Ich habe immer wieder auf Fehlentwicklungen bei den Grünen hingewiesen wie in ihrem Verhältnis zu den Gewerkschaften. Das blieb aber ohne Erfolg. Deshalb jetzt mein massiver Protest um endlich einige wachzurütteln“. Die von ihm abgelehnten Forderungen im Wahlprogramm der Grünen für die Bundestagswahl wie NATO-Austritt und Gleichstellung von Homosexuellen mit normalpartnerschaftlichen Beziehungen seien in der Bundestagsfraktion nicht genügend diskutiert und die Folgen nicht bedacht worden. Auch sei von außen auf das Wahlprogramm der Grünen eingewirkt worden. In der Ablehnung des NATO-Austritts sei er sich im übrigen mit Otto Schily einig.

Ausdrücklich bekannte sich Tischer im WELT-Gespräch zur rot-grünen Koalition, übte aber zugleich Kritik am offiziellen Kurs der Grünen in der Bündnisfrage, wie er auf dem jüngsten Parteitag in Nürnberg beschlossen worden war. „Was die Grünen jetzt bezüglich einer Koalition mit der SPD für riesige Forderungen stellen ist ganz unsinnig. Da wird die Realität einfach in den Aktenkoffer geschoben“.

Für den neuen Bundestag kandidiert Tischer nicht mehr. Sein Konflikt mit der Partei habe sich Schritt für Schritt zusammengebraut, begründete der baden-württembergische Abgeordnete. Im Kreisverband Ulm gehöre er zum Restbestand des realpolitischen Lagers gegenüber einer übermacht von Fundamentalisten. Denen habe er sich nicht anpassen wollen. „Ich wollte – auf gut schwäbisch gesagt – der Partei nur um des Mandats willen nicht in den Hintern kriechen. Aber aus meiner jetzigen Sicht will ich in der Partei der Grünen bleiben“.

Nur pro-sowjetische Friedenstöne

DW. Kopenhagen

Der Kongreß tobte: „Ihr seid alles KGB-Agenten“, rief eine Frau durchs Mikrofon den über 2000 Delegierten zu. „CIA-Agenten“, schallte es vielstimmig aus dem großen Saal des Kopenhagener Bella-Centers zurück. Pfiffe, wütendes Gebrüll, wildes Gerangel zwischen herbeigeeilten Ordnern und der resoluten Mitvierzigerin auf der Bühne – eine unbefriedigende Szene auf dem „Weltkongreß im internationalen Friedensjahr 1986“.

Dabei hatte sich der Weltfriedensrat, der solche Kongresse in enger Anlehnung an die Sowjetunion ausrichtet, alles so beschaulich ausgedacht: Der vierte Kongreß dieser Art solle zum ersten Mal in einem westlichen Land stattfinden, denn die bisherigen drei Tagungsorte lagen alle in osteuropäischen Ländern und hatten sich als wenig werbewirksam erwiesen.

Doch, trotz der westlichen Umgebung entsprach das „Drehbuch“ für den Kongreß durchweg der vom KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow festgelegten Generallinie internationaler sowjetischer Politik: Moderat, flexibel und werbend gegenüber allen Gruppen der sogenannten Friedensbewegung in nicht-kommunistischen Staaten und konsequent im Marsch auf das Ziel, alle diese Friedensbewegungen gegen die Sicherheitspolitik der USA und der NATO einzuspannen.

Um diese ideologische Grundlinie nicht zu gefährden, hatten die Veranstalter schon im Vorwege mögliche Störenfriede ausgeschaltet. In den sozialistischen Staaten wurden die Kongreßteilnehmer von den kommunistischen Parteien ausgewählt und in nicht-kommunistischen Staaten sammelten zumeist kommunistisch beeinflußte nationale Vorbereitungskomitees die Anmeldungen. „Verdächtige“ Teilnehmer wurden dabei auf ihre „Zuverlässigkeit“ im Sinne des Weltfriedensrates überprüft. In der Bundesrepublik Deutschland war Achim Maske, Zentralfigur im Leitungsbüro des DKP beeinflußten „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ für die Entsendung der Teilnehmer verantwortlich.

So konfliktfrei wie geplant, lief die Veranstaltung jedoch dann nicht ab. Im Kongreßsaal stritten sich die Vertreter der KP Marokkos und der Polisario über die Zukunft der Westsahara, der tschechoslowakischen Menschenrechtsorganisation „Charta 77“ gelang es, zahlreiche Exemplare eines offenen Briefes im offiziellen Propagandamaterial unterzubringen, indem sie ihre Auffassung unterstrich, daß Friede und Menschenrechte in aller Welt zusammengehören und draußen vor der Tür demonstrierten afghanische Widerstandskämpfer und polnische Dissidenten.

Für den als Beobachter aus der Bundesrepublik Deutschland angereiste Abgeordneten der Grünen, Uli Fischer war klar, daß es sich bei dieser Mammut-Konferenz um eine stramm nach den Interessen der sowjetisch orientierten Länder organisierte Veranstaltung handele. „Hier laufen massenhaft Konferenzprofis aus dem Ostblock herum, die alles beherrschen“. Fischer monierte ferner, daß er an allen Konferenztagen so gut wie keinen offenen Dialog, sondern nur pro-sowjetische Erklärungen gehört habe.

Banken setzen Verhandlungen mit Schiesser fort

cd. Frankfurt

Die Arbeitsgruppe von fünf Banken (Deutsche Bank, Dresdner Bank; DG-Bank, WestLB und Deutsche Pfandbriefanstalt), die am Freitag beim ersten Gespräch des neuen NH-Eigentümers Horst Schiesser mit Vertretern der 13 größten Gläubigerbanken sowie zwei weiteren Instituten eingesetzt wurde, trifft sich bereits heute in Frankfurt. Sie setzt die Kreditverhandlungen mit Schiesser fort. Die 13 Großgläubiger hatten zugesichert, sich weiter an das bis Ende dieses Jahres geltende Stillhalteabkommen zu halten, wobei sie von der Erwartung ausgehen, daß auch die übrigen Gläubigerbanken eine entsprechende Zusage geben. Die Fünfer-Arbeitsgruppe wird die übrigen Banken unverzüglich über ihre Gespräche mit Schiesser informieren, um deren schnellstmögliche Entscheidung über die Fortführung des Stillhalteabkommens herbeizuführen.

Die Absprache mit den Großgläubigern ist dadurch ermöglicht worden, daß die Gewerkschaftsholding BGAG dem neuen Eigentümer eine unbedingte Finanzierungszusage für eine Kapitalerhöhung um 150 auf 210 Millionen Mark gegeben hat. Damit ist die BGAG den Banken ein Stück entgegengekommen. Um weitere 150 Millionen Mark soll das Kapital erhöht werden, wenn sich auch die übrigen Banken zum Engagement verpflichten. Das ist aber nach wie vor ein heikler Punkt, weil eine Reihe von Banken aus dem ursprünglichen Stillhalteabkommen ausbrechen wollen. Schiesser soll sich mit diesen Instituten, die das Gesamtkonzept gefährden, bilateral einigen. Selbst wenn das gelänge, ist das Schicksal des Wohnungsbaukonzerns ungewiß.

Schiesser hat den Großgläubigern ein Konzept zur Verhinderung des baldigen Konkurses vorgelegt, das im wesentlichen auf den Vorschlägen des Sanierungsberaters Meier-Preschany beruht, welches Tilgungsaufschub und Zinsverzichte im nächsten Jahr vorsieht. Zunächst sollen die Neue Heimat und der Vertrag zwischen den BGAG und Schiesser von einem neutralen Sachverständigen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft DTG (Deutsche Treuhandgesellschaft) unter die Lupe genommen werden. Das haben die Banken zur Voraussetzung für Verhandlungen über weitere Kredithilfe gemacht. Mit einem Überleben der Neuen Heimat in der bisherigen Form wird in Bankkreisen nicht gerechnet.

Der DGB muß noch Milliarden für die Neue Heimat hergeben

Von WILHELM STROBEL

Das Bankengespräch vom 17. Oktober 1986 mußte für Schiesser sofort Klarheit bringen, ob die Neue Heimat von den Banken jetzt schon für unrettbar gehalten wird mit der Folge, daß für ihn eine Erfüllung des Konzernkaufvertrages nicht weiter in Frage kommen kann und nur noch der Gang zum Konkursrichter übrigbleibt. Diese Konsequenz eines extrem negativen Gesprächsausgangs war für die Banken wie auch für den mitverhandelnden DGB-Kompagnon so mißlich, daß es Schiesser riskieren konnte, die Banken nur in den Informationsstand der Boulevardpresse zu setzen und sie bis halb zwölf warten zu lassen.

Für die Banken ging es zunächst nur um bessere Informationen, weshalb sie vornehmlich Kundschafter schickten. Sie wollten erst Ende Oktober grundsätzlich Farbe bekennen. Ein Teil hat gute Sicherheiten und würde in einem Vergleich mehr verlieren als in einem Konkurs. Bei anderen Banken ist es umgekehrt, während es bei der öffentlichen Hand per Saldo indifferent ist. Daher kommt ein Vergleich letztlich nur bei Zustimmung der gut besicherten Banken zustande. Die Gelegenheit zum Konkursantrag bringen die 1,7 Milliarden Mark, über die bislang ein Stillhalteabkommen bis zum Jahresende galt.

Der schlechte Informationsstand der Banken verlängerte zwar die Freitagssitzung auf über acht Stunden, trug jedoch andererseits mit bei zur Verhinderung eines sofortigen Neins. Schiesser kann es als Gewinn verbuchen, daß ihm die Gnadenfrist von einem Vierteljahr sofort gewährt wurde und nicht erst im November. Ein weiterer Vorteil für ihn ist, daß ihm Zeit gelassen wurde, die Neue Heimat in einen Sanierungszustand zu versetzen, der den Banken ein weiteres Gespräch ermöglicht.

Die Banken können es zunächst als Vorteil betrachten, daß sie nicht unbedingt zum Jahresende die fälligen Milliardenabschreibungen vornehmen müssen und daß sie nach der Bundestagswahl freier entscheiden können. Hinzu kommt für sie als zusätzliches Plus, daß sie mit ihrer grundsätzlichen Sanierungsbereitschaft den DGB-Kompagnon von Schiesser in den Zugzwang brachten, die im Konzernverkaufsvertrag vereinbarten Vorleistungen in Milliardenhöhe zu erbringen, ohne daß die Banken ins Obligo kommen. Damit ist der Schwarze Peter der DGB-Seite zugeschoben. Der erste Vertragszwang zur DGB-Vorleistung ergibt sich daraus, daß die DGB-Seite den vollen Ausgleich aller Neue-Heimat-Verluste aus 1985 versprochen hat. Deshalb kommt der jetzt auf Hochtouren laufenden Fertigstellung des Jahresabschlusses 1985 der Konzernmutter (Neue Heimat Hamburg) größte Bedeutung zu. Der neue Geschäftsführer Lahmann hat schon lamentiert, daß der Prüfungsverband alle Risiken berücksichtigt wissen wolle. Mit diesem anderswo selbstverständlichen Novum kann der Prüfungsverband seine Glaubwürdigkeit zurückgewinnen.

Wenn alle Risiken berücksichtigt werden, dann müssen die Beteiligungen an den wertlosen Konzerntöchtern abgeschrieben werden, was bis zu einer halben Milliarde Mark ausmachen kann. Der ohnehin mit einer halben Milliarde zu erwartende Verlust aus 1985 würde auf eine Milliarde Mark steigen. Im Hinblick auf die prekäre Lage kann es darüber hinaus

Die Analyse

geboten sein, die Konzernbürgschaften der Konzernmutter voll zu passivieren, was den 1985er Verlust nochmals um eine halbe Milliarde erhöhen würde. Daneben können die leerstehenden Wohnungen und die Problemviertel à la Steilshoop nicht mehr zum alten Wert in den Bilanzen stehen bleiben: Die fälligen Abschreibungen würden den Verlust aus 1985 auf zwei Milliarden treiben.

Selbst wenn dem Prüfungsverband der letzte Mut fehlt, kommt aus 1985 ein Verlust von weit über einer Milliarde Mark zusammen. Der bis zur zweiten Milliarde fehlende Rest läuft dann aber in 1986 auf und erhöht den für 1986 mit etwa 600 Millionen Mark zu erwartenden Grundverlust entsprechend. Nach dem Konzernkaufvertrag hat Schiesser den Grundverlust zu tragen, weswegen er 300 Millionen Mark (plus 100 Millionen Mark) für die Kapitalerhöhung und 300 Millionen Mark für die Neue Heimat NRW und Hessen (Südwest) bekommt. Der Zusatzverlust aus 1986 fällt voll auf die DGB-Seite, zumal auch verpflichtende Patronatsfakten vorhanden sind.

Da der 1986er Jahresabschluß Anfang 1987 im wesentlichen vorliegen kann, kommt die DGB-Seite aus den Jahresabschlüssen und den beiden 300-Millionen-Geschäften in den nächsten Wochen und Monaten um eine Vorleistung von über zwei Milliarden Mark nicht herum, wenn der Konzernverkaufsvertrag und alles andere treu erfüllt werden. Damit hat es Schiessers DGB-Kompagnon in der Hand, durch treue Vertragserfüllung die Neue Heimat in einen so akzeptablen Zustand zu versetzen, daß die von Schiesser angestrebte Sanierung durch Schuldenerlaß – der Vergleich – möglich wird.

Bis zur nächsten offiziellen Bankenrunde laufen die Kontakte über den neutralen Experten und den Kooperationsausschuß. Beide werden die Jahresabschlußarbeiten, die Kapitalerhöhung bei der Konzernmutter sowie den Verkauf der NRW- und Hessen-Töchter wachsam verfolgen. Sie wollen darüber hinaus mit umfangreichem Analysematerial und mit dem vollen Vertragswerk versorgt werden.

Schiesser und sein DGB-Kompagnon kommen daher nicht darum herum, die vollen Beherrschungswahrheiten und Pleitewahrheiten preiszugeben: Bei allen Rationalisierungsmühen und selbst bei voller DGB-Vorleistung führt kein Weg daran vorbei, daß ohne den NRW/Hessen-Ballast vier Milliarden Mark Schulden zuviel vorhanden sind. Mit dem NRW/Hessen-Ballast würde sich die Schuldenüberlast auf sechs Milliarden Mark erhöhen. Beim nächsten Bankentermin kann es sich also günstigstenfalls um die Vereinbarung eines Vergleichs handeln, der wegen des prekären Falles die gerichtliche Form haben müßte.

Eine zusätzliche Belastung für die Bankenverhandlungen stellen die Neue Heimat NRW und Hessen dar, wenn die beiden Bundesländer die Übernahme verweigern. In diesem Fall würde bei Erfüllung des Konzernverkaufsvertrags die Neue Heimat NRW in Konkurs gehen. Daher erscheint es bei einem Vergleich unumgänglich, diese Lösung für den gesamten Konzernkomplex zu realisieren. Ohne DGB-Zuschuß würde der Verlust dann bei den Banken etwa vier und bei der öffentlichen Hand etwa zwei Milliarden Mark betragen. Es ist klar, daß in diesem Fall die DGB-Seite mit mindestens einer Milliarde Mark mitmachen müßte.

Alles in allem hält damit der DGB die Fäden der Neuen Heimat noch immer in der Hand und kann durch ein hohes Opfer bei Vertragstreue viel zur endgültigen Rettung beitragen.

Professor Dr. Wilhelm Strobel ist Direktor des Seminars für Wirtschaftsprüfung und Steuerwesen der Universität Hamburg.

Im tiefen Keller:

US – HANDELSBILANZ

Saldo in Mrd. US Dollar (gerundet)

1970: +3 · 75: +9 · 76: –10 · 77: –31 · 78: –34 · 79: –29 · 80: –25 · 81: –28 · 82: –36 · 83: –67 · 84: –113 · 85: –124

Quelle: IW

Das Handelsbilanzdefizit der USA wächst auch in diesem Jahr wieder. Im ersten Halbjahr erreichte es 84 Mrd. US-Dollar, 15 Mrd. mehr als im Vorjahreszeitraum. Der Kursverfall des Dollars hat jedoch inzwischen die Importe verteuert. Einem schnellen Abbau des Defizits stehen aber einige Hemmnisse entgegen. Teile der Inlandsnachfrage können heute nur noch durch ausländische Lieferanten gedeckt werden, weil es auf bestimmten Gebieten amerikanische Anbieter nicht oder nicht mehr gibt. QUELLE: IMU/IW

WELTWIRTSCHAFT

Südostasien: Die Europäische Gemeinschaft hat bei Investitionen in den Asean-Staaten noch einen großen Nachholbedarf. Lutz G. Stavenhagen, Staatsminister im Auswärtigen Amt, warnt in einem Beitrag für die WELT vor der Gefahr, daß insbesondere die Bundesrepublik in einer der wirtschaftlich dynamischsten Regionen der Welt gegenüber wichtigen Konkurrenten den Anschluß verlieren könnte. (S. 16)

UdSSR: Das Saarland wird als erstes Bundesland mit einem Außenhandelsbüro in Moskau vertreten sein.

Öl: Vor Beginn der neuen Verhandlungsrunde der Opec-Konferenz gestern abend war Saudi-Arabien von seiner Forderung nach einer höheren Förderquote abgerückt. Das Land machte sein Einlenken von einer Erhöhung des Mindestpreises von derzeit 14 bis 15 auf 18 Dollar pro Barrel abhängig.

Ölsteuer: US-Präsident Reagan hat ein Gesetz unterschrieben, mit dem eine Abgabe auf Rohöl erhoben wird, deren Aufkommen für den Umweltschutz eingesetzt werden soll. Die Abgabe beträgt bei Importöl 11,5 Cents und bei inländischem Öl 8,2 Cents je Barrel.

Finanzreform: Eine Aussonderung des Agraretats aus dem Gesamthaushalt der Europäischen Gemeinschaft schlägt eine unabhängige Expertengruppe zur Reform der Brüsseler Finanzen vor. (S. 15)

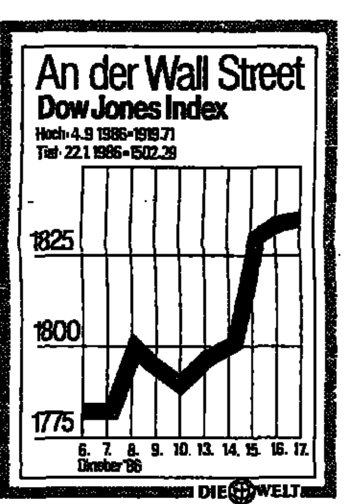
FÜR DEN ANLEGER

Going Public: Noch ein großes Reservoir geeigneter Börsenkandidaten sieht der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, F. Wilhelm Christians, im Mittelstand. (S. 15)

Olivetti International: Das Unternehmen legt eine vierjährige Euroanleihe über 50 Mill. Dollar auf. Bei 9,875 Prozent Nominalzins und 101,5 Prozent Ausgabekurs ergibt sich eine Rendite von 9,41 Prozent.

Renten: Das Klima am deutschen Markt hat sich in der letzten Woche verschlechtert. (S. 16)

Generalprobe: Am handelsfreien Samstag wurden unter Teilnahme aller Maklerfirmen und Banken Computersysteme für den Big Bang, die Liberalisierung der Londoner Börse am 27. Oktober, getestet.



UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Ruhrkohle/VEW: Für heute wird die Entscheidung des Kartellsenats des Berliner Kammergerichts im Fusionskontrollverfahren erwartet. Am Freitag hatte der Senat Bedenken gegenüber der Argumentation des Bundeskartellamts geäußert. Dieses hatte der Vereinigte Elektrizitätswerke AG (VEW), Dortmund, 1985 untersagt, ihre Beteiligung an der Ruhrkohle von 21,9 Prozent auf über 25 Prozent aufzustocken.

Dyckerhoff: Der Wiesbadener Konzern berichtet von einer verbesserten Ertragslage. Im Inland ist der Zementabsatz in den ersten acht Monaten 1986 um 1,4 Prozent gestiegen. Der Exportabsatz fiel dagegen um 13,9 Prozent zurück.

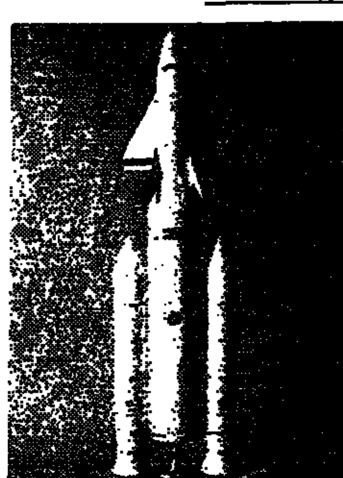
Schiffbau: Eine Vereinbarung über Landesbürgschaften für den Schiffbau zwischen den vier norddeutschen Küstenländern hat die Hamburger Werftenkonferenz gefordert, um einen Subventionswettlauf zu verhindern.

VW: Das Automobilwerk hat wegen der starken Nachfrage nach dem Passat und den Transportern mit dem Betriebsrat für die Werke in Emden und Hannover Sonderschichten vereinbart.

Bundesbahn: Das Defizit wird in diesem Jahr voraussichtlich auf 2,99 Mrd. DM zunehmen, nachdem es zuletzt auf 2,9 Mrd. DM gedrückt werden konnte. (S. 15)

Texas Air: Die Fluggesellschaft darf Frontier Airlines von People Express übernehmen, hat das Konkursgericht in Denver entschieden.

MÄRKTE & POLITIK



Raumfahrt: Die neue europäische Trägerrakete Ariane 5 soll bis zu 20 Tonnen Nutzlast in den Orbit bringen, auch (wie hier im Modell) den geplanten Mini-Raumtransporter „Hermes", für dessen Entwicklung nach einigem Zögern jetzt auch Bonn Mittel bereitgestellt hat.

Einzelhandel: Mehr Flexibilität bei den Ladenschlußzeiten hat Bundesfinanzminister Stoltenberg gefordert.

Medien: 2,04 Millionen Haushalte empfangen die Fernseh- und Hörfunkprogramme über die Kabelnetze der Post. Nach Angaben von Bundespostminister Schwarz-Schilling sind das 506 000 Haushalte mehr als zum Jahresanfang.

Rohstoffe: Die Verhandlungen über ein Kautschuk-Abkommen sind in Genf gescheitert. Umstritten war vor allem der Mechanismus der Preisanpassung. Der derzeitige Vertrag läuft im Oktober 1987 aus.

No name: Der Absatz von markenlosen Artikeln ist nach Angaben der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) „spürbar zurückgegangen".

Messe: Von „ausgezeichneten Geschäftsergebnissen" berichteten die Aussteller auf der internationalen Automobilschau „AAA", die gestern in Berlin zu Ende ging.

WER SAGT'S DENN?

Prophezeiungen sind eitel doch, ich seh' es, und der Lügen voll
Euripides

Informationstechnik beseitigt das Durcheinander der Systeme

Bürowirtschaft verspricht sich vom „Universalnetz" einen Schub bei den Aufträgen

HENNER LAVALL, Köln

Im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik herrscht ein Durcheinander der Systeme. Beim Erfassen, Verarbeiten und Weiterleiten von Text, Daten, Sprache und Bildern führt dies in zahllosen Büros zu vermeidbaren Kosten in Millionenhöhe, müssen doch nebeneinander mehrere technische Systeme wie Telefon, Fernsehen, Fernschreiber oder Fernkopierer angeschafft und unterhalten werden.

Experten zeigen sich deshalb auf der internationalen Büromesse „Orgatechnik" in Köln auch überzeugt davon, daß in absehbarer Zeit alle bisher noch getrennten Funktionen in einem „Universalnetz" zusammengefaßt werden können. Dieses ISDN genannte öffentliche Netz soll das immer schneller wachsende Volumen an Informationen nicht nur schneller, sondern auch wirtschaftlicher erfassen, verarbeiten und weiterübertragen.

Die Branche selbst verspricht sich von der Einführung des Systems einen neuen Schub gerade in den eigenen Auftragsbüchern, werden doch neue, „multifunktionale" Endgeräte für den Bürobereich benötigt, um die integrierten Dienste wirksam nutzen zu können. In diesem Wirtschaftszweig sind gut 7,6 Millionen Mitarbeiter beschäftigt. Die sich abzeichnenden Veränderungen haben bereits im ersten Halbjahr 1986 den knapp 6000 Unternehmen der Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik in der Bundesrepublik, die insgesamt 160 000 Menschen beschäftigen, kräftige Impulse gebracht.

So stieg die Inlandsproduktion in der Berichtszeit um 5,2 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum auf 15,3 Mrd. Mark an. Für das gesamte Jahr werden knapp 28 Mrd. Mark erwartet. Die Erzeugnisse aus der deutschen Produktion sind, so wird in Köln zufrieden betont, zunehmend im Ausland gefragt. Im ersten Halbjahr sei der Export trotz fester D-Mark um 6,6 Prozent auf 9,3 Mrd. Mark gestiegen; der Außenhandelsüberschuß im Bereich der Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik habe auf 1,3 Mrd. Mark zugenommen.

Auch für die weitere Zukunft ist die Bürowirtschaft überzeugt davon, den Wachstumspfaden weiter zu folgen, deuten sich doch langfristig erneute Änderungen in der Technik an. Den „optischen Nachrichtenübertragungssystemen" gehört nach übereinstimmender Auffassung der Experten möglicherweise schon das Ende dieses Jahrhunderts.

In den USA und Europa wird bereits an der Erforschung derartiger optischer Stoffe gearbeitet, die Datenverarbeitung, -speicherung und -übermittlung in Lichtgeschwindigkeit erledigen sollen. Die Kapazität bei diesen Materialien beträgt nach dem derzeitigen Stand der Forschung bis zu 15 Milliarden Zeichen auf nur einem Quadratzentimeter.

Wallstreet wartet auf bessere Zeiten

Autokäufer hatten die US-Einzelhandelsumsätze stark nach oben getrieben

gb. New York

Wallstreet lebte in der vergangenen Woche im wesentlichen von der Hoffnung auf bessere Zeiten. Zwar stieg der Dow Jones-Industrieindex um 43,87 Punkte auf 1837,04. Aber die umfangreicher angelegten Indizes der NYSE und von Standard und Pours erhöhten sich lediglich um 1,78 Punkte auf 137,48 bzw. 3,36 Punkte auf 238,84 und deuteten damit an, daß das Kursniveau, wenn auch auf hohem Niveau, weitgehend stagniert. Zum Wochenschluß gab es leichte Verluste.

Der Dow Jones-Index, der die Entwicklung der Spitzenwerte anzeigt, ging zwar an vier Wochentagen hintereinander nach oben, aber nur am Mittwoch mit 31 Punkten nachhaltig, und auch das nur, weil der Berufshandel nach Computerprogrammen Optionen gegen Aktien tauschte.

Die zahlreichen Analytiker an Wallstreet sind sich weitgehend einig, daß die Bewegung durch wirtschaftliche Daten kaum erklärt werden kann. Zwar war am Morgen dieses Tages bekannt geworden, daß der Einzelhandelsumsatz im September um 4,9 Prozent gestiegen war, aber die erstaunliche Ziffer – der höchste monatliche Zuwachs, der je gemessen wurde – beeindruckte die Börsianer insgesamt nur wenig, weil sehr schnell klar wurde, daß es in allererster Linie die Nachfrage nach Automobilen war, die das Wachstum bewirkt hatte.

Zwei Dinge standen im Vordergrund des allgemeinen Interesses an Wallstreet: Die in dieser Woche bekannt gewordenen Unternehmensergebnisse für das dritte Quartal und verschiedene Unternehmensübernahmen. Vor allem die IBM-Zahlen enttäuschten sehr, blieben aber ohne sonderlichen Einfluß auf den Kurs, weil sie schon weitgehend vorweggenommen worden waren. Andere Unternehmenszahlen überraschten dagegen eher positiv, weil sie weniger schlecht waren als befürchtet wurde.

Allerdings wollen manche Beobachter in den letzten Tagen eine Änderung der Bewertungsprioritäten festgestellt haben, weil viele Anleger trotz der vielfach enttäuschenden Quartalsergebnisse nun auf eine verbesserte wirtschaftliche Gesamtlage setzen. Die in dieser Woche bekannt gewordenen Zahlen über die Produktion im September (plus 0,1 Prozent) und Umsatz (plus 0,4 Prozent) bieten dazu freilich wenig Anlaß.

Wallstreet blickt deswegen nach Washington, wo das Handelsministerium in dieser Woche seine erste Schätzung über das Wachstum im dritten Quartal bekanntgeben wird. Die Zahl soll zwischen 1,8 und zwei Prozent liegen. Ob solche Werte den Aktienmärkten nachhaltige Impulse geben, darf bezweifelt werden. Zum einen, weil sie nicht gerade berauschend sind, zum anderen, weil in den USA Anfang November gewählt wird. Viele Anleger befürchten deswegen, die Zahlen könnten geschönt sein.

Gutachter sagen Wachstum um 3 Prozent voraus

A. G. Bonn

Die Wirtschaft der Bundesrepublik wird in diesem Jahr etwas weniger stark wachsen, als noch im April vorausgesagt worden war. In ihrem Herbstgutachten, das heute in Bonn veröffentlicht werden soll, gehen die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute davon aus, daß das Bruttosozialprodukt im Gesamtjahr 1986 nur noch um drei Prozent und nicht mehr um 3,5 Prozent zunimmt. Die Gutachter sagen ferner einen Anstieg der Beschäftigtenzahl um 300 000 und einen Rückgang der Arbeitslosenzahl um 100 000 voraus. Das Preisniveau werde erstmals seit Jahren zurückgehen, und zwar um ein halbes Prozent im Jahresdurchschnitt.

Auch für 1987 wird ein reales Wirtschaftswachstum von drei Prozent erwartet. Die Arbeitslosenzahl werde immer noch im Durchschnitt bei zwei Millionen liegen. Bei den Preisen dagegen dürfte es wieder zu einem Auftrieb um voraussichtlich 1,5 Prozent kommen. Hierbei gehen die fünf Gutachter von einem weltweit leicht steigenden Wachstum aus. Während der Export stagnieren werde, dürften privater Verbrauch und Investitionen weiter zunehmen.

AUF EIN WORT



„Das wichtigste Kapital steht nicht in der Bilanz, nämlich die Qualität unserer Mitarbeiter."

Hubertus Moser, Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse der Stadt Berlin. FOTO: DIE WELT

Autorekordjahr rückt in greifbare Nähe

dpa/VWD, Flensburg

Für die Bundesrepublik kündigt sich ein Rekordjahr bei den Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge an. Nach den jetzt vorgelegten Zahlen des Kraftfahrt-Bundesamtes in Flensburg für September könnten die Zulassungen im ganzen Jahr 1986 das bisherige Höchstergebnis von 1978 knapp überflügeln. In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden danach 2,35 Mill. Kraftfahrzeuge zugelassen, von denen 2,12 Mill. auf Personenwagen entfielen. Das bisherige Rekordjahr 1978 wies zum gleichen Zeitpunkt 2,34 Mill. Kfz und 2,08 Mill. Pkw aus.

65 Prozent der im September angemeldeten 225 600 neuen Pkw sind als schadstoffreduziert anerkannt. Im Jahresverlauf beträgt ihre Zahl 1,08 Millionen. Das ist gut die Hälfte (50,6 Prozent) aller Neuzulassungen. Dabei halten sich die Anteile der Diesel-Pkw (26,1 Prozent) und der Autos mit Ottomotoren (24,5 Prozent) fast die Waage. Von den schadstoffreduzierten Wagen erfüllen 342 600 die strengeren US-Abgasvorschriften. Unter die schadstoffarme Europa-Norm fallen 454 000 Pkw (384 500 Diesel und 69 500 Benziner). Bedingt schadstoffarm waren 280 000 Pkw.

Probleme für Europas Raumfahrt

Drei Großprojekte bringen die Esa in Bedrängnis – Kompromiß von der Nasa erhofft

A. JOHANSEN, Bonn

Bonn hat sich dafür entschieden, am Vorbereitungsprogramm für einen gemeinsamen kleinen europäischen Raumtransporter Hermes für vier bis sechs Mann Besatzung mitzuarbeiten. Bis zum Sommer nächsten Jahres sollen dafür, wie berichtet, 32 Millionen Mark bereitgestellt werden. Dennoch kommen auf die europäische und deutsche Raumfahrt eine Reihe schwieriger Probleme zu.

Derzeit verfolgt die europäische Weltraumorganisation Esa bereits zwei Großprojekte. Das ist einmal der Bau der schwersten Rakete, die je in Europa entwickelt worden ist. Die Ariane-5, die Mitte der neunziger Jahre fliegen soll, wird eine Nutzlast von annähernd 20 Tonnen in den erdnahen Weltraum bringen können.

Beim zweiten Programm handelt es sich um ein eigenes bemanntes Labor, das die Esa als europäischen Bauteil an die geplante amerikanische Raumstation montieren lassen will. Schon diese beiden Großprojekte kosten den europäischen Steuerzahler etwa 15 Milliarden Mark. Die Bundesrepublik hat sich Anfang des Jahres bereiterklärt, davon etwa ein Drittel zu übernehmen. Den Rest teilen sich zwölf weitere Esa-Mitgliedsstaaten.

Das dritte Großprojekt, auf das die Europäer jetzt zusteuern, die kleine Raumfähre Hermes, wird nach jüngsten Angaben noch einmal etwa sieben Milliarden Mark kosten. Die Frage ist allerdings, ob die Kostenschätzungen im Endeffekt, wie bei manch a derem Großprojekt, nicht doch überschritten werden.

Auch jetzt, nach der Bonner Vorentscheidung für Hermes, ist nicht mit Sicherheit abzusehen, daß die Esa im Juli 1987 ihre drei Großprojekte weiter festschreiben kann. Ist einerseits bei Hermes die langfristige Finanzierung noch keinesfalls gesichert, so gibt es andererseits auch bei Columbus Schwierigkeiten.

So war von der Esa vorgeschlagen worden, Columbus zwar als größeren bemannten Bauteil der geplanten amerikanischen Raumstation zu integrieren. Gleichzeitig wollten die Europäer aber auch Columbus zeitweise von der Station abkoppeln – weil dies für einige wissenschaftliche Aufgaben wichtig erschien – und dann autonom betreiben. Hier schoben die Amerikaner ihr Veto ein und verlangten, daß Columbus für einen langen Zeitraum keine unabhängigen Operationen durchführen dürfe.

Daraufhin erklärte sich die Esa bereit, neben dem großen Modul Columbus auch noch ein kleineres bemanntes Modul zu entwickeln, um mit diesem dann auch abgekoppelt von der Raumstation operieren zu können. Doch auch damit sind die Amerikaner nicht einverstanden.

So stehen den Europäern jetzt schwierige Weltraum-Entscheidungen ins Haus. Schon gibt es Stimmen, die angesichts der unflexiblen amerikanischen Haltung einen Verzicht auf Columbus und eine substantielle Verstärkung der westeuropäischen Raumfahrt fordern. Paris hat ohnehin schon immer für eine solche Politik plädiert. Für die atlantische Zusammenarbeit wäre es jedoch sicher besser, wenn jetzt auch die Nasa etwas von jener Kompromißbereitschaft zeigen würde, die von der Esa im bisherigen Verlauf der Verhandlungen schon bewiesen wurde.

Gutachters Schicksal

A. G. – Wenn man aus dem Rathaus kommt, ist man bekanntlich schlauer. Und wenn sich ein Jahr dem Ende nähert, weiß man über dessen Verlauf mehr als am Jahresanfang. Es ist nun einmal das Schicksal aller Gutachter, der Kaffeesatzleser ebenso wie der ernsthaften Prognostiker, daß das Erzeugnis ihrer Bemühungen von den Tatsachen im nachhinein überholt, ja manchmal sogar regelrecht überrollt wird.

Wenn die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute der Bundesrepublik jetzt in ihrem Herbstgutachten ihre in diesem April gestellte Prognose von 3,5 Prozent realem Wachstum lediglich um ein halbes Prozent nach unten korrigieren mußten, so bewegt sich dies in durchaus erträglichem Rahmen. Für irgendwelche Schwarzmalerei oder gar Sensationsmache keinerlei Grund. Denn ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent ist – gemessen an der bundesdeutschen Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre und am Wirtschaftswachstum vergleichbarer Nationen – ein stolzes Ergebnis. Dieses Wachstum muß ja auch und vor allem im Zusammenhang mit der – erstmals seit Jahren – rückläufigen („negativen") Inflationsrate gesehen werden.

Warum sich die Institute um 0,5 Prozent verrechnet hatten, werden sie heute im einzelnen darlegen. Der rückläufige Export dürfte eine Rolle spielen. Das schmälert aber nicht das 86er Prädikat „goldenes Jahr des Verbrauchers".

Rückschlag für Paris

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Noch vor Ende dieses Jahres wollte die neue französische Regierung ihrer Liberalisierungspolitik durch die Aufhebung der letzten Preis- und Devisenkontrollen ein unwiderrufliches Denkmal setzen. Ob dieses ehrgeizige Vorhaben fristgemäß verwirklicht werden kann, ist aber inzwischen angesichts der jüngsten Rückschläge an der Inflations- und Außenhandelsfront sehr fraglich. Sie trugen wesentlich dazu bei, daß auch der Franc wieder unter Druck geriet.

Dabei hatte die Amtszeit des bürgerlichen Pemierministers Jacques Chirac recht erfolgversprechend begonnen. Die Abwertung im Europäischen Währungssystem (EWS) vom 7. April erlaubte der Bank von Frankreich, innerhalb von sechs Wochen für über 70 Milliarden Franc Devisen am Markt zu kaufen und daraus einen Teil der staatlichen Auslandsschulden vorzeitig zurückzuzahlen – obwohl damals die Abwertungsmarge erst minimal genutzt worden war (gegenüber der D-Mark hatte sich der Franc effektiv nur um drei Prozent abgewertet).

Die jüngsten Rückschläge an der Inflations- und Außenhandelsfront gefährden das ehrgeizige Vorhaben der Regierung Chirac, die letzten Preis- und Devisenkontrollen aufzuheben.

In diesem positiven Marktverhalten kam vor allem Erleichterung über das Ende des sozialistischen Regimes zum Ausdruck. Auch lockten nach der Bereinigung der Abwertungshypothek die im internationalen Vergleich sehr hohen französischen Zinssätze ausländische Anleger. Nicht zuletzt aber beeindruckten bis zur Sommerpause der kontinuierliche Rückgang der Preise und die zunehmende Verbesserung der Handels- wie Leistungsbilanz.

Wie sich inzwischen herausgestellt hat, waren diese Erfolge aber hauptsächlich der Ölpreis- und Dollarbaisse zu verdanken. Jetzt treten die Schwächen wieder deutlich in Erscheinung: Die im Juli und August auf je 0,1 Prozent reduzierte monatliche Preissteigerung schnellte im September auf 0,4 Prozent hoch, und der von 1,5 auf 3,2 Milliarden Franc gestiegene Außenhandelsüberschuß verwandelte sich in ein Defizit von 2,9 Milliarden Franc.

Die französische Inflationsrate von zuletzt 2,3 Prozent gegenüber zwei Prozent in den beiden Vormonaten hält sich zwar immer noch im Rahmen des Stabilisierungsziels, welches sich die Regierung für dieses Jahr gesetzt hat. Auch haben sich die Ergebnisse der anderen Länder einschließlich der Bundesrepublik wegen der Ölproduktenverteuerung verschlechtert. Aber der Inflationsabstand Frankreichs im internationalen Vergleich nahm wieder etwas zu. Dies ist einer der Gründe für den neuerlichen Druck auf den Franc.

Vor allem aber beunruhigt die negative Entwicklung im Außenhandel. Denn sie ist nicht nur auf die Verteuerung der Ölimporte zurückzuführen. Frankreich hat in letzter Zeit seine Einfuhr auch mengenmäßig stark gesteigert, insbesondere von Industriegütern, während seine entsprechenden Exporte trotz der günstigen Weltkonjunktur weitgehend stagnierten. Sein Ausfuhrüberschuß in diesem Bereich erreichte im September nur noch bescheidene 800 Millionen Franc. Im letzten Jahr – unter den Sozialisten – waren es noch monatsdurchschnittlich 7,4 Milliarden Franc.

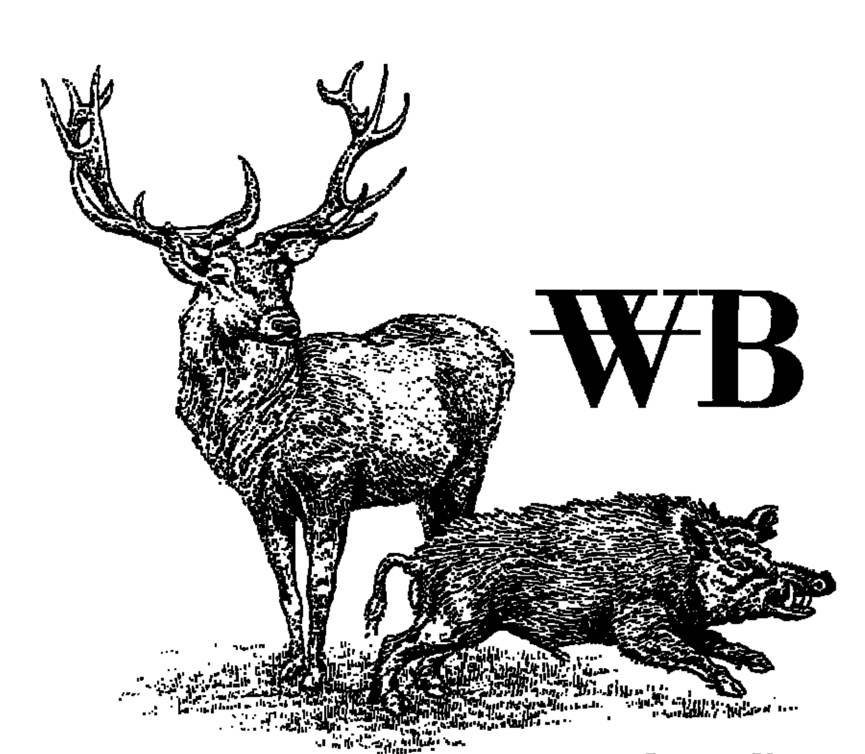
Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie hat sich also trotz der von der Regierung zu ihrer Verbesserung ergriffenen diversen Maßnahmen zunächst einmal wesentlich verschlechtert. In fast allen Ländern gingen bei französischen Industriegütern Marktanteile verloren. Vor allem aber zeigte sich die Industrie außerstande, der stark gestiegenen Binnennachfrage gerecht zu werden. So kam es insbesondere bei Konsumgütern in den letzten Monaten zu einem regelrechten Importboom.

Nun mag es sich hier um eine vorübergehende Entwicklung handeln, die vor allem auf die noch von den Sozialisten beschlossenen und im Frühjahr wirksam gewordenen Steuersenkungen zurückzuführen ist. Im nächsten Jahr will die Regierung den Kaufkraftzuwachs aus weiteren Steuererleichterungen durch die Erhöhung der Sozialabgaben kompensieren. Bei den Investitionsgütern dagegen steht der Einfuhrsog aber wohl erst noch bevor.

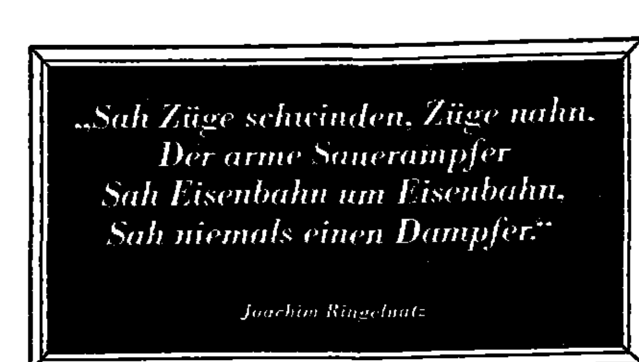
Denn wie sonst sollte Frankreich seine Exportkraft verbessern und die Handelsbilanz dauerhaft sanieren können, ohne die eigene Konjunktur abzuwürgen, als durch wesentlich verstärkte Investitionen? Auch läßt sich nur auf diese Weise das Arbeitslosenproblem entschärfen, das den Franzosen nach wie vor die größten Sorgen macht. Aber ehe hier Früchte geerntet werden können, dürfte einige Zeit vergehen. Bis dahin bleibt die außenwirtschaftliche Lage prekär.

Sieben Bilder, die jetzt für IBM Computer kein Rätsel mehr sind.

Wissen Sie, wie Bilder wie diese hier am besten gleich vom Schreibtisch weg in Ihren Computer kommen? Ganz einfach: mit den neuen Scannern von IBM. Damit können Sie eingehende Post, Zeichnungen, Fotos und Bilder sowie Ausschnitte aus Druckschriften erfassen, in IBM Computern speichern, über Kommunikationsnetze verteilen und an jedem IBM PC und am neuen Datensichtgerät IBM 3193 anzeigen. Auf den IBM Seitendruckern können dann alle gespeicherten Vorlagen wieder ausgegeben werden. Wenn Sie mehr Informationsmaterial über die IBM Bildverarbeitung am Arbeitsplatz haben wollen, rufen Sie Hallo IBM zum Ortstarif unter 0130-4567 an. Und wenn Sie ein Freund von Bilderrätseln sind, rätseln Sie sich erst einmal bis zur Aufgabe Nummer 7 durch.

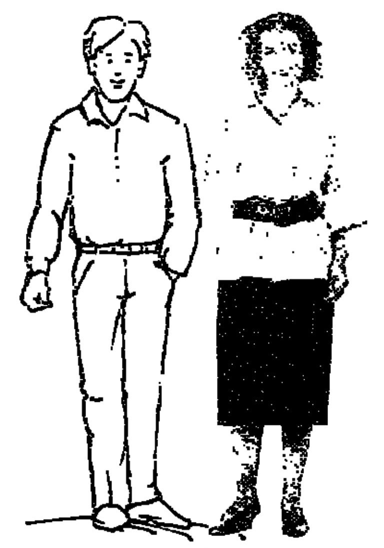


Lösung Nummer 1.
Was Sie mit den Scannern einmal erfaßt haben, wandert direkt in den Speicher Ihres Computers. So kommen Sie mit Ihrem IBM PC zum Beispiel sehr schnell an Strichzeichnungen wie diese hier. Der Text zum Bild geht übrigens den gleichen Weg.



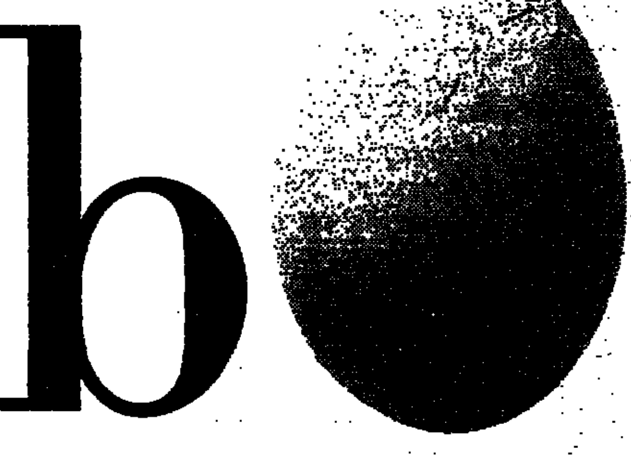


Lösung Nummer 2.
Ebenso gut wie Bilder können Sie auch alles Gereimte oder Ungereimte erfassen. Die gespeicherten Informationen werden Ihnen an einem IBM PC oder am neuen Datensichtgerät IBM 3193 angezeigt. Mit einem IBM Seitendrucker können Sie den Sauerampfer von Ringelnatz in Ihrem Büro oder in der Zentrale wieder genauso ausgeben lassen, wie Sie ihn mit den neuen IBM Scannern erfaßt haben.





Lösung Nummer 3.
Grafische Darstellungen jeder Art sind per Scanner rasch erfaßt. Und auch handschriftliche Notizen sind ab sofort an keine feste Form mehr gebunden, um computerreif zu sein. Deshalb können Sie jetzt an diesen Dialogstationen zum Beispiel bequem Unterschriften vergleichen.

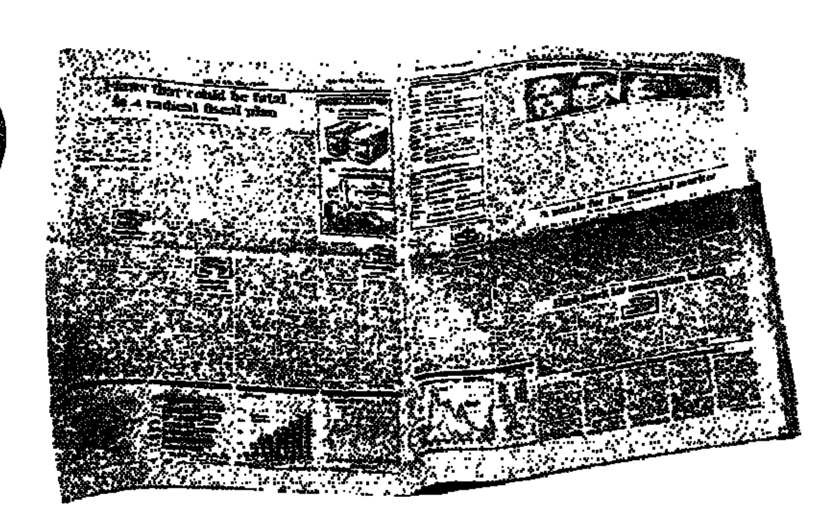


Lösung Nummer 4.
Den neuen Scannern können Sie ruhig auch Bilder vorlegen. Schließlich können Sie einfach alles zu digitalen Informationen umsetzen, was Ihnen auf den Tisch kommt: und zwar bis 240 x 240 Bildpunkten pro Quadratzoll.





Lösung Nummer 6.
Auch für Techniker und Wissenschaftler wird durch die IBM Bildverarbeitung das Leben etwas leichter. Sie brauchen die Scanner ja nur einzuschalten, und schon können sie ihre Konstruktionszeichnungen und Formeln am Arbeitsplatz erfassen und per Computer zur Zentrale oder an die Produktion weiterleiten.



Lösung Nummer 5.
Vor den neuen Scannern sind alle Vorlagen gleich. Daher können Sie Daten, Texte, Grafiken, Zahlentabellen und Fotos in Schwarzweiß auch gemeinsam erfassen, speichern, verteilen und ausdrucken lassen. Mit der IBM Bildverarbeitung für jedermann ergeben sich für Sie somit gute Voraussetzungen für die Herausgabe von illustrierten Hauszeitschriften.



Lösung Nummer 7.
Wie Sie sehen, gibt es keine Bilder, die für die Erfassung mit den neuen Scannern und der Anzeige am IBM PC und am Datensichtgerät IBM 3193 ein Rätsel wären. Sollte es Ihnen mit unserem Rebus hier ebenso ergehen, senden Sie doch Ihre Lösung an IBM Deutschland in 7000 Stuttgart 80, Pascalstraße 100, Stichwort: Bilderrätsel. Wir werden uns dafür postwendend mit einem schönen, historischen Bilderrätsel bedanken.

IBM

DB-Verluste steigen wieder

Einnahmeausfall durch weniger Transportaufkommen

dpa/VWD, **Bonn**

Die Deutsche Bundesbahn (DB) fährt wieder höhere Verluste ein. Nachdem das Defizit seit 1983 von 4,1 Mrd. auf zuletzt 2,9 Mrd. DM verringert werden konnte, wird es in diesem Jahr voraussichtlich wieder auf knapp drei Mrd. DM ansteigen. Wie bei der Verwaltungsratssitzung der DB am Freitag in Bonn bekannt wurde, muß für 1987 nach derzeitigem Stand mit einem Verlust von 3,28 Mrd. DM gerechnet werden.

In einer Mitteilung der DB-Hauptverwaltung heißt es, der Rückgang im Transportaufkommen – speziell bei Kohle, Eisen und Stahl – habe 1986 bisher zu einem Einnahmeausfall von 473 Mill. DM geführt. Darüber hinaus stünden die Transportpreise auf dem Güterverkehrsmarkt unter starkem Druck, weil die Konkurrenten Lkw und Binnenschiff wegen der stark gesunkenen Mineralölpreise zur Zeit erhebliche Kosten sparen.

Den verringerten Einnahmen standen allerdings Reduzierungen auf der Ausgabenseite gegenüber. So blieben die Ausgaben um 353 Mill. DM unter dem ursprünglichen Plan. Insgesamt rechnet die Bahn für 1986 mit Einnahmen von 27,45 Mrd. DM und Ausgaben von 30,44 Mrd. DM. Für das kommende Jahr sieht der Wirtschaftsplan Einnahmen von 27,61 und Aufwendungen von 30,89 Mrd. DM vor. Nachdem im laufenden Jahr die DB die Rekordsumme von mehr als sechs Mrd. DM in die Modernisierung und Verbesserung ihres Angebots investiert hatte, will sie 1987 ihre Investitionen auf 6,4 Mrd. DM erhöhen.

Der Verwaltungsrat billigte die von Bundesverkehrsminister Werner Dollinger vorgeschlagenen Änderungen über die künftige Zusammensetzung des DB-Vorstands. Für das aus Altersgründen ausscheidende Vorstandsmitglied für Personal und Soziales, Heinz Frieser, wird der bisherige stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Rudi Kobilke (60) in das Bahnmanagement einziehen. Neu berufen wurde auch der bisherige Leiter des Fachbereichs Steuerung und Planung, Lothar Dernbach (59).

Ausscheiden wird im Mai 1987 das bisher für Finanzen und Recht zuständige Vorstandsmitglied Hans-Joachim Groeben (58). Hemjö Klein (45), Hans Wiedemann (55) und Wilhelm Paellmann wurden dagegen vom Verwaltungsrat für weitere fünf Jahre bestätigt.

Stahlquoten: Bonn gegen weitere Lockerung

Vorläufiges Nein zum Vorschlag der EG wegen des Widerstands der „Großen"

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Probleme mit ihrem marktwirtschaftlichen Kredo bekommt die Bundesregierung vermutlich heute im EG-Ministerrat. Es geht um die weitere Auflockerung des Produktionsquotensystems in der Stahlindustrie, der Bonn zwar grundsätzlich zuneigt, wegen des vehementen Widerstands der meisten Erzeuger jedoch vorläufig nicht zustimmen will.

Die EG-Kommission hat vorgeschlagen, zum 1. Januar vier Gruppen von Stahlerzeugnissen (Walzdraht, Stabstahl, oberflächenveredelte Fläche und ein Teil der schweren Profile) von den seit 1980 geltenden Produktionsbeschränkungen zu befreien. Sie ist der Meinung, daß die Restrukturierung der Branche inzwischen so weit fortgeschritten ist, daß sich eine schrittweise Auflockerung des Krisenregimes nach Artikel 58 des EGKS-Vertrages anbietet.

Dem widersprechen vor allem die großen Stahlunternehmen. Sie verweisen auf das nach wie vor bestehende Produktionsüberangebot und auf die ungünstige Marktlage für ihre Erzeugnisse. Eine Freigabe der Produktion würde nach ihrer Meinung zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu einem weiteren Preisverfall führen und den Fortgang der Umstrukturierung gefährden.

Einen ersten Schritt zur Rückführung der Branche in die Marktwirtschaft hatten die EG-Regierungen Anfang dieses Jahres vollzogen. Damals wurden zwei Produktgruppen aus dem Quotensystem herausgelöst. Nach einem gleichzeitig gefaßten Beschluß soll das Quotenkartell bis 1988 ganz abgeschafft werden. Die Kommission will zuvor eine zweite Stufe einschalten.

Obwohl die im Verband Eurofer vereinigten Großunternehmen harten Widerstand anmeldeten, hielt die Brüsseler Behörde an ihrem Vorschlag fest. Sie mußte dies – wie der deutsche Vizepräsident Karl-Heinz Narjes betont – schon deshalb tun, weil nach dem Montanvertrag Produktionsbeschränkungen nur im Ausnahmefall einer „manifesten Krise" zulässig sind.

Narjes hält es für möglich, daß der Europäische Gerichtshof das Zwangsquotensystem aufhebt, falls er mit einer Klage befaßt wird. Eine Gruppe von kleineren Unternehmen hat bereits eine Beschwerde angekündigt. Die meisten Erzeuger schreiben nach den Ermittlungen der Kommission inzwischen wieder schwarze Zahlen. Preissenkungen seien durch um 15 bis 25 Prozent gesunkene Rohstoff- und Energiekosten mehr als ausgeglichen worden. Auch der von den Stahlkochern beklagte Importdruck beweise, daß die EG-internen Preise relativ hoch seien.

Bei der Vorbereitung der heutigen Ratssitzung zeigte sich freilich, daß die Kommission nur von Holland voll unterstützt wird. Einige Regierungen scheinen jedoch bereit zu sein, wenigstens eine oder zwei neue Produktgruppen dem innergemeinschaftlichen Wettbewerb auszusetzen. Bei den kleinen Produkten aus der Gruppe schwerer Profile sind auch die Dänen, Iren, Italiener, Briten und Portugiesen inzwischen auf die Linie der Kommission eingeschwenkt.

Auch bei anderen Erzeugnissen gibt es „Koalitionen", die freilich eher auf eine Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes hindeuten. Die Kommission braucht im Rat eine absolute Mehrheit. Außerdem müssen wenigstens zwei Staaten für einen Beschluß stimmen, die jeweils mindestens ein Neuntel der Stahlproduktion der EG stellen.

Die Bodenpreise explodieren

40,5 Prozent mehr für Bauland in der Tokioter City

FRED de LA TROBE, **Tokio**

Die Immobilienpreise in den japanischen Großstädten – besonders in Tokio – sind im Laufe des letzeten Jahres sprunghaft gestiegen. Das geht aus einer jetzt veröffentlichten Untersuchung der Nationalen Landagentur hervor, die vom Stichtag des 1. Juli ausgeht. Während die Bodenpreise in ganz Japan im letzten Jahr um durchschnittlich 2,7 Porzent anzogen, schnellten sie in der zwölf Millionen Einwohner zählenden Stadt Tokio bei kommerziellen Böden um 34,4 Prozent und in Wohngebieten um 18,8 Prozent empor.

In der City Tokios lagen sie sogar um 40,5 Prozent höher. Die Hauptursache dieser Entwicklung war neben einem starken Zustrom ausländischer Firmen in die japanische Metropole die hohe Liquidität am japanischen Geld- und Kapitalmarkt. Infolge der Niedrigzinspolitik der Regierung sowie der noch hohen Sparrate bei relativ niedriger Investitionstätigkeit flossen beträchtliche Summen auf den Immobilienmarkt.

Die Banken waren und sind bereit, Kredite für Bodenkäufe zu gewähren, denn sie verfügen derzeit über reichliche Liquidität und das Risiko bei diesen Geschäften gilt als gering. Schließlich können sich die Banken immer noch über die Hypotheken schadlos halten, falls sich der Anleger übernimmt, denn die die Immobilienpreise steigen ständig weiter. Der Nationalen Landagentur zufolge liegt der durchschnittliche Bodenpreis in Tokio bei umgerechnet 5784 DM für den Quadratmeter. Der höchste Immobilienpreis in der japanischen Hauptstadt ist der des Meijiya Buildings auf der zentralen Ginza, wo der Quadratmeter 340 000 DM kostet.

Mit den höheren Bodenpreisen sind auch die Mieten im letzten Jahr beträchtlich gestiegen. Laut einer der führenden Agenturen für Wohnungsvermittlung in Tokio muß ein ausländischer Geschäftsmann mit Frau und zwei Kindern für eine Wohnung mit 150 Meter Fläche und normalen westlichen Einrichtungen eine Monatsmiete von durchschnittlich 12 300 DM zahlen, sofern die Wohnung noch in günstiger Lage – unter 45 Minuten Fahrtzeit zum Büro und zur Schule – liegt.

Im Marunouchi-Bezirk, der City Tokios, liegt der durchschnittliche Monatsmietspreis für Büros bei 161 DM für den Quadratmeter. Die Nachfrage nach Büroraum in diesem Gebiet übersteigt gegenwärtig das Angebot um ein Drittel. Etwa 40 Prozent der auf den Wartelisten vermerkten prospektiven Mieter sind ausländische Firmen. Das überproportionale Steigen der Immobilienpreise in den Grosstädten und vor allem in Tokio behindert nach Ansicht zahlreicher japanischer Wirtschaftswissenschaftler eine ausgeglichene Gesamtentwicklung.

Die Regierung und Regionalverwaltungen haben bisher keine wirksamen Rezepte gegen die Verzerrungen gefunden. Die Konzentration von Kapital auf bestimmte Gebiete und der damit einhergehende Bauboom in diesen Gegenden überfordert meist die gegebene Infrastruktur. Den mittleren und kleineren Städten und Industriegebieten mit wachsender Erwerbslosigkeit werden dagegen die Investitionen vorenthalten, die sie dringend bräuchten.

Dabei leben die 120 Millionen Japaner ohnehin schon auf wesentlich engerem Raum als zum Beispiel die Deutschen. Und die wirtschaftliche Konzentration hat dazu geführt, daß fast jeder dritter Japaner in der Hauptstadt-Region lebt.

BDA: Wettbewerbsverzerrung

Beteiligung freier Architekten an staatlichen Planungen

ARNULF GOSCH, **Bonn**

Die von dieser Bundesregierung immer wieder propagierte Privatisierung und Entbürokratisierung ist an den freiberuflichen Architekten bisher weitgehend vorbeigegangen. Im Rahmen eines Forums im Deutschen Industrie- und Handelstag will der Bund Deutscher Architekten (BDA) daher morgen seine Forderung unterstreichen, Planungsleistungen von Bund, Ländern und Gemeinden auf freie Architekten und Stadtplaner zu übertragen. Derzeit werden immer noch rund zwei Drittel der staatlichen Bauvorhaben von der Bauverwaltung selbst geplant und durchgeführt.

Wie der BDA hierzu erklärt, halten sich Bund, Länder und Gemeinden bedauerlicherweise längst nicht mehr an den Grundsatz der Subsidiarität staatlichen Handelns. Über den Bereich klassischer Staatsaufgaben hinaus sei der Staat weit in Tätigkeitsbereiche vorgedrungen, die früher privaten Unternehmen oder Angehörigen der freien Berufe vorbehalten waren. Die Nachteile dieser Entwicklung seien überall fühlbar: Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten des freiberuflichen und gewerblichen Mittelstands, Anwachsen der Staatsausgabenquote, Beschränkung der finanziellen Spielräume und Investitionsmöglichkeiten öffentlicher Hände. Hinzu kämen Aufblähung des öffentlichen Dienstes, verstärkte Gesetz- und Verordnungstätigkeit des Staates, Bürokratisierung, Zerstörung von Selbstverantwortung der Bürger und damit Einengung ihrer Freiheiten.

Der BDA appelliert daher an alle politisch Verantwortlichen – auch und vor allem in den Ländern und Kommunen – Privatisierungsabsichten in die Tat umzusetzen. Sie sollten dafür sorgen, daß die öffentliche Hand zum Grundsatz der Subsidiarität staatlichen Handelns zurückkehrt und daß Planungsleistungen im Bereich des Bauwesens in der Stadtplanung im Regelfalle auf freiberufliche Architekten übertragen werden.

An der Veranstaltung am Dienstag in Bonn, die unter dem Motto „Muß der Staat sein eigener Architekt sein?" steht, nehmen führende Vertreter aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik teil. BDA-Bundesgeschäftsführer Steckeweh wird unter anderen den Präsidenten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Bernrath, BFB-Hauptgeschäftsführer Rollmann und Wirtschaftsstaatssekretär Grüner befragen.

Japan-Creditcards in Nordamerika

VWD, **Tokio**

Drei japanische Kreditkartenunternehmen werden noch im Oktober in den USA und Kanada Bargelddienstleistungen anbieten. Unter Verwendung automatischer Bargeldauszahlungssysteme soll das Projekt verwirklicht werden. Die JCB Co. wird sich des „Plus System" mit 8700 Anschlüssen bedienen, dem unter anderen die Bank of America und die Chase Manhattan Bank angeschlossen sind. Die Diamond Credit Co. und die Million Card Service Co. werden das 7000 Stellen zählende und von der Mastercard International Inc. betriebene „Master Teller"-Netz nutzen.

Nach Angaben der drei japanischen Unternehmen können Karteninhaber einen Höchstbetrag von 500 Dollar abheben. Als Gebühren werden drei Prozent des in Anspruch genommenen Betrags erhoben. JBC wird die monatliche Obergrenze der Bargeldabhebung für normale Karteninhaber auf 1000 Dollar und für die „Gold Card"-Kunden auf 2000 Dollar begrenzen.

Die drei Gesellschaften werden im kommenden Frühjahr auch in Europa einen ähnlichen Service anbieten, wenn die Systeme „Plus" und „Master Teller" dort angebunden sind.

„Going Public" nicht nur Mode

Christians: Eigenmittel der Unternehmen noch zu knapp

DW. **Bonn**

Im internationalen Vergleich führt die Aktie in der Bundesrepublik noch immer ein Schattendasein. Dies ist jedoch weniger auf einen Mangel an verfügbaren Anlagemitteln, als vielmehr auf das relativ geringe Interesse der breiten Bevölkerung zurückzuführen. Fortschritte sind erst in den letzten drei Jahren erzielt worden. Dies erklärte Wilhelm Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, vor dem Institut für Kreditwesen der Universität Münster.

Zwar seien – so der Banker – die zahlreichen Neuemissionen der letzten Zeit ausgelöst durch das gute Börsenklima, keineswegs aber handele es sich deshalb lediglich um eine Modeerscheinung. Vielmehr würden auch künftig zahlreiche Kandidaten der mittelständischen Familienunternehmen den Weg einer Publikumsgesellschaft einschlagen, ganz unabhängig von der jeweils gegebenen Situation an den Aktienmärkten. Einerseits regten nämlich die vielen gelungenen Beispiele der letzten Zeit zur Nachahmung an, andererseits werde damit die aus volkswirtschaftlicher Sicht immer noch viel zu kleine Eigenkapitaldecke deutscher Unternehmen vergrößert.

Nach Überzeugung von Christians bietet sich die Aktie den Unternehmen als optimales Instrument zur Beschaffung von Risikokapital. Darüber hinaus sei die Aktiengesellschaft als Rechtsform in vielen Fällen besonders gut geeignet, um Nachfolge- und Managementprobleme bei Familienunternehmen zu lösen.

Für Einsparungen im Agrarbereich

Unabhängige Expertengruppe schlägt ein Aufspalten des Gemeinschaftshaushalts vor

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Weitreichende Überlegungen über eine Reform der EG-Finanzen hat eine unabhängige Expertengruppe im Auftrag des Brüsseler Budgetkommissars Henning Christophersen angestellt. Sie kommt in ihrer Studie zu dem Schluß, daß die Gemeinschaft nur dann weitere Integrationschancen besitzt, wenn es ihr gelingt, die seit Jahren immer mehr ausufernden Agrarausgaben fest in den Griff zu bekommen.

Der vom Centre for European Policy Studies (Ceps) veröffentlichte Bericht tritt dafür ein, den Gemeinschaftshaushalt künftig in zwei unterschiedlich finanzierte Teile aufzuspalten, die jeweils mit dem ihnen zugewiesenen Geld auskommen müssen. Nur dadurch wäre es nach Meinung der Autoren, darunter auch dem Frankfurter Professor Bernd Spahn, möglich, ausreichende Mittel für die Finanzierung neuer Politiken bereitzustellen und zugleich den Widerstand der Mitgliedstaaten auszuräumen, die bisher einer Aufstockung der EG-Einnahmen wegen der einseitigen „Agrarlastigkeit" der Ausgaben hartnäckig widersprechen.

Gegenwärtig ist der EG-Haushalt nicht nur durch den unverhältnismäßig hohen Anteil der Agrarausgaben, die bei etwa 70 Prozent liegen, gekennzeichnet, sondern auch dadurch, daß die Höhe dieser Ausgaben zum Großteil von Faktoren bestimmt wird, auf die die Europäische Gemeinschaft nur einen begrenzten Einfluß hat (zum Beispiel durch die Entwicklung des Dollarkurses und der Weltmarktpreise).

Die Agrarausgaben beruhen auf gesetzlichen Verpflichtungen, können also nur durch Preissenkungen oder Änderungen der Marktordnungen begrenzt werden, was oft auf unüberwindbare politische Hindernisse innerhalb der EG stößt. Die Folge ist eine immer schwierigere Ausgabenkontrolle und eine ungerechte Verteilung von Lasten und Nutzen in der Gemeinschaft.

Die Vorschläge der Ceps-Studie zielen darauf ab, bei den Preisbeschlüssen des Agrarministerrates stärker als bisher die damit verbundenen budgetären Konsequenzen deutlich zu machen. Da eine Überschreitung der für den Agrarfonds bewilligten Mittel nicht durch Rückgriffe auf andere Einnahmen ausgeglichen werden könnte, blieben nur Einsparungen innerhalb des Agrarbudgets (etwa durch automatische Preis- oder Quotenkürzungen oder eine Erzeugerabgabe) übrig.

Eine gewisse Aussonderung des Agrarteils aus dem Gesamtbudget würde auch das Problem der Lastenverteilung in der EG lösen. Diesen Vorschlag unterbreiten die Autoren des Ceps-Berichts. Während bei den übrigen Ausgaben ein Ressourcentransfer zugunsten der ärmeren Mitgliedsländer durchaus sinnvoll sei, biete sich für die Agrarpolitik grundsätzlich ein System an, das ein gewisses Gleichgewicht von Zahlungen und Rückflüssen („juste retour") sicherstelle.

Wochenschlußkurse

New York

	17.10.	10.10.
Adv. Micro Dev.	14,25	14,125
Aetna Life	57,25	56,75
Alcan Aluminium	31,5	30,75
Alcoa	35,5	36,375
Allied Signal	40,875	41
AMR Corp.	59	59,125
Amax	13,375	14,25
Am. Cyanamid	76,625	74,625
Am. Express	58,5	57,125
Am. Motors	3,125	3
Am. Tel. & Telegr.	24,125	23,375
Amoco Corp.	64,25	64,875
Asarco	14,875	14,625
Atlantic Richfield	55,625	58,25
Avon Products	33,25	34
Bally	17	16,125
Bk. of America	14,125	14,875
Bethlehem Steel	7,375	7,125
Black & Decker	17,625	16,75
Boeing	54,125	52,875
Brunswick	29,375	27,75
Burroughs	70	70
Caterpillar	37,375	37,875
CBS	126,875	127,25
Celanese	208,5	206,5
Chase Manhattan	35,625	36,75
Chrysler	37,125	36,75
Citicorp	48	48,25
Clorox	50,25	48
Coca-Cola	38,375	35,875
Colgate	38,5	38,25
Commodore	8,5	7,75
Comwth. Edison	32,125	31,625
Comm. Satellite	29,875	30,25
Control Data	24,875	25
CPC Int.	71	67,25
Curtiss Wright	53,25	51,75
Deere	23,25	24,5
Delta Airlines	47,875	47,625
Digital Equipm.	95,25	90,875
Dow Chemical	53,875	54,125
Du Pont	81,75	80,625
Eastern Gas-Fuel	29	28,375
Eastman Kodak	56,5	56
Enron	44,375	46,75
Exxon	68,25	66,5
Firestone	26,375	25
Fluor	13,375	13,25
Ford	55,375	53,875
Foster Wheeler	11,5	11,5
Fruehauf	43,75	43,375
GAF Corp.	35,5	34,5
General Dynamics	73,5	73,5
General Electric	76,75	73,875
General Instr.	19,625	19
General Motors	66,75	67,125
Gen. T. & E.	57,5	54,875
Global Nat. Res.	5	5
Goodrich	42,75	41
Goodyeartire	41,875	36,5
Grace	49,75	51,75
Halliburton	21,625	22,25
Heinz	42,375	41
Hewlett Packard	37,625	37,75
Homestake	26,875	28,375
Honeywell	69,875	67,5
IBM	122,125	123,875
Int. Tel. & Tel.	52	51,5
Int. Paper	71,125	67,125
Jim Walter	44,875	45
Litton Industries	75,375	75,625
Lockheed Corp.	44,875	43,375
Loew's Corp.	65,75	63,875
Lone Star	30	30
Louisiana Land	27,75	28,25
LTV Corp.	2	2,125
McDermott A	22,375	21,375
McDonnell Doug.	79,25	83,625
Merck & Co.	109,25	102,25
Merrill Lynch	38,375	38,125
Mesa Petroleum	3,5	3,5
Minnesota M.	107,5	102,25
Mobil Oil	37,875	38,125
Monsanto	69,625	68,75
Morgan J.P.	83,5	84,25
Nat. Semiconductor	9,375	9,5
Navistar Int. Corp.	6,875	7,25
NCR	44,75	45,375
Newmont	60,625	61,375
Owens Ill.	40,125	39,875
PanAm World	5,75	5,75
Pfizer	60,125	57,375
Philip Morris	72	70,125
Phillips Petroleum	10,625	10,625
Pittston	11,625	11,75
Polaroid	69,875	67,5
Prime Computer	17,5	17,5
Procter & Gamble	73,75	71,125
Revlon	13,5	14,125
Reynolds Ind.	50,875	50,625
Rockwell Int.	39,75	38,625
Rorer Group	43,375	46,5
Salomon	40,375	39
Schlumberger	32,625	33,125
Sears, Roebuck	42,875	41,375
Singer	50,75	51,75
Stand. Oil Calif.	44,375	43,625
Storage Techn.	2,25	2,25
Tandy	35	33
Teledyne	310,125	312,5
Telex Corp.	57,75	57,125
Tesoro	9,75	8,75
Texaco	35	34,5
Texas Instrum.	109,875	112,25
Tosco	2,625	2,75
Trans World Corp.	32,375	30,75
Transamerica	35,625	34,375
Travellers	45,25	44,25
Turner Broadcast.	17,875	17,125
UAL	58	57,125
Unocal Corp.	24,625	23,125
Union Carbide	20,875	20,875
Union Oil of Calif.	23,375	24
US Gypsum	37,875	40
USX Corp.	26	27,25
United Technologies	42,25	41,625
Walt Disney	42,25	40,875
Warner Comm.	23,375	23,625
Westinghouse El.	56,125	55,375
Weyerhaeuser	37,75	35,625
Whittaker	30,125	31,125
Woolworth	43,5	41,75
Wrigley	46	43,25
Xerox	54,875	53,75
Zenith Radio	19,625	20,625
Dow Jones Index	1837,04	1793,17
Stand. & Poor's	238,84	235,48

Toronto

	17.10.	10.10.
Abitibi-Price	25,5	25,5
Alcan Alu.	43,75	42,625
Bk. of Montreal	34,5	34,125
Bk. of Nova Scotia	16,375	16,125
Bell Cda Enterprises	36,625	36,75
Bluesky Oil	2,85	2,85
Bow Valley Ind.	11,375	11,5
Brenda Mines	–	–
Brunswick M & Sm.	13,5	13,5
Cdn. Imperial Bk.	19,375	19,375
Cdn. Pacific Ltd.	15,875	16,5
Cominco	13,375	13,625
Coseka Res.	0,85	0,92
Denison Mines	5,875	6,5
Dome Petroleum	1,15	1,2
Domtar	32,875	34,125
Falconbridge Ltd.	18,125	18,25
Great Lakes Forest	28,5	27
Gulf Canada	14,125	14,125
Gulfstream Res.	0,43	0,43
Hiram Walker Res.	34,625	38
Hudson Bay Mng. Sp.	6,5	6,5
Husky Oil	9,25	9,375
Imperial Oil -A-	45,25	45,875
Inco	18,125	18,875
Inter City Gas Ltd.	15,125	15
Interprov. Pipeline	40,75	41,125
Kerr Addison	16,375	16
Lac Minerals	24,75	26,125
Moore Corp.	28,75	28,25
Noranda Mines	19,75	19,75
Norcen Energy Res.	14,25	14,75
Northgate Expl.	6,625	7
Northern Telecom.	40,125	39,75
Nova An Alberta 'A'	6,125	5,875
Nu West Group	0,33	0,37
Oakwood Petrol	2,5	–
Placer Development	29,625	31,875
Provigo Inc.	17,75	17,375
Ranger Oil	6,125	5,625
Revenue Properties	3,1	–
Rio Algom	22,25	22
Royal Bk. of Can.	34,5	34
Seagram	84,375	83,75
Shell Canada	22,5	23,5
Sherritt Gordon	6,375	6,75
Stelco -A-	23,25	21,5
TransCdn. PipeLines	17	17,5
Varity Corp.	2,78	2,66
Westcoast Transm.	13,625	15,25
Index: TSE 300	3040,20	3034,00

Tokio

	17.10.	9.10.
Alps	1960	1950
Bank of Tokyo	870	875
Banyu Pharma	902	950
Bridgestone Tire	650	668
Canon	1050	1030
Daikin Kogyo	634	640
Daiwa House	1520	1640
Daiwa Sec.	1650	1990
Eisai	1550	1580
Fuji Bank	1680	1670
Fuji Photo	3180	3120
Fuji Radio	2590	2580
Hitachi	1040	1130
Honda	1260	1340
Nagai Iron	280	286
Isetan	1030	1100
Ito Yokado	4000	4050
Japan Air	9200	8970
Japan Met.	310	326
Japan Syn. Rubber	345	350
Jujo Paper	380	405
Kajima	1100	1330
Kansai Elec.P.	3380	-
Kao Soap	1470	1580
Kawasaki H	176	195
Kawasaki S	190	230
Kirin Brewery	1330	1370
Komatsu	468	509
Kubota Iron	364	395
Kyocera	4030	3939
Makita El.	1170	1150
Marui	2490	2660
Matsushita El. Ind.	1690	1800
Matsushita El. Wks.	1490	1630
Minolta Camera	685	695
Mitsubishi Corp.	1090	1290
Mitsubishi El.	437	538
Mitsubishi Estate	2200	2520
Mitsubishi Heavy I.	477	568
Mitsui Co. Ltd	555	625
Mitsukoshi	1090	1080
Mitsumi El	1280	1210
Nikon Camera	590	625
Nikko Sec.	1430	1710
Nippon Kokan	239	302
Nippon Oil	1180	1160
Nippon St.	181	201
Nippon Yusen	412	452
Nissan Motor	545	550
Nomura Sec.	2830	3430
Olympus	1020	1030
Penta-Ocean	641	701
Pioneer	2200	2190
Renown	770	769
Ricoh	915	893
Sankyo	1170	1260
Seiyu Stores	1040	1060
Sekisui Pref.	1440	1570
Sharp	945	952
Shiseido	1850	1990
Sony	3150	3100
Sumitomo Bank	1920	2060
Taisei Corp.	794	970
Taisho Marine	835	926
Takeda Chem.	1960	2130
Teijin	703	679
Tokyo Elec.	1190	1100
Tokyo Gas	1000	1170
Tokio Marine	1540	1730
Tokyo El. Power	7600	8820
Toray Ind.	590	627
Toshiba Elec.	638	757
Toto	1730	1960
Toyo Kogyo	366	375
Toyota Motor	1920	1970
Yamaichi	1400	1710
Yamanouchi	3050	2960
Yamaha	605	630
Yamazaki	1340	1320
Index	1405,34	1469,61

Betriebsverlegung angedroht

Transportfirmen fordern Harmonisierung des Marktes

WERNER NEITZEL, **Sindelfingen**

Falls die von der EG für das Jahr 1992 ins Auge gefaßte Liberalisierung des europäischen Verkehrsmarktes ohne eine entsprechende Harmonisierung bei den Ausgangsbedingungen über die Bühne gehen sollte, bliebe den deutschen Transportunternehmern nur die Alternative einer verstärkten „Ausflaggung" ihres Fuhrparks zur Sicherung der Existenz. Auf diese Zwangslage verwies Klemens Weber, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Güterfernverkehrs (BDF) auf der Jahreshauptversammlung des Verbandes in Sindelfingen. Unter „Ausflaggen" sei zu verstehen, daß Teile des Betriebs ins Ausland verlegt würden.

Hintergrund ist die Wettbewerbsverzerrung, die sich in steigenden Marktanteilen der ausländischen Konkurrenz ausdrückt. Während die deutschen Güterfernverkehrsunternehmen im vergangenen Jahr im Auslandsverkehr ein Plus von 1,6 Mill. Tonnen einfuhren, kam die Auslandskonkurrenz auf einen Zuwachs von 3,7 Mill. Tonnen.

Ein weiteres Vordringen auf den inländischen Transportmarkt sei zu befürchten, „wenn nicht endlich die zusätzliche Marktöffnung von konkreten Harmonisierungsschritten begleitet wird", eine Konsequenz, die sich aus der im Juni dieses Jahres beschlossenen Erhöhung der EG-Gemeinschaftskontingente um jährlich 40 Prozent ergebe. Die wichtigsten Bereiche für einen Harmonisierungsbedarf sieht der Verband in der Angleichung der Fiskalbelastungen, der Sozialvorschriften, der technischen Vorschriften und im Abbau staatlicher Subventionen für ausländische Transportunternehmer.

Beitragswachstum schwächer

Versicherer erwarten höhere Kosten im Rechtsschutz

Py. **Frankfurt**

Die Sparten des Verbandes der Autoversicherer (Allgemeine Haftpflicht, Unfall, Kraftfahrt, Rechtsschutz und Schutzbrief) werden 1986 nur ein schmales Beitragswachstum aufweisen. Anläßlich der Mitgliederversammlung des HUK-Verbands in Frankfurt verwies der scheidende Verbandvorsitzende Heinz Sievers auf die fast unverändert gebliebene Prämie in der Autoversicherung, die mit einem Plus von rund 3 (9,9) Prozent auf etwa 21 Mrd. DM den größten Teil des auf 33,5 Mrd. DM (plus 3 Prozent) gestiegenen Gesamtprämienaufkommens im HUK-Bereich ausmacht. Ein immer größerer Kreis von Nutznießern der Rabatte in den oberen Schadenfreiheitsklassen sei ausschlaggebend für das geringe Wachstum. Die Kfz-Haftpflichtprämien dürften 1986 wieder gut 14 Mrd. DM erreichen.

Für das laufende Jahr erwartet Sievers ferner einen deutlichen Verlust in der Kfz-Teilversicherung und in der Vollkasko. In der Allgemeinen *Haftpflichtversicherung verlangsamt* sich der Anstieg der Schadenmeldungen, dagegen steigen die Aufwendungen in allen Bereichen überproportional an. Das Prämienaufkommen dürfte 1986 um 6 (4) Prozent auf etwa 5,3 Mrd. DM wachsen. Schließlich ist auch in der Unfallversicherung mit zunehmenden Belastungen zu rechnen. Das Beitragsvolumen steigt hier 1986 um 7 (7,6) Prozent auf rund 4,7 Mrd. DM.

In der Rechtsschutzsparte sorgen sich die Versicherer um die Auswirkungen des im Bundestag erörterten Kostenrechtsänderungsgesetzes, das Gebührenerhöhungen bei Gerichten und Anwälten von teilweise über 30 Prozent vorsieht. Dies werde zwangsläufig zu Beitragserhöhungen führen. Das Prämienvolumen dürfte 1986 knapp 2,5 Mrd. DM erreichen.

Mehr deutsche Investitionen notwendig

Die EG will die Bedingungen für das Engagement in den Asean-Staaten verbessern

Von LUTZ G. STAVENHAGEN

Heute und morgen werden die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft und der Asean-Staatengemeinschaft in Jakarta zum sechsten Mal zu einem umfassenden politischen und wirtschaftlichen Meinungsaustausch zusammentreffen. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen politische Themen, wie die regionalen Konflikte in Kambodscha und Afghanistan, das Flüchtlingsproblem in Südostasien, aber auch die Ost-West-Beziehungen, Südafrika und die Situation im Nahen Osten. Von besonderem aktuellen Interesse dürften die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Regionen bei der Drogenbekämpfung sein.

Auf wirtschaftlichem Gebiet, das seit Unterzeichnung des Kooperationsabkommens EG–Asean 1980 ständig an Bedeutung gewonnen hat, sollen Stand und Chancen europäischer Investitionen in der Asean-Region das Schwerpunktthema sein.

Die Zusammenarbeit zwischen EG und Asean kann heute in vielem als beispielhaft für die Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bezeichnet werden. Dies bedeutet *natürlich nicht*, daß die Zusammenarbeit in einzelnen Bereichen nicht noch weiter ausgebaut werden könnte. Insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht sind manche Erwartungen der Asean-Staaten bisher nicht in Erfüllung gegangen.

Japan ist Vorreiter

So konnte zwar der Handelsaustausch erheblich verstärkt werden *(zwischen 1980 und 1984 stieg das* Handelsvolumen um circa 60 Prozent auf 19,5 Mrd. Ecu), aber vor allem die europäische Investitionstätigkeit in der Region blieb bisher unbefriedigend.

Die Wirtschaftsminister der EG und Aseans haben sich deshalb mit diesem Problem bei ihrem Treffen im Oktober 1985 befaßt und beschlossen, eine hochrangige Arbeitsgruppe zu beauftragen, den Stand und die Möglichkeiten europäischer Investitionen in den Asean-Staaten zu untersuchen. Dieser Arbeitsgruppe gehörten neben Regierungsvertretern aus den Asean-*Staaten und Vertretern der EG-Kom*mission auch Repräsentanten der europäischen Industrie und Banken an. Die Arbeitsgruppe hat inzwischen einen Bericht erstellt, der von den Außenministern in Jakarta erörtert werden wird.

Der Bericht zeigt auf, daß das wirtschaftliche Engagement der EG-Staaten vor allem hinter dem der beiden wichtigsten Investoren in der Region, Japan und den USA erheblich zurückbleibt. Unter den EG-Staaten treten überhaupt nur Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland mit nennenswerten Investitionen in Erscheinung. Dabei waren die britischen Investitionen Ende 1984 mit 2,2 Mrd. US-Dollar immerhin beinahe *viermal so hoch wie die vergleichba*ren deutschen Investitionen in Höhe von 600 Mill. US-Dollar. Gleichzeitig betrugen jedoch die japanischen Investitionen 10,6 Mrd. US-Dollar und die amerikanischen 9,9 Mrd. US-Dollar. Das Bild wird günstiger, wenn man einzelne Asean-Staaten betrachtet. So ist die EG sowohl in Singapur als auch in Malaysia wichtigster Investor noch vor den USA und Japan. Dafür ist sie aber auf den Philippinen und Indonesien fast überhaupt nicht vertreten.

Welches sind nun die Gründe für das fehlende europäische Engagement? Der Bericht der Arbeitsgruppe nennt hier die unzureichende wirtschaftliche Integration Aseans und *bürokratische Hindernisse in den ein*zelnen Staaten. Diese Hemmnisse gelten jedoch auch für Investoren aus den USA und Japan. Was in Europa häufig fehlt sind Informationen und Ansprechpartner in der Region. Die hochrangige Arbeitsgruppe schlägt deshalb vor, daß Informations- und Dienstleistungsangebot auszubauen.

Zu diesem Zweck sollen unter anderem gemischte Investitionsausschüsse in den Asean-Staaten eingerichtet werden, in denen neben Angehörigen der nationalen Verwaltungen und der Botschaften auch die Repräsentanten der europäischen Indu*strien vor Ort vertreten sein sollen.* Weiter ist eine verstärkte Ausbildung von Fach- und Führungskräften der Asean-Staaten in Europa vorgesehen. Die Bundesregierung unterstützt diese Vorschläge und wird sich in Jakarta für deren rasche Durchführung einsetzen.

Großer Nachholbedarf

Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen allein wird aber noch nicht zu mehr Investitionen führen, wenn wir nicht gleichzeitig die europäischen Industrien mobilisieren können. Leider scheint es so, daß die deutsche Industrie in der Vergangenheit die Bedeutung der Asean-Region *geringer eingeschätzt hat, als dies in* Japan und den USA der Fall war.

Das ist sehr bedauerlich, denn auch nach Auffassung der Bundesregierung bilden die Asean-Staaten eine der wirtschaftlich dynamischsten und vielversprechendsten Regionen der Welt. Die deutsche Industrie sollte hier nicht den Anschluß verlieren.

Eine Zusammenarbeit ist in vielen Bereichen möglich. Schon jetzt gibt es in den Asean-Staaten vielseitige Industrien bis hin zum Hochtechnologiebereich, die eine Kooperation für beide Seiten lohnend erscheinen lassen. Ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, dessen Wirtschaft zu einem großen Teil vom Handel und der internationalen Zusammenarbeit abhängt, kann es sich nicht leisten, eine so wichtige Region zu vernachlässigen. Wir müssen uns bewußt sein, daß wir langfristig auch unsere Märkte in der Region verlieren werden, wenn wir *heute* dort nicht investieren.

Der Autor ist Staatsminister im Auswärtigen Amt.

Bankkunden zahlen zuviel Zinsen

Tilgungsklausel bei Krediten gegen Treu und Glauben

H. Wl. **Bonn**

Die Erbringung einer geschuldeten Leistung führt zum Erlöschen des Schuldverhältnisses. So steht es im Bürgerlichen Gesetzbuch. Und nach der im Gesetz über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen geregelten Überraschungsklausel hilft es auch nicht, daß im „Kleingedruckten" der meisten Darlehensverträge dieser Grundsatz vernachlässigt wird.

Nach einem hierzu ergangenen Urteil (Az 26 O 251/86) hat das Landgericht Stuttgart jetzt entschieden, daß der Passus in den AGB des Kreditgewerbes nichtig ist, wonach die in der Jahresleistung enthaltenen Zinsen jeweils nach dem Stand des Kapitals am Schluß des vergangenen Tilgungsjahres berechnet werden, auch wenn bereits im ersten Jahr getilgt wurde.

Durch diesen Passus erhält nämlich der Darlehensgeber nicht nur zinslose Gelder von seinem Kunden, vielmehr muß der Kreditnehmer auch eine zu hohe Restschuld verzinsen. Denn obwohl seine Schuld durch Tilgungen auch schon im ersten Jahr stetig abnimmt, werden seine Zinsen das ganze Jahr über auf den vollen Kreditbetrag berechnet. Davon sind einige Millionen Kreditnehmer betroffen. Die Richter bestimmten deshalb, daß die Zinsen auf den Tilgunsstand zu berechnen seien, der sich aus der sofortigen Verrechnung der Tilgungsraten ergibt.

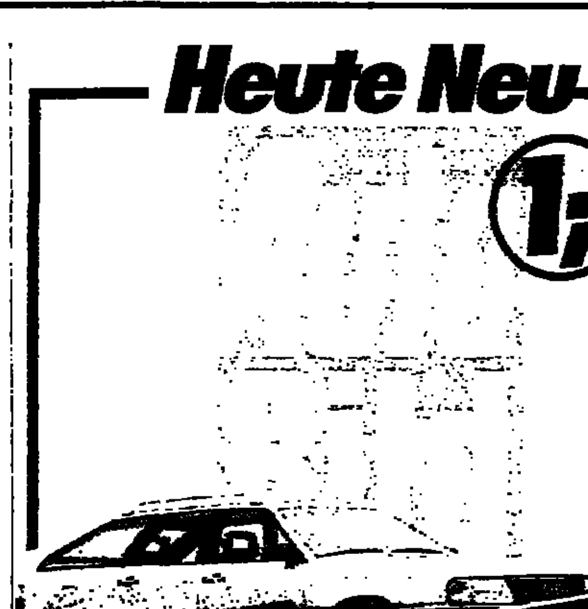
Auch wenn der Verband der deutschen Hypothekenbanken beschlossen hat, die Klausel zu streichen, kann bis zur Rechtskräftigkeit des Urteils noch einige Zeit vergehen. Stuttgart war nur die erste Instanz.

Der Zinsanstieg hält an

Belastungsprobe für Rentenmarkt steht noch bevor

Das Klima am Rentenmarkt hat sich weiter verschlechtert. Der Zinsanstieg während der letzten Woche bringt das nur unvollkommen zum Ausdruck. Denn der Markt ist derzeit keinen sonderlich starken Belastungen ausgesetzt. Der Verkauf von Bundesanleihen durch ausländische Notenbanken, die sich auf diese Art und Weise Mittel beschaffen, um den Anstieg der Mark gegenüber ihren eigenen Währungen oder gegenüber dem Dollar zu bremsen, ist allerdings mehr als nur ein Warnsignal. Weitere Abgaben aus dem Ausland können folgen. Eine wirkliche Belastungsprobe steht dem Markt erst bevor, wenn die derzeit flaue Emissionstätigkeit wieder einen normalen Umfang annimmt. (cd.)

Emissionen	17.10. 86	10.10. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,55	5,48	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	5,96	5,89	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,66	5,47	5,89	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	6,02	5,97	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,68	5,61	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,29	5,21	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,35	6,28	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,68	5,60	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,53	6,45	6,82	7,29	8,08





FUSSBALL-BUNDESLIGA / Meister aus München tat sich beim Aufsteiger in Berlin sehr schwer – WELT-Interview mit Uli Hoeneß

Bundestag: Keine Profis zu Olympia

sid/dpa, Bremen

Die Konfrontation ist da. Beim 32. ordentlichen Bundestag des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) in Bremen kündigte der neue Liga-Ausschußvorsitzende Gerhard Mayer-Vorfelder zwar keine Revolution an, doch machte der Präsident des VfB Stuttgart deutlich, daß er die Interessen der Bundesliga-Vereine stärker als bisher und mit einem neuen Selbstverständnis gegenüber der DFB-Führung wahrnehmen wird.

Erste Konsequenz: Die 18 Erstliga-Klubs werden keine Lizenzspieler für die Olympia-Auswahl abstellen. Der neue DFB-Trainer Hannes Löhr, extra für die Olympia-Auswahl engagiert, zeigte sich sichtlich enttäuscht: „Das ist ein Rückschlag in meinen Bemühungen, eine schlagkräftige Mannschaft zu finden." Die Antwort von Hermann Neuberger, seit 1975 im Amt des DFB-Präsidenten und in Bremen bei einer Gegenstimme bis 1989 wiedergewählt: „Das erste Testspiel am 28. Oktober in Essen wird eine B-Mannschaft austragen, nicht eine Olympia-Auswahl."

Nach der Spielordnung müssen Vereine auch Profis für eine B-Mannschaft abstellen. Wie hart der DFB reagierte, wenn ein Verein sich weigert, einen Spieler abzustellen, mußte Eintracht Frankfurt im Fall Möller feststellen. Weil der Klub den Spieler nicht für die „U 19"-Europameisterschaft abstellte, sperrte der DFB Möller für die Dauer der Europameisterschaft für alle Pflichtspiele.

Unter der erneut unangefochtenen Regie von Hermann Neuberger stellten die 158 Delegierten des Bundestages im Amateur- und Damen-Bereich wichtige Weichen. Der Vertragsamateur löst den Amateur alter Art ab. Die Vereine können jetzt ihren Spielern Gelder in unbegrenzter Höhe zahlen, wenn sie dies der Finanzbehörde anzeigen. Im Damen-Fußball ist eine zweigeteilte Bundesliga ab 1987/88 möglich, nachdem die entsprechende Ausschreibung genehmigt wurde. Die zweite Bundesliga wird künftig nicht mehr den Regionalverbänden, sondern dem DFB direkt unterstellt. Diese Grundsatzanträge wurden ohne Gegenstimmen angenommen. Die Frage nach einem Bundesliga- oder Nationalmannschafts-Manager will Neuberger intern regeln.

Die Wahl von Jürgen Werner (Hamburg) zum neuen Spielausschuß-Vorsitzenden war auch für Neuberger die große Überraschung der Tagung in Bremen. Sie paßt aber in das Bild seiner achtzigminütigen Rede. Darin forderte Neuberger verstärkt die Eingliederung ehemaliger Aktiver in den Funktionärsapparat des Verbandes. Jürgen Werner, früher Spieler des Hamburger SV und heute Oberstudiendirektor in Hamburg, trat die Nachfolge von Walter Baresel an.

Fazit des DFB-Präsidenten: „Bremen hat alles gehalten, was intern abgestimmt war. Die Rechte der Bundesliga wurden deutlich erweitert. Das zeigt sich an der größeren Zahl ihrer Vertreter im Vorstand. Der mitgliederstärkste Verband der Welt ist auf dem richtigen Weg, aber man darf den Bogen nicht überspannen."

11. Spieltag in der Statistik: Klaus Allofs erzielt drei Tore

							Heim		Auswärts	
1. München	11	6	5	0	22:10	17:5	14:6	9:1	8:4	8:4
2. Leverkusen	11	7	1	3	25:10	15:7	18:3	12:0	7:7	3:7
3. Hamburg	11	6	3	2	20:10	15:7	12:2	10:0	8:8	5:7
4. Bremen	11	6	3	2	21:17	15:7	11:6	8:2	10:11	7:5
5. Stuttgart	11	4	5	2	20:11	13:9	14:3	9:3	6:8	4:6
6. K'lautern	11	4	5	2	18:12	13:9	10:5	8:2	8:7	5:7
7. Uerdingen	11	4	4	3	16:14	12:10	11:9	8:4	5:5	4:6
8. Bochum	11	3	6	2	15:14	12:10	9:4	8:2	6:10	4:8
9. Schalke	11	5	2	4	21:22	12:10	13:8	9:3	8:14	3:7
10. Dortmund	11	4	3	4	25:15	11:11	17:5	8:4	8:10	3:7
11. Frankfurt	11	2	6	3	13:13	10:12	10:4	7:3	3:9	3:9
12. Köln	11	4	2	5	16:17	10:12	6:4	6:4	10:13	4:8
13. Mannheim	11	3	4	4	16:19	10:12	10:6	9:3	6:13	1:9
14. M'gladbach	11	2	5	4	16:17	9:13	9:7	5:5	7:10	4:8
15. Nürnberg	11	1	5	5	14:21	7:15	8:8	5:5	6:13	2:10
16. Homburg	11	2	2	7	8:24	6:16	7:6	6:6	1:18	0:10
17. Berlin	11	1	4	6	11:29	6:16	8:13	5:7	3:16	1:9
18. Düsseldorf	11	2	1	8	11:33	5:17	9:13	5:7	2:20	0:10

● Mit nur 191 950 Zuschauern meldeten die 18 Vereine der Fußball-Bundesliga am 11. Spieltag den bislang zweitschlechtesten Besuch der Saison. Nur in Berlin, wo 43 710 Zuschauer im Olympiastadion das 1:1 von Blau-Weiß 90 gegen den deutschen Meister Bayern München sahen, und in Dortmund, wo am Freitag 26 740 Besucher beim 2:2 gegen den 1. FC Nürnberg gezählt wurden, gab es zufriedene Mienen der Kassierer. Den mit Abstand schwächsten Zuspruch mit 8000 Zuschauern verzeichnete Homburg bei seiner 0:1-Niederlage gegen den Meisterschafts-Zweiten Werder Bremen.

● Nur Bayer Leverkusen konnte gegen Frankfurt sein Heimspiel gewinnen, allein sechs Spiele endeten unentschieden. Obwohl dabei nur 19 Tore fielen, gab es in der Torschützenliste einige Veränderungen. Herbert Waas und Frank Mill trafen je zweimal und führen das Klassement mit je acht Toren an. Wolfram Wuttke liegt nach seinem Elfmetertor gemeinsam mit Karl-Heinz Bührer mit sieben Toren auf Rang drei. Dahinter folgt Thomas von Heesen. Nachdem er zehn Spieltage lang leer ausgegangen war, gelangen dem Kölner Klaus Allofs ausgerechnet gegen seinen alten Verein Düsseldorf gleich drei Treffer.

Mal wieder Jagdszenen in der Provinz: Homburgs Spieler fühlten sich vom Schiedsrichter betrogen

BERND WEBER, Homburg

Das mit einem Aufwand von fast fünf Millionen Mark ausgebaute Waldstadion am Rande der 45 000 Einwohnerstadt Homburg ist zwar nach wie vor der kleinsten (Fassungsvermögen 25 000 Zuschauer) aber sicherlich eine der schönsten Bundesliga-Arenen. Von der Tribüne und von den Rängen aus läßt sich die Natur in vollen Zügen genießen. Herrliche Wälder umsäumen das Stadion, daher kommt auch der Name. Fußball in Homburg – das vermittelt vom Ansatz her mehr als nur ein Hauch heiterer,ruhiger Urlaubsstimmung.

Indes, es scheint als würde die würzige Waldluft in Deutschlands kleinster Bundesligastadt die Gemüter besonders in Wallung bringen. Vor 14 Tagen, als der 1. FC Kaiserslautern dort gastierte und wenige Minuten vor dem Abpfiff den umstrittenen 1:1-Ausgleichstreffer hinnehmen mußte, hing die Fortsetzung der Begegnung am seidenen Faden. Erst flippten die Lauter aus, schließlich ließen Freund und Feind die Fäuste fliegen. Selbst ein an sich so besonnener Mann wie Homburgs Geschäftsführer Gerd Schwickert mischte im allgemeinen Getümmel kräftig mit.

Am Samstag, beim 0:1 gegen Werder Bremen, veranstalteten die Spieler des saarländischen Bundesliga-Neulings, angefeuert von 10 000 fanatischen Besuchern, fernsehdekorative Jagdszenen auf Schiedsrichter Assenmacher aus Fischenich. Die gesamte Homburger Mannschaft tobte eine Minute vor dem Seitenwechsel um den verschreckten Mann in Schwarz herum, und der hatte große Mühe, eine Entscheidung durchzusetzen, die er Sekunden vorher getroffen hatte: Foulelfmeter gegen Homburg. Michael Kutzop verwandelte ihn schließlich sicher zum einzigen Tor des Tages. Das Publikum begleitete Assenmacher mit einem schönen Pfeifkonzert in die Kabine, und Homburgs Trainer Udo Klug mußte sich während der Halbzeitpause gewaltig ins Zeug legen, um seine Leute wenigstens einigermaßen wieder zu beruhigen. „Das wer schon deswegen besonders schwer", sagte er gestern zur WELT, „weil ich selbst unheimlich geladen war."

Wobei sich der Zorn des Trainers gar nicht einmal gegen diese Elfmeter-Entscheidung richtete („Bernd Beck hat Burgsmüller äußerst ungeschickt im Strafraum von den Beinen geholt, der Strafstoß geht in Ordnung"). Nein, Klug und seine Mannschaft fühlten sich deswegen total ungerecht behandelt, weil der Schiedsrichter nur eine Minute vorher bei einem ähnlich gelagerten Vergehen beide Augen zugedrückt hatte. Und tatsächlich hat die Fernsehkamera den Beweis wohl dafür erbracht, daß Kutzop den enteilten Homburger Klaus Müller ebenfalls elfmeterreif gelegt hatte, als der gerade einschießen wollte. Zu diesem Zeitpunkt war der Bremer längst Buhmann im Stadion, denn in der 17. Minute hatte er Walter Kelsch bei einer Attacke so unglücklich getroffen, daß der mit einem doppelten Bänderriß ins Krankenhaus geschafft und gestern operiert werden mußte.

„Ich unterstelle Kutzop keine Absicht", meint Klug, „aber so weit im Mittelfeld hätte er nich so unkontrolliert angreifen müssen." Als Trainer-Kollege Otto Rehhagel in der Pressekonferenz nach dem Spiel über seine Verletzten-Sorgen referierte, ließ der Homburger voller Ironie Dampf ab: „Bevor ich jetzt etwas sage, muß ich mir erst einmal meine Mitleidstränen wegwischen." Rehhagel schaute pikiert zur Seite. Wobei zur Sache angemerkt werden muß, daß die Bremer in Homburg auf sieben Stammspieler nicht zurückgreifen konnten. Andererseits sind die Nöte beim Neuling kaum geringer. Kelsch wird bis zur Rückrunde ausfallen, Kurt Knoll schied am Samstag mit einer schweren Knöchelprellung aus, Abwehrspieler Friedhelm Frenken erlitt, wie sich erst später herausstellte, eine Fraktur des unteren Augenbogenknochens. Dazu kommen die Langzeitausfälle Jimmy Hartwig, Thomas Stickroth, Andreas Hertwig und Roman Geschlecht. „Eigentlich müßte ich jetzt mindestens drei neue Spieler vom Vorstand fordern", sagt Klug, „ich habe keine Illusionen, ich weiß, daß ich die nicht bekommen werde. Und allen, die glauben, unser Präsident Manfred Ommer würde mit den Millionen nur so um sich werfen, um neue Leute zu holen, denen kann ich versichern, daß sie schief liegen. Es läuft darauf hinaus, daß wir uns selbst helfen müssen."

Dazu gehöre aber auch, so fügt Klug in aller Offenheit hinzu, daß die Schiedsrichter ihre Verhaltensweisen überprüften. Die verhielten sich nämlich allzu häufig nach dem Strickmuster, daß sie den sogenannten Etablierten einen Bonus einräumten und die kleinen Klubs, die Aufsteiger besonders, als Underdogs behandelten. „Psychologisch ist das durchaus erklärlich, die altgedienten Erstligaspieler und Unparteiischen kennen sich halt von vielen Begegnungen her. Das hat unbewußt ein paar Vertraulichkeiten geschaffen", will der Homburger Trainer erkannt haben, „und die Emporkämmlinge müssen darunter leiden."

Aber auch das sollte erwähnt werden: Die Homburger haben gegen Bremen nicht gewonnen, weil sie selbst die besten Chancen ausließen.



Tumult in Homburg: Gleich acht aufgebrachte Spieler der saarländischen Mannschaft wollen Schiedsrichter Assenmacher von seiner Elfmeter-Entscheidung abbringen FOTO: FERDI HARTUNG

„Lattek ist bestimmt die nächsten fünf Jahre noch unser Trainer"

ULFERT SCHRÖDER, Bonn

Noch ein Erfolg bei der Jagd auf die Bayern. Ein sensationeller dazu: Die braven und unbedarften Aufsteiger aus Berlin nehmen dem Meister aus München einen Punkt ab. Ein harter Schlag auf die stolz erhobenen weiß-blauen Nasen.

„Ich habe gewußt: Das wird eines unserer schwersten Auswärtsspiele", sagt Uli Hoeneß, Bayerns Manager, „die vermeintlichen Erfolge der jüngsten Zeit haben die Mannschaft nachlässig gemacht. Außerdem habe ich selten ein so hektisches, so schnelles Spiel gesehen. Ich bin sicher: nach vier Wochen sind die Berliner nicht mehr zu gebrauchen." Die WELT sprach mit Hoeneß.

WELT: Sie sagen „vermeintliche Erfolge". Sind die Bayern schon so weit von der Realität entfernt, daß Siege in der Bundesliga nicht mehr zählen?

Hoeneß: Ich teile nicht die Ansicht von der „Übermannschaft" FC Bayern. Wir sind Tabellenführer, gut. Aber was ist das zu dem Zeitpunkt? Jetzt geht es erst richtig los. Austria Wien im Europacup, FC Homburg im deutschen Pokal, dann Leverkusen in der Bundesliga.

WELT: Das hört sich an, als stehe dem FC Bayern das Wasser bis zum Halse. Oder ist Ihr Team wirklich so schwach, daß es, wie jetzt in Berlin, den Ausfall von Matthäus und Pflügler nicht verkraften kann?

Hoeneß: Wir hatten in Berlin eine Mannschaft mit sehr starkem jugendlichem Einschlag: Flick, Dorfner, Wohlfarth, Rummenigge. Da fällt ins Gewicht, wenn die Erfahrung von Matthäus und Pflügler fehlt. Außerdem: Die Mönchengladbacher wurden früher stets als die Fohlen-Elf gepriesen. Heute sind wir die Fohlen, aber davon redet keiner. Wir haben die jungen Leute, die Stars der Zukunft sind bei uns.

WELT: Wie fühlt man sich denn als Gejagter? Die ganze Liga hat zum Hallali geblasen. Tut das weh? Macht das Angst?

Hoeneß: Seit dem Spiel in Frankfurt, wo es relativ rücksichtslos zuging, weiß die Konkurrenz, daß sie eine neue Waffe gegen uns hat: die Härte. Aber damit finden wir uns ab. Das ist nur ein Gewöhnungsprozeß.

WELT: Den Atem der Verfolger zu spüren, ihre Hektik zu sehen, das stimuliert doch auch.

Hoeneß: Aber sicher. Vor den Spielen gegen uns wird überall so viel Stimmung gemacht, daß Lattek gar nichts mehr sagen muß, um die Mannschaft zu motivieren. Und wir werden alles tun, um diese Stimmung, diese Atmosphäre zu pflegen.

WELT: Sie wollen die Konkurrenz provozieren?

Hoeneß: Na ja. Wir werden wieder in unseren Lederhosen auftreten. Den neuen Spielern sind sie schon angemessen worden. Die Konkurrenz kann sich also wieder damit beschäftigen, uns die Lederhosen auszuziehen. Zum Wohle der ganzen Liga.

WELT: Zum Wohle? Wie ist das zu verstehen?

Hoeneß: Das lehrt doch die Erfahrung: Je besser die Bayern sind – oder eine andere Spitzenmannschaft – je mehr Vorsprung wir haben, umso heftiger man uns jagen muß, umso mehr Zuschauer kommen auch. Ich behaupte: In der vergangenen Saison waren die Zuschauerzahlen so niedrig, weil niemand mehr geglaubt hat, daß wir noch ernsthafte Verfolger der Bremer sind.

WELT: Welche Mannschaft fürchten sie denn am meisten?

Hoeneß: Ich glaube, die Bremer haben sich erholt. Sie kommen wieder. Sie müssen ohne ihr stärksten Leute spielen, das hat ihnen einen neuen Motivationsschub gegeben. Hinter Bremen sehe ich Stuttgart und den HSV. Die Leverkusener kann ich erst nach deren Spiel bei uns einordnen.

WELT: Sie haben eine ganze Kollektion vorzüglicher junger Stürmer. Mußten Sie dann noch Lunde für eine Million Mark dazukaufen?

Hoeneß: Lunde hat mich nur 400 000 Mark gekostet, wenn ich einkalkuliere, daß ich für Hartmann 600 000 Mark bekommen habe. Außerdem betrachte ich die Mannschaft als Kapital. Und wenn ich das um drei Prozent anheben kann, tue ich das. Im übrigen wird Lunde meiner Ansicht nach ein Weltklasse-Stürmer. Er muß nur ab und zu ein paar zwischen die Hörner kriegen.

WELT: Ihr Kapital anheben: Wird das nicht langweilig mit der Zeit? Immer die Bayern vorn?

Hoeneß: Wenn es mich nicht mehr reizt, besser zu werden, den Fortschritt zu suchen, kann ich doch gleich aufhören. Außerdem kann die deutsche Meisterschaft nicht ewig unser einziges Ziel sein. Wir sind auf dem Weg, auch in Europa wieder eine Macht zu werden. Das reizt mich. Nicht nur in Bochum, Hamburg oder Leverkusen, auch in Paris, Mailand und Turin anerkannt zu werden.

WELT: Also muß Maradona her. Das ist doch nur logisch?

Hoeneß: Ich habe die Möglichkeit geprüft. Das Geld für Maradona wäre da, und der Klub müßte keine Mark bezahlen. Die Industrie würde den Transfer finanzieren. Ich könnte Maradona also sofort holen.

WELT: Warum tun Sie es nicht?

Hoeneß: Er hat noch ein Jahr Vertrag. Er wird in Neapel angebetet wie ein Gott. Der Klub kann ihn nicht hergeben. Wer die Absicht hat, ihn dort wegzuholen, muß mit einer kugelsicheren Weste nach Neapel reisen.

WELT: Wie würde das Publikum in München und in der restlichen Republik auf den FC Bayern mit Maradona reagieren?

Hoeneß: Unsere Auswärtsspiele wären ein Jahr lang ausverkauft. Und in München hätten wir zehntausend Zuschauer mehr im Schnitt.

WELT: Und wie beurteilen Sie die Perspektiven eines anderen hochbezahlten Stars, wie lange bleibt Udo Lattek bei den Bayern?

Hoeneß: Solange er Erfolg hat. Ich kenne ihn besser als meine Westentasche. Der Udo ist kein Freizeitkünstler. Der sitzt zu Hause und wartet auf das nächste Training. Lattek wird in zehn Jahren noch Trainer sein. Und fünf davon bestimmt bei uns.

UERDINGEN / Kampf um die Kundschaft am Niederrhein geht in unverminderter Schärfe weiter

Nette Sprüche von Heynckes und Feldkamp, aber die nachbarliche Feindschaft wurde nur überdeckt

ULFERT SCHRÖDER, **Uerdingen**

Am Ende tauschten die beiden Trainer Artigkeiten aus. Die neue Tribüne gefalle ihm, sagte Jupp Heynckes. Das sei nun ein schönes Stadion. Den alten Uerdinger Kasten habe er ja noch selbst als Spieler erlebt. Schlimm. Und Karl-Heinz Feldkamp gab zu bedenken, daß dies doch eine feine Sache sei, wenn zwei Mannschaften so dicht beeinander wohnten und so guten Fußball spielten wie die Mönchengladbacher und seine Uerdinger.

Die beiden Herren lächelten verbindlich, und den Zuhörern fiel es nicht leicht zu erkennen, ob die netten Sprüche ehrlich gemeint oder nur der Zuckerguß waren, der die Bitterkeit gutnachbarlicher Feindschaft überdecken sollte. Denn der Kampf um die Kundschaft am Niederrhein *geht mit unverminderter Schärfe weiter.*

Kaum zwanzig Stunden vorher in Leverkusen. Erich Ribbeck lobt seinen Stürmer Herbert Waas. So gut sei der noch nie gewesen. Mittwochs Länderspiel und ein Tor. Freitags Bundesliga und auch zwei Tore. *Giftig sei der Junge endlich wieder, unerschrocken.* Ganz zu Recht Torjäger Nummer eins.

Zweimal Bundesliga mit einer Bayer-Elf, mit einer „Werksmannschaft", wie die nervöse und neidische Konkurrenz sagt. Zweimal zufriedene Verbraucher. In Leverkusen 13 000 beim 2:0 gegen Frankfurt. In Uerdingen 26 000 beim 1:1 ggen Mönchengladbach. Zweimal fröhlich angreifende Mannschaften. In Uerdingen so fröhlich, daß *ihnen am Ende die Luft* knapp wurde. In Leverkusen fröhlich und dank Waas auch erfolgreich.

Die Herren an der Konzernspitze haben aufgehört, über die Millionen nachzudenken, die sie in die beiden Mannschaften steckten, die sie bewilligten, um die Stadien in Uerdingen und Leverkusen den Ansprüchen des Publikums anzupassen. Was ihnen die Abteilung Profifußball allein im vergangenen Jahr an Werbung auf allen TV-Kanälen und in sämtlichen anderen Medien einbrachte, wäre mit diesen Millionen kaum zu bezahlen.

Von Köln bis an die holländische Grenze liegt der Rhein, was Fußball anbelangt, im Strahlungsbereich des Bayer-Kreuzes. Der Sieg des 1. FC Köln in Düsseldorf, die vier Tore der Allofs-Brüder zählten aus Bayer-Perspektive (noch) zum *eifrigen Gekrabbel angeschlagener Konkurrenz. In Uerdingen wurde derweil die Feindschaft* durch ein Unentschieden gemildert.

Der Vordergrund dieses Spiels: Uerdingen greift furios an. Herget trifft den Pfosten, Mönchengladbach hat Pech bei zwei Kontern (Bruns, Winkhold), Thommessen gelingt das 1:0, Uerdingen wird langsamer, die Borussen spielen besser, Rahn schafft den Ausgleich kurz vor Schluß.

Der Hintergrund, die Begleitmusik: Von der ersten Minute an spielen die Borussen nach dem Motto „Schneid abkaufen". Sie treten kräftig gegen sämtliche Uerdinger Gliedmaßen. Das Spiel scheint immer schneller einem Skandal zuzutreiben. Im Vorfeld sei die Stimmung ja kräftig angeheizt worden, beklagt Feldkamp später. Der böse Spruch des Borussen-Managers Grashoff kommt wieder in Erinnerung: Die Uerdinger könnten die ganze argentinische Nationalelf kaufen, graue Mäuse blieben sie doch.

Nach einer halben Stunde hört die Treterei (inzwischen hatten die Uerdinger zurückgezahlt) ganz unvermittelt auf. Als seien die Spieler plötzlich zur Vernunft gekommen. Nur noch einmal wallt das Blut, als Schiedsrichter Boos, einer von den fliegenden Händlern absoluter Gerechtigkeit, zuerst ein Foul (Bruns gegen Witeczek) pfeift, das keines ist, und dann das Tor (Herget setzt den Freistoß ins Netz) annulliert, obwohl es ein einwandfreies war. Herget schimpfte später: „Eine absolute Frechheit. Der Schiedsrichter hatte den Ball freigegeben." Feldkamp bedankt sich später beim Publikum, „weil es nicht ausgeflippt ist, in diesem Augenblick viel Disziplin gezeigt hat. Das gibt es wohl nur in Uerdingen." *Nur in Uerdingen aber, so meinte sein Kollege Jupp Heynckes,* gebe es einen Trainer, der „das Publikum heiß macht, Emotionen erst von außen weckt". Er habe schon Anweisungen gegeben, die Tafel zu ziehen, damit Feldkamp eingewechselt werden könne. Die zweimalige Ungerechtigkeit des Herrn Boos aber rettet die Borussen vor der Niederlage.

Grashoff darf also weiter sticheln, nur vorsichtiger muß er dabei sein. Denn die graue Maus zeigt (nach Pokalsieg und Erfolgen im Europa-Cup) nun auch im direkten Vergleich mit dem Konkurrenten eine Menge Farbe. Zumindest am Niederrhein ist der Kampf ums größere Terrain völlig offen. Weiter südlich hat Leverkusen dem 1. FC Köln das östliche Einzugsgebiet der Stadt schon abgenommen.

Doch hier wie dort haben die Bayer-Millionen und das Know-how hervorragender Trainer Bewegung ins Geschäft gebracht, die Konkurrenz belebt und die Konkurrenten dazu gezwungen, vom gewohnten Trott in schnelleren Trab zu fallen.

FUSSBALL-KULISSE / Beim 1. FC Köln wollte keiner ins Sport-Studio





Brüderlein, komm tanz mit mir" oder „Was du kannst, kann ich schon lange" – hatte der Kölner Stürmer Thomas Allofs (Foto oben links) vor zwei Wochen beim Sieg in Schalke drei Tor erzielt, so tat es ihm Mannschaftskollege und Bruder Klaus, bislang in dieser Saison erfolglos, beim Spiel gegen Fortuna Düsseldorf gleich. Um das Familienfest komplett zu machen, setzte Thomas noch einen Treffer zum 4:0-Sieg drauf. Machtlos, aber dennoch verständlicherweise deprimiert, war Düsseldorfs 17jähriger Jugend-Torhüter Frank Kirn (Foto rechts), der den verletzten Schmadtke vertreten mußte. FOTOS: NORBERT SCHMIDT

Bei Schalke ist die Atmosphäre fast unerträglich – Spieler wollen beraten

Von ULLA HOLTHOFF

Sogar in den Kabinen ist die Spannung spürbar. „Die Atmosphäre ist beinahe unerträglich. Man spürt die Spannung überall, sie steigt förmlich die Wände hoch." Gesagt hat das ein Spieler des FC Schalke 04 und *legte Wert darauf, ungenannt zu bleiben.* Auch das ein Indiz für die Stimmung der Unsicherheit, die sich in den letzten Tagen in Gelsenkirchen ausgebreitet hat.

Anlaß sind die schon seit Monaten im verborgenen schwelenden Differenzen zwischen Präsident **Hans-Joachim Fenne** (51) und Manager Rudi **Assauer** (42), die sich jetzt zugespitzt haben. Zuletzt hatte auch Trainer **Rolf Schafstall** (49) öffentlich Stellung bezogen und sich auf die Seite des Präsidenten geschlagen. Beide wurden dafür am Samstag vom Verwaltungsrat gerügt, der vor dem Spiel gegen den HSV die aktuelle Gesamtsituation des FC Schalke 04 erörterte hatte.

Aufsichtsrats-Vorsitzender **Alois Große-Darremann** (48) kritisierte vor allem die öffentlich Austragung des Konfliktes. Doch Präsident Fenne verteidigte sich: „Es gab keine andere Möglichkeit mehr," sagte er. „Die Journalisten recherchierten schon in jedem Vorgarten und holten sich Gerüchte von überall her."

Jetzt ergreift auch die Mannschaft die Initiative. Heute werden sich die Schalker Spieler erstmals und allein zusammensetzen und darüber beratschlagen, wie sie künftig mit der Situation umgehen wollen.

Kapitän **Klaus Täuber** (28) sprach von einer „verschworenen Gemeinschaft", die hinter dem Manager stehe. „*Rudi Assauer hat uns immer fair* behandelt," sagte Täuber. Dagegen fühlen sich die Spieler durch Äußerungen ihres Trainers und des Präsidenten angegriffen.

Während Fenne durch seine Kritik an der Personalpolitik Assauers indirekt auch die Leistungen der Mannschaft kritisierte, verzichtete Rolf Schafstall auf einen Umweg und wurde direkt: „Die Spieler wurden jahrelang verhätschelt," sagt Schafstall und schlug auch in Schalke jenen rüden Umgangston an, mit dem er beim VfL Bochum in fünfjähriger *Amtszeit relativ viel Erfolg gehabt* hatte. Nach den leisen Tönen ihrer ehemaligen Trainer **Siggi Held** (44) und **Diethelm Ferner** (44) reagierte die Mannschaft verstört: „Tagelang macht er uns nieder, und im Spiel sollen wir dann plötzlich Weltmeister sein."

Mit ihrer Zusammenkunft wollen sich die Spieler aber keineswegs in die Auseinandersetzungen ihrer Vorgesetzten einmischen. „Ein zweites Mal werden wir nicht votieren," sagte Klaus Täuber. Im Frühjahr hatte sich die Mannschaft mehrheitlich für eine Weiterverpflichtung von Diethelm Ferner *ausgesprochen, doch* ihr Votum wurde vom Vorstand ignoriert.

Präsident Fenne machte bereits deutlich, daß er sich auch in diesem Fall nicht beeinflussen lassen will: „Ich finde es gut, wenn Spieler sich auch Gedanken machen. Aber der Vorstand wird sich davon nicht unter Druck setzen lassen."

Morgen reist der FC Schalke 04 in die „DDR", wo er am Mittwoch im Rahmen des innerdeutschen Sportverkehrs ein Freundschaftsspiel gegen Hansa Rostock austragen wird. Manager Assauer fährt nicht mit. „Das gibt uns Gelegenheit, ein bißchen Abstand zu gewinnen und alles noch mal in Ruhe zu überdenken," sagt Rolf Schafstall. Noch suchen sie in Schalke nach einer Lösung, doch die Fronten sind bereits verhärtet.

*

Eine Art Blockbildung hat sich auch beim 1. FC Köln manifestiert. Dort machen sie Front gegen das ZDF-Sportstudio. Wie ein Bettelstudent rannte der Reporter **Michael Palme** (36) am Samstag nach dem *Gastspiel im Düsseldorfer* Rheinstadion von Spieler zu Spieler, damit Moderator **Bernd Heller** (38) abends im Studio einen Gast präsentieren konnte.



Weil das ZDF in seinen Sportsendungen immer gern Sieger vorzeigt (obwohl Verlierer oft viel mehr zu sagen haben), versuchte Palme natürlich zuerst den dreimaligen Torschützen **Klaus Allofs** (29) zu überreden. Doch der redete sich überzeugend mit einer „Einladung zu einer privaten Feier" heraus. Auch bei Kapitän **Harald Schumacher** (32) holte Palme sich eine Abfuhr. Immerhin versprach Schumacher mit süffisantem Unterton: „Ich werde mal sehen, ob ich einen anderen finde."

Mannschaftsintern wurde schließlich **Stefan Engels** (26) ausgeguckt, dessen Widerstand aber auch erst von Geschäftsführer **Michael Meier** (36) gebrochen wurde. *Meier* fuhr mit Engels gemeinsam nach Mainz und präparierte ihn während der Fahrt für das bevorstehende Gespräch. Meier, die simple Denkstruktur der Sportstudio-Moderatoren berücksichtigend, riet Stefan Engels, sich nicht in die Enge treiben zu lassen, sondern seinerseits die Offensive zu suchen. „Die fragen bestimmt nach dem kölschen Klüngel. Da sagst du einfach, daß der FC immerhin in der ewigen Bundesligastatistik an zweiter Stelle liegt und die meisten Europapokalspiele aller Bundesligaklubs hat."

So gut vorbereitet, kam Stefan Engels dann abends nie in Verlegenheit, sondern entlarvte seinerseits den Moderator Bernd Heller, der offensichtlich nur oberflächlich vorbereitet war und über das Abfragen von Stichworten nicht hinauskam.

*

Nicht unerwartet, in dieser Konsequenz aber überraschend, bahnt sich beim VfB Stuttgart die Trennung von dem jugoslawischen Stürmer **Pedrag Pasic** (28) an. Trainer **Egon Coordes** (42) hat ihn mit sofortiger Wirkung vom Training suspendiert. Pasic war nicht dabei, als die Mannschaft heute zum Europapokalspiel nach Moskau flog.

Am Freitag hatte Pasic das Training verlassen: „Seit Wochen suche ich ein Gespräch mit dem Trainer, aber Herr Corrdes redet nicht mit mir. Und zum Koffertragen bin ich mir zu schade." *Egon Coordes sagt: „Ich habe mir Mühe und Geduld mit ihm* gegeben. Diese Reaktion dulde ich nicht." Mühe gegeben hat sich auch die Mannschaft des VfB Stuttgart. Allen voran der Isländer **Asgeir Sigurvinsson** (31), der ausgezeichnet englisch spricht und so versuchte, die Sprachschwierigkeiten des Jugoslawen zu mildern.

Pedrag Pasic, von Stuttgarts ehemaligem jugoslawischen Trainer **Otto Baric** (51) vor fast genau einem Jahr in die Bundesliga geholt, spricht immer noch nicht deutsch und nur wenig englisch. *Mit Baric hatte er sich* noch in seiner Heimatsprache verständigen können, doch seit dessen vorzeitiger Entlassung ist Pasic ziemlich isoliert. Er sondert sich ab, ist an Integration in die Mannschaft nicht interessiert. Nach dem Training setzt er sich stets sofort in sein Auto und fährt nach Hause. Auf dem Rückflug vom Europapokalspiel in Trnava setzte er sich ganz allein in eine der hintersten Reihen, obwohl die Mannschaft gemeinsam vorne saß.

Zusätzlich zu den Kontaktschwierigkeiten gab es in dieser Saison sportliche Probleme, weil Egon Coordes in Stuttgart weitgehend das System von Bayern München verwirklichen will, wonach die gesamte Mannschaft wechselweise Angriff- und Abwehraufgaben übernehmen muß. Pasic aber ist ein eher lauffauler Spieler, der sich nur dann bewegt, wenn der Ball in seiner Nähe ist. Er hat sich auch schon über die zunehmende Defensivarbeit beklagt. Weil er trotz mehrerer Einsätze in dieser Saison noch kein gutes Spiel gemacht hat, hat der VfB Stuttgart bereits mehrere Spielervermittler gebeten, für Pasic einen neuen Verein zu suchen.

Ergebnisse, Mannschafts-Schemen und die Vorschau

ERGEBNISSE

Leverkusen – Frankfurt	2:0	(0:0)
Mannheim – Bochum	0:0	
Dortmund – Nürnberg	2:2	(2:0)
Homburg – Bremen	0:1	(0:1)
Düsseldorf – Köln	0:4	(0:2)
Schalke – Hamburg	1:1	(0:1)
Stuttgart – K'lautern	1:1	(0:0)
Uerdingen – M'gladbach	1:1	(0:0)
Berlin – München	1:1	(0:1)

SCHEMEN

Leverkusen – Frankfurt 2:0 (1:0)

Leverkusen: Vollborn – Hörster – Zechel, Reinhardt – Götz, Schreier, Rolff, Hausmann (85. Kohn), Hinterberger – Waas, Tscha (76. Drews). – **Frankfurt:** Gundelach – Berthold – Körbel, Kraaz – Sievers, Müller, Münn, Möller (60. Sarroca), Binz – Mitchell (68. Friz), Smolarek. – **Schiedsrichter:** Fockler (Weisenheim). – **Tore:** 1:0 Waas (70.), 2:0 Waas (86.). – **Zuschauer:** 12 000.

Mannheim – Bochum 0:0

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Scholz, Kohler, Dickgießer – Trieb, Schön (63. Quaisser), Neun – Bührer, Klotz (82. Tsionanis), Walter. – **Bochum:** *Zumdick – Kempe – Reekers,* Woelk, Kree – Oswald, Schulz, Lameck, Benatelli – Nehl (88. Heinemann), Leifeld (85. Wegmann). – **Schiedsrichter:** Dellwing (Trier). – **Zuschauer:** 8500. – **Gelbe Karte:** Walter.

Dortmund – Nürnberg 2:2 (2:0)

Dortmund: de Beer – Pagelsdorf – Lusch, Hupe – Kutowski, Keser, Zorc, Raducanu, Helmer – Dickel (73. Simmes), Mill (45. Anderbrügge). – **Nürnberg:** Köpke – Reuter – T. Brunner, Giske – Grahammer, Schwabl, Lieberwirth, Geyer (46. Jambo), Philipkowski – Nitsche (64. Wilbois), Eckstein. – **Schiedsrichter:** Gabor (Berlin). – **Tore:** *1:0 Mill (27.), 2:0 Mill (37.), 2:1 Jambo* (49.), 2:2 Eckstein (67.). – **Zuschauer:** 26 740. – **Gelbe Karte:** Geyer.

Homburg – Bremen 0:1 (0:1)

Homburg: Scherer – Wojcicki – Mörsdorf, Dooley – Knoll (78. Ehrmanntraut), Buncol, Beck, Frenken – Schäfer, Kelsch (22. Müller), Freiler. – **Bremen:** Burdenski – Sauer – Schaaf, Kutzop, Otten – Wolter, Hermann, Votava, Burgsmüller – Voller, Ordenewitz. – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Fischenich). – **Tor:** 0:1 Kutzop (45., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Dooley (2), Mörsdorf (3), Kutzop (3), Sauer (3).

Düsseldorf – Köln 0:4 (0:2)

Düsseldorf: Kirn – Fach (46. Preetz) – Weikl, Wojtowicz – Bockenfeld, Kaiser, Krümpelmann (83. Jakobs), Thomas, Dusend – Jensen, Demandt. – **Köln:** Schumacher – Steiner – Prestin, Wollitz – Janßen (77. Woodcock), Geils, Häßler (77. Lehnhoff), Olsen, Engels – T. Allofs, K. Allofs. – **Schiedsrichter:** Heitmann (Drentwede). – **Tore:** 0:1 T. Allofs (3.), 0:2 K. Allofs (44.), 0:3 K. Allofs (67.), 0:4 T. Allofs (85.). – **Zuschauer:** 17 500.

Schalke – Hamburg 1:1 (0:1)

Schalke: Macak – Dietz – M. Jakobs, Roth – Kleppinger, Hannes, Opitz, Kruse (46. Bistram), Thon – Wegmann (66. Regenbogen), Täuber. – **Hamburg:** Stein – D. Jakobs – Kaltz, Plessers, Beiersdorfer – Jusufi, von Heesen, Lux, Okonski – Homp, Gründel. – **Schiedsrichter:** Bruch (Bischmisheim). – **Tore:** 0:1 Jusufi (26.), 1:1 Thon (82.). – **Zuschauer:** 30 000.

Stuttgart – K'lautern 1:1 (0:0)

Stuttgart: Immel – Schröder – Strehmel (75. Hartmann), Zietsch, Buchwald – Perfetto, Schäfer, Sigurvinsson – Klinsmann, Merkle, Schmitt (46. Bunk). – **K'lautern:** Ehrmann – Dusek – Wolf, Majewski, Hoos – Groh, Wuttke, Schupp (65. Roos) – Hartmann, Trunk (88. Friedmann), Allievi. – **Schiedsrichter:** Kautschor (Eschweiler). – **Tore:** 1:0 Klinsmann (49.), 1:1 Wuttke (85., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karten:** Schröder (2), Schäfer (2), Schupp (3), Hoos.

Uerdingen – M'gladbach 1:1 (0:0)

Uerdingen: Kubik – Herget – W. Funkel, Thommessen – Dämgen, Bommer, Edvaldsson, Klinger, Buttgereit (58. Basten, 90. Wöhrlin) – Witeczek, F. Funkel. – **M'gladbach:** Kamps – Bruns – Winkhold (69. Krisp), Borowka – Krauss, Rahn, Drehsen, Bakalorz, Frontzeck – Thiele, Lienen (88. Brandts) – **Schiedsrichter:** Boos (Friedrichsdorf). – **Tore:** 1:0 Thommessen (52.), 1:1 Rahn (74.). – **Zuschauer:** 26 000. – **Gelbe Karten:** Witeczek, F. Funkel (2), Bruns (2), Borowka (3).

Berlin – München 1:1 (0:1)

Berlin: Mager – Haller – Hellmann, Schmidt – Schlegel (69. Riedle), Vandereycken, Feilzer, Schüler, Flad – Yula (46. Gaedke), Mattern. – **München:** Pfaff – Augenthaler – Eder, Flick – Willmer, Nachtweih, Matby (46. Lunde), Dorfner, Brehme – Wohlfarth, Rummenigge. – **Schiedsrichter:** Kruse (Beckum). – **Tore:** 0:1 Augenthaler (2.), 1:1 Feilzer (85.). – **Zuschauer:** 43 710. – **Gelbe Karten:** Haller, Mattern, Brehme (3), Dorfner.

VORSCHAU

12. Spieltag:

Samstag, 1. 11., 15.30 Uhr:

K'lautern – Schalke	(0:0)
Nürnberg – Düsseldorf	(3:2)
Frankfurt – Mannheim	(0:0)
Bremen – Uerdingen	(6:1)
Hamburg – Dortmund	(3:0)

Samstag, 1. 11., 17.30 Uhr:

München – Leverkusen	(0:0)

Samstag, 1. 11., 18 Uhr:

Köln – Berlin	(–:–)
Bochum – Homburg	(–:–)
M'gladbach – Stuttgart	(1:1)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

Ein Novum: Bielefeld mußte mit zehn Mann beginnen

dpa, **Bielefeld**

Das gab es noch nie im deutschen Profi-Fußball. *Zur Zweitligapartie* Arminia Bielefeld gegen den 1. FC Saarbrücken traten die Bielefelder auf der Alm mit nur zehn Spielern an. Sieben Profis und drei Amateure standen bereit, als Schiedsrichter Trischler aus Freiburg die Partie vor 2600 Zuschauern anpfiff. „Wir haben *zehn erkrankte oder verletzte Profis.* Deshalb haben wir einen Antrag auf Spielverlegung gestellt", meinte Arminias Geschäfsführer Siegfried Kuntze. Diesen Antrag hatte der Deutsche Fußball-Bund am Freitag abgelehnt, weil für die Spielerausfälle in Bielefeld nicht eine epidemieähnlich auftretende Krankheit verantwortlich sei.

Den Tabellen-Achtzehnten erwischte es bereits in der zehnten Minute noch schlimmer. Thomas Ostermann zog sich bei einem Tackling eine Verletzung zu und mußte mit Verdacht auf Leistenbruch in ein Krankenhaus eingliefert werden. *Von diesem Zeitpunkt an spielten* die Bielefelder nur noch mit neun Spielern, weil laut DFB-Bestimmungen nicht mehr als drei Amateure in einer Lizenzmannschaft mitwirken dürfen. Obwohl die Bielefelder Spieler in dieser ungleichen Partie wie die Löwen kämpften, mußte das *Team am Ende eine 1:3-Niederlage* hinnehmen.

Ein sichtlich deprimierter Trainer Horst Franz sprach von einer eindeutigen Wettbewerbsverzerrung und zeigte kein Veständnis dafür, daß der DFB seine Mannschaft zum Antreten gezwungen hatte. „Arminia wird gegen die Ausführung und Wertung des Spiels Protest einlegen", erklärte der Geschäftsführer Siegfried Kuntze.

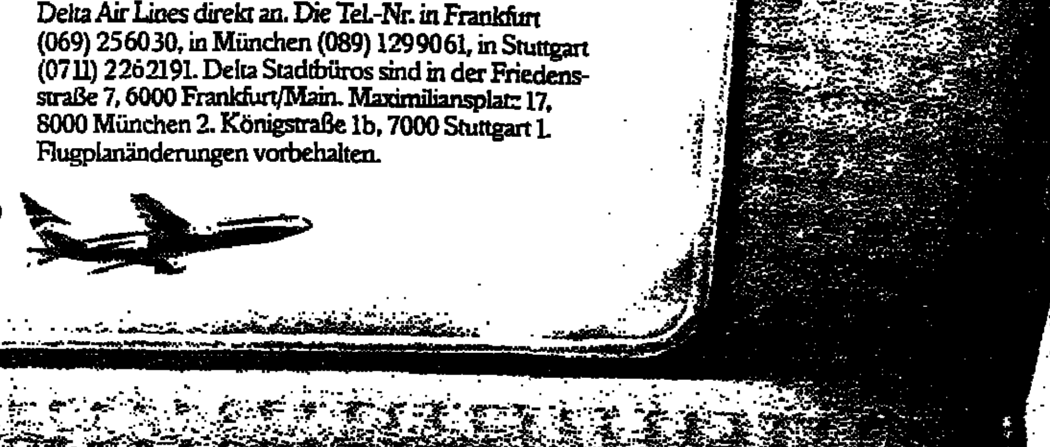
Bielefelds Präsidentin Gisela Schwerdt gewann der ganzen Angelegenheit dennoch eine gute Seite ab: „Unsere dezimierte Mannschaft hat großartig gekämpft. Das war ei*ne Sympathiewerbung für Arminia.*" Die Punkte aber gingen nach Saarbrücken.

Abgesagt haben die Bielefelder das deutsch-deutsche Duell gegen Chemie Halle, das morgen auf der Alm ausgetragen werden sollte. „Dieses Treffen können wir nicht riskieren, weil wir am Freitag schon wieder im Pokal gegen den Karlsruher SC spielen müssen", erklärte das Präsidium. Ein neuer Termin steht noch nicht fest.

Essen – Solingen	2:0	(0:0)
Aachen – Salmrohr	*1:0*	*(0:0)*
Aschaffenb. – Karlsruhe	2:1	(1:0)
Freiburg – Osnabrück	2:2	(1:2)
St. Pauli – Kassel	4:2	(2:0)
Braunschweig – Stuttgart	5:2	(1:0)
Köln – Ulm	3:1	(2:0)
Bielefeld – Saarbrücken	1:3	(1:1)
Darmstadt – Hannover	3:1	(1:0)
Wattensch. – Oberhausen	:	:

1.Hannover	13	11	0	2	28:12	22:4
2.Osnabrück	13	8	3	2	24:16	19:7
3.Aachen	13	8	2	3	18:9	18:8
4.Darmstadt	13	6	4	3	30:12	16:10
5.Stuttgart	13	7	1	5	29:22	15:11
6.Saarbrücken	13	5	5	3	19:16	15:11
7.Freiburg	13	6	3	4	19:17	15:11
8.Wattenscheid	12	4	6	2	21:17	14:10
9.St. Pauli	13	5	4	4	22:18	14:12
10.Karlsruhe	13	5	4	4	21:21	14:12
11.Ulm	13	5	3	5	17:18	13:13
12.Braunschweig	*13*	*4*	*4*	*5*	*21:16*	*12:14*
13.Oberhausen	12	5	1	6	19:21	11:13
14.Solingen	13	5	1	7	22:26	11:15
15.Aschaffenb.	13	4	3	6	18:23	11:15
16.Köln	13	3	5	5	20:28	11:15
17.Essen	13	3	4	6	22:23	10:16
18.Bielefeld	13	1	6	6	12:20	8:18
19.Kassel	13	1	3	9	14:31	5:21
20.Salmrohr	13	1	2	10	13:33	4:22

Freitag, 31. 10., 19.30 Uhr: Saarbrücken – Aschaffenburg; **20 Uhr:** Solingen – St. Pauli. – **Samstag, 1. 11., 14.30 Uhr:** Ulm – Wattenscheid, Stuttgart – Freiburg; **15.30 Uhr:** Karlsruhe – Darmstadt, Hannover – Essen. – **Sonntag, 2. 11., 14.30 Uhr:** Salmrohr – Bielefeld, Kassel – Köln. – **15 Uhr:** Oberhausen – Braunschweig, Osnabrück – Aachen.



Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Erste englische Division. 11. Spieltag: Charlton – Leicester 2:0, Chelsea – Manchester City 2:1; Liverpool – Oxford 4:0, Manchester United – Luton 1:0, Newcastle – Arsenal 1:2, Norwich – West Ham 1:1, Nottingham – Queens Park 1:0, Southampton – Everton 0:2, Tottenham – Sheffield 1:1, Watford – Aston 4:2, Coventry – Wimbledon 1:0. – Tabellenspitze: 1. Nottingham 23 Punkte, 2. Norwich 22, 3. Liverpool 20. – **„DDR"-Oberliga,** 8. Spieltag: Bischofswerda – Magdeburg 1:1, Jena – Dynamo Berlin 0:4, Aue – Karl-Marx-Stadt 1:1, Brandenburg – Dresden 2:2, Union Berlin – Frankfurt 1:1, Riesa – Erfurt 0:0, Lok Leipzig – Cottbus 3:0. – Tabellenspitze: 1. Lok Leipzig 13:3, 2. Dynamo Berlin 12:4, 3. Karl-Marx-Stadt 10:6.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 6. Spieltag: Charlottenburg – Gießen 93:83, Bayreuth – SSV Hagen 60:57, Köln – Bamberg 72:68, Göttingen – Leverkusen 72:105. – **Bundesliga,** Damen, 2. Spieltag: Köln – Osterfeld 70:83, Porz/Hennef – Weilheim 67:66, Barmen – Düsseldorf 63:70, Wolfenbüttel – München 71:65.

EISHOCKEY

Bundesliga, 9. Spieltag: Düsseldorf – Köln 3:2, Frankfurt – Rosenheim 4:8, Landshut – Iserlohn 6:5, Rießersee – Kaufbeuren 3:6, Schwenningen – Mannheim 2:6.

HANDBALL

Internationales Vierländerturnier, Herren: Dänemark – Jugoslawien 19:22, CSSR – Bundesrepublik Deutschland 18:22, Jugoslawien – CSSR 18:15, Dänemark – Bundesrepublik Deutschland 18:22. – **Sechsländerturnier,** Damen, in Holland: CSSR – „DDR" 15:15, Holland – Bundesrepublik Deutschland 19:17, Norwegen – Ungarn 24:25, Bundesrepublik Deutschland – Ungarn 22:25, Holland – CSSR 20:16, Bundesrepublik Deutschland – CSSR 17:18.

GOLF

Mannschafts-Weltmeisterschaft der Damen in Caracas/Venezuela: 1. Spanien 580 Schläge, 2. Frankreich 583, 3. USA 584, 4. Großbritannien/Irland und Japan je 586, 6. Venezuela 599, 7. Schweden 600, 8. Schweiz 603, 9. Bundesrepublik Deutschland 608. – Für Deutschland spielten: Koch (Hannover) 74+82+71+74=301, Lampert (Kronberg) 78+80+78+73=309, Knödler (München) 80+80+81+75=316 bei Par 72.

TRIATHLON

„Ironman" auf Hawaii: 1. Scott 8:21,37 Std., 2. Allen 8:36,04, 3. Tinley (alle USA) 9:00,37, 4. Barth 9:03,42, ... 12. Wachter 9:23,32, ... 22. Schuler 9:38,18, ... 26. Morath 9:41,28, 27. Madlener (alle Bundesrepublik Deutschland).

HOCKEY

Weltmeisterschaft, Feld, Herren in London, Spiel um Platz drei: Bundesrepublik Deutschland – UdSSR 3:2 (2:2, 1:1) anach Verlängerung. – Halbfinale: England – Bundesrepublik Deutschland 3:2 n. V., Australien – UdSSR 5:0. – **Meisterschaft** der Damen, Feld: Leverkusen – BW Köln 1:3.

TISCHTENNIS

Europaliga, 1. Division in Lilleberegen: Norwegen – Bundesrepublik Deutschland 1:6. – Einzel-Ergebnisse: Gustavsen – Rebel 16:21, 21:16, 18:21, R. Blikken – Wosik 18:21, 12:21, M. Blikken – Nemes 19:21, 7:21, Blikken/Gustavsen – Rebel/Wosik 11:21, 13:21, Gustavsen/M. Blikken – Rebel/Nemes 17:21, 13:21, Gustavsen – Wosik 25:23, 21:18, Blikken – Rebel 12:21, 16:21.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Leverkusen – Fort. Bonn 0:3, Dachau – Paderborn 3:1, Ottobrunn – Hamburg 0:3. – Damen: Berlin – Feuerbach 0:3, Oythe – Schwerte 3:0, Darmstadt – Münster 0:3, Vilsbiburg – Lohhof 2:3, Hannover – Rüsselsheim 1:3.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier der Herren in Sydney, Finale: Becker (Bundesrepublik Deutschland) – Lendl (CSSR) 3:6, 7:6, 6:2, 6:0. – Halbfinale: Becker – Layendecker (USA) 6:4, 6:4, Lendl – Cash (Australien) 7:5, 6:2. – Doppel, Finale: Becker/Fitzgerald (Bundesrepublik Deutschland/Australien) – McNamara/NcNamee (Australien) 6:4, 7:6. – **Internationales Turnier in Basel,** Halbfinale: Noah (Frankreich) – Smid (CSSR) 7:6, 5:7, 6:1. – **Damen-Turnier** in Filderstadt, Finale: Navratilova (CSSR) – Mandlikova (CSSR) 6:2, 6:3. – Halbfinale: Navratilova – Shriver (USA) 6:1, 7:6, Mandlikova – Sabatini (Argentinien) 6:2, 6:1. – Doppel, Halbfinale: Navratilova/Shriver – Bunge/Lindqvist (Bundesrepublik Deutschland/Schweden) 6:2, 6:3, Garrison/Sabatini (USA/Argentinien) – Demongeot/Tauziat (Frankreich) 6:3, 2:6, 6:2.

TRAMPOLIN

Weltmeisterschaften in Paris, Herren, Einzel: 1. Pioline (Frankreich) 107,1 Punkte, 2. Kuhn 104,7, 3. Pelle (beide Bundesrepublik Deutschland) 104,2. – Synchron: 1. Krasnoschapka/Bogatschew (UdSSR) 72,1, 2. Pioline/Barthod (Frankreich) 70,7, ... 5. Pelle/Kuhn 63,3. – Mannschaften: 1. Bundesrepublik Deutschland) 195,3, 2. UdSSR 194,3, 3. Frankreich 193,7. – **Damen,** Einzel: 1. Luschina (UdSSR) 97,3 Punkte, 2. Slonowa (UdSSR) und Holmes (England) je 97,0, ... 5. Roewe (Bundesrepublik Deutschland) 94,8. – Synchron: 1. Mirkulowa/Luschina 66,1, 2. Bludowa/Iwanowa (alle UdSSR) 64,0, 3. Roewe/Spang (Bundesrepublik Deutschland) 59,9. – Mannschaften: 1. UdSSR 183,7, 2. England 179,2, 3. Bundesrepublik Deutschland: 177,6.

RAD

Internationales Querfeldeinrennen in Gevelsberg, Endklassement: Thaler (Bundesrepublik Deutschland), 2. Liboton (Belgien), 3. Zweifel (Schweiz), 4. Stansnijder (Holland), 5. de Bie (Belgien), 6. van Baakel (Holland). – **Lombardei-Rundfahrt,** Como – Mailand (262 km): 1. Baronchelli (Italien) 7:01:07 Std., 2. Kelly (Irland), 3. Anderson (Australien), 4. Schönenberger (Schweiz), 5. da Silva (Portugal) alle 0:12 Min. zur., ... 14. Gölz (Bundesrepublik Deutschland) 0:28.

EISKUNSTLAUFEN

„Skate America" in Portland/Oregon, Herren, Endstand: 1. Boitano (USA) 2,6 Punkte, 2. Petrenko (UdSSR) 5,2, 3. Doran (USA) 6,0, 4. Filipowski (Polen) 9,0, 5. Fischer (Bundesrepublik Deutschland) 11,2, 6. Hall (Kanada) 12,0. – Paare, Endstand: 1. Keeley/Mero (USA) 2,2 Punkte, 2. Benning/Jonston (Kanada).

TURNEN

Gymnastik-Weltcup der Turnerinnen in Tokio, Einzelgeräte: Seil: 1. Ignatowa (Bulgarien) 20 Punkte, 2. Lobatsch (UdSSR), 3. Droutschinina (UdSSR) und Panowa (Bulgarien) je 19,875. – Ball: 1. Ignatowa und Panova je 20, 3. Beloglasowa (UdSSR) 19,925. – Keule: 1. Ignatova 20, 2. Droutschinina 19,85, 3. Panova 19,80. – Band: 1. Panova 20, 2. Ignatova 19,975, 3. Beloglasowa 19,95. – Gruppen: 1. Bulgarien 39,988, 2. UdSSR 39,925.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 5, 25, 30, 31, 38, 41, Zusatzzahl: 49. – **Spiel 77:** 9 3 2 1 0 9 3. – **Toto,** Elferwette: 2, 0, 2, 0, 0, 0, 0, 1, 0, 1, 1. – **Rennquintett:** Rennen A: 3, 2, 7. – Rennen B: 28, 21, 24. – **Glücksspirale,** Endziffern: 5, 33, 212, 1019, 46717, 466020. – Los-Nummer: 0521970, 1549822, 5486817. – Prämienziehung: 429231, 445911, 946843. (Ohne Gewähr).

TENNIS / Wimbledonsieger aus Leimen erteilte der Nummer eins, Ivan Lendl, eine wahre Lektion

Boris Becker: „Abstand zur Spitze wird kleiner"

sid, **Sydney**

Der junge Sieger bewies auch im Augenblick des Triumphes Augenmaß. „Er ist nach wie vor die Nummer eins, aber der Abstand wird immer kleiner", sagte Boris Becker nach dem zuletzt überlegenen 3:6, 7:6, 6:2, 6:0 gegen den Tennis-Weltranglisten-Ersten Ivan Lendl aus der CSSR im Endspiel der internationalen Hallen-Meisterschaften von Australien in Sydney.

„Ich bringe mein Bestes, wenn ich gegen die Topleute wie ihn, McEnroe, Connors oder die Schweden spiele. Aber ich bin nicht so konstant wie Ivan, der bei jedem Turnier das Endspiel erreicht oder es gewinnt." Aber es sei schon eine große Genugtuung, fuhr Becker fort, Lendl auf seinem Lieblings-Bodenbelag Plexipave geschlagen zu haben. Der 18 Jahre alte Leimener erhielt für seinen siebten Grand-Prix-Sieg insgesamt, den vierten in diesem Jahr, 77 400 der insgesamt 345 000 Dollar Preisgelder.

Das zunächst von dem Tschechoslowaken dominierte Match kippte anfangs des zweiten Satzes, als Becker seinem Gegner zum 2:0 den Aufschlag abnahm. „Da habe ich gewußt, daß ich ihn packen kann", sagte er nachher. Der Deutsche verlor zwar seinerseits sein Service im fünften Spiel, gewann dann aber den Tiebreak klar mit 7:2.

In der Folge gab Becker noch ganze zwei Spiele ab. Der letzte Durchgang endete 6:0, ein Ergebnis, das Lendl zuletzt gegen den US-Linkshänder Jimmy Connors vor zwei Jahren hinnehmen mußte. Nach zwei Stunden und 27 Minuten verwandelte der Wimbledonsieger den vierten Matchball zu seinem dritten Sieg im achten Spiel gegen den 26 Jahre alten Ostrauer, der in diesem Jahre bereits neun Grand-Prix-Turniere gewann.

Becker, der im Einzel gegen Denys Maasdorp (Südafrika), John Fitzgerald, Brod Dyke (beide Australien) und im Halbfinale gegen John Layendecker (USA) ohne Satzverlust blieb, gewann anschließend mit Fitzgerald auch das Doppelfinale mit 6:4, 7:6 gegen die ehemaligen Wimbledon-Sieger Peter McNamara/Paul McNamee (Australien).

„Es ist keine Katastrophe, gegen Boris zu verlieren", sagte Lendl, der von den diesjährigen drei Grand Slam-Wettbewerben Paris und Flushing Meadow gewann, aber im Wimbledon-Endspiel gegen Becker in drei Sätzen unterlag. „Ich war irgendwie müde und hatte streckenweise regelrecht Ausblendungen. Gegen einen wie Boris Becker, der so gut aufschlägt, reicht das schon zur Niederlage."

Der Weltranglisten-Erste verlor in diesem Jahr außer in Wimbledon und Chicago gegen Becker nur noch gegen den Amerikaner Kevin Curren und den Franzosen Yannick Noah.

Boris Becker startet in der kommenden Woche beim mit 375 000 Dollar dotierten Grand-Prix in Tokio, anschließend vom 27. Oktober bis 2. November in Paris, wo nicht weniger als 615 000 Dollar an Prämien ausgeschüttet werden. Höhepunkt und Abschluß der Tennisjahres 1986 ist für den Weltranglisten-Dritten das vom 1. bis 7. Dezember im New Yorker Madison Square Garden stattfindende Masters. Im Januar dieses Jahres hatte Becker bei seiner ersten Masters-Teilnahme erst im Endspiel verloren – gegen Ivan Lendl.

Boris Beckers Jubelschrei und Siegerpose: Der Wimbledonsieger erteilte Ivan Lendl förmlich eine Tennis-Lektion. FOTO: SVEN SIMON



Martina Navratilovas Feiern in Filderstadt

sid, **Filderstadt**

Standesgemäß setzte die Weltbeste des Damen-Tennis den Schlußpunkt unter eine Woche, der sie ihren Stempel aufgedrückt hatte. Die Amerikanerin Martina Navratilova gewann im Endspiel des Grand-Prix-Turniers mit 6:2, 6:3 in nur 66 Minuten gegen ihr ehemaliges Ballmädchen Hana Mandlikova aus der CSSR. Einen Tag nach ihrem 30. Geburtstag und vier Tage nach ihrem 1000. Einzelsieg feierten 2800 Zuschauer die Weltranglisten-Erste für ihre Tennis-Demonstration ein weiteres Mal. „Ich habe den Aufenthalt hier sehr genossen und möchte Ihnen allen danken", sagte die Wimbledonsiegerin anschließend artig, „ich werde gern wieder nach Filderstadt kommen."

Die 24 Jahre alte Pragerin Hana Mandlikova, seit dem Juli verehelichte Sedlakova, war in der Neuauflage des diesjährigen Wimbledon-Finales gegen ihre blendend aufgelegte ehemalige Landsmännin ohne jede Chance. „Es gibt keine Entschuldigung, auch nicht eine Zerrung", sagte die Tschechoslowakin, die im Halbfinale trotz Schmerzen die Argentinierin Gabriela Sabatini deutlich mit 6:2, 6:1 aus dem Rennen geworfen hatte.

Martina Navratilova hatte ihren Geburtstag mit einem 6:1, 7:6 gegen ihre Doppelpartnerin und Vorjahrssiegrin Pam Shriver aus den USA begangen. Anschließend bezwang sie in der Vorschlußrunde des Doppels beim 6:2, 6:3 gegen Bettina Bunge (Aschaffenburg) und Catarina Lindqvist (Schweden) auch die letzte deutsche Teilnehmerin. Catarina Lindqvist war zuvor nicht nur gelungen, der scheinbar unbesiegbaren Navratilova im Viertelfinale beim 6:3, 6:7, 0:6 den einzigen Satzverlust der ganzen Woche beizubringen. Die 23jährige Schwedin, die das Turnier 1983 gegen Steffi Graf gewonnen und im Vorjahr das Endspiel erreicht hatte, hatte mit vier Matchbällen sogar kurz vor einer Sensation gestanden.

Die in der Weltrangliste und der Grand-Prix-Wertung uneinholbar führende Martina Navratilova konnte weitere 200 Punkte und 32 000 der insgesamt 175 000 Dollar auf ihren Konten verbuchen. Anstelle der Siegprämie hätte sie auch einen weiteren Porsche mit nach Hause nehmen können, doch den hatte sie bereits am Vortag von ihrer texanischen Freundin Judy Nelson bekommen.

Veranstalter Dieter Fischer konnte bei insgesamt 17 000 Zuschauern zwar mit dem zehnten Jubiläumsturnier zufrieden sein, nicht aber mit dessen Zukunft. Der Veranstaltung ist im eigenen Lande Konkurrenz erwachsen, da der Deutsche Tennis-Bund 1987 drei Wochen vor Filderstadt ein 300 000 Dollar-Damenturnier veranstalten will.

Turnierdirektor Dieter Uhden hält ein drittes Turnier in Deutschland für „nicht erforderlich". Die Schwaben können zwar nicht verhindern, daß Hamburg '87 in der nächsten Woche bei der Tagung des Damen-Weltverbandes in Brighton in den Terminkalender aufgenommen wird, wollen aber alles versuchen, den so kurz vor der eigenen Veranstaltung liegenden Termin zu verhindern. WITA-Vertreterin Georgina Clark (England) sagte: „Wir verstehen es nicht, daß Deutschland zwei derartig gute Turniere so kurz nacheinander ausrichten will. Die WITA wird alles daransetzen, Filderstadt zu schützen."



Manchmal ist Tennis auch für Martina Navratilova, die weltbeste Spielerin, zum Haareraufen und Ärgern. FOTO: SVEN SIMON

GALOPP

Leichtes Rennen für Zampano

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Deutschlands bester zweijähriger Galopper Zampano gewann gestern vor fast 10 000 Zuschauern auf der Galopprennbahn in Köln den erstmals von der Illustriewrte „Bunte" gesponserten Preis des Winterfavoriten, für den Erfolg kassierte das Kölner Gestüt Bona 60 000 Mark aus der Gesamtdotierung von 102 000 Mark.

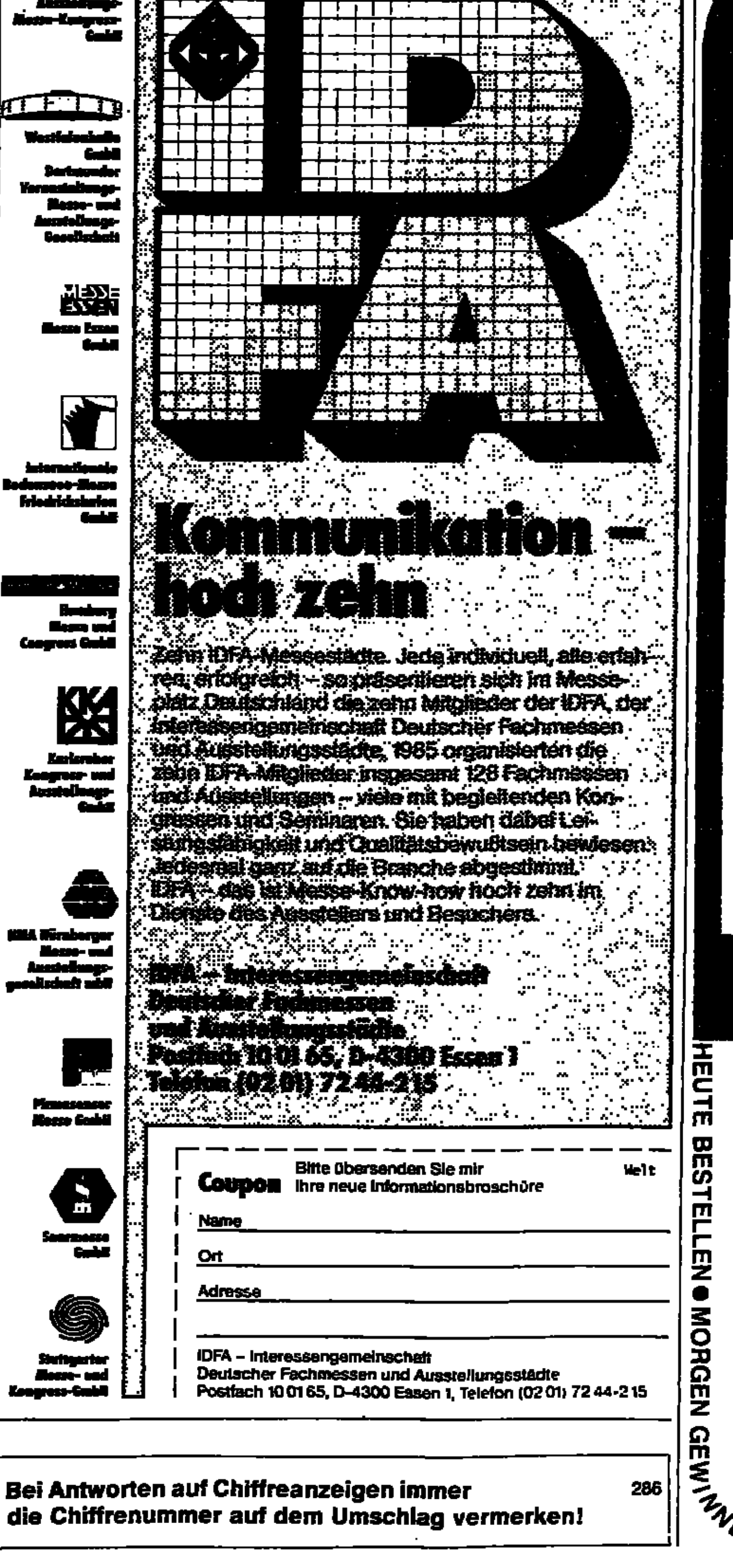
Nach 1600 Metern hatte Zampano mit Jockey Georg Bocskai einen komfortablen Vorsprung von fast drei Längen Vorsprung vor Step Dancer mit Peter Remmert und dem zweiten Favoriten Aguvit mit Lutz Mäder, das vierte Platzgeld fiel an den Außenseiter Asama-Shika. Abgehängt Letzter wurde mit Little Ebano ein Hengst, dem man durchaus Chancen auf eine vorderste Plazierung eingeräumt hatte, offenbar zog sich der Hengst aber einen Schaden zu.

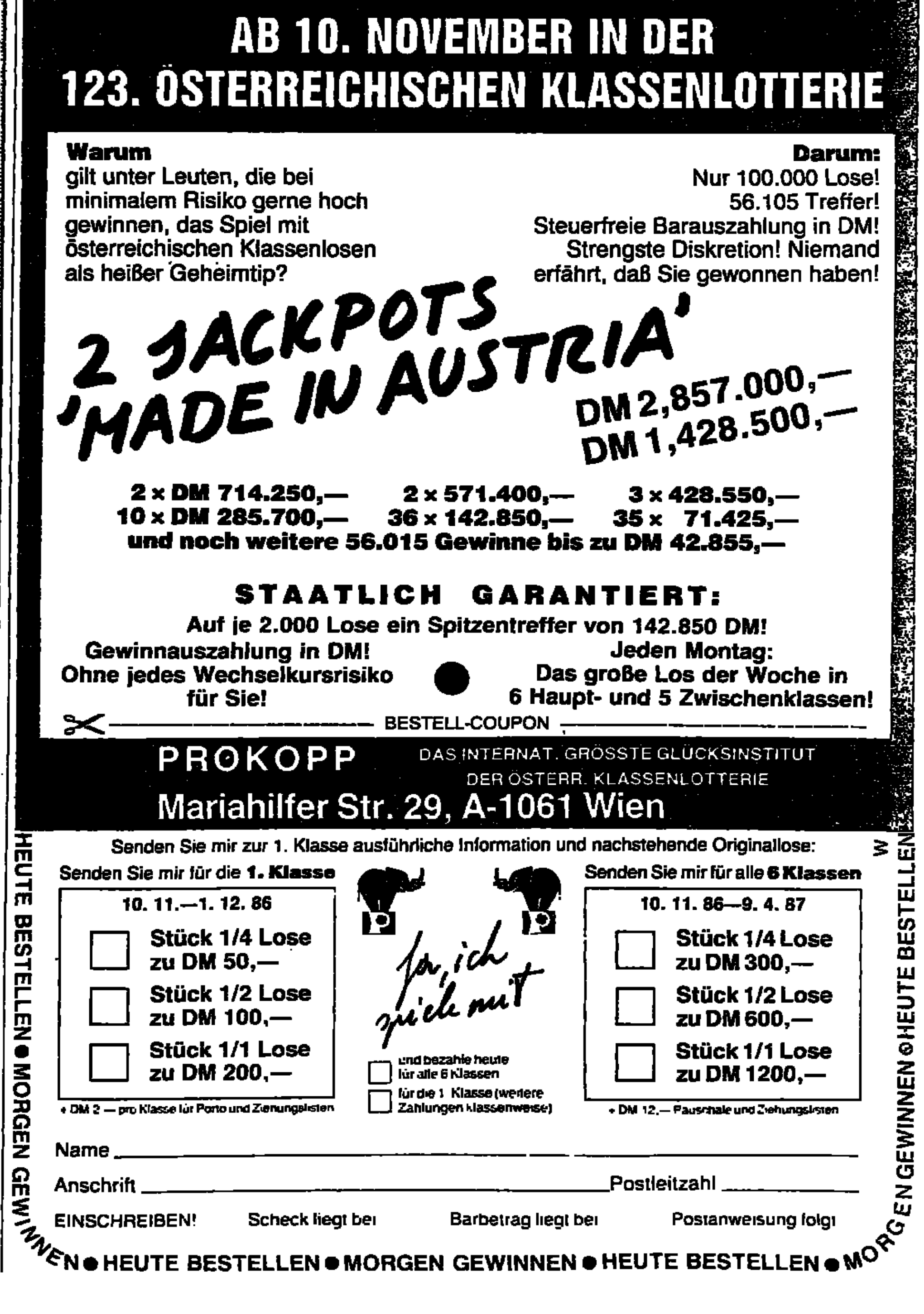
Zampano wurde seiner Favoritenstellung (17:10) überzeugend gerechnet. Als Georg Bocskai ihn eingangs der Zielgeraden forderte, löste er sich sofort vom Feld. Beim vierten Start gab es damit den dritten Sieg, die einzige Niederlage bezog er gegen die Stute Ghanayim aus dem Vollblut-Imperium der Maktoum Scheiche aus Dubai während der Großen Woche in Baden-Baden. Hisichtlich des Stehvermögens für Distanzen im Derby-Bereich gibt es bei Zampano wohl erhebliche Bedenken, denn sein Vater Rocket hat sich in erster Linie als Vererber von Kurzstreckenpferden hervorgetan. Championtrainer Heinz Jentzsch (66): „Ich glaube wohl nicht, daß er über längere Distanzen kommt." Allerdings läßt sich die Mehrzahl der Besitzer nach Erfolgen im Zweijährigen-Alter meist doch dazu verleiten, es einmal oder sogar mehrfach über längere Distanzen zu versuchen. Das Gestüt Bona gewann den Preis des Winterfavoriten noch im Vorjahr mit Oldtimer. Zampano hat in seiner Verwandtschaft aber auch den Derby-Sieger Zauberer. Der hatte allerdings keinen ausgesprochenen Vererber von „Fliegern" in seinem Stammbaum.

Im Gestüt Bona in Erftstadt ist im übrigen auch der Zweitplazierte Step Dancer aufgezogen worden.









HANDBALL / Turniere bei den Damen und bei den Herren

Das Frauen-Team muß wieder von vorn anfangen

dpa, **Arnheim**

Die Bestandsaufnahme ergibt ein trauriges Bild. „Im Grunde genommen", sagte Ekke Hoffmann, „habe ich momentan keine Mannschaft." So beurteilte der Bundestrainer der Frauen-Auswahl des Deutschen *Handball-Bundes (DHB)* beim Turnier in Holland den Standort seines Teams sechs Wochen vor der Weltmeisterschaft. Sieben Absagen aus beruflichen und Verletzungsgründen zu Beginn der letzten Vorbereitungsphase mit insgesamt 16 Länderspielen haben den Mann von der Schwäbischen Alb vor eine völlig neue Situation gestellt.

So stand bei diesem Sechsländerturnier notgedrungen das Experimentieren im Vordergrund. „Jetzt mußte ich erst einmal sehen, mit welchen Spielerinnen ich überhaupt weiterarbeiten kann", klagte der Bundestrainer. Das Ergebnis: Beim 18:18 gegen Norwegen, 11:21 gegen die „DDR", 17:19 gegen Holland und *22:25 gegen Ungarn überwogen die* negativen Erkenntnisse. Fehlende *Form, mangelnde Einstellung* und eine schwache Angriffsleistung der Spielerinnen aus der Bundesrepublik Deutschland waren an der Tagesordnung.

Nach dem viel umjubelten dritten Rang bei der B-WM im vergangenen Dezember in Niedersachsen, guten Leistungen im Sommer in Moskau bei den Goodwill-Games und erfreulichen Erkenntnissen beim Lehrgang im württembergischen Teilfingen, sagte Hoffmann resigniert: „Wir müssen praktisch wieder ganz von vorn anfangen."

Beim Vierländerturnier am kommenden Wochenende in Novi Sad in Jugoslawien sowie beim Turnier um den Polarcup im November in Norwegen gilt es nun, die Stammformation für die Weltmeisterschaft um die einzig feste Größe im Team, Dagmar Stellberg aus Engelskirchen, zu finden und die Schwächen, vor allem auf der Außen- und der halblinken Aufbauposition, abzustellen. Doch *auch bei allergrößtem Optimismus* gilt: Die Aussichten für das Erreichen der Olympiaqualifikation – vom 4. bis 14. Dezember werden bei der Weltmeisterschaft in Holland drei Plätze für Seoul vergeben – sind derzeit als utopisch anzusehen.

Von den Erfolgen nicht gleich blenden lassen

SEPPL SIMON, **Stuttgart**

Erfolge sind eine feine Sache. Sie erhöhen das Selbstwertgefühl und setzen Maßstäbe. Sie können bisweilen aber auch den Blick für die Realität verschleiern, zumal, wenn Anspruch und Wirklichkeit weit auseinandergehen. Das Vierländerturnier der Handballspieler an diesem Wochenende ist ein Beispiel dafür, daß der selbstgemachte Wert von dem tatsächlichen gravierend abweicht.

Bundestrainer Simon Schobel, der schon immer zu Extremen neigte und sich oft vorschnell kurzlebiger Erfolge bediente, täte gut daran, 122 Tage vor der B-Weltmeisterschaft in Italien, wo sich das Team des Deutschen Handball-Bundes (DHB) für die Olympischen Spiele 1988 in Seoul qualifizieren muß, seinen jüngsten Triumph zu relativieren. Tut er es wirklich? Er sagt: „Meine Spieler haben oft abgehoben und sind tief gefallen."

Deshalb ist der Erfolg von Stuttgart und Offenburg mit *Siegen über* die ČSSR *(22:18)* und Dänemark *(22:15) zur Zeit nicht mehr als ein* Blendwerk – der wirkliche Wert kann frühestens in vier Monaten nachgeliefert werden. (Das Ergebnis des letzten Spiels gegen Jugoslawien lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor.)

Handball ist Präzisionsarbeit. Dieser Sport erfordert Geduld und Akribie. „Und nur, wer das Durchhaltevermögen hat, hat auch Erfolg", philosophiert Arno Ehret, einstiger Klubkamerad Schobels beim TuS Hofweier, jetzt Widersacher in der Rolle des Schweizer Nationaltrainers. Gerade diese Geduld hat Schobel bislang nicht aufgebracht. Eher zeichnete ihn die Experimentierfreudigkeit aus. „Wir sind Weltmeister 1978 geworden, weil wir vier Jahre zusammenspielten und uns auch Ausrutscher erlauben konnten", erinnert sich der 120malige Nationalspieler Arno Ehret an das Erfolgsrezept von Vlado Stenzel, der freilich nach dem größten deutschen Handball-Triumph 1978 selbst die klare Linie verlor und stürzte …

Auch Simon Schobel droht der Sturz. In Südtirol zu Beginn des nächsten Jahres muß er die Fahrkarte nach Seoul lösen. Gefragt ist Kontinuität, um die Präzision zu erreichen. Hintertürchen, wie er sie sich mit einem Erhard Wunderlich offenhält, müssen ins Schloß fallen, weil er offensichtlich selbst nicht mehr so recht an die spielerische Macht des einstigen Weltklassemannes glaubt.

Nach Stuttgart und Offenburg ist hingegen sein Glaube an die von ihm oft zitierte „goldene Generation" gewachsen. Rüdiger Neitzel genießt längst Schobels Vertrauen, Stefan Schöne ist auf dem besten Wege, sich diesen Bonus wieder zurückzukaufen. Und die Spielmacherfunktion, letzte mögliche Bastion für Wunderlich, ist mit Walter Schubert gut besetzt. Also: Wohin mit dem Star, der sicherlich mehr als nur eine Mitläuferrolle übernehmen will?

Der Bundestrainer schiebt die ganze Angelegenheit erst einmal wieder auf die lange Bank, weil schließlich ein Turniererfolg noch keinen Handball-Sommer macht. Denn die Problematik mit der ihn umgebenden Generation ist ein Dauerbrenner wie das Thema Wunderlich: Talente ja, Persönlichkeiten nein.

Die einzige Figur internationalen Zuschnitts verkörpert Andreas Thiel, ausgerechnet ein Mann, der laut Schobels Klassifizierung in die sogenannte „tote Generation" zwischen den Weltmeistern von 1978 und den möglichen Olympiateilnehmern von 1988 gehört. „Der Kapitän ist der Spieler mit der profihaftesten Einstellung", urteilt der Bundestrainer nach Thiels erneuten Weltklassevorstellungen. Anderen, wie Uli Roth, Neitzel, Schöne, Fraatz, Schwalb und Dörhöfer, muß man diese Reife noch absprechen. Schobel: „Ihre Popularität erfolgte zu schnell. Sie sind teilweise verhätschelt worden."

Gerade deshalb gedenkt der 36jährige Diplomsportlehrer, bis Italien mit Thomas Springel einen weiteren Spieler mit Format zu reaktivieren. Springels Comeback geht dann allerdings zu Lasten von Peter Quarti (Essen) und Richard Ratka (Düsseldorf), die sowohl im Verein als auch *in der Nationalmannschaft* die Erwartungen nicht erfüllt haben. „Es gibt keine Geschenke. Geschenke können sich die Spieler nur selbst machen", verweist der Bundestrainer auf sein Leistungsprinzip – unabhängig von Erfolg und Mißerfolg.

SPORT-NACHRICHTEN

Hearns verteidigt Titel

Detroit (sid) – Der US-Boxmeister Thomas Hearns hat in Detroit seinen nationalen Mittelgewichts-Titel erfolgreich verteidigt. Hearns erreichte einen 3:0-Punktsieg nach zwölf Runden über seinen Landsmann Doug DeWitt.

Langer immer besser

Paris (GAB) – Bei der Lancôme-Trophe der Golfprofis in St. Nom le *Breteche* bei *Paris* arbeitete sich Bernhard Langer (Anhausen) mit 73+66+66=205 Schlägen bei Par 72 auf den zweiten Platz vor. Mit nur einem Schlag führt Severiano Ballesteros (Spanien) 67+69+68=204 vor der letzten Runde.

Final-Absage

***Stockholm** (UPI) – Der Internatio*nale Tennis-Verband hat den Protest Schwedens gegen den Finaltermin (26. bis 28. 12.) im Davis-Pokal gegen Australien abgelehnt und sich geweigert, dieses Endspiel um eine Woche vorzuverlegen. Schweden verzichtete daraufhin auf die Finalteilnahme. Die schwedischen Spieler wollten nicht über die Weihnachtsfeiertage spielen.

Bronze für Schumacher

Wien (sid) – Guido Schumacher aus Remscheid gewann beim internationalen Judo-Turnier in Wien in der Klasse bis 65 kg gemeinsam mit dem Sowjetrussen Igor Glywuk die Bronze-Medaille. Vor dem deutschen Meister plazierten sich lediglich der siegende Carabetta (Frankreich) und Pybicki aus Polen.

Blochin schoß 300. Tor

Moskau (sid) – Oleg Blochin vom Europacup-Gewinner der Pokalsieger, Dynamo Kiew, hat als erster sowjetischer Fußballer 300 Tore erzielt. Im Meisterschaftsspiel seines Vereins gegen Kutasi war er beim 5:0 einmal erfolgreich.

Sieg in Mailand

Mailand (sid) – Der italienische Radprofi Giambattista Baronchelli gewann die 262 km lange Lombardei-Rundfahrt zwischen Como und Mailand vor dem Iren Sean Kelly. Der Bad Schussenrieder Rolf Gölz belegte mit 28 Sekunden Rückstand den 14. Rang.

Anklage wegen Kokain

Las Vegas (sid) – Michael Dokes, der ehemalige Box-Weltmeister im Schwergewicht, ist in Las Vegas wegen Kokain-Handels verhaftet und angeklagt worden. Dokes drohen 20 Jahre Haft.

Olga Nemes unbesiegt

Lillebergen (sid) – Die deutsche Tischtennis-Nationalmannschaft gewann ihr zweites Europaliga-Spiel gegen Gastgeber Norwegen mit 6:1 ebenso ungefährdet wie schon beim 6:1 in Lübeck zum Saisonauftakt gegen Dänemark. Die Weltranglisten-Fünfte Olga Nemes und ihr Saarbrücker Vereinskamerad Jürgen Rebel bleiben ungeschlagen.

Rückzieher

Nikosia (sid) – Die Regierung Zyperns will wegen der angespannten politischen Lage das UEFA-Pokalrückspiel am 5. November zwischen Hapoel Nikosia und dem türkischen Klub Besiktas Istanbul untersagen. Das erklärte Regierungssprecher Petros Voskarides.

Terminplan steht

Lausanne (sid) – Schon bis 1990 hat das Internationale Olympische Komitee (IOC) seine Vollversammlungen festgelegt, wobei 1987 in Istanbul die Tennisfrage *gelöst sowie 1988 in* Calgary oder in Seoul die Olympischen Winterspiele für 1994 vergeben werden sollen. Die 95. Session 1989 findet in San Juan auf Puerto Rico statt.

Schneller Marathon

Peking (sid) – Beim sechsten Peking-Marathon stellte der Japaner Taisuke Kodama in 2:07:35 Stunden eine Jahres-Weltbestmarke auf. Die bisherige Jahres-Weltbestzeit *hielt* der Australier Robert de Castella in 2:07:51. Der Japaner erzielte die drittbeste Zeit, die je auf der Marathonstrecke gelaufen wurde.

HOCKEY

Den Meister entthront

dpa, **Leverkusen**

Wachablösung im Feld-Hockey der Damen: Titelverteidiger RTHC Leverkusen, Meister der Jahre 1982, 1983 und 1985, wurde entthront. Auf eigener Anlage verloren die Bayer-Spielerinnen das Finale der Saison 1985/86 gegen den viermaligen Endspielgegner Blau-Weiß Köln verdient mit 1:3 (0:2). Nach 1980 schafften die Kölnerinnen damit den zweiten Titelgewinn.

800 Zuschauer sahen im neuen Leverkusener Kunstrasen-Stadion eine von Beginn an energischer verteidigende und elanvoller stürmende Kölner Mannschaft, deren Trainerin Uschi Keimer die Taktik der Offensive von Beginn an gewählt hatte. Gleich die erste Strafecke führte in der 16. Minute durch Nationalspielerin Wiebke Müller-Eising zur Führung. Nur vier Minuten später schaffte Hella Roth nach einem schweren Leverkusener Abspielfehler im Mittelfeld mit energischem Solo das 2:0.

Der Titelverteidiger kam zwar durch die jetzt im Mittelfeld neben Corinna Lingnau für Druck sorgende ehemalige Nationaltorhüterin Susi Schmid zwei Minuten nach Wiederbeginn nach zu kurz abgewehrter Strafecke zum Anschlußtreffer, doch Ulrike Hegemann sorgte in der 42. Minute abermals im Anschluß an eine kurze Ecke für die Entscheidung.

Bronze für ein sehr enttäuschtes deutsches Hockey-Team

dpa, **London**

Der dritte Platz bei der Hockey-Weltmeisterschaft ist für die deutsche Nationalmannschaft nur ein winziges Trostpflaster. 21 Stunden nach der 2:3 Halbfinal-Niederlage gegen England mußte das deutsche Team im Spiel um die Bronzemedaille gegen die UdSSR erneut in die Verlängerung, kehrte aber diesmal das Ergebnis um und siegte mit 3:2 (1:1, 2:2). Das entscheidende Tor gelang Thomas Reck fünf Minuten vor dem Abpfiff.

Die Spieler hatten sich von dem nervenaufreibenden *Halbfinale* gegen England noch nicht erholt, als sie gegen die UdSSR auf den Platz mußten. Alles hatten sie tags zuvor gegeben, den Gegner über weite Strecken dominiert und am Ende doch verloren. Sechzig Sekunden vor dem Abpfiff der regulären Spielzeit hatten sie durch Tore von Dopp (55.) und Fischer (43.) bei einem Gegentor von Kerly (17.) noch 2:1 geführt, ehe Barber im Anschluß an die dritte Strafecke der Engländer noch die Verlängerung erzwang. Barber war es auch, der den Deutschen in der 89. Minute unter dem Jubel der 11 000 Zuschauer den endgültigen Schlag versetzte.

„Die Mannschaft hat alles gegeben, was sie zur Zeit zu leisten vermag", sagte Bundestrainer Klaus Kleiter, *„wir sind sehr, sehr enttäuscht;* denn spielerisch ist die deutsche Manschaft die Nummer zwei hinter Australien".

Im Spiel um Platz drei ließ Kleiter Torwart Schliemann, Libero Fischer und Dirk Brinkmann auf der Bank. Für sie spielten Tobias Frank, Michael Metz und Thomas Gunst. „Wir wollen versuchen, noch den dritten Platz zu erreichen", lautete die Devise, doch die Spieler standen noch unter dem Eindruck der Vortages-Niederlage. Reck machte mit seinem Tor in der 95. Minute wenigstens ein Siebenmeter-Schießen in dem dahinplätschernden Spiel überflüssig.

Die Deutschen sind trotzdem neben Pakistan die erfolgreichste Mannschaft aller sechs Weltmeisterschaften. Nur bei der *Premiere 1971* verpaßten sie das Halbfinale und wurden anschließend zweimal Dritte, einmal Vierte und zuletzt 1982 Zweite. Diesmal stand der Titel auf dem Wunschzettel.

Doch letztlich zerstörte nicht England den Traum, sondern die Mannschaft selbst, die über das ganze Turnier gesehen in der Chancenauswertung deutliche Mängel zeigte. Von 45 Strafecken – so viele hatte keine der übrigen elf Mannschaften – verwandelten die deutschen Spieler gerade fünf. Der Bundestrainer kündigte Konsequenzen an: „Mit einer derartigen Vorbereitung geht es das nächste Mal nicht mehr." Während sich die Engländer seit vier Monaten intensiv vorbereiten konnten und die Meister*schaft in den Herbst verlegten*, mußten die deutschen Nationalspieler ständig auf zwei Hochzeiten tanzen. Erst zehn Tage vor der Abreise nach London war das Endspiel um die deutsche Meisterschaft.

Pankraz, die Natur und die Neue Langsamkeit

Die Kette der sogenannten „neuen" Befindlichkeiten wird immer länger. Nach der Neuen Innerlichkeit, der Neuen Prächtigkeit, der Neuen Weiblichkeit, der Neuen Weinerlichkeit usw. kommt jetzt die *Neue Langsamkeit*. Auf einer Tagung der Evangelischen Akademikerschaft letzte Woche in Erlangen wurde sie feierlich aus der Taufe gehoben. Es soll damit gewissermaßen eine zweite Front für die vielen Modernitätsverweigerer besonders unter den evangelischen Akademikern aufgebaut werden. Wem die Forderung nach dem „Totalausstieg" etwas zu radikal ist, der soll es künftig wenigstens mit theoretisch gut untermauertem Gewissen grundsätzlich *langsam* angehen lassen.

Die Theorie der Neuen Langsamkeit ist freilich im Augenblick noch etwas dürftig. Sie besteht vorläufig aus einem einzigen Theorem, und auch das ist noch falsch. Die Natur, so hieß es in Erlangen, sei eindeutig auf Langsamkeit programmiert, ihre Bewegungen vollzögen sich außerordentlich langsam, und wer also naturgemäß leben wolle, der müsse sich diesem langsamen Rhythmus anpassen und selber zur Schnecke werden. Freiwillig zur Schnecke werden – oder zur Schnecke gemacht werden: das sei heute die einzige Alternative.

Bei Lichte betrachtet stellt sich nun aber heraus, daß sich die Natur keineswegs wie eine Schnecke verhält. Gerade ist die Wissenschaft dabei, das darwinistische Paradigma der unendlich langsamen, fast unmerklichen Umwandlung der Arten durch winzige Selektionssprünge voll zu widerlegen. Was einem kurzen Menschenleben in der paläontologischen Rückschau wie ein extrem langsamer Entwicklungsprozeß erscheint, das war in Wirklichkeit – wie immer klarer wird – eine dramatische, kataklysmenartige Abfolge der Formen und Farben, in der bestimmte Arten faktisch über Nacht ausgerottet wurden und gänzlich neue Arten mit explosiver Geschwindigkeit die frei gewordenen ökologischen Nischen besetzten. Jeder unvoreingenommene Forscher muß konstatieren, daß es die lebendige Natur in vielen (vielleicht sogar in allen) Fällen furchtbar eilig hat und keine einzige Erdzeit-Sekunde ungesäumt verstreichen läßt.

Wenn wir etwa beim Spaziergang durch einen Frühlingswald die „ruhige, gemächliche Heiterkeit" der Umgebung genießen, so nur deshalb, weil unsere Sinne die rasanten Vorgänge um uns herum gar nicht mitbekommen. Da wird ununterbrochen und, vom Standpunkt der Laborchemie aus betrachtet, mit wahnsinniger Schnelligkeit Sonnenlicht in Zucker und Sauerstoff umgewandelt. Da packen allerorten Beutegreifer – vom insektenpickenden Buntspecht bis zum mäusefangenden Fuchs – so rasch zu, daß selbst ein aufmerksam gewordenes Auge nicht merkt, was eigentlich geschieht. Überall regiert das Prinzip der kurzen Wege und der höchsten Effizienz, und noch die Ruhepausen dienen dem Kräftesammeln vor neuerlicher, unerhört eiliger Freßaktion.

Nein, auf die Natur sollte man sich nicht berufen, wenn man der Langsamkeit einen edlen Stammbaum verschaffen will. Dort gibt es allenfalls relative Langsamkeit: Der eine ist langsamer als der andere und wird dadurch nur allzu oft zu dessen Opfer. Hingegen die Langsamkeit als Prinzip, das bewußte Verzögern bestimmer Vorgänge zum Zwecke des Lustgewinns, ist eine ganz und gar menschliche Erfindung, übrigens eine Erfindung von Konservativen, die die Fülle des gelebten Augenblicks zu schätzen gelernt hatten und nicht immer nur im Futurum leben wollten wie die Progressisten.

Es gibt in der Literatur eine progressistische Tradition der Ungeduld und der Langsamkeits-Feindschaft, die von Francis Bacon bis zu Herbert Marcuse reicht und merkwürdigerweise besonders in Deutschland ihre Blüten getrieben hat, einem Land, das doch von aufschiebender Mañana-Gesinnung stets sehr viel weiter entfernt war als beispielsweise Spanien. „Wer heute nicht kommt, kommt morgen gewiß. / Nur langsam wächst die Eiche. / Und chi va piano, va sano heißt / Das Sprichwort im Römischen Reiche". So spottete schon Heinrich Heine in „Deutschland, ein Wintermärchen", und noch ganz im Heineschen Geist schrieb in unseren Tagen Günter Grass sein „Tagebuch einer Schnecke", das bekanntlich alles andere als ein Lob der Langsamkeit ist.

Zwar hat sich der Autor dort „zu der Einsicht durchgerungen", daß der Fortschritt eine Schnecke sei, aber das ist ihm im Grunde gar nicht recht; schneller hätte er's viel lieber. Als „Fortschritt" erscheint dabei allerdings lediglich eine Umwandlung der gesellschaftspolitischen Verhältnisse ins Sozialistisch-Gemeinwirtschaftliche, was sich ja – wie sich mittlerweile herumgesprochen hat – eher fortschrittshemmend auswirkt. Den gewaltigen realen Fortschritt bei den Kommunikations-Geschwindigkeiten und seine sozialen Folgen nimmt Grass gar nicht wahr, macht ihn jedenfalls nicht zum Thema.

Erst in den literarischen Hervorbringungen der Allerjüngsten wird diese antiquierte Perspektive gebrochen. Sten Nadolnys Roman „Die Entdeckung der Langsamkeit" spielt das Paradox durch, daß einer geradezu ein Fürst der Langsamkeit ist, überall zu spät kommt, sich alle möglichen Gelegenheiten entgehen läßt und am Ende dennoch ein großer Forschungsreisender und Entdecker wird. Indes, so witzig und erfindungsreich das im einzelnen ausgeführt sein mag – als Modell für die Theoretiker der Neuen Langsamkeit taugt Nadolnys Buch nicht.

Die Natur, so sahen wir, verzeiht Langsamkeit nicht. Sie verlangt Sorgfalt, Ausgeruhtheit, Geduld beim Anschleichen und Warten, aber nicht prinzipielle Langsamkeit. Was getan werden muß, will sie schnell und ohne Umweg getan haben. Das Moratorium zum Beispiel, das die Evangelischen Akademiker in Erlangen für die Gentechnik und alle möglichen anderen Forschungszweige forderten, wäre durch und durch unnatürlich. Es wäre der Ausstieg nun auch aus der Natur.

Pankraz

Das Theater als Wille und Vorstellung: Uraufführung von T. Dorsts „Ich, Feuerbach" in München

Wir scheitern alle am ersten Türhüter

Ein Schauspieler kämpft, Theater spielend, um sein Leben. So läßt sich – scheinbar – Tankred Dorsts jüngstes Stück „Ich, Feuerbach" beschreiben, das jetzt am Münchner Residenztheater unter der Regie von Volker Hesse uraufgeführt wurde. Ein einfacher Tatbestand. Und doch, welche Tücken! Der Mann heißt Feuerbach (er hat weder mit dem Philosophen noch mit dem Maler etwas zu tun), ist, wie gesagt, Schauspieler und sucht ein Engagement. Für solche Fälle gibt es bekanntlich die schlechte, alte Einrichtung des Vorsprechens. Und Feuerbach, obwohl schon einmal „in der Gnade" gewesen, unterwirft sich dieser Art von geistigem Striptease, will es zumindest.

Aber Theaterintendanten sind wie Godot: Sie kommen, wenn sie selbst es wollen. Für die Zermürbungs-Spiele des Wartens gibt es die gute Einrichtung des Regieassistenten. Den schickt man erst einmal vor. So auch im Falle Feuerbach. Es ist ein bißchen wie bei Kafka: Am ersten Wächter kommt man kaum vorbei. Und so nimmt man bald schon den Wächter für den obersten Richter. Man entblößt sich vor ihm, man verausgabt sich in irgendeinem Vorhof des Lebens vor irgendeiner Instanz, die wahrscheinlich gar nicht zuständig ist, gar nicht hören will, was ihr da offeriert wird.

Und Feuerbach entblößt sich. Sieben Jahre lang hat er nicht mehr auf einer Bühne gestanden. Sein Intendant während dieser Jahre war der Anstaltsarzt. Psychiatrie. Jetzt aber gibt es ein Medikament, das die „Balance" herstellt. Angeblich. Aber die Dinge liegen unendlich viel komplizierter. Der Schauspieler Feuerbach, so erfahren wir peu à peu, mußte einst die Bühne verlassen, weil er das Spiel dadurch zur Realität werden ließ, daß er einfach nicht mehr aufhörte, Spielanweisungen der Regie zu befolgen.

Wenn man Tankred Dorst bis hierher gefolgt ist, hat man schon den sicheren Boden unter den Füßen verloren. Aber es kommt noch schlimmer. Während der Schauspieler Feuerbach, vorsprechend, ja wiederum nur ein Spiel imitiert, das in Wirklichkeit (?) eine Fiktion ist (weil der Intendant gar nicht da ist), bauen die Bühnenarbeiter die vom Vorabend stehengebliebene Dekoration um. Es



„Ich, Feuerbach" beim Vorsprechen: Hans Schulze in der Titelrolle der Uraufführung im Münchner Residenztheater FOTO: RABANUS

ändert sich also auch noch der Rahmen, die Umwelt, die ohnehin nicht paßt.

Aber auch damit läßt es Tankred Dorst noch nicht genug sein. Feuerbach verzaubert, imaginiert seine Zuschauer (den Regieassistenten und eine Frau samt Hund) derart, daß da tatsächlich plötzlich Vögel sind, wo sie eigentlich nur gespielt waren. Der Regieassistent verliert nun auch noch seine Identität mit der Wächterrolle, er haut statt dessen seinen Intendanten in die Pfanne, enthüllt diesen als eine durch und durch surreale Erscheinung, die sich nur von Rote Beete ernährt. Und die Frau, die zufällig dazukommt, offeriert dem Theater einen lebenden Hund – auch das wieder eine Überschreitung der Imaginationsgesetze des Theaters.

Und zum Schluß ist der Intendant doch noch erschienen, wenn auch unsichtbar. Jetzt freilich ist es zu spät. Feuerbach trägt den Monolog des Tasso vor, der wiederum von Sein und Schein handelt, aber die Schizophrenie hat ihn längst wieder eingeholt. Das „Ich, Feuerbach" existiert da nun gar nicht mehr, es sei denn in Pathologien, Fiktionen, Vorstellungen.

Diese Auffächerung des „einfachen" Sachverhalts, daß da ein Schauspieler um sein Leben spielt und darüber nicht nur seine eigene Identität verliert, zeigt wohl aus sich heraus, daß Tankred Dorst des Guten zuviel getan hat. Das vielfach verspiegelte Spiel mit den Realitäten oder Fiktionen mag beim Lesen noch außerordentlich reizvoll sein. Auf der Bühne jedoch tappt das Stück exakt in die Falle, die es sich selbst aufgestellt hat.

Das Überhandnehmen sekundärer Wirklichkeitserfahrungen, das zu einer neuen Definition von Identität führen muß, ist sicher ein spannendes Thema. Und die immer wieder verzweifelt vorgetragenen Versuche des Theaters, die Grenze von der Empfindung zum fühlbaren Schmerz zu überschreiten, sind sicher dazu angetan, mit den Mitteln eben dieses Theaters einmal sein Wesen erfahrbar zu machen. Nicht die Welt als Wille und Vorstellung wird da gezeigt, sondern das Theater als ein Schopenhauersches Phänomen. Es erweist sich erst in seiner eigentlichen Möglichkeit, wenn es sich als konzentrierte Imagination aus der Welt zurücknimmt.

Das aber hat Tankred Dorst für die Bühne allzu kompliziert angelegt. Im Spiegelkabinett seiner Gedanken verliert der Zuschauer den Protagonisten und sich selbst sehr schnell aus den Augen – und resigniert.

Allerdings war nun auch Volker Hesses Inszenierung dazu angetan, das Stück vollends umzubringen. Warum muß er denn den armen Hans Schulze in der Titelrolle so vordergründig einen pathologischen Fall spielen lassen? Das führt zu einem hundertminütigen Herumzucken und Grimassieren (offenbar fachärztlich beraten), das nicht nur jeden Entwicklungsgang beschneidet, sondern auch noch thematisch irreleitet.

Und dann: Warum dieses (fast) Ein-Personen-Stück im Großen Haus? Ohne Dekoration? Dagegen hätte wahrscheinlich auch ein Heinrich George nicht anspielen können. Und der Verzicht darauf, den einsamen Mimen in geschlossenen, unpassenden Dekorationen agieren zu lassen, die dann gleichsam ihre Gewänder wechseln – das ist ein fataler Fehler, sowohl in dramaturgischer Hinsicht als auch in bezug auf die Interpretation des Stückes.

Nur ein benannter Raum kann Diskrepanzen erweisen. Und Feuerbach ist doch kein Kranker im Wüsten-Nichts. So konnten auch die ausgezeichnete Heidy Forster (Frau mit Hund) und der etwas schablonenhaft agierende Michael Lerchenberg als Regieassistent kein Theaterereignis aus dem Hut zaubern. Es fehlte wohl nicht der Wille, wohl aber die Vorstellungskraft. Trotzdem herzlicher Beifall!

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Kurt Horres startet an der Deutschen Oper am Rhein, Matthias Weigmann am Musiktheater im Revier

Wozu der Mensch in seiner großen Liebe fähig ist

Am Wochenende präsentierten die beiden neuen Musiktheater-Intendanten im Rhein-Ruhr-Gebiet dem Publikum ihre ersten, durchaus programmatisch gemeinten Premieren. Die Erwartungen waren hochgespannt.

Von Kurt Horres, der nach lautstarkem Zwischenspiel an der Hamburgischen Staatsoper die Führung der Deutschen Oper am Rhein übernahm, erwartete man deutliche Auffrischungen des Düsseldorf-Duisburger Gemeinschaftshauses. Denn in den 22 Jahren der Intendanz von Grischa Barfuss gab es zwar unvergeßliche und aufsehenerregende Ereignisse, aber der alte Glanz war allmählich doch etwas verblaßt. Barfuss koppelte die Rhein-Oper im Interesse handwerklicher Gediegenheit vielleicht doch etwas zu streng von den Zeitströmungen ab, und selbst die Ensemble-Pflege ließ zuletzt zu wünschen übrig.

Nun also Kurt Horres, der sich in seiner Wuppertaler Zeit als Regisseur modernen Musiktheaters einen Namen gemacht hatte. Zum Auftakt wählten er und der neue Generalmusikdirektor Hans Wallat, gar nicht schlecht, die 1957 uraufgeführte Lorca-Vertonung „Bluthochzeit" von Wolfgang Fortner.

Die weit geöffnete, im gleißenden Gelb gehaltene Bühne von Andreas Reinhard ließ auf eine scharfe, unpathetische Interpretation der Geschichte um Familienrache, Ausbruch aus Konventionen und Ehebruch hoffen. Doch Kurt Horres hatte ganz anderes im Sinn.

In der ersten Hälfte des Abends erzählt er in arg konventioneller Personenführung eine spanische Folklore-Geschichte, um dann im zweiten Teil eine Botschaft gegen Mord und Krieg über die Rampe zu hieven. Das erste paßte nicht zum zweiten, und beides zusammen ergab nur eine sehr merkwürdige Melange.

Das Mißverständnis um Lorca, das bereits in den romantisierenden Übersetzungen Enrice Beck angelegt ist, wird auf die Spitze getrieben, wenn in der letzten Szene das Guernica-Bild von Picasso bühnenbreit und bühnenhoch auseinandergefaltet wird. Lorcas Intention bleibt da lediglich erhalten in der kühlen Leidenschaft, mit der Martha Mödl die Rolle der Mutter porträtiert.

Beatrice Niehoff (Braut), Hubert Bischof (Leonardo) und Gwendolyn Killebrew (Leonardos Frau) erfüllen die vokalen Ansprüche der Partitur freilich vollkommen, einer Partitur übrigens, die auch nach 30 Jahren noch zu fesseln weiß. Doch eine „Kurskorrektur" hat an der Rhein-Oper mit dieser Inszenierung nicht stattgefunden.

Von Matthias Weigmann, dem neuen Intendanten des Musiktheaters im Revier, erhoffte man keine Kurskorrektur, sondern Kontinuität. Sein Vorgänger, der jetzige Wiesbadener Intendant Klaus Leininger, hatte in neun Jahren die Gelsenkirchener Musicalbühne zu einem Zentrum anregenden Musiktheaters verwandelt. Für die erste Premiere verpflichtete Weigmann Herbert Wernicke, der aus Monteverdis „Krönung der Poppea" tatsächlich den bisher spannendsten Theaterabend dieser Spielzeit zauberte.

In der musikalischen Fassung von Nikolaus Harnoncourt aus dem Jahre 1971 und unter der sachkundigen Leitung des Dirigenten Samuel Bächli befreit er das Werk von jedem Barockpomp. Auf einem über dem Orchestergraben installierten blutroten Podium seziert er mit analytischer Schärfe die Mechanismen der Gefühle. Er zeigt, wozu Menschen aus großer Liebe fähig sind und wohin diese Liebe führen kann.

Mit Hilfe eines kecken Amors (Eddy Güseldere, ein Mitglied des Tölzer Knabenchores) reduziert er die Geschichte vom Aufstieg der Poppea zur Kaiserin von Rom ungeniert auf die Triebfedern menschlichen Verhaltens, Machtstreben und Liebe. Seine Leistung ist nur zu vergleichen mit der spektakulären Entrümpelungsaktion, die seinerzeit Peter Brook an der Bizet-Oper „Carmen" erfolgreich unternommen hat.

Allerdings hat der neue Intendant auch ein junges Ensemble verpflichten können, das hier den Intentionen des Regisseurs voll entspricht. An erster Stelle zu nennen ist Sophie Boulin in der Titelrolle, bei der man nicht weiß, was mehr zu bewundern ist: stimmliche oder schauspielerische Differenzierungsfähigkeit. Neben ihr reüssieren gleichermaßen die Mezzostimmen von Lia Kähler und Cornelia Kallisch, der Countertenor Timothy Wilson und Martin Blasius als Seneca.

Der heimliche Star des Abends ist indes der Tenor Walter Raffeimer, der in vier Rollen das Publikum zu Lachstürmen hinreißt. Als Amme Arnalta vertritt er in Lockenwicklern und Putzkittel das Prinzip des gesunden Menschenverstandes in Monteverdis musikalischem Drama um die Verwirrung der Gefühle.

ALBIN HÄNSEROTH

Nächste Vorstellungen Düsseldorf: 21. und 24. 10. Telefonische Vorbestellung: 0211/133940
Nächste Vorstellungen Gelsenkirchen: 22., 24., 26. 10. Telefonische Vorbestellung: 0209/40970

Die neue LP der schottischen Gruppe „Big Country"

„Wir sind Sänger nur!"

Ihre Texte atmen schottisches Hochland, sie evozieren karge Berglandschaften. Aus den Worten spricht eine große Liebe zur heimischen Natur, zu Wind und Wolken und Regenschlag. Da fließt, geschichtsinnig, jede Menge Kriegerblut und sehr viel Melancholie aus Britanniens hohem Norden: „Wir sind Sänger nur / Und der Lieder sind zuviel gesungen."

Der Adler zirkelt drohend überm dunstverhangenen grauen Himmel, und darunter flieht das Wild; sparsam und verhalten kommen Worte unsicherer Liebe, und überm knallenden, vorwärtstreibenden Schlagzeug erklingen schöne Verse aus wohlfeiler Folklore, als wären Steeleye Span wieder auferstanden und hätten mit Pentangle um die schottische Karte gespielt.

„Big Country" nennen sich vier junge Herren, die sich zu Anfang der achtziger Jahre zusammengetan haben, und ihr Solosänger Stuart Adamson, der damals im heimischen Dunfermline den Gitarristen Bruce Watson traf, hat diesem imposanten Quartett seinen kraftvollen Stempel aufgeprägt.

Enttäuscht, wie es hieß, vom „Verrat" an den Idealen der Punkbewegung, an der er in der Gruppe „The Skids" teilgehabt hatte, hat Mr. Adamson sich selber „entpunkt" und dann mit seiner Gruppe 1983 ein Debütalbum vorgelegt, das den neuen Kurs klar propagierte: schottisches Nationalbewußtsein, ein gerüttelt Maß regionaltypischer Stolz, Verzicht auf überflüssigen elektronischen Klimbim, ein fetziges Schlagzeug und Adamsons unverkennbarer, immer etwas klagend anmutender Gesang zu „logsch" – einfachen elektrischen Gitarrenlinien – das alles floß zusammen zu einer ebenso überraschenden wie vitalen Neuvariante britischen Folkrocks.

Und Big Countrys neue Langspielplatte, auf deren Titelstück „The Seer" als Gast die stimmvirtuose und brillante Dame Kate Bush mitwirkt, macht nun doch vollends jede Trauer über unwiederbringliche Steeleye-Span-Zeiten zunichte. Man braucht nur einmal den Stücken „The Teacher", „I Walk The Hill" oder „One Great Thing" zu lauschen, um in den vollen Genuß tonsetzerischer schottischer Wucht und Eindringlichkeit zu geraten.

Und wer dann noch genauer hinhört, mag in so mancher Zwei-Gitarren-„Schlacht" allerlei reizvolle Shadows-Anklänge erhaschen – in klarem Sound, rhythmisch immer auf den Punkt akzentuiertem Spiel und dem Verzicht auf allzu filigrane Geschwätzigkeit...

„Musik sollte", so Adamson, „einfache, emotionale Sprache sein." Bei diesem Album decken sich Wunsch und Wirklichkeit, denn diese Songs sind emotional und einfach, in Wort und Spiel, ungeschminkt, unpoliert, unverbraucht, kraftvoll musikantisch und für die Bühne bestens geeignet, auch die bundesdeutsche. (Big Country, „The Seer", Mercury/Phonogram/PMV 826 844-1.)

ALEXANDER SCHMITZ

Das Frankfurter Museum für Kunsthandwerk zeigt „Zinn des Barock"

So prachtvoll wie das Silber bei Hofe



Gelbbräunlicher Scherben über dunkelbrauner Glasur, Gold und bunte Emailmalerei: Birnkrug mit Zinndeckel (17. Jh.). Aus der Frankfurter Schau FOTO: KATALOG

Zinn, das Silber der Bürger, hatte seine große Zeit im Barock, im 17. und 18. Jahrhundert. Vorher dienten den Bürgern einfache Zinngeschirre, Becher und Teller, als Gebrauchsgegenstände, während die einfachen Leute Holz- und Tongeschirr benutzten. Doch im 17. Jahrhundert begann das anspruchsvoll dekorierte Zinn die silbernen Geschirre der Höfe nachzuahmen.

Diese Zinnobjekte sind ein weites Feld mit vielen namentlich bekannten Meistern, vielen Dekortechniken, vielen mit dem Zeitgeschmack gehenden Dekormustern und vielen Fachausdrücken. Allein für die verschiedenen Markierungen, die von den Meistern eingestempelt wurden, erschien von 1921–27 ein siebenbändiges Werk von Erwin Hintze „Die deutschen Zinngießer und ihre Marken". Schon an diesem Aufwand kann man ermessen, wieviel Interesse an Echtheits- und Datierungsinformationen vorhanden ist, und das heißt: wie leidenschaftlich Zinnarbeiten gesammelt werden und wie leidenschaftlich sie gefälscht werden.

Das Frankfurter Museum für Kunsthandwerk zeigt eine Ausstellung, die das Österreichische Museum für Angewandte Kunst schon in Österreich vorgestellt hat: „Zinn des Barock", etwa 80 Arbeiten, begleitet von einem kleinen Katalog. Das Frankfurter Museum steuert 40 eigene Objekte bei, und zur Ergänzung 30 Gefäße aus Steinzeug, Fayence und Glas mit Zinnmontagen.

Der Katalog für die Frankfurter Stücke ist leider Gesamtbestandskatalog von 1977 der Abteilung „Steinzeug und Zinn". Auswärtige Bezieher des Katalogs können damit nichts anfangen, sie müssen an Ort und Stelle jedes jetzt ausgestellte Stück im Katalog abhaken. Schade. Man sollte schleunigst ein Blatt einlegen, das die Katalognummern der in der Ausstellung gezeigten Stücke aufführt. Die Frankfurter Sammlung geht übrigens auf den über 100 Jahre alten Kunstgewerbeverein zurück, der sein Museum 1921 der Stadt überließ und mit seinen 500 Mitgliedern auch heute noch das Museum kräftig unterstützt.

Anspruchsvolle Stücke sind zu sehen, Zier- und Schaustücke, ganz wie das Silber bei Hofe. Da ist ein Reliefteller, der sogenannte Krönungsteller, der um 1660 zum Gedächtnis Kaiser Ferdinands III. gegossen wurde. Im Fondmedaillon reitet der Kaiser, der Rand zeigt sechs Medaillons mit reitenden Kurfürsten. Oder der prächtige, 28 Zentimeter hohe Tafelaufsatz aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, ein Arrangement mit Zuckerstreuer und Kaffeekännchen und acht abnehmbaren Schälchen. Das Ganze ist eine typisch barocke verschlungene Bewegung.

Und so weiter mit Trinkgefäßen, Humpen, Kannen, Flaschen, sogar Kultgeräten, alles mit reichen Gravuren und Reliefguß, meist in eleganten Formen. Die „Stitze" genannte Schenkkanne mit ausladendem Fuß, ursprünglich der Name für ein 15-Liter-Maß, ist in der uralten Form unter demselben Namen noch heute am Rhein im Gebrauch; meist allerdings ohne Deckel und aus anderem Material. Kannen wurden als reich verzierte Repräsentationsstücke für die Zünfte hergestellt. Im Norden hatten die Zünfte den Willkommpokal, aus dem bei Sitzungen reihum getrunken wurde. Eine schöne, lehrreiche Ausstellung. (Katalog „Zinn des Barock" acht Mark, „Steinzeug und Zinn" 20 Mark.)

R. K.-B.

JOURNAL

Filmbranche kritisiert Förderungsgesetz

dpa. **Berlin/Bonn**

Die Bundesvereinigung des deutschen Films hat das neue Filmförderungsgesetz scharf kritisiert. Die Sprecherin der Vereinigung, die Verleiherin und Produzentin Clara Burckner, warf Bundeswirtschaftsminister Bangemann „Wortbruch" vor. Er habe im Verlauf der Beratungen zugesichert, eine „Eingangsschwelle" für die Förderung anspruchsvoller und preisgekrönter Filmwerke zu verhindern. Genau diese Hürde – mindestens 20 000 Zuschauer bei der sogenannten „erleichterten Referenzförderung" – sei nun aber im Gesetz enthalten. Frau Burckner kritisierte ferner, daß künftig deutsche Fördermittel für ausländische Großproduktionen zur Verfügung gestellt werden dürften.

Das Wörterbuch der Académie Française

AFP. **Paris**

Der erste Band der 9. Auflage des Wörterbuchs der „Académie Française" ist in Paris vorgestellt worden. Die übrigen elf Bände sollen vor Ablauf des Jahrhunderts vorliegen. Die 9. Auflage wird insgesamt 45 000 Wörter enthalten, von denen zehntausend neu aufgenommen wurden. Die 40 „Unsterblichen" erkannten eine Reihe in die französische Sprache eingegangene Begriffe an, die aus dem Englischen, Deutschen, Russischen, Japanischen und Türkischen stammen: beispielweise Ersatz, Bakschisch, Baraka oder Anorak. Der Sekretär der Académie, Maurice Druon, betonte, das Wörterbuch bleibe, was es seit der 1. Auflage anno 1694 immer war: ein Leitfaden der korrekten Umgangssprache.

Der 100 000. Besucher bei Friedrich-Ausstellung

dpa. **Berlin**

Der 100 000. Besucher wurde soeben im Schloß Charlottenburg bei der Ausstellung zum 200. Todestag Friedrichs des Großen verzeichnet. Die seit 16. August gezeigte Schau des Geheimen Staatsarchivs zeigt 900 Objekte zum Leben und Wirken des preußischen Königs. Sie bleibt bis 2. November geöffnet.

Die Forderung des Hochschulverbandes

DW. **Bonn**

Vor dem Beschluß des Berliner Abgeordnetenhauses am kommenden Donnerstag forderte der Deutsche Hochschulverband, die seit 1982 gültige Quorumsregelung nicht aufzugeben. Sie minderte den Einfluß jener Gruppen, die nur über eine geringe Wahlbeteiligung verfügten.

Malraux-Ballett von Maurice Béjart

Reg. **Brüssel**

Für sein Brüsseler Ballett des XX. Jahrhunderts bereitet Maurice Béjart augenblicklich zwei Produktionen vor. „Malraux ou La Métamorphose des dieux" soll in Brüssel am 14. November, „Trois Etudes pour Alexandre" in Paris am 27. März Premiere haben. In der Bundesrepublik ist Béjart zweimal zu Gast: am 25./26. November in Frankfurt, am 8./9. Mai in Hamburg.

Peter Weck dreifacher Theaterdirektor in Wien

dpa. **Wien**

Der Wiener Schauspieler und Regisseur Peter Weck wird in Zukunft drei Wiener Bühnen vorstehen. Dem mit der deutschsprachigen Erstaufführung des Musicals „Cats" erfolgreichen Direktor des „Theaters an der Wien" wurde auch die Direktion der Operettenbühne „Raimund-Theater" und des zu einer Bühne umgebauten Varietés „Ronacher" übertragen. Weck unterschrieb jetzt den Vertrag, durch den er ab September 1987 für fünf Jahre an die drei Bühnen im Besitz der Stadt Wien verpflichtet wird.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Was ist Walter Matthau für ein Mensch? Auf der Leinwand hat er das Image des liebenswerten Griesgrams angenommen, wo er schroff und zynisch ist, aber doch auch ein Herz aus Gold hat. Die Widersprüche in seinem Charakter, da ein introvertierter Schüchterner, dort ein selbstkritischer Erfolgsmensch, lassen sich auf seine Kindheit im jüdischen Milieu New Yorks der 20er Jahre zurückführen, wo er in extremer Armut aufwuchs. Später von hemmungsloser Glücksspielleidenschaft gekennzeichnet, beschreibt der Zyniker mit dem großzügig geformten Zinken im Gesicht seinen Ehrgeiz für die Zukunft so: „Ich möchte den Macbeth spielen – splitternackt!" Der Heyne Filmbibliothek ist mit ihrer Biographie des Schauspielers ein ausgesprochen amüsanter und lesenswerter Wurf gelungen. joto

Allan Hunter: „Walter Matthau – Seine Filme, Sein Leben", Heyne Filmbibliothek. 272 S., 12,80 Mark

Deutsche in Italien wegen Millionen-Betrugs gesucht

Auch Mastroianni ließ sich vor den Karren spannen

K. R./dpa, **Rom**

Vier Bürger der Bundesrepublik Deutschland sollen etwa 11 000 Italiener um insgesamt mehr als 70 Milliarden Lire (103 Millionen Mark) betrogen haben und werden deshalb mit Haftbefehl über Interpol gesucht. Die italienische Presse berichtete am Samstag über den Betrugskandal, bei dem die Opfer hohe Geldbeträge in eine Handelsfirma investierten, die mit überteuerter Modeware arbeitete und offenbar nur dazu diente, ahnungslose Bürger auszunehmen.

Die vier Deutschen im Alter zwischen 35 und 47 Jahren gingen bei ihrem Betrug generalstabsmäßig vor. Sie luden die Interessenten zu Kontaktgesprächen in Luxus-Hotels ein, um sie zu überzeugen, Teilhaber der von ihnen gegründeten Firma „Gem Collection" zu werden, die durch Verkauf an der Haustür teure Leder- und Kleiderwaren vertrieb.

Das Unternehmen schien auf den ersten Blick seriös zu sein und hohe Gewinne zu versprechen. Namhafte, selbst ahnungslose Persönlichkeiten aus dem Show-Geschäft wie etwa der Filmschauspieler Marcello Mastroianni wurden bei Werbeveranstaltungen als „Lockvögel" angeheuert. Auch private Fernsehsender warben für das hohe Erlöse versprechende Geschäft.

Wer sich überzeugen ließ, mußte zunächst viel Geld hinblättern: Sieben Millionen Lire (11 000 Mark) wurden für eine Beteiligung an der „Gem Collection" und für die Übergabe einer Musterkollektion verlangt, die bei Hausbesuchen verkauft werden sollte.

Die Vertreter der 1984 in Italien gegründeten Scheinfirma merkten bald, daß ihre Produkte unbekannter Unternehmen wegen überhöhter Preise – ein Bademantel für 300 000 Lire (420 Mark), ein Gürtel für 180 000 Lire (250 Mark) – praktisch unverkäuflich waren. Oft heuerten sie dann wiederum andere Personen an, damit sie durch eine versprochene Provision wieder an ihr Geld kamen. Mit diesem „Schneeball-System" erreichte der Skandal einen riesigen Umfang, der lange Zeit unentdeckt bleiben konnte. Selbst die italienischen Helfer der vier Deutschen wußten nichts voneinander.

Der Betrug flog erst in dem Moment auf, als sich die ersten Betrogenen bei der Polizei in Rom meldeten. Die Firma „Gem Collection" war bereits in der Bundesrepublik verboten worden. Auch in anderen Ländern, in Frankreich, Spanien und Großbritannien, wird gegen das Unternehmen ermittelt.

Die „Erfinder" des Betrugs sind inzwischen mit geschätzten 50 Milliarden Lire (70 Millionen Mark) verschwunden. Gegen 41 Italiener, die sich auf diese Weise ebenfalls bereichert haben sollen, wurden Haftbefehle erlassen.

Ein Sturmtief wäscht das Gold aus dem Oktober

DW. **Frankfurt**

Ein beinahe schon vergessenes Naturphänomen stellte sich am Wochenende ein: Es regnete. Ein Sturmtief über Island ließ zahlreiche Regenbänder über die Bundesrepublik hinwegziehen. Sie wuschen das Gold aus dem bislang „sommerlichen" Oktober. Böige westliche Winde mit bis zu 75 Stundenkilometer Geschwindigkeit rissen das vielfach noch grüne Laub von Bäumen und Sträuchern. Samstag abend fielen die ersten Tropfen seit genau einem Monat vom Himmel. In Frankfurt hatte es zum letzten Mal am 18. September geregnet.

„Das Regensoll für Oktober liegt hier bei 54 Liter pro Quadratmeter; bis Samstag mittag war davon noch kein Tropfen gefallen", sagte die Meteorologin beim Deutschen Wetterdienst in Offenbach. Es sei aber durchaus möglich, daß das Regensoll noch erreicht werde. Das Sturmtief niste sich offensichtlich bei Island ein und sorge für eine ähnlich dauerhafte Wetterlage wie zuvor, nur eben mit Niederschlägen und Wind statt mit Sonne und Nebel. Zuletzt nahm der Altweibersommer gestern auch im Süden Abschied. Über der Zugspitze wehte bei minus ein Grad ein starker Südostwind.

LEUTE HEUTE

Wieder besser

Zwei Tage nach seinem schweren Herzinfarkt und einer vierstündigen Bypass-Operation geht es dem Berliner TV- und Bühnenstar **Günter Pfitzmann** (62) wieder besser. Herzchirurg **Emil S. Bücherl**, der im März das erste deutsche Kunstherz verpflanzte, nahm den Eingriff vor. Nach der Operation zeigte er sich mit dem Zustand von Pfitzmann zufrieden. „Er muß jedoch noch einige Tage auf der Intensivstation bleiben", sagte Bücherl. Pfitzmann, der in vielen Fernsehserien und TV-Spielen als Prototyp des Berliners auftrat, war nach einem Besuch des Sechstagerennens zu Hause von den Symptomen eines Herzinfarkts überrascht und von seiner Frau **Lilo** (42) ins Universitätsklinikum Steglitz gebracht worden. Der Schauspieler stand bei Dreharbeiten für eine 20teilige ARD-Fernsehserie mit dem Titel „Praxis Bülowbogen" unter starker beruflicher Anspannung. Pfitzmann spielt dort einen Arzt im Kiez-Milieu.

Erst vor einigen Tagen war Fernseh-Quizmaster **Hans Rosenthal** (61) nach einer schweren Magenoperation aus einer anderen Berliner Universitätsklinik nach Hause entlassen worden. Er braucht noch mehrere Wochen Erholungspause, bevor er wieder vor die Kamera treten darf.

Falco in der Münchner Olympiahalle: Enttäuschender Start der Deutschlandtournee

Jeannys Schicksal liegt immer noch im dunkeln

Hingegangen bin ich im Grunde nur, um die Wahrheit über „Jeanny" zu erfahren. In seinem ersten Lied über die entführte junge Frau bleibt nämlich unklar, ob sie gekidnappt und ermordet oder nur gekidnappt wurde. Und ich wollte sehen, ob das angekündigte Riesenspektakel tatsächlich stattfinden würde. Von einem wußte ich allerdings im voraus, daß es sich vollziehen würde! Die Münchner Schickeria mit Anhang ist fast vollzählig gekommen, um Falcos Tournee-Start in Deutschland zu sehen. Und sie haben sich in Schale geworfen: Die Herren in Jackett, dunkle Hose, weißes Hemd mit Fliege, die Damen in Glitter und Halbseide – vornehmlich in der Modefarbe Schwarz.

Auch Show-Prominenz fehlt nicht in der Münchener Olympiahalle. Ron Williams ist da, Moderater der „Musikszene", Stephan Remmler von „Trio", Peter Maffay, Lisa Fitz und ihr Mann, sogar Nena und Roberto Blanco, heißt es. Dann kann es ja losgehen. Irgendwie paßt das schon: Roberto Blanco und Falco. Später beim Empfang lassen sich die beiden zusammen fotografieren.

20.10 Uhr: Die Saalbeleuchtung erlischt und das vorwiegend sehr junge Publikum, zum Teil so jung, daß sie von ihren Eltern begleitet werden, zittert vor Spannung. Oder sind Mama und Papa selber Fans? Hinter einem durchsichtigen, noch geschlossenen Vorhang steht in weißem Scheinwerferlicht Falcos zehnköpfige (wie sich im Verlauf des Konzerts zeigen sollte) hervorragende Begleitband.

Fast bewegungslos – und dieser Zustand hält bis auf einige Ausnahmen bis zum Konzertschluß an – steht Falco nach Bogardscher Manier mit Hut und Trench in der Bühnenmitte und spult seinen Sprechgesang herunter. Nahtloser Übergang zu „The sound of music". Keine Begrüßung? Doch! „Erinnert ihr euch", sagt Falco in charmantem Wiener Dialekt, „an das letzte Jahr in der Alabama-Halle? Da hab ich gesagt: Wiedersehen in einem Jahr in der Olympiahalle. Und hier sind wir, wir freuen uns."

Applaus der wenigen, die damals dabeigewesen sein dürften. Die restlichen 9000 (vorausgesetzt, die Halle war tatsächlich mit 10 000 Menschen ausverkauft) verharren in Erwartung. Enttäuschung macht sich breit. Sänger, Band und Publikum werden mit einem altbekannten Phänomen mittelgroßer Künstler konfrontiert.

Falco alias Johann Hölzl spielt Songs von seiner neuen LP „Emotionals". Keiner kennt sie, und deshalb will Stimmung nicht so recht aufkommen. Der vielbeschworene Funke will nicht überspringen. Jeder scheint mit seinen eigenen Gedanken beschäftigt – ich auch.

Vielleicht liegt es daran, daß diese Größenordnung von Konzert eine völlig neue Situation für Falco darstellt. Fühlt er sich nicht sicher genug? Oder hat er doch nicht das notwendige Charisma? Im Fernsehen und auf Fotos repräsentiert er den coolen Macho mit zurückgekämmten Haaren im Stil der fünfziger Jahre. Seine Frau soll die Nase von seiner ständigen Arbeit und seinen ständigen Reisen voll und ihn samt Kind verlassen haben. Fehlt ihm das vielleicht?

Möglicherweise sind die Erwartungen in den Mann mit dem sprunghaft steigenden Absatz von Platten und der glänzenden Karriere vor allem mit „Amadeus", mit dem er sogar in den Vereinigten Staaten die Spitze der Hitparade erklommen hat, einfach zu hoch angesetzt. Das vorwiegend junge Publikum hat es mittlerweise aufgegeben zu klatschen.

Sind jene enttäuscht, die in ihm den lässigen, gefühlvollen Typ sehen, den es nicht zu kümmern scheint, welche Normen die Gesellschaft vorschreibt? Er zeigt ihnen, wie man sich auflehnen kann, ohne sich die Finger schmutzig zu machen. Er schreibt Stücke, die wegen ihrer Texte in öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nicht gespielt werden dürfen. Sind sie nun enttäuscht, seine Fans, die ihn von Fotos und seinen Texten als mutigen Typ kennen, weil er live so gar nichts von diesem ungezwungenen Verhalten zu vermitteln versteht?

Dann fallen mir Falcos Begrüßungsworte ein, sein „Wiedersehen in einem Jahr in der Olympiahalle...". Und ich erinnere mich an andere Musiker, die auf dieser Bühne gestanden haben. Diana Ross zum Beispiel. Von ihr hätte er lernen können, was Nähe zum Publikum bedeutet, und von Tina Turner, was Entertainment bedeutet. Ironie – auch sie war an diesem Abend Falcos Gast.

Dann die ersten Klänge eines neuen Stückes, die Fortsetzung der Geschichte der verschleppten Jeanny. Und als habe der böse Geist nicht nur sie, sondern auch die Stimmung gefangen gehalten und würde er nun mit dieser Zaubermelodie aus der Halle gedrängt, kommt endlich Stimmung auf. Ein Lichtermeer von brennenden Feuerzeugen. Mädchen steigen auf die Schultern ihrer Begleiter, um ihr Idol besser sehen zu können.

Und dann ist „Jeanny 2" zu Ende, ohne daß das Schicksal des Mädchens geklärt ist. Oder liegt es daran, daß man so wenig von dem, was Falco singt, versteht?

Aber weil der Schluß dieses Konzerts mit seinen alten Erfolgen wie dem „Kommissar" und ganz zum Schluß dem Höhepunkt „Amadeus" doch noch ein gutes Ende findet, sind seine Fans wohl doch nicht allzu traurig darüber, daß sie immer noch nicht wissen, was mit Jeanny ist. Vielleicht liefert Falco ja noch eine Erklärung ab.

SIBA SCHAKIB

Nächste Stationen der Deutschlandtournee: Hamburg 26. 10., Berlin 27. 10., Frankfurt, 4. 11.



FOTO: FRANK LEONHARDT

In USA höhere Strafen für alle Drogenvergehen

dpa, **Washington**

Drogenhändlern in den USA stehen härtere Zeiten bevor: Der Kongreß stimmte am Freitag abend dem Entwurf für ein neues Gesetz zu, das unter anderem höhere Strafen für nahezu alle Vergehen vorsieht, die mit Drogen zu tun haben. Die landesweite Einführung der Todesstrafe für Mord im Zusammenhang mit Rauschgiftgeschäften wurde jedoch aufgrund des Widerstandes im Senat nicht beschlossen. Der Entwurf sieht unter anderem auch mehr Geld für die Behandlung Süchtiger und für Vorbeugungsprogramme vor. Insgesamt gesteht er für das Haushaltsjahr 1987 rund 1,7 Milliarden Dollar für den Kampf gegen die Rauschgiftsucht zu. Es gilt als sicher, daß Präsident Ronald Reagan den Entwurf zum Gesetz machen wird.

Ausbruch aus Gefängnis

dpa, **München**

Aus der Münchner Justizvollzugsanstalt Stadelheim sind in der Nacht zum Sonntag sechs Schwerverbrecher ausgebrochen – fünf davon saßen wegen Mordes beziehungsweise wegen versuchten Mordes in Haft. Von den sechs fehlte bis gestern mittag noch jede Spur. Die Polizei leitete eine Großfahndung ein.

In Klärteich ertrunken

dpa, **Frankenberg/Kleve**

Ein dreijähriger Junge aus Kleve ist am Samstag in einer biologischen Kläranlage im hessischen Frankenberg ertrunken. Sein fünfjähriger Spielkamerad konnte noch rechtzeitig aus dem 1,10 Meter tiefen Wasser gezogen werden.

Von Mafia erpreßt

dpa, **Palermo**

Etwa 80 Prozent der Einzelhändler von Palermo zahlen an die organisierte Unterwelt „Schutzgelder". Dies ergab eine Umfrage der dortigen Handelskammer. Die Erpressung von hohen Summen unter Androhung von Gewalt ist zur Haupteinnahmequelle der Mafia von Palermo geworden.

Kurzschluß in Orgel

dpa, **Butzweiler**

Ein Feuer hat in der jahrhundertealten katholischen Kirche von Butzweiler (Kreis Trier-Saarburg) am Samstag abend einen Schaden von rund 500 000 Mark angerichtet. Ursache des Brandes war vermutlich ein Kurzschluß in der Orgel.

Huhn klein wie Hummel

AP, **Berlin**

Ein nur hummelgroßes Huhn präsentierte sich am Wochenende den staunenden Zuschauern einer Geflügelzuchtausstellung im „DDR"-Bezirk Schwerin. Es handelt sich dabei um eine chinesische Zwergwachtel, das kleinste Huhn der Welt.

WETTER: Stürmisch

Lage: An der Südseite eines Zentraltiefs bei Island zieht am Montag ein Randtief mit seinem Regengebiet über Deutschland hinweg ostwärts.

Vorhersage für Montag: Meist stark bewölkt und länger andauernder, ergiebiger Regen, im Norden am Nachmittag und nachts auch zum Teil kräftige Schauer mit einzelnen Gewittern. Höchsttemperaturen 10 bis 14, nachts um 8 Grad. Frischer, auf den Bergen und in Norddeutschland auch starker bis stürmischer Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten: Weiterhin regnerisch, stürmisch und noch verhältnismäßig mild.

Sonnenaufgang am Dienstag: 6.55 Uhr*, Untergang: 17.17 Uhr; **Mondaufgang:** 18.31 Uhr, Untergang: 11.14 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 20. Okt., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 13 Uhr (MEZ):

Ort	°C	Wetter
Deutschland:		
Berlin	12	R
Bielefeld	10	R
Braunlage	7	R
Bremen	11	bd
Dortmund	9	R
Dresden	11	R
Düsseldorf	10	Rs
Erfurt	12	Rs
Essen	11	bw
Feldberg/S.	4	Rs
Flensburg	9	Rs
Frankfurt/M.	14	bd
Freiburg	13	R
Garmisch	15	bw
Greifswald	14	bd
Hamburg	10	Rs
Hannover	10	R
Kahler Asten	5	bd
Kassel	13	R
Kempten	13	bd
Kiel	11	R
Koblenz	11	bw
Köln-Bonn	13	bw
Konstanz	16	bw
Leipzig	12	bd
List/Sylt	10	bw
Lübeck	13	R
Mannheim	14	bw
München	15	bw
Münster	11	bw
Norderney	11	be
Nürnberg	13	bd
Oberstdorf	13	bd
Passau	10	be
Saarbrücken	11	bd
Stuttgart	14	R
Trier	12	R
Zugspitze	-2	bw
Ausland:		
Algier	24	be
Amsterdam	11	bw
Athen	18	be
Barcelona	21	bw
Belgrad	20	be
Bordeaux	17	be
Bozen	9	bd
Brüssel	12	be
Budapest	16	be
Bukarest	14	be
Casablanca	22	be
Dublin	8	bw
Dubrovnik	17	bd
Edinburgh	5	bw
Faro	23	be
Florenz	18	bd
Genf	13	R
Helsinki	6	bd
Hongkong	26	bw
Innsbruck	12	bw
Istanbul	16	be
Kairo	26	bw
Klagenfurt	5	R
Konstanza	12	bd
Kopenhagen	10	R
Korfu	21	be
Las Palmas	23	bw
Leningrad	9	wl
Lissabon	18	bw
Locarno	14	bw
London	11	be
Los Angeles	17	wl
Luxemburg	11	bw
Madrid	17	bw
Mailand	12	Ne
Malaga	22	be
Mallorca	22	be
Moskau	8	wl
Neapel	21	Gw
New York	8	wl
Nizza	21	bw
Oslo	8	R
Ostende	12	be
Palermo	25	be
Paris	13	bw
Peking	8	R
Prag	12	bw
Rhodos	21	be
Rom	21	bw
Salzburg	13	bw
Singapur	29	Rs
Split	19	bd
Stockholm	9	bd
Straßburg	14	bw
Tel Aviv	26	be
Tokio	16	Rs
Tunis	24	be
Valencia	22	bw
Varna	12	bd
Venedig	10	bd
Warschau	16	be
Wien	14	be
Zürich	15	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; be = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Essen im Jahr 2000: Fertigkost und Champagner

dpa, **Kulmbach**

Von „Fertigkost – Champagner, Hummer & Co. + Fitness" werden nach Ansicht der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) die menschlichen Eßgewohnheiten im Jahr 2000 geprägt sein. Wie Hans-Jürgen Anders von der GfK gestern bei der Gründung einer Akademie für gesunde Ernährung in Kulmbach prophezeite, wird das Essen um die Jahrtausendwende den Konsumstil in zunehmendem Maße prägen: „Zugang zur Haute Cuisine wird ein wichtiger Bestandteil der Selbstdarstellung." Angesichts wachsender Freizeit werde der Trend zur Außer-Haus-Verpflegung zunehmen wie auch der Wunsch nach Abwechslung durch exotisches Essen.

Das wachsende Umweltbewußtsein führt nach Einschätzung von Anders nicht zu einer einseitigen Öko-Ernährungsweise. Naturbelassene, rückstandsfreie Nahrungsmittel würden in 14 Jahren jedoch weiter im Trend liegen. Anders erwartet eine positive Entwicklung für Molkereiprodukte wie Joghurt und Käse sowie für Obst und Gemüse. Auch der Trend zu hochwertigen Fetten und Ölen sowie zu hochwertig verarbeiteten Getreideprodukten werde sich fortsetzen. Für Genußmittel wie Bier und Spirituosen zeichne sich eher eine steigende Tendenz ab als für Süßwaren.

Wenn der reichlich junge Tropfen 121 Lenze zählt

Das älteste Weingut Deutschlands besteht seit 775 Jahren

PETER SCHMALZ, **München**

Der junge Kellner hat seine Mühe mit der alten Flasche, selbst der zu Hilfe geeilte Graf kann nicht verhindern, daß anschließend Korkenreste in den Gläsern schwimmen. Aber bitte, wer kann sich schon der Kunst rühmen, einem 1865er Riesling Cabinet – das Etikett trägt die unglaubliche Jahreszahl in Handschrift – fehlerfrei die Siegelwachshülle zu brechen und den einhunderteinundzwanzig Jahre alten Korken mit einem sachgerechten „Blob" herauszudrehen, wie das bei jedem gewöhnlichen Edelzwicker mühelos gelingt.

Aber ein Wort über den Korken im Glas erscheint an diesem Abend ebenso unangebracht wie der zugegebenermaßen merkantile Gedanke, das Öffnen der Flasche sei eine erschreckende Verschwendung, brächte sie doch im verschlossenen Zustand – wie ein Weineinkäufer zu meiner Linken vermutet – auf einer Auktion gut und gern 8000 Mark.

Ehrfurcht dürfte jedoch kaum das richtige Gefühl diesem Getränk gegenüber sein, denn genau betrachtet handelt es sich hier um einen reichlich jungen Tropfen, zumindest gemessen an dem Ereignis, das es zu feiern gilt: Das älteste Weingut Deutschlands, ja wahrscheinlich sogar der Welt, wird 775 Jahre alt. Eine Urkunde im Mainzer Stadtarchiv belegt, daß drei Brüder Greiffenclau am 18. November 1211 aus ihrem Heimatort Winkel im Rheingau Weine ans Mainzer Viktorstift verkauften. Seither blieb die Familie über 28 Generationen der Kelterkunst auf ihrem Schloß Vollrad verbunden, hatte in all der Zeit jedoch einmal Nachwuchsprobleme, die umgehend mit polnischem Blut bewältigt wurden. So hört der derzeitige Gutsherr auf den Namen Erwein (nicht Erwin!) Graf Matuschka-Greiffenclau.

Angebracht ist die Frage, weshalb der Graf aus dem Rheingau mit München ausgerechnet die Metropole des Bieres auswählte zu seiner Wein-Feier. Bei einem so smarten wie cleveren Geschäftsmann, der mit eloquenter Zunge für den Ruf des deutschen Weines und auch seines kleinen Gutes in Tokio ebenso wie in New York zu werben versteht, liegt die Vermutung nicht fern, daß ihn seine ökonomische Spürnase veranlaßte, das Fest gemeinsam mit dem einst königlich-bayerischen Feinkost-Lieferanten Dallmayr zu begehen, der jetzt die ganze Welt beliefert.

Bleibt noch der lokalpatriotische Hinweis, in keiner anderen deutschen Stadt werde soviel Wein getrunken wie in München – zumeist aber zu einem Preis, daß 8000 Mark genügen für einen Vollrausch von Neujahr bis Silvester.

ZU GUTER LETZT

„Die Kunst eines Wissenschaftsministers besteht darin, möglichst viele Kühe zu melken" – Uwe Jensen, Sprecher des niedersächsischen Wissenschaftsministers Johann-Tönjes Cassens vor der Landespressekonferenz in Hannover über Finanzierungsprobleme bei der Forschungsförderung in Niedersachsen.